

**Jena.**

Lebenslagen erkennen und verstehen

# Zur sozialen Lage der Jenaer Bevölkerung

Lebenslagenbericht der Stadt Jena 2018



# Zur sozialen Lage der Jenaer Bevölkerung

Lebenslagenbericht der Stadt Jena **2018**



# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort des Bürgermeisters	9
Vorbemerkung	11
<b>A Einleitung</b>	<b>13</b>
<b>1 Lebenslagenbericht für Jena</b>	<b>14</b>
<b>2 Armut und soziale Ausgrenzung</b>	<b>15</b>
2.1 Ressourcenkonzept	17
2.2 Lebenslagenkonzept	21
<b>3 Methodische Anmerkungen</b>	<b>22</b>
3.1 Quantitativer Forschungsteil	22
3.2 Qualitativer Forschungsteil	23
3.3 Kommunale Armutsprävention	24
3.4 Planungsräume in Jena	24
<b>B Bevölkerung, Haushalte, Familien</b>	<b>27</b>
<b>1 Bevölkerungsentwicklung</b>	<b>28</b>
<b>2 Ausländer/-innen in Jena</b>	<b>36</b>
<b>3 Haushalte und Familien</b>	<b>43</b>
3.1 Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende	45
3.2 Einpersonenhaushalte	49
<b>4 Zusammenfassung</b>	<b>51</b>
<b>C Ökonomische Situation und Arbeitslosigkeit</b>	<b>53</b>
<b>1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und Arbeitslosigkeit</b>	<b>54</b>
1.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	54
1.2 Arbeitslosigkeit	54
1.3 Arbeitslosigkeit im planungsräumlichen Vergleich	59
1.4 Langzeitarbeitslosigkeit	63
1.5 Möglichkeiten kleinräumiger Analysen am Beispiel des Arbeitslosenanteils	65
<b>2 Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II</b>	<b>67</b>
2.1 Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	69
2.2 Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Kinderarmut	71
2.3 Nicht arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte und „Working Poor“	73
2.4 Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Bildungs- und Ausbildungsabschluss	78
2.5 Alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte	80

<b>3</b>	<b>Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II</b>	<b>82</b>
3.1	Kinder in Bedarfsgemeinschaften	84
<b>4</b>	<b>Sozialhilfeleistungen und Wohngeld</b>	<b>84</b>
4.1	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII	85
4.2	Wohngeld	88
<b>5</b>	<b>Nutzung der Jenaer Tafel</b>	<b>89</b>
<b>6</b>	<b>Verschuldungssituation privater Haushalte in Jena</b>	<b>92</b>
6.1	Verschuldung und Überschuldung	92
6.2	Messbarkeit von Verschuldung auf kommunaler Ebene	94
6.3	Fälle in der Jenaer Schuldnerberatungsstelle nach ausgewählten Merkmalen	97
<b>7</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>105</b>
<b>D</b>	<b>Wohnen in Jena</b>	<b>109</b>
<b>1</b>	<b>Wohnsituation im Kontext der Armutsforschung</b>	<b>110</b>
<b>2</b>	<b>Wohnungsbestand</b>	<b>110</b>
<b>3</b>	<b>Sozialer Wohnungsbau und Belegungsbindungen</b>	<b>112</b>
<b>4</b>	<b>Geflüchtete Menschen und der Jenaer Wohnungsmarkt</b>	<b>113</b>
<b>5</b>	<b>Mietpreisentwicklung und Wohnzufriedenheit</b>	<b>113</b>
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>115</b>
<b>E</b>	<b>Kinder- und Jugendhilfe</b>	<b>117</b>
<b>1</b>	<b>Die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für den Bereich der Armutsprävention</b>	<b>118</b>
1.1	„Lokale Bildungslandschaft“ in Jena	119
<b>2</b>	<b>Hilfen zur Erziehung</b>	<b>120</b>
<b>3</b>	<b>Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Jena</b>	<b>123</b>
<b>4</b>	<b>Ausgewählte Ergebnisse der Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017</b>	<b>125</b>
4.1	Offene Kinder- und Jugendarbeit	125
4.2	Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse	126
<b>5</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>128</b>
<b>F</b>	<b>Bildung und Betreuung</b>	<b>129</b>
<b>1</b>	<b>Bildungsförderung und Armutsprävention</b>	<b>130</b>
<b>2</b>	<b>Betreuung im Kleinkind- und Vorschulalter</b>	<b>131</b>

<b>3</b>	<b>Allgemeinbildende Schulen</b>	<b>134</b>
3.1	Klassenwiederholungen	135
3.2	Schulabschlüsse	136
<b>4</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>138</b>
<b>G</b>	<b>Gesundheit</b>	<b>141</b>
<b>1</b>	<b>Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung</b>	<b>142</b>
<b>2</b>	<b>Kinderfrüherkennungsuntersuchungen</b>	<b>149</b>
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>150</b>
<b>H</b>	<b>Prekäre Lebenslagen in Jena – Ergebnisse einer qualitativen Studie</b>	<b>153</b>
<b>1</b>	<b>Einführung und methodische Anmerkungen</b>	<b>154</b>
<b>2</b>	<b>Erhebung des Interviewmaterials</b>	<b>155</b>
<b>3</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>157</b>
3.1	Alltag und Zeitstrategien	157
3.2	Soziale Kontakte	162
3.3	Ökonomische Situation	165
3.4	Wohnraum und Mobilität	176
3.5	Gesundheit	180
<b>4</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>183</b>
	<b>Anhang</b>	<b>185</b>
	Abkürzungsverzeichnis	186
	Abbildungsverzeichnis	187
	Tabellenverzeichnis	192
	Literaturverzeichnis	194





## Vorwort des Bürgermeisters

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

die Stadt Jena ist eine lebenswerte Stadt. Viele Menschen fühlen sich hier wohl. Gute Arbeits- und Lebensbedingungen, Kultur-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten führten in den vergangenen Jahren zu einem ständigen Wachstum der Bevölkerung.

Jena bezeichnet sich selbst oft gern als Lichtstadt. Aber wir wissen alle: Wo Licht ist, gibt es auch Schatten. Im vorliegenden Lebenslagenbericht der Stadt Jena 2018 versuchen wir blinde Flecken im sozialen Leben der Stadt ausfindig zu machen. Wir wollen die Situation von Menschen in schwierigen Lebenslagen erkennen und verstehen. Ziel ist es, gemeinsame Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um diese sogenannten prekären Lebenslagen positiv zu verändern.



Der vorliegende Lebenslagenbericht der Stadt Jena soll dazu beitragen, indem er die Bevölkerungsentwicklung, die sozio-ökonomische Situation, die Wohnverhältnisse, Bildung und Betreuung sowie die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt untersucht.

Ich danke allen, die an der Erarbeitung des Lebenslagenberichtes mitgewirkt haben – allen voran *Frau Dr. Tenner* und *Herrn Meier*, die im Rahmen des Programms „Armutsprävention“ mit dessen Erstellung sowie mit der Umsetzung des Konzeptes betraut sind.

Das Projekt wird durch den Freistaat Thüringen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

An dieser Stelle möchte ich auch dem *Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie* und dem *Institut für kommunale Planung und Entwicklung Erfurt* für die fachliche Unterstützung sowie der *Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH* für die Zuwendung danken.

Ihnen wünsche ich eine erkenntnisreiche Lektüre und freue mich auf künftige sozialpolitische Debatten!

A handwritten signature in blue ink that reads "Frank Schenker".

Frank Schenker  
Bürgermeister und Dezernent  
für Familie, Bildung und Soziales



## Vorbemerkung

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben es sich zum Ziel gesetzt, das Entwicklungsgefälle zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen auszugleichen. Um diesen solidarischen Ansatz der Staatengemeinschaft umsetzen zu können, ist eine Europäische Kohäsions- und Strukturpolitik entworfen worden, deren wichtigste Maßgabe in der Schaffung von mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen für alle Regionen und Städte der Europäischen Union liegt. Das zentrale Finanzierungsinstrument zur Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie ist der **Europäische Sozialfonds (ESF)**.<sup>1</sup>

Der Europäische Sozialfonds wurde 1957 mit der Absicht gegründet, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken und den Zugang zu Beschäftigung sowie die Beteiligung am Erwerbsleben zu verbessern. Dabei wurden und werden vor allem Projekte unterstützt, die zur Verbesserung der Qualifikation der Menschen beitragen und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen. In diesem Zusammenhang entwickelt jeder Mitgliedsstaat und jede Region, im Rahmen eines operationellen Programms, eine eigene Strategie, um den speziellen Erfordernissen vor Ort Rechnung tragen zu können. In der Bundesrepublik Deutschland wird der Zugang zu Beschäftigung im Wesentlichen durch die Instrumente der Sozialgesetzbücher II und III mit Bundesmitteln gefördert.

Das operationelle Programm in Thüringen für die Jahre 2014 bis 2020 ist am 03.10.2014 von der Europäischen Kommission genehmigt worden. Insgesamt erhält Thüringen 499 Mio. Euro ESF-Mittel, die durch Bundes- und Landesmittel sowie private Mittel ergänzt werden.<sup>2</sup> Darin enthalten ist die „**Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung**“ (Prioritätsachse B). Die Stadt Jena wird in diesem Zusammenhang bei der lokalen Entwicklung und qualifizierten Umsetzung von Handlungsstrategien zur sozialen Integration der durch Ausgrenzung bedrohten Menschen und zur Bekämpfung individueller Armut unterstützt. Die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Instrumente zur Armutsprävention erfolgt auf Grundlage des **Lebenslagenberichts der Stadt Jena 2018**. Die Entwicklung des Berichtes erfolgt unter Berücksichtigung der EU-Querschnittsthemen „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“, „Gleichstellung von Frauen und Männern“ und „Nachhaltige Entwicklung“. Die Grundlage für den Bericht bildet die **Thüringer Armutspräventionsrichtlinie**.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2014 a): ESF Thüringen. Förderperiode 2014-2020. [www.esf-thueringen.de/esf\\_2014](http://www.esf-thueringen.de/esf_2014) (Zugegriffen: 15. Juli 2017).

<sup>2</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (2014): Operationelles Programm für den Einsatz des Europäischen Sozialfonds im Freistaat Thüringen in den Jahren von 2014 bis 2020. Genehmigt durch die Europäische Kommission mit Beschluss Nr. C(2014)7214 vom 3. Oktober 2014. S. 33.

<sup>3</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2014 b): Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Freistaats Thüringen zur Förderung der Kompetenz lokaler Akteure in der Armutsprävention – Förderrichtlinie gemäß Prioritätsachse B, Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung, des Programms Europäischer Sozialfonds 2014 bis 2020 im Freistaat Thüringen (Armutspräventionsrichtlinie). Die letzte Änderung der Richtlinie erfolgte am 09.06.2017 (ThürStAnz Nr. 18/ 2016, S. 668 ff.).





# A Einleitung

## 1 Lebenslagenbericht für Jena

Das Ziel des vorliegenden Lebenslagenberichts besteht darin, die soziale Situation der Bevölkerung in der Stadt Jena darzustellen. Hierbei werden zum einen die verschiedenen Lebenslagendimensionen der Bewohner/-innen auf Basis ausgewählter Indikatoren betrachtet, zum anderen erfolgt eine Analyse spezifischer Gruppen, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Der „Lebenslagenbericht der Stadt Jena 2018“ nimmt somit sowohl allgemeine Lebensbedingungen als auch prekäre Lebenslagen in den Blick. Um diese Aspekte differenziert untersuchen zu können, wird auf ein breites Portfolio an Daten der amtlichen Statistik und der Statistikstelle der Stadt Jena sowie auf Erhebungen einzelner Fachdienste innerhalb der Stadtverwaltung zurückgegriffen.

In der wissenschaftlichen Betrachtung sozialer Lagen hat sich die Auffassung etabliert, dass Armut nicht ausschließlich über den Mangel an einer bestimmten Ressource definiert werden kann und sich auch nicht einzig auf die Frage der „Ausgrenzung“ beschränken lässt. Vielmehr sollten die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Faktoren in den konkreten Lebensverhältnissen von Individuen und sozialen Gruppen im Fokus stehen. Analysiert werden dann sowohl die objektiven materiellen und immateriellen Dimensionen einer Lebenslage, wie die Erwerbslage, Bildung, Wohnsituation, Gesundheit, soziale Einbindung usw. als auch subjektive Dimensionen in Form von Orientierungen, Einschätzungen, Interessen, Erwartungen, Entscheidungen und Handlungen.<sup>4</sup> Im vorliegenden Bericht werden die unterschiedlichen Themenbereiche auf Basis theoretischer Vorüberlegungen und nach dem Vorbild der Indikatoren für eine integrierte soziale Berichterstattung hergeleitet. Um ein besseres Verständnis für die individuellen und sozialen Auswirkungen von prekären Lebenslagen in Jena entwickeln zu können, erfolgt zudem eine Analyse qualitativer Interviews, welche mit ausgewählten Personengruppen innerhalb der Stadt durchgeführt wurden.

Der Bericht gliedert sich somit in:

- eine quantitative Analyse statistischer Daten mit einer Fokussierung auf bestimmte Lebenslagenbereiche,
- eine Darstellung und Auswertung qualitativer Interviews mit ausgewählten Personengruppen.

Die Ergebnisse bilden die Basis zukünftiger Handlungsempfehlungen, welche im Rahmen der Armutspräventionsstrategie entwickelt werden.

Bei der Untersuchung von Lebenslagen auf bundesdeutscher Ebene (z. B. im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung) spielt die Bewertung der Einkommensverteilung eine wichtige Rolle. Bezüglich der verfügbaren Datenquellen ist anzumerken, dass mit dem Mikrozensus, der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) und dem Sozioökonomischen Panel zwar vielfältige Studien zur Ermittlung des Haushaltseinkommens existieren, deren Stichprobenumfang jedoch zu gering ist, um repräsentative Aussagen auf kommunaler Ebene zu ermöglichen. Da dieses Problem für einen Großteil der Kommunen relevant ist, sind ergänzende Konzepte zur Darstellung prekärer Lebenslagen entwickelt worden. Um sich der ökonomischen Situation der Jenaer Bevölkerung analytisch annähern zu können, bezieht sich der Bericht u. a. auf das Konzept des „soziokulturellen Existenzminimums“. Das Vorhandensein prekärer Lebenslagen wird hierbei über die Statistiken zur sozialen Mindestsicherung abgebildet.

<sup>4</sup> Vgl. Stadt Leipzig (2009): Leipziger Lebenslagenreport 2009, S. 13.

## 2 Armut und soziale Ausgrenzung

Die Existenz von Armut gehört zu den größten ungelösten gesellschaftlichen Problemen moderner Gesellschaften. Auch wenn der durchschnittliche Lebensstandard in Europa im Vergleich zu dem der Bevölkerung in anderen Teilen der Welt als relativ hoch und abgesichert eingestuft werden kann, besteht Einigkeit darüber, dass selbst in den wirtschaftlich starken europäischen Wohlfahrtsstaaten arme Menschen leben, für die nicht einmal ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe sowie sozialer Sicherung gewährleistet ist.<sup>5</sup>

Die Themen Armut und soziale Ausgrenzung haben dabei nicht nur auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung gewonnen. Sie fordern auch die regionalen Akteure zum Handeln auf. Die Minderung von Armutsfolgen und die Verhinderung von Armutsbiografien kann in diesem Zusammenhang nur dadurch bewältigt werden, dass alle Ebenen der Politik, vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen, einheitlich handeln und das Thema Armutsprävention als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begreifen.<sup>6</sup> Denn trotz der großen Unterschiedlichkeit der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme ähneln sich die Problemlagen vieler Mitgliedsstaaten und deren Regionen. Beispielhaft können hierbei die wirtschaftlichen Bedingungen der Nachwendezeit im Osten Deutschlands und Europas und die Auswirkungen ökonomischer Strukturkrisen (bspw. die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007) benannt werden. Diese Umstände führten bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verfestigter Arbeitslosigkeit und beeinflussen bis heute zahlreiche Erwerbs- und Familienbiografien.

Es wird deutlich, dass die Analyse armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen und die Ermittlung von Strategien im Umgang mit prekären Lebenslagen eine hohe Relevanz besitzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Region eine spezifische Charakteristik bezüglich der Lage der Menschen vor Ort aufweist und innerhalb dieser Regionen **Sozialräume** existieren, die mehr oder weniger einheitliche Strukturen und somit auch Zugriffsmöglichkeiten zu den Problemlagen der Betroffenen aufweisen. Dennoch ist anzumerken, dass im Folgenden zwar Bevölkerungsgruppen identifiziert werden, die aus statistischer Sicht ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen, jedoch nicht unterstellt werden soll, dass sich diese Gruppen grundsätzlich in einer prekären Lebenssituation befinden müssen.

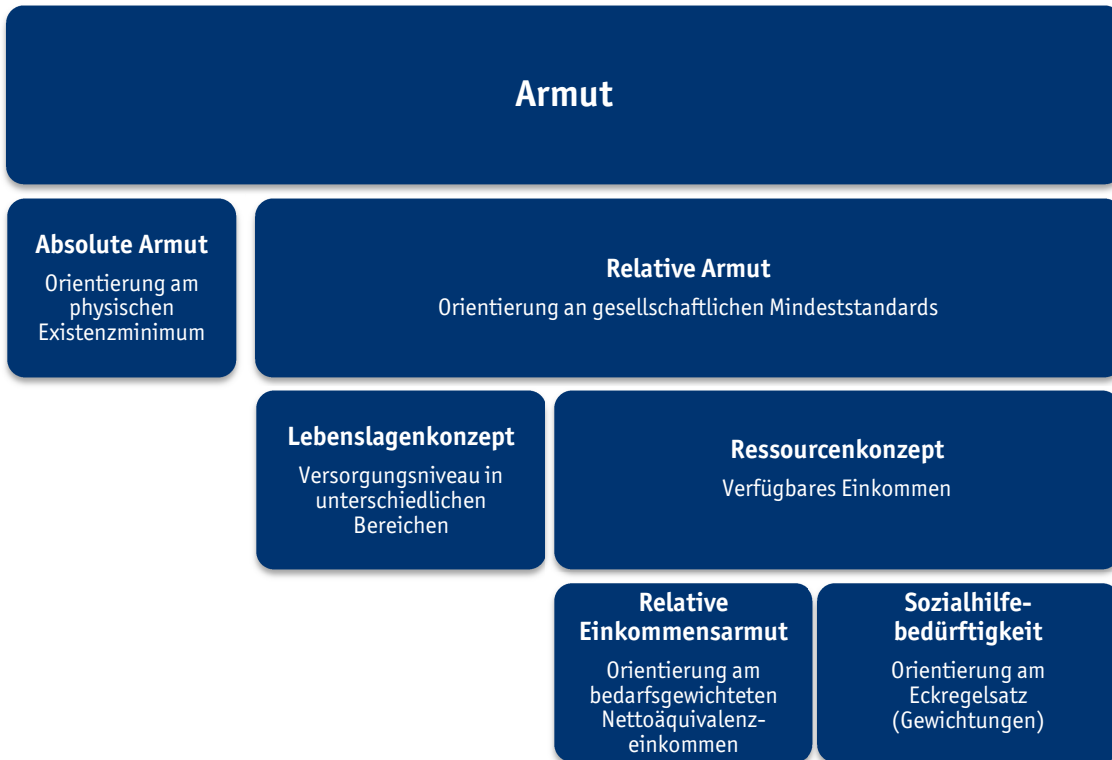
Was den Begriff „Armut“ anbelangt, so können in der Forschung verschiedene Definitionen voneinander unterschieden werden. In traditionellen Gesellschaften wurde Armut mit der unmittelbaren Gefahr des Verhungerns und des körperlichen Verfalls gleichgesetzt, wobei diese Tatsache für einige Teile der Welt bis heute Gültigkeit besitzt. In diesen Fällen wird von **absoluter Armut** gesprochen. In den meisten modernen Gesellschaften spielt diese unmittelbare physische Gefahr kaum mehr eine Rolle, auch wenn es immer wieder Menschen gibt, die von den sozialen Sicherheitssystemen nicht erreicht werden (z. B. Obdachlose). Von Armut wird deswegen nicht mehr nur bei unmittelbarer physischer Not gesprochen, sondern auch dann, wenn soziokulturelle Mangellagen bestehen. Aus materieller Sicht gelten Menschen dabei auch dann als arm, wenn sie über so geringe Mittel verfügen, dass sie in Relation zu den gesellschaftlichen Mindeststandards nicht in Menschenwürde leben können. Werden diese Maßstäbe an die Definition von Armut angelegt, dann spricht man in der Wissenschaft von **relativer Armut**.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Böhnke, Petra (2002): Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext. Politische Ziele, Konzepte und vergleichende empirische Analysen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 29-30/2002).

<sup>6</sup> Vgl. Fischer, Jörg (2011): Wege aus der Kinderarmut. Orientierungsrahmen für Armutsprävention und Bildungsförderung auf lokaler Ebene. Studie im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 5.

<sup>7</sup> Vgl. Hradil, Stefan (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 220.

Die verschiedenen Definitionsmöglichkeiten innerhalb der Armutforschung lassen sich wie folgt zusammenfassen:



**Abb. A.1: Armutsdefinitionen**

Quelle: Fischer, Jörg (2011), S. 8. Eigene Darstellung.

Die Neuausrichtung des Armutsbegriffes steht auch in Zusammenhang mit der konzeptionellen Weiterentwicklung der Themen **Armut und soziale Ausgrenzung**. Während sich Armut lange Zeit einzig über den Mangel an materiellen Ressourcen definierte, fokussierte man sich mit dem Begriff der sozialen Ausgrenzung auf die Gewährleistung sozialer Rechte und rückte partizipatorische sowie integrative Elemente in den Vordergrund. In der methodischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte löste sich die strikte Unterscheidung beider Begriffe jedoch zunehmend auf. Einkommen gilt nicht mehr als der einzige Indikator für prekäre Lebenslagen und neben der Betrachtung verschiedener Verteilungsaspekte erfährt die Analyse von Handlungsspielräumen immer größere Beachtung.<sup>8</sup> Der Soziologe Martin Kronauer stellt in diesem Zusammenhang fest, dass in wohlhabenden Gesellschaften Armut dann in soziale Ausgrenzung mündet, wenn bestimmte Ausstattungsmängel dazu führen, dass Menschen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.<sup>9</sup>

Im Zuge dieser Entwicklung bildeten sich zwei zentrale Ansätze der Armutforschung heraus. Auf der einen Seite steht das Konzept der **Ressourcenarmut**, bei dem Armut dann als gegeben gilt, wenn zu wenige Hilfsmittel des Handelns vorhanden sind, vor allem wenn es an Geld mangelt. Auf der anderen Seite steht das Konzept der **Lebenslagenarmut**, bei dem Armut dann als gegeben gilt, wenn konkrete Lebensbedingungen

<sup>8</sup> Vgl. Böhnke, Petra (2002).

<sup>9</sup> Vgl. Kronauer, Martin (2000): Armut, Ausgrenzung, Unterklasse. In: Häussermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13.



von Menschen eine Unterversorgung erkennen lassen. Dabei sind verschiedene Arten von Lebensbedingungen abzuleiten: Ernährung, Bekleidung, Wohnsituation, Gesundheitsbedingungen, Bildung, Arbeits- und Arbeitsplatzbedingungen, Ansehen, Integration, Partizipation und Freizeit können hier beispielhaft genannt werden. Je nachdem welcher Ansatz in der wissenschaftlichen Analyse Verwendung findet, können unterschiedliche Ergebnisse bei der Feststellung von Armut erlangt werden.<sup>10</sup> Beispielsweise ist die soziale Gruppe der Studierenden häufig abhängig von staatlichen Transfereinkommen und würde somit vor dem Hintergrund des Ressourcenansatzes als arm gelten. Nach der Maßgabe des Lebenslagenansatzes ist dies nicht zwangsläufig der Fall, da die meisten Angehörigen dieser Gruppe über sicheren Wohnraum, soziale Kontakte und (aufgrund des angestrebten Bildungsabschlusses) über gute Zukunftsaussichten verfügen und deswegen in wichtigen Lebenslagenbereichen keine Unterversorgung erkennen lassen.<sup>11</sup> Die Frage nach der Operationalisierung und dem passenden Messinstrument für die Analyse von Armut hängt also immer auch von der Forschungsperspektive ab.

## 2.1 Ressourcenkonzept

In der Armuts- und Deprivationsforschung wurden in den letzten Jahren unterschiedliche Formen von Armut und Ausgrenzung erforscht und besonders risikogefährdete Bevölkerungsgruppen benannt. Ein erster Zugang stellt das unterschiedlich gelagerte Risiko für Einkommensarmut dar.<sup>12</sup> Bei dem Zugang über das **Nettoäquivalenzeinkommen** gelten die Personen als arm, die in Relation zur gesamten Bevölkerung über weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens verfügen. Das mittlere Einkommen ergibt sich hierbei aus dem Median aller Einkommenswerte. Das heißt, dass die Einkommenswerte aller Personen der Größe nach sortiert und aufgelistet werden, wobei der Wert, der die Auflistung genau in der Mitte teilt den Median definiert. Der Vorteil dieser Methode gegenüber einer Analyse des Durchschnittswertes besteht darin, dass eine Verzerrung durch sogenannte statistische „Ausreißer“ (besonders hohe oder besonders niedrige Einkommenswerte) minimiert werden kann. Bei einem Haushalt mit mehreren Personen wird zusätzlich eine Bedarfsgewichtung vorgenommen. Diese basiert auf der Annahme, dass Haushalte mit mehreren Haushaltsmitgliedern durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungseffekte – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – erzielen. Der Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) weist dabei der ersten erwachsenen Person stets das Gewicht 1 zu. Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3.

---

### *Exkurs: Beispiel für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens*

Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren weist nach der Äquivalenzskala das Gesamtgewicht 2,1 auf (1 plus 0,5 plus 0,3 plus 0,3). Für die Berechnung des pro-Kopf-Äquivalenzeinkommens muss das verfügbare Haushaltseinkommen demnach durch 2,1 – und nicht durch die Anzahl der Personen – geteilt werden. Bei einem fiktiven Haushaltseinkommen von 2.100 Euro besitzt jedes der vier Haushaltsmitglieder also ein Äquivalenzeinkommen von 1.000 Euro.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. Hradil, Stefan (2006), S. 220 f.

<sup>11</sup> Vgl. ebd.: S. 221.

<sup>12</sup> Vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2017): Bestandsanalyse zur Armutsgefährdung im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Überblick anhand von Handlungsfeldern und Lebenslagen und Ausblick auf die Strategieentwicklung zur Armutsprävention. Schmalkalden-Meiningen, S. 12.

<sup>13</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC).

Merkmal	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Einpersonenhaushalt</b>						
Thüringen	759	770	791	815	833	870
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	754	769	786	815	841	879
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	878	900	923	949	974	995
Deutschland	849	870	892	917	942	969
<b>Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren*</b>						
Thüringen	1.593	1.617	1.660	1.712	1.750	1.827
Neue Bundesländer (einschl. Berlin)	1.584	1.614	1.651	1.711	1.765	1.847
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	1.843	1.890	1.939	1.992	2.045	2.090
Deutschland	1.784	1.828	1.873	1.926	1.978	2.035

**Tab. A.1: Armutsgefährdungsschwellen in Thüringen und Deutschland in Euro nach Haushaltstyp**

*Quelle:* Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2017. Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW. Eigene Darstellung.

*Hinweis:* Die Armutsgefährdungsschwelle der Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren berechnet sich aus dem Wert der Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte multipliziert mit dem Bedarfsgewicht des Mehrpersonenhaushalts nach der neuen OECD-Skala (2,1).

**Tab. A.1** zeigt die **Armutsgefährdungsschwellen** in Thüringen und Deutschland für verschiedene Haushaltstypen. Der Schwellenwert entspricht 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) im jeweiligen Bundesland bzw. in der jeweiligen Region. Demnach liegt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt in Thüringen im Jahr 2016 bei einem Monatsnettoeinkommen von 870 Euro. Entsprechend der Äquivalenzskala bedeutet dies für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren, dass die Grenze zur Armutsgefährdung bei einem Nettohaushaltseinkommen von 1827 Euro liegt.<sup>14</sup> Dass die Schwelle zur Armutsgefährdung in Thüringen niedriger liegt als im bundesdeutschen Durchschnitt und in den Neuen Bundesländern, ist auf das vergleichsweise geringere durchschnittliche Nettoeinkommen der privaten Haushalte im Freistaat zurückzuführen.

Die **Armutsgefährdungsquote** definiert sich als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung beträgt. Mit anderen Worten wird also die Quote der Personen beschrieben, deren Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei der Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten in Thüringen (**Tab. A.2**) zeigen sich bei den verschiedenen sozialen Gruppen teils deutliche Unterschiede.

<sup>14</sup>  $(1 \times 833 \text{ Euro}) + (0,5 \times 833 \text{ Euro}) + (0,3 \times 833 \text{ Euro}) + (0,3 \times 833 \text{ Euro}) = 833 \text{ Euro} + 416,50 \text{ Euro} + 249,90 \text{ Euro} + 249,90 \text{ Euro} = 1749,30 \text{ Euro}.$

Merkmal	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Insgesamt</b>	11,0	10,8	11,7	11,6	12,4	12,0
<b>Alter</b>						
Unter 18	12,9	12,0	13,2	14,5	16,3	15,1
18 bis unter 25	21,3	22,7	23,9	24,5	31,9	28,6
25 bis unter 50	11,1	10,4	11,2	11,5	12,2	12,2
50 bis unter 65	11,6	11,3	12,2	11,8	11,8	11,0
65 und älter	6,0	6,7	7,7	7,1	6,8	7,5
<b>Alter und Geschlecht (männlich)</b>						
<b>Männlich (insgesamt)</b>	11,0	10,9	11,3	11,5	12,4	12,4
18 bis unter 25	20,1	21,8	23,1	22,6	28,9	29,9
25 bis unter 50	11,4	11,1	10,6	11,1	12,1	12,2
50 bis unter 65	11,7	11,6	12,0	12,2	12,6	11,4
65 und älter	*(4,4)	5,1	6,5	5,8	6,1	6,8
<b>Alter und Geschlecht (weiblich)</b>						
<b>Weiblich (insgesamt)</b>	11,1	10,7	12,0	11,8	12,5	11,6
18 bis unter 25	22,7	23,8	24,8	26,5	35,0	27,3
25 bis unter 50	10,8	9,6	11,8	11,9	12,3	12,3
50 bis unter 65	11,6	11,0	12,4	11,4	11,0	10,5
65 und älter	7,2	7,9	8,5	8,1	7,4	8,0
<b>Haushaltstyp*</b>						
Einpersonenhaushalt	26,0	25,5	26,7	24,7	25,8	25,0
Zwei Erwachsene ohne Kind	5,5	5,4	6,1	6,2	5,3	5,4
Sonstiger Haushalt ohne Kind	4,6	4,9	4,5	4,2	7,0	5,6
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	29,5	25,7	29,2	30,0	32,8	32,6
Zwei Erwachsene und ein Kind	4,8	(3,9)	5,1	6,2	6,3	6,8
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	8,6	6,5	7,0	8,9	7,2	7,3
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	(14,4)	(19,1)	(14,4)	(20,0)	22,3	20,3
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	12,1	13,1	10,4	9,7	13,2	12,0
<b>Erwerbsstatus*</b>						
<b>Erwerbstätige</b>	6,4	5,9	6,4	6,3	6,2	5,8
Selbstständige	(9,7)	(10,0)	(8,3)	(8,7)	(8,2)	(8,9)
Abhängig Erwerbstätige	6,0	5,4	6,2	6,1	6,0	5,5
<b>Erwerbslose</b>	46,8	43,8	47,5	48,5	50,7	52,0
<b>Nichterwerbspersonen</b>	12,9	13,3	14,8	14,7	16,3	16,1
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen*	7,9	8,3	9,3	9,2	9,1	9,4
Personen im Alter von unter 18 Jahren	12,8	12,0	13,2	14,5	16,4	15,2
Sonstige Nichterwerbspersonen	35,8	37,5	41,0	41,1	46,6	47,8
<b>Qualifikationsniveau*</b>						
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	20,8	22,8	23,0	23,4	25,6	24,9
Mittel (ISCED 3 und 4)	11,3	10,9	11,7	11,4	11,3	10,9
Hoch (ISCED 5 und höher)	3,9	3,8	4,7	4,4	4,7	5,4

**Tab. A.2: Armutsgefährdungsquoten in Thüringen nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent – gemessen am Landesmedian**

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2018. Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW. Eigene Darstellung.

*Hinweis: Die Armutsgefährdungsquote beschreibt den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet. Die hier dargestellten Quoten wurden anhand des Landesmedians für das Jahr 2016 ermittelt. Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt. Der Erwerbsstatus richtet sich nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO). Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen sind Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension. Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED, bis 2013 Fassung von 1997, ab 2014 Fassung von 2011) bestimmt.  
( ): Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann (zugrunde liegende Fallzahl hochgerechnet zwischen 5.000 und 10.000).*

Ausgehend von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote in Thüringen im Jahr 2016 von 12,0 Prozent weisen somit folgende Gruppen ein erhöhtes Armutsrisiko auf:

- jungen Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren (28,6 Prozent)
- Einpersonenhaushalte (25,0 Prozent)
- alleinerziehende Erwachsene (32,6 Prozent)
- Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern (20,3 Prozent)
- Erwerbslose (52,0 Prozent)
- Nichterwerbspersonen (16,1 Prozent)
- Menschen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau (24,9 Prozent)

Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs der zugrundeliegenden bundesweiten Untersuchungen können auf der Thüringer Landesebene keine Aussagen über die Armutsgefährdungsquoten von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Menschen mit Migrationshintergrund getroffen werden. Bei der Betrachtung der Daten aller Neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) zeigt sich jedoch, dass diese Gruppen ebenfalls einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Im Jahr 2016 lag die Armutsgefährdungsquote für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit demnach bei 37,9 Prozent und bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 32,1 Prozent. Im Vergleich hierzu lag die Armutsgefährdungsquote bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bei 11,8 Prozent und bei Personen ohne Migrationshintergrund bei 11,2 Prozent.<sup>15</sup>

Da die Methodik der Berechnung der relativen Einkommensarmut eine normative Setzung von Grenzwerten erfordert, wird sie in Teilen der Wissenschaft kritisch beurteilt. Zum einen wird die Gewichtungsskala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), welche die Basis für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens bildet, an einigen Stellen als zu gering eingeschätzt. Folgt man dieser Argumentation, so wird die Armutsgefährdungsquote für Gruppen nahe der Armutsgefährdungsschwelle tendenziell eher unterschätzt.<sup>16</sup> Des Weiteren wird auf inhaltlicher Ebene angeführt, dass mit dem Maß der relativen Einkommensarmut nur Aussagen über die Einkommensverteilung möglich sind. Faktoren wie Vermögen, Wohneigentum, Schulden, Arbeitslosigkeit, Bildung, Wohnverhältnisse, Gesundheit usw. finden keine Berücksichtigung bei der Berechnung, obwohl sie bei gleichem Einkommen einen individuell unterschiedlichen Stellenwert besitzen können. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass der Zugang zu Wohnqualität, Gesundheit, allgemeinem Wohlbefinden usw. trotzdem zentral von dem Haushaltseinkommen bestimmt wird. Insofern kann das Haushaltseinkommen zumindest als ungefährender Gradmesser für den

<sup>15</sup> Siehe: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2017. Ergebnisse des Mikrozensus. Ab 2011 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. IT.NRW.

<sup>16</sup> Vgl. Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. München: Verlag C.H.Beck., S. 25.

Zugang zu Gütern in den anderen Lebensbereichen gesehen werden, und die Armutsgefährdungsquoten geben einen ersten Hinweis darauf, für welche sozialen Gruppen erschwerte Zugangsbedingungen bestehen.<sup>17</sup>

## 2.2 Lebenslagenkonzept

Aufgrund der Einseitigkeit des Ressourcenansatzes, welcher nur den Faktor Einkommen in den Blick nimmt, wird von vielen Armutsforscher/-innen das Konzept der **Lebenslage** präferiert, welches den Anspruch hat, sowohl materielle Ressourcen zu berücksichtigen als auch verschiedene Aspekte der sozialen Integration.<sup>18</sup> Eine Konzeption zur Analyse von **Lebenslagen** bietet die Ungleichheitsforscherin Gerda Holz an. Holz arbeitet in diesem Zusammenhang drei grundlegende Bedingungen für die Betrachtung von Kinderarmut heraus, die sich auch auf die allgemeine Betrachtung von Armut übertragen lassen:

- In der Betrachtung von Kinderarmut ist der **familiäre Zusammenhang**, also die Gesamtsituation zu berücksichtigen. Die Bewältigungsstrategien der Eltern können dabei sehr unterschiedlich ausfallen und zu einem breiten Spektrum kindlicher Lebenslagen führen, von keinerlei bis häufigen Einschränkungen. Studien belegen, dass Eltern in den meisten Fällen zunächst bei sich selbst und den gemeinsamen Familienaktivitäten sparen, bevor es zuletzt zu Einschränkungen der kindlichen Versorgungslage kommt.
- **Armut wirkt mehrdimensional** auf die gesamte Lebenslage eines Menschen und bestimmt dessen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Eine eindimensionale Betrachtung bestimmter Bereiche, wie etwa dem (Familien-)Einkommen ist nicht ausreichend, um die Teilehabechancen von Kindern zu erklären.
- Armut sollte jedoch nicht als Sammelbegriff für alle benachteiligten Lebenslagen verwendet werden. Nur wenn auch ein **materieller Mangel** vorliegt, kann von Armut gesprochen werden.<sup>19</sup>

Es wird deutlich, dass bei der Betrachtung von Armutslagen und Benachteiligungsstrukturen nicht nur eine Dimension von Lebensqualität bzw. prekärer Lebensweise isoliert in den Blick zu nehmen ist. Vielmehr gilt es die Mehrdimensionalität unterschiedlicher Lebensbereiche zu berücksichtigen. Die Stärke der mehrdimensionalen Betrachtung liegt darin, dass Benachteiligungen und Einschränkungen der Lebensqualität nicht ausschließlich über die Ausstattung mit finanziellen Ressourcen definiert werden, sondern auch immaterielle Ressourcen wie Bildung, Gesundheit und soziale Netzwerke Berücksichtigung finden. Der Begriff der Lebenslage umschreibt nach dieser Definition die Umstände und den Rahmen der materiellen und immateriellen Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung von einzelnen Personen oder Gruppen in einer Gesellschaft.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Stadt Leipzig (2009): S. 10 ff.

<sup>18</sup> Vgl. ebd.: S. 13.

<sup>19</sup> Vgl. Holz, Gerda (2008): Kinderarmut – Eine komplexe Herausforderung für staatliches Handeln. In: WSI Mitteilungen 3/2008, S. 146 ff.

<sup>20</sup> Vgl. Fischer, Jörg/ Merten, Roland/ Römer, Robert (2009): Bildungsförderung und Armutsprävention in Jena. Studie zur politischen Steuerung von pädagogischen Bedarfen auf kommunaler Ebene. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 19.

Im Bereich der Kinderarmut aber auch in Bezug auf die allgemeine Armutforschung ergeben sich folgende Lebenslagendimensionen:

Dimensionen der Lebenslage	
1. Materielle Versorgung	Grundversorgung (z. B. Wohnen, Nahrung, Kleidung)
2. Versorgung im kulturellen Bereich	Bildung (z. B. Schulbildung, Ausbildung, lebenslanges Lernen)
3. Situation im sozialen Bereich	Soziale Integration (z. B. soziale Kontakte, soziale Kompetenzen)
4. Psychische und physische Lage	Gesundheit (z. B. Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung)

**Tab. A.3: Dimensionen von Armut**

Quelle: Holz, Gerda (2008), S. 146. Eigene Darstellung.

Hinweis: Im Mikrozensus gilt eine Person als Person mit Migrationshintergrund, wenn sie eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Je nachdem in wie vielen Dimensionen eine Einschränkung vorliegt, können unterschiedliche Lebenslagentypen ermittelt werden. Von einer Lebenslage im „Wohlergehen“ wird dann gesprochen, wenn in Bezug auf die zentralen (Lebenslage-)Dimensionen aktuell keine „Auffälligkeiten“ festzustellen sind. Eine „Benachteiligung“ liegt dann vor, wenn in einigen wenigen Bereichen aktuell „Auffälligkeiten“ vorliegen. Wenn mehrere zentrale Lebensbereiche eingeschränkt sind, dann wird von einer „multiplen Deprivation“ gesprochen.

## 3 Methodische Anmerkungen

### 3.1 Quantitativer Forschungsteil

Die Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten und verschiedenen Lebenslagendimensionen vermittelt einen Eindruck darüber, welche sozialen Gruppen ein besonders hohes Armutsrisiko im Sinne der relativen Einkommensarmut aufweisen und welche Lebensbereiche innerhalb der sozialen Berichterstattung in den Blick zu nehmen sind. Es lassen sich somit verschiedene Indikatoren identifizieren, die mit Hilfe statistischer Daten auch auf kommunaler Ebene näher analysiert werden können. Auf Basis dieser Erkenntnisse und in Abstimmung mit verschiedenen lokalen Akteur/-innen und Expert/-innen aus der Jenaer Stadtgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung sind folgende **Handlungsfelder für die quantitative Lebenslagenanalyse** identifiziert worden:

- Bevölkerungsentwicklung
- Haushalte und Familien
- Ökonomische Situation und Arbeitslosigkeit
- Wohnsituation
- Kinder- und Jugendhilfe
- Bildung und Betreuung
- Gesundheit

Jedes Handlungsfeld setzt sich dabei aus einer Reihe von Indikatoren zusammen, die in den Kontext der allgemeinen sozialen Berichterstattung eingeordnet werden. Sie umfassen sowohl Aspekte der materiellen Ausstattung als auch weitere Bereiche der verschiedenen Lebenslagendimensionen.

Dabei ist anzumerken, dass sich die Auswahl der Indikatoren auf bestimmte Kerngrößen beschränkt und keine Gesamtdarstellung zum Ziel hat. Dies ist zum einen auf pragmatische Gründe in der Datenerfassung und -auswertung zurückzuführen. Zum anderen soll der fokussierte Blick vor einem überhöhten Anspruch an die Aussagekraft der Ergebnisse schützen. So soll vermieden werden, dass anhand der Indikatoren fälschlicherweise ein Ranking der einzelnen Planungsräume in Jena abgeleitet wird. Es soll vielmehr um eine punktuelle Darstellung von Problemlagen und deren Einordnung in den gesellschaftlichen Gesamtkontext gehen.

### 3.2 Qualitativer Forschungsteil

Im Anschluss an die quantitative Datenanalyse erfolgt die qualitative Auswertung von zehn problemzentrierten Leitfadenterviews, welche im Zeitraum von März bis August 2017 mit verschiedenen in Jena wohnhaften Personen, die in mindestens einer Lebenslagendimension eine Unterversorgung erkennen ließen, durchgeführt wurden. Das Ziel dieses Forschungsteils besteht darin, die Situation der von Armut betroffenen Menschen in Jena alltagsnah zu beschreiben sowie die individuellen Folgen von Armut darzustellen. Es soll ein Einblick in die Lebenswelt und Lebensführung der Betroffenen ermöglicht werden. Armut wird demnach als eine Phase im Lebenslauf analysiert, die nicht zufällig entsteht, sondern eine Folge des Zusammenwirkens biografischer und kontextueller Gegebenheiten ist und im Idealfall auch überwunden werden kann.<sup>21</sup>

Um einen allgemeinen Zugang zu dem Feld zu erhalten, sind Personen in verschiedenen Altersgruppen, mit unterschiedlicher schulischer und beruflicher Ausbildung und einer sich differenzierenden familiären Situation interviewt worden.

Die Erstellung des Interviewleitfadens erfolgte mit Unterstützung des Projektteams „Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern“, welches 2015 einen Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern erarbeitete.<sup>22</sup> Ebenfalls unterstützt wurde die Erstellung des Leitfadens von Herrn Prof. Dr. Ulrich Lakemann, Professor für Sozialwissenschaften an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Die Auswertung der Interviews erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Institut für kommunale Planung und Entwicklung (IKPE) und Studierenden der Fachhochschule Erfurt unter der Leitung von Robert Römer, M.A.

Durch die **Analyse quantitativer und qualitativer Daten** sollen sich die Stärken der beiden methodischen Herangehensweisen ergänzen (Triangulation).<sup>23</sup> Die Vorteile der quantitativen Analyse liegen hierbei vor allem in der exakten Quantifizierbarkeit der Ergebnisse. Die Vorteile der qualitativen Analyse liegen hingegen in der Flexibilität der Methode, die dem Untersuchungsgegenstand angepasst werden kann. Die Offenheit des methodischen Vorgehens ermöglicht hierbei die Entdeckung bisher unbekannter Sachverhalte (explorative Methode). Aufgrund der geringen Standardisierung des Erhebungsverfahrens liegt der Fokus

<sup>21</sup> Vgl. Leisinger, Lutz/ Buhr, Petra (2012): Dynamik von Armut. In: Huster, Ernst-Ulrich/ Boeckh, Jürgen/ Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 148.

<sup>22</sup> Klärner, Andreas/ Knabe, André/ Land, Rainer/ Berger, Peter A. (2015): Gesichter der Armut in der Stadt und im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns – Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojekts. In: Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: AWO, S. 25-90.

<sup>23</sup> Eine ausführliche methodische Erläuterung der qualitativen Analyse erfolgt in Kapitel H.1 und H.2.

vor allem auf der subjektiven Sicht der Gesprächspartner/-innen. Durch die persönliche und offene Interaktion können Hintergründe erfahren und somit ein tieferer Informationsgehalt erreicht werden.

### 3.3 Kommunale Armutsprävention

Der Bericht dient als Grundlage für die Entwicklung einer kommunalen Armutspräventionsstrategie. Bezüglich des Präventionsbegriffes muss angemerkt werden, dass der kommunale Handlungsspielraum im Bereich der Armutsprävention eine Fokussierung auf bestimmte Handlungsfelder erfordert. Die oftmals geforderte Umverteilung von Grundsicherungsleistungen liegt beispielsweise nicht in kommunaler Hand, sondern gehört zu den Aufgabenbereichen der Bundespolitik. Dementsprechend meint Armutsprävention auf der kommunalen Ebene zunächst vor allem die akute Armutsbekämpfung bzw. **reaktive Unterstützung** bei bereits eingetretenen Armutslagen (z. B. durch Förderung der Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit). Trotzdem kann Armutsprävention auf kommunaler Ebene auch **proaktive Maßnahmen** umfassen, die vor dem Eintreten von Armutslagen schützen und die Kompetenzen der betroffenen Personen fördern bzw. stärken (z. B. durch eine Verbesserung der städtischen Bildungsinfrastruktur). Der präventive Blick ist somit auch auf Risikogruppen ausgerichtet, die sich zwar noch nicht in einer Armutslage befinden aber von einer solchen bedroht sind.<sup>24</sup>

### 3.4 Planungsräume in Jena

Die Darstellung der verschiedenen statistischen Kennzahlen in diesem Bericht erfolgt – insofern möglich – auf planungsräumlicher Ebene. Nach dieser Einteilung gliedert sich die Stadt Jena in die sechs Planungsräume:

- West/Zentrum
- Nord
- Ost
- Lobeda<sup>25</sup>
- Winzerla<sup>26</sup>
- Ortschaften

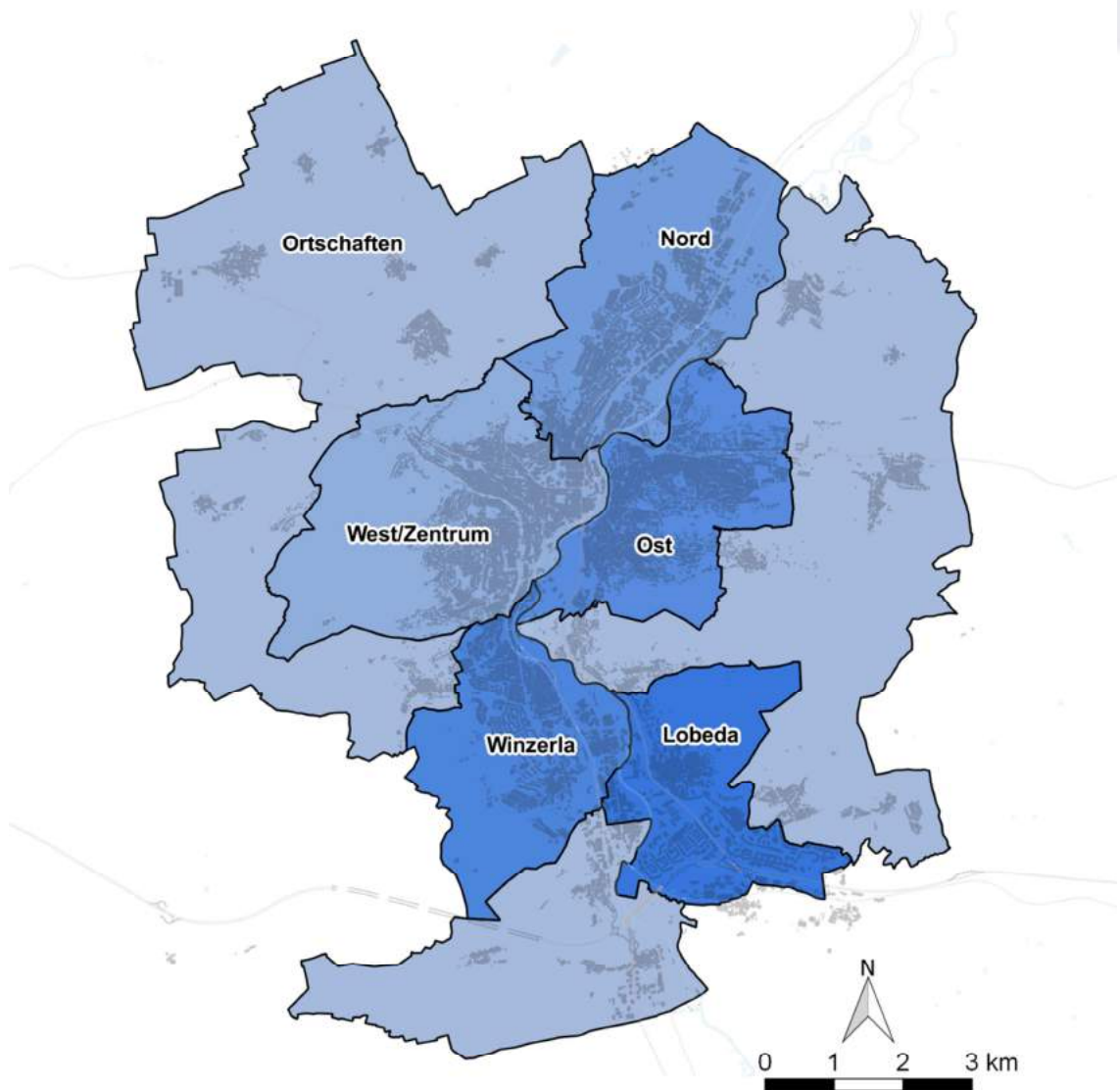
Die Planungsräume setzen sich aus mehreren statistischen Bezirken zusammen und dienen verschiedenen Planungszwecken, beispielsweise in den Bereichen Stadtentwicklung sowie Schule und Soziales. Auch die städtische Bevölkerungsprognose wird auf die Planungsräume bezogen. In **Abb. A.2** wird die Stadt Jena in ihrer planungsräumlichen Aufteilung dargestellt. Die Möglichkeiten und Grenzen einer feingliedrigeren statistischen Analyse in Jena werden in Kapitel C 2.6 dargestellt. Dabei wird aufgezeigt, dass sich die Jenaer Planungsräume nur zum Teil als einheitliche Sozialräume begreifen lassen.

<sup>24</sup> Vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2017): S. 7.

<sup>25</sup> Die Bezeichnungen Lobeda sowie Alt- und Neulobeda werden im gesamten Bericht synonym verwendet.

<sup>26</sup> Die Bezeichnungen Winzerla sowie Winzerla und Umgebung werden im gesamten Bericht synonym verwendet.





**Abb. A.2:** Basiskarte nach Planungsräumen, Jahr: 2017

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik, 2017. Eigene Darstellung.



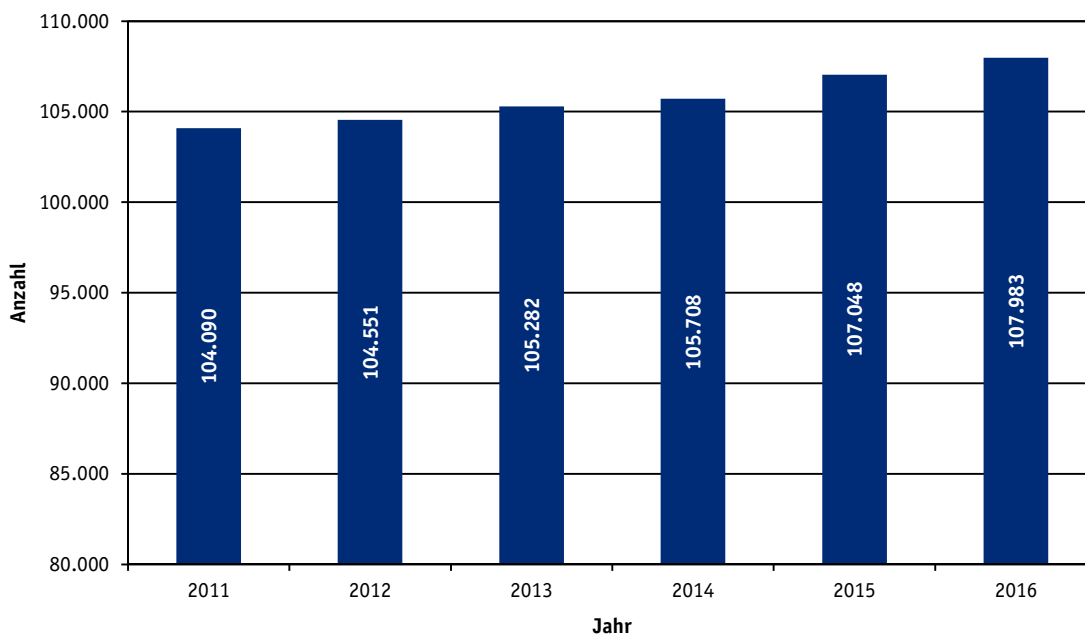


**B Bevölkerung, Haushalte,  
Familien**

## 1 Bevölkerungsentwicklung

Die Darstellung der Bevölkerungsentwicklung und -zusammensetzung bildet die Grundlage für jede statistische Analyse auf kommunaler Ebene. Aus der derzeitigen und prognostizierten Zusammensetzung der Bevölkerung in Jena, differenziert nach Anzahl, Alter, Geschlecht und Staatsbürgerschaft, können erste Annahmen zu gruppenspezifischen Bedarfen abgeleitet werden. Die Grundgesamtheit der Einwohner/-innen in den verschiedenen Altersgruppen stellt zudem die Grundlage für die Berechnung aller weiteren Indikatoren dar.<sup>27</sup>

**Abb. B.1** gibt Auskunft über die Entwicklung der Bevölkerung in Jena von 2011 bis 2016. Hierbei ist ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Zum Stichtag 31.12.2016 wurde in Jena ein Bevölkerungsstand von 107.983 Einwohnern/-innen mit Hauptwohnsitz festgestellt.<sup>28</sup> Im Jahr 2011 betrug dieser Wert 104.090. Es handelte sich demnach um einen Bevölkerungsanstieg von 3,7 Prozent. Während der Anstieg von 2011 bis 2014 noch relativ flach verlief, kann von 2014 bis 2016 ein erhöhter Anstieg der Einwohner/-innenzahl ermittelt werden. In diesen zwei Jahren wuchs die Jenaer Bevölkerung allein um 2,2 Prozent. Der Grund für diesen erhöhten Anstieg ist die Zuwanderung Schutzsuchender, welche vor allem in den Jahren 2015/16 erfolgte (Eine genaue Analyse der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Jena erfolgt in Kapitel B2).



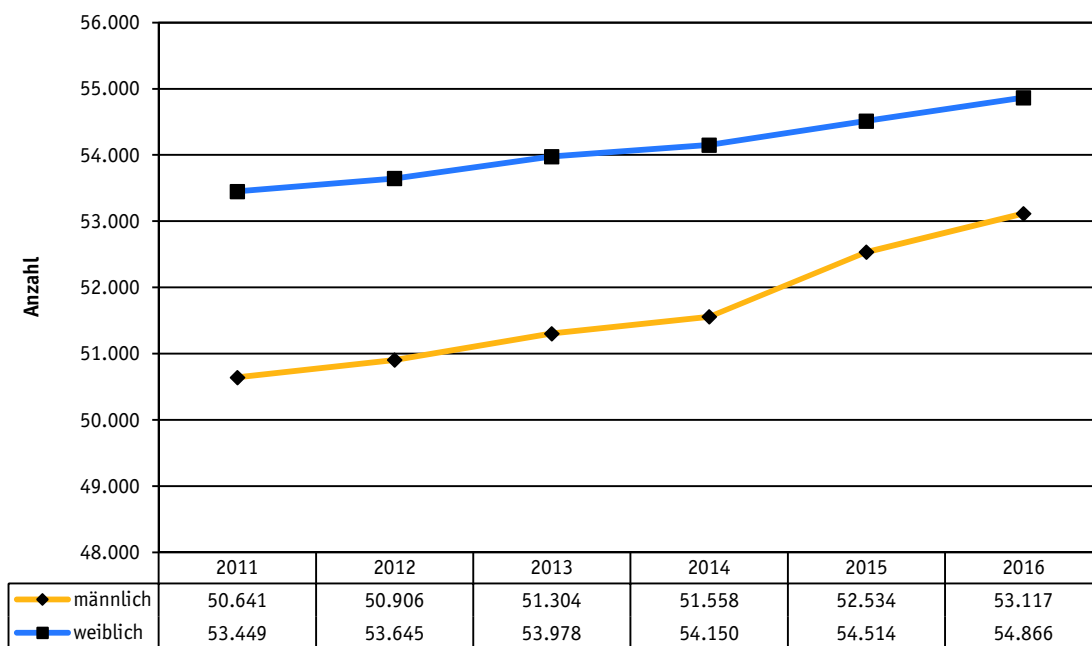
**Abb. B.1: Bevölkerungsentwicklung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>27</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA. [https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl\\_liste.php?auswahltbl&thema=1&auspid=](https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl_liste.php?auswahltbl&thema=1&auspid=) (24.08.2017).

<sup>28</sup> Die folgenden Statistiken beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den Stichtag: 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres.

Über die Entwicklung der männlichen und weiblichen Bevölkerung informiert **Abb. B.2**. Es zeigt sich, dass in Jena im betrachteten Zeitraum insgesamt mehr Frauen als Männer lebten, wobei sich die Differenz zwischen beiden Geschlechtern in den Jahren 2011 bis 2016 kontinuierlich verringerte. Im Jahr 2016 lebten demnach 53.117 männliche und 54.866 weibliche Personen in der Stadt. Dies entsprach im Vergleich zum Jahr 2011 einem Anstieg von 2.476 männlichen und 1.417 weiblichen Personen.

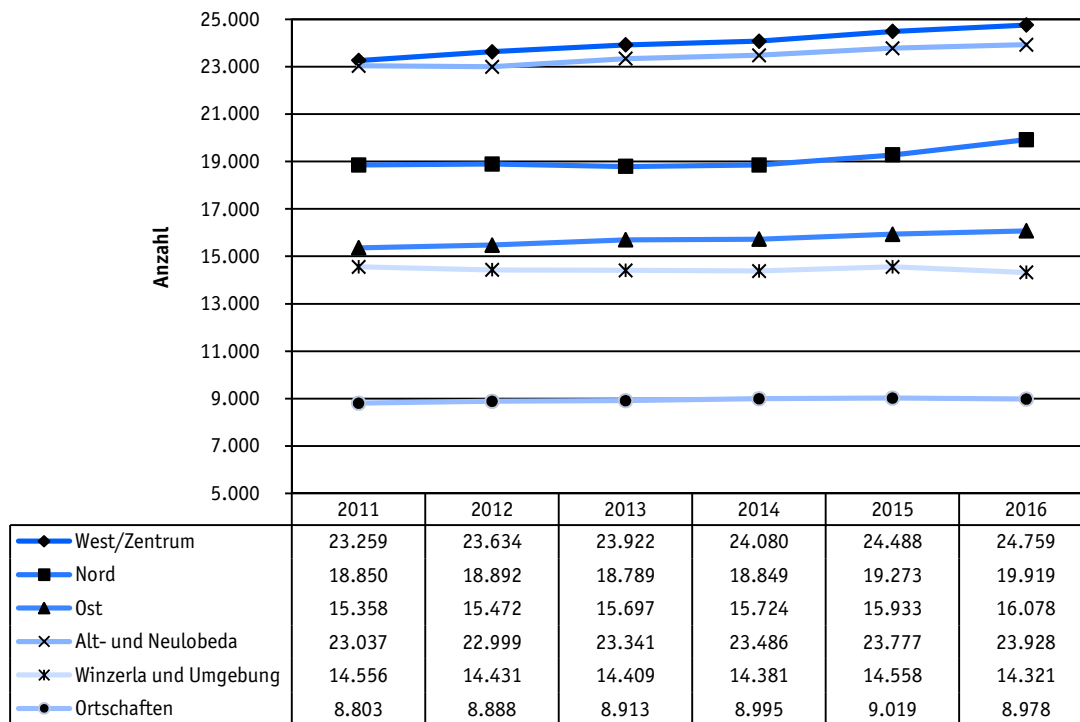


**Abb. B.2: Entwicklung der männlichen und weiblichen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

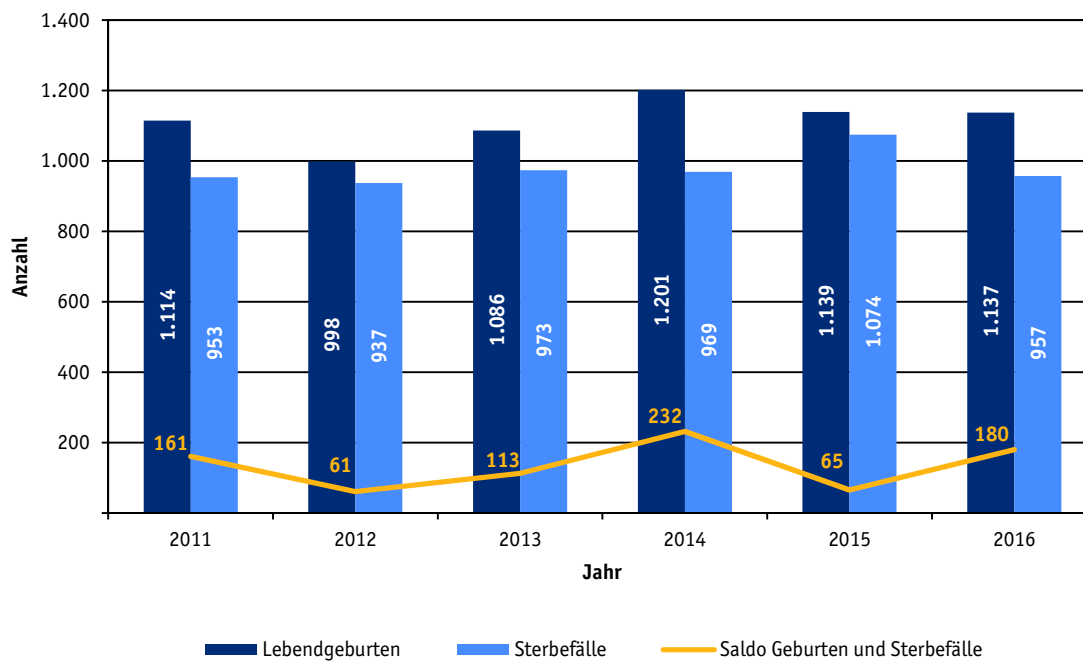
Die Bevölkerung entwickelte sich in den einzelnen Planungsräumen in unterschiedlichem Ausmaß (**Abb. B.3**). Im Zeitraum von 2011 bis 2016 sind die größten Anstiege in den Planungsräumen West/Zentrum (6,4 Prozent), Nord (5,7 Prozent) und Ost (4,7 Prozent) festzustellen. Der Planungsraum Lobeda lag mit einem Bevölkerungsanstieg von 3,9 Prozent leicht unter den Anstiegswerten der eben genannten Planungsräume. Während die Ortschaften mit knapp zwei Prozent ebenfalls einen geringen Anstieg verzeichnen konnten, muss für Winzerla ein Rückgang der Bevölkerung festgestellt werden. Die Abnahme betrug hier 1,6 Prozent.

Die Ursachen für die positive Bevölkerungsentwicklung können an verschiedenen Faktoren festgemacht werden. Der allgemeine Bevölkerungsanstieg ist dabei unter anderem auf die positive Bilanz der Geburten und Sterbefälle im betrachteten Zeitraum zurückzuführen. **Abb. B.4** zeigt, dass im Jahr 2016 180 Menschen mehr geboren wurden, als gestorben sind. Im Jahr 2014 lag der Unterschied bei 232 Personen, was die größte Differenz im betrachteten Zeitraum darstellt. Insgesamt ist bei einer relativ gleichbleibenden Zahl von Sterbefällen (außer im Jahr 2015) von 2012 bis 2014 ein Anstieg der Geburtenzahlen auszumachen. In den Folgejahren nahm die Zahl der Geburten wieder leicht ab. Im Jahr 2016 waren demnach 1.137 Geburten und 957 Sterbefälle zu verzeichnen.



**Abb. B.3: Bevölkerungsentwicklung in Jena nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.**

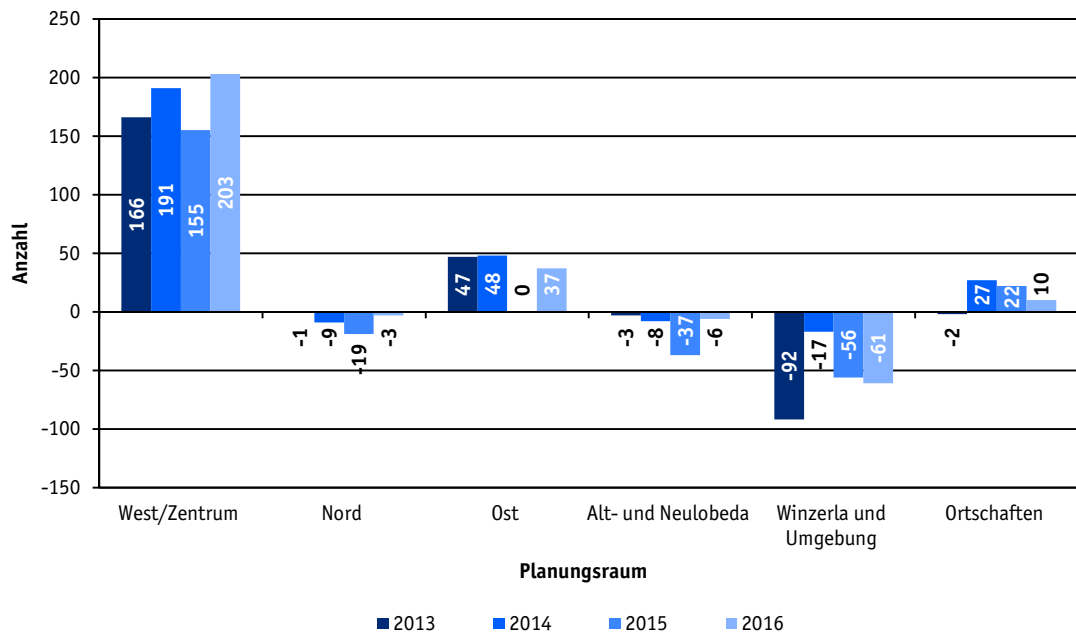
Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. B.4: Geburten und Sterbefälle in Jena, Saldo der Geburten minus Sterbefälle, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abb. B.5** verweist auf die unterschiedlichen Salden der Geburten und Sterbefälle für das Jahr 2016 innerhalb der einzelnen Planungsräume. Es ist ersichtlich, dass der insgesamt positive Saldo in der Stadt vor allem den Planungsräumen West/Zentrum (203) und in geringerem Maße auch Jena Ost (37) und den Ortschaften (10) zuzuschreiben war. In Jena Nord und Lobeda waren für das Jahr 2016 in etwa so viele Geburten wie Sterbefälle zu verzeichnen. In Winzerla kann für das Jahr 2016 ein negativer Saldo festgestellt werden.



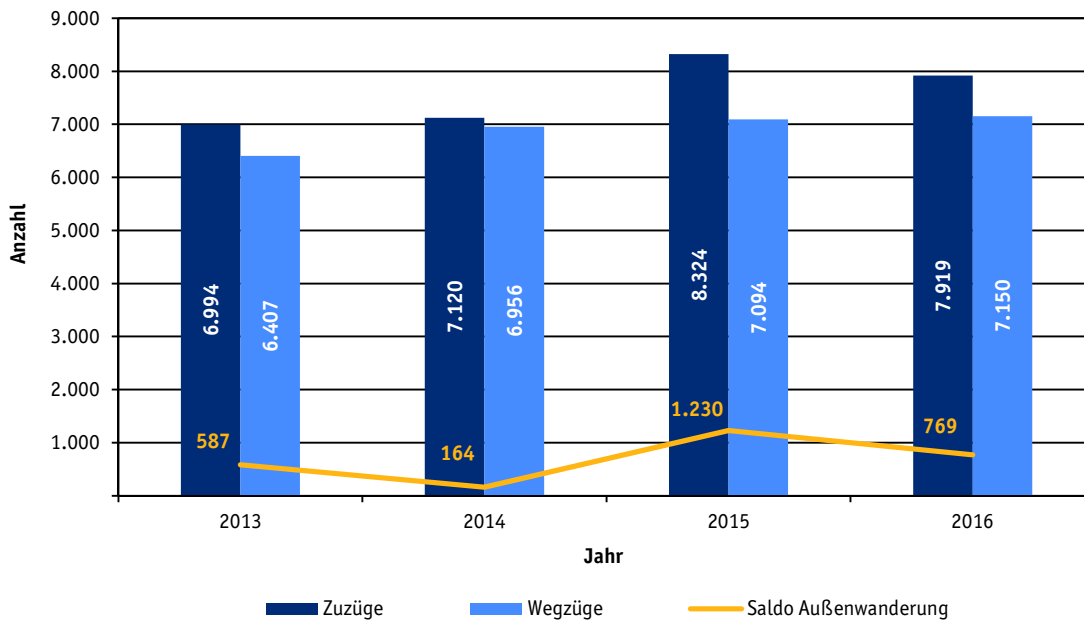
**Abb. B.5: Saldo der Geburten und Sterbefälle nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die allgemeinen Wanderungsbewegungen spielten für die Bevölkerungsentwicklung Jenas eine entscheidende Rolle. **Abb. B.6** stellt die Zu- und Abwanderung sowie den Saldo beider Werte für den Zeitraum von 2013 bis 2016 dar. Es wird deutlich, dass über alle betrachteten Jahre hinweg Wanderungsgewinne erzielt werden konnten. Am höchsten fielen diese in den Jahren 2015 und 2016 aus. Hier sind jeweils 1.230 und 769 mehr Zu- als Wegzüge zu verzeichnen. Die positiven Salden bei der Außenwanderung lassen sich für die Jahre 2015 und 2016 sowohl auf die Zuwanderung aus anderen Teilen Thüringens (vor allem durch die Zuweisung von Schutzsuchenden aus zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen) als auch auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückführen. Abwanderungsbewegungen erfolgten vor allem in andere Bundesländer (sowohl nach Ost- als auch Westdeutschland). Die Wanderungsbewegungen zwischen der Stadt Jena und den Umlandkreisen verliefen wechselhaft. In den Jahren 2013 und 2015 waren in diesem Bereich aus Sicht der Stadt Wanderungsgewinne zu verzeichnen. In den Jahren 2014 und 2016 lagen diesbezüglich hingegen Wanderungsverluste vor.

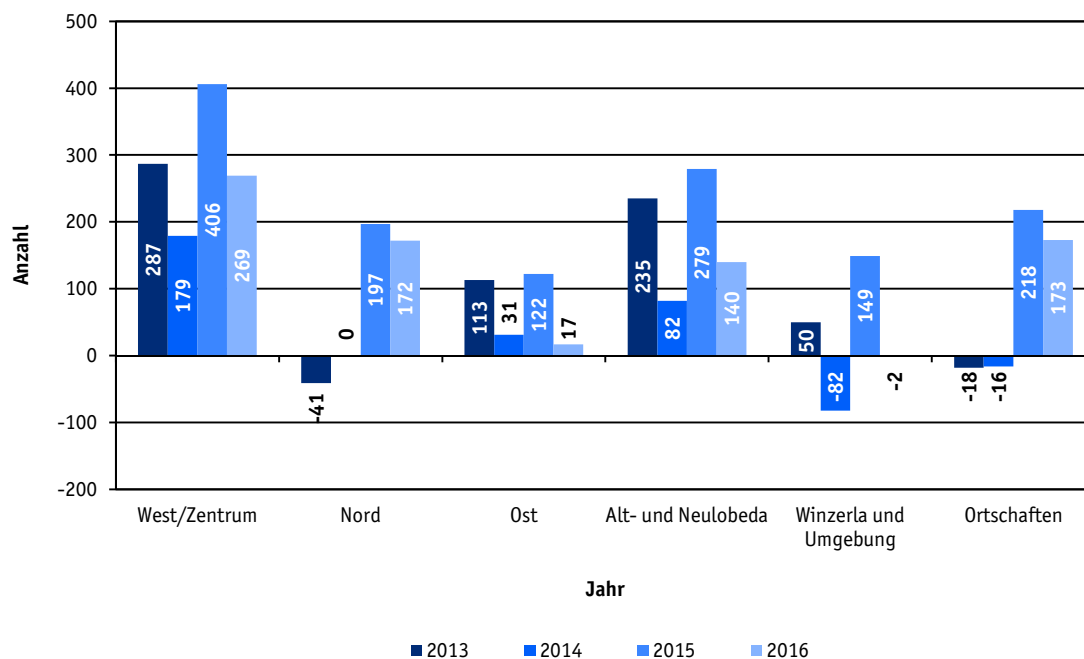
**Abb. B.7** zeigt die Salden der Außenwanderung für die einzelnen Planungsräume. Der Planungsraum mit der höchsten Zuwanderung war West/Zentrum. Im Jahr 2015 betrug der Wanderungssaldo in diesem Planungsraum 400 Personen. Im Jahr 2016 reduzierte sich diese Zahl zwar auf 269, dennoch konnte dieser Planungsraum weiterhin die höchsten Zuwanderungsgewinne erzielen. Im Jahr 2015 und 2016 waren die Planungsräume Nord und die Ortschaften ebenfalls beliebte Zuwanderungsziele. Lobeda konnte vor allem in

den Jahren 2013 und 2015 umfassende Zuwanderungsgewinne verzeichnen. Im Jahr 2013 lag der Wanderungssaldo hier bei 235 und im Jahr 2015 bei 279 Personen.



**Abb. B.6: Außenwanderung von und nach Jena, Saldo Außenwanderung (Anzahl der Zuzüge nach Jena minus Anzahl der Fortzüge aus Jena), Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

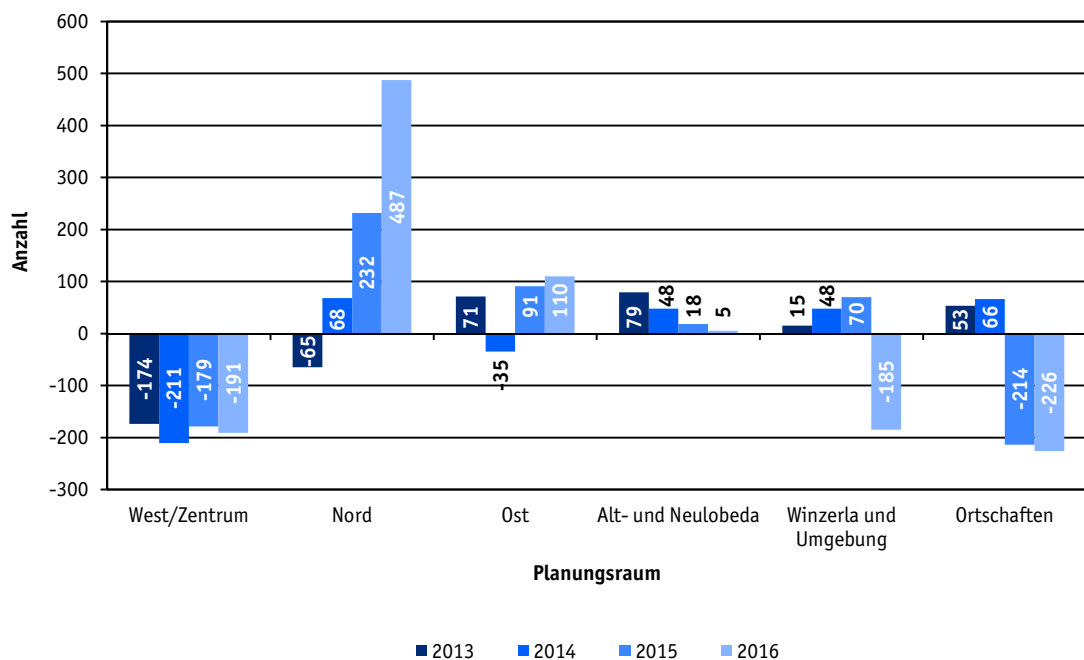


**Abb. B.7: Saldo Außenwanderung nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



In **Abb. B.8** werden die Salden der Binnenwanderung zwischen den Jenaer Planungsräumen dargestellt. Es zeigt sich, dass zwar weitaus mehr Menschen von außerhalb Jenas in den Planungsraum West/Zentrum einwanderten als abwanderten, dieser im Bereich der Binnenwanderung jedoch mehr Einwohner/-innen verlor als hinzugewann. Als besonders attraktiv im Bereich der Binnenwanderung erschien in den Jahren 2015 und 2016 vor allem der Planungsraum Nord. Dieser konnte weitaus mehr Zugewinne an Einwohner/-innen aus anderen Teilen der Stadt erzielen als Abwanderungen. Einen leichten Überschuss im Bereich der Binnenwanderung hat ebenfalls Jena Ost vorzuweisen. Im Jahr 2016 waren die Planungsräume Winzerla und die Ortschaften ebenfalls von einer Abwanderung in andere Planungsräume betroffen. In den Ortschaften ist dieser Trend bereits seit 2015 zu erkennen. In Lobeda war die Zu- und Abwanderung in etwa ausgeglichen.



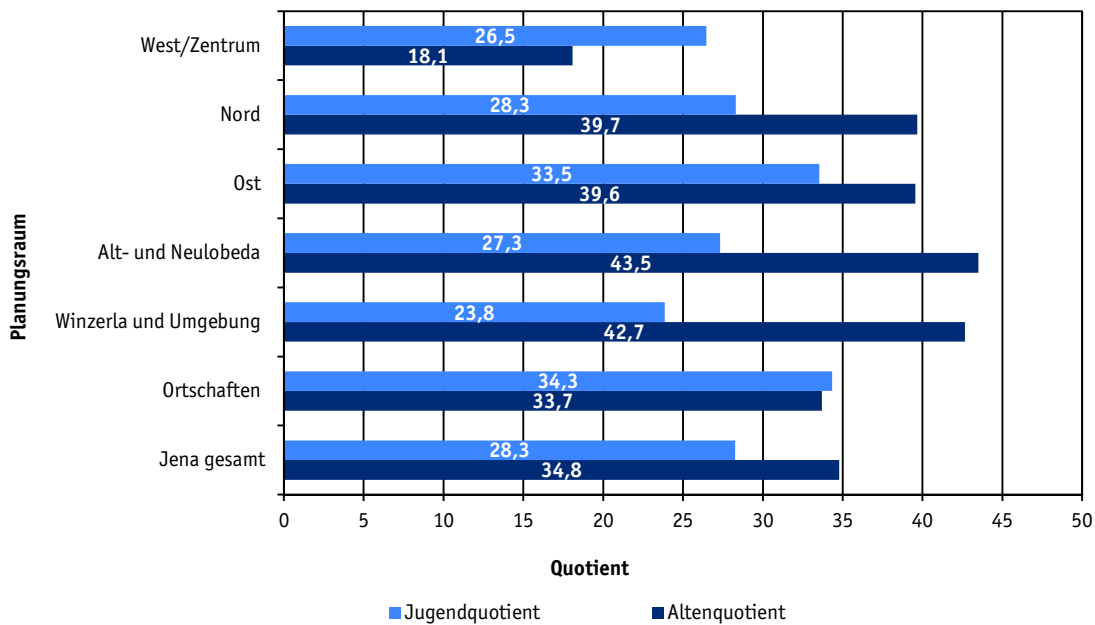
**Abb. B.8: Saldo Binnenwanderung nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Der Jugend- bzw. Altenquotient beschreibt das Verhältnis der jüngeren bzw. älteren Generation zur mittleren Generation, also der Generation im erwerbsfähigen Alter. Der Jugendquotient ergibt sich aus der Anzahl der Personen im Alter von unter 20 Jahren je 100 Einwohner/-innen der 20- bis unter 65-Jährigen Bevölkerung. Der Altenquotient ergibt sich hingegen aus der Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter je 100 Einwohner/-innen der 20- bis unter 65-Jährigen Bevölkerung.<sup>29</sup> Demzufolge lagen der Jugendquotient in Jena im Jahr 2016 bei 28,3 und der Altenquotient bei 34,8 (**Abb. B.9**). Das heißt, dass auf 100 Personen im mittleren Alter rund 28 Personen im Jugendalter und rund 35 Personen im Alter von 65 Jahren und älter kamen. Planungsräumlich betrachtet kann der niedrigste Wert des Jugendquotienten mit 23,8 in Winzerla ausgemacht werden, gefolgt von West/Zentrum mit 26,5 und Lobeda mit 27,3. Über dem Jenaer Durchschnitt lagen die Planungsräume Nord mit 28,3, Ost mit 33,5 und die Ortschaften mit 34,3. Die höchsten Werte bezüglich des Altenquotienten sind in Lobeda und Winzerla zu verzeichnen (43,5 und 42,7). In

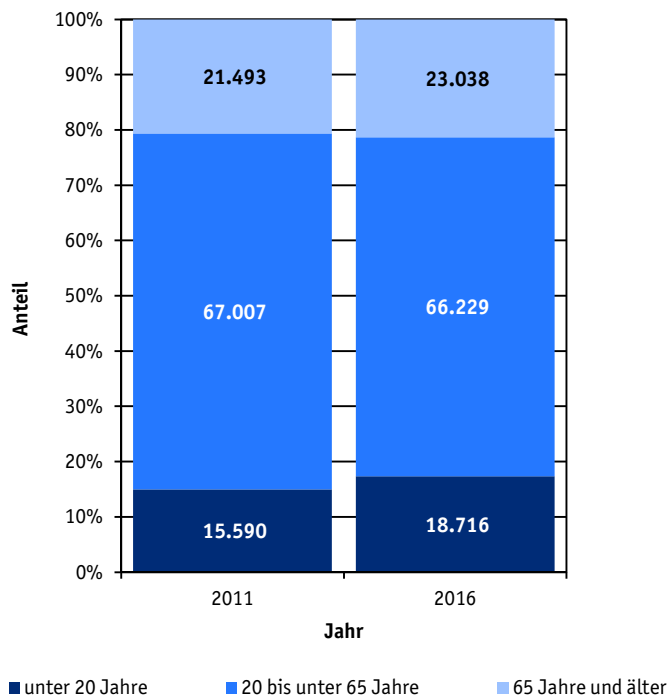
<sup>29</sup> Vgl.: Thüringer Landesamt für Statistik (2012): Thüringen 2020. Bevölkerungsvorausberechnung und Anschlussrechnung. Erfurt: Thüringer Landesamt für Statistik, S. 12.

Jena Nord und Ost betrug der Altenquotient jeweils fast 40. Unterdurchschnittlich sind die Werte in den Ortschaften (33,7) und im Planungsraum West/Zentrum (18,1).



**Abb. B.9: Jugend- und Altenquotient nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

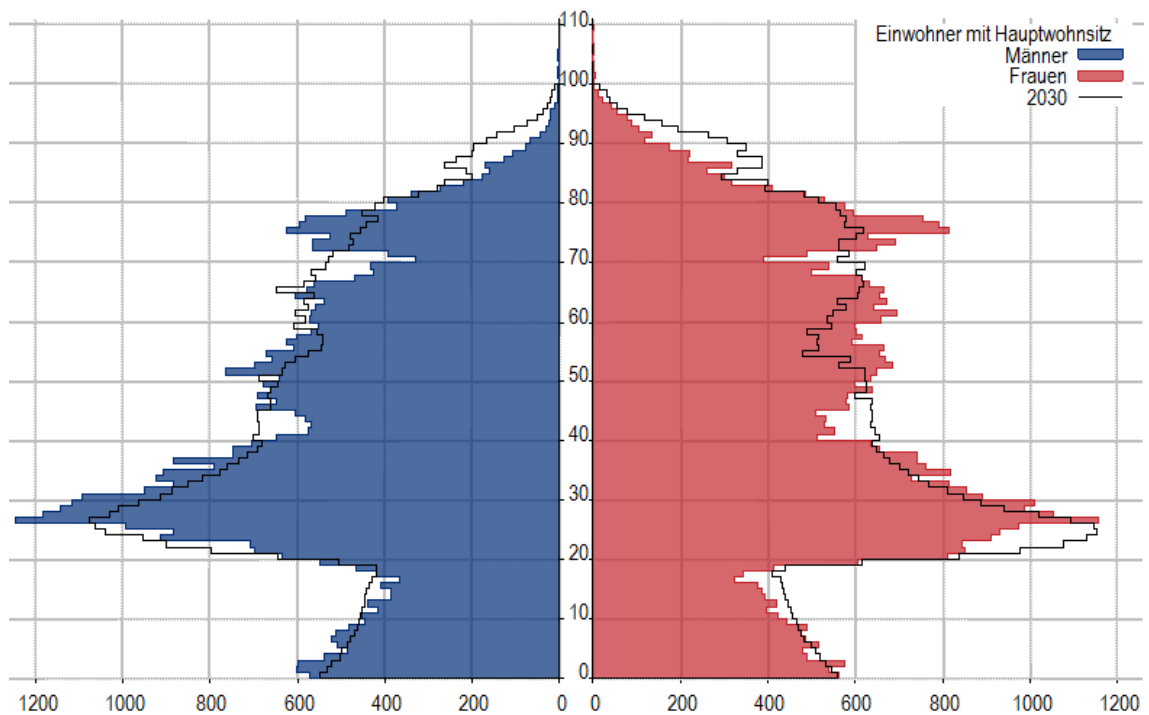
Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. B.10: Verteilung ausgewählter Altersgruppen in Jena, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abb. B.10** verdeutlicht die Entwicklung der verschiedenen Altersgruppen im Zeitraum von 2011 bis 2016. Es wird dabei deutlich, dass sowohl der Anteil der Personen im Alter von unter 20 Jahren als auch der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und älter zunahm, wobei sich der Anstieg der jüngeren Altersgruppe umfassender gestaltete. Im Kehrschluss nahm der Anteil der Personen im mittleren Alter im betrachteten Zeitraum ab.



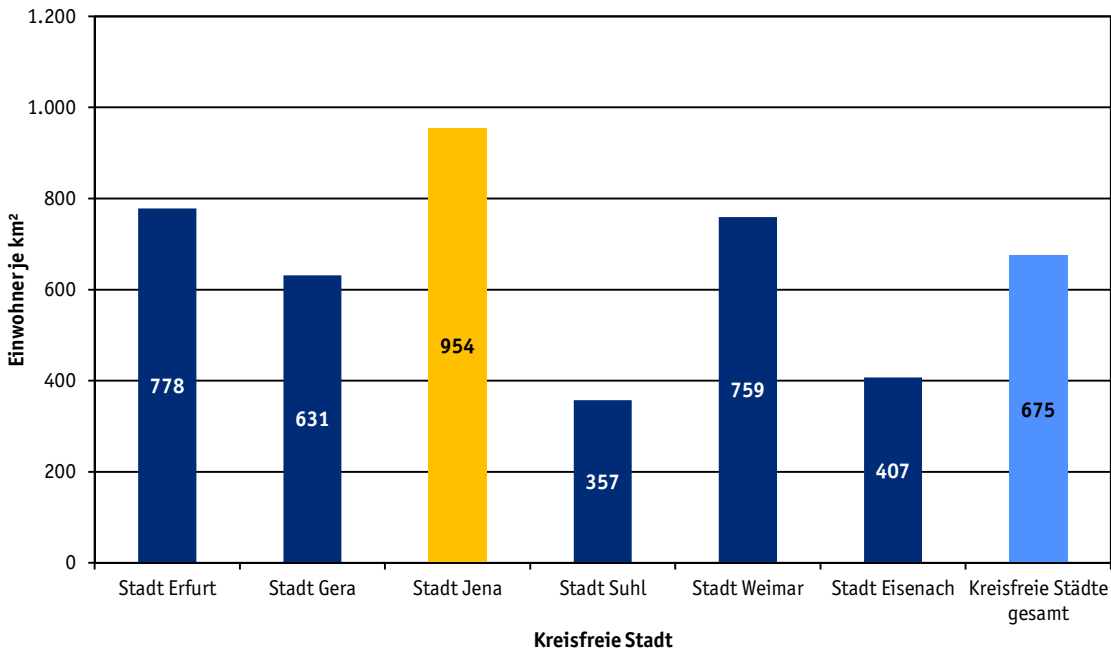
**Abb. B.11: Bevölkerungspyramide für die Stadt Jena für das Jahr 2016 und Prognose für das Jahr 2030, Stichtag: 31.12.2016**

Quelle: Melderegister der Stadt Jena 2017.

In **Abb. B.11** wird die Bevölkerungspyramide für die Stadt Jena für das Jahr 2016 mit der Prognose für das Jahr 2030 dargestellt. Die Abbildung veranschaulicht die Verteilung der verschiedenen Altersgruppen und die entsprechende Geschlechterzugehörigkeit. Es zeigt sich, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Jena im Jahr 2016 zwischen 25 bis 30 Jahre alt war, wobei der Anteil der Männer in dieser Altersgruppe etwas höher lag. Der hohe Anteil der 25- bis 30-jährigen Bevölkerung ist dabei auf die verhältnismäßig große Zahl von Studierenden in der Stadt zurückzuführen. Bei den Personen im Alter ab 60 Jahren kann zudem ein deutlich größerer Anteil an Frauen ausgemacht werden. Am deutlichsten zeigt sich dieser Geschlechterunterschied bei den Menschen im Alter ab 70 Jahren.

Die allgemeine Bevölkerungsprognose für Jena, welche auf Basis des Melderegisters der Stadt erstellt wurde, geht davon aus, dass sich der Anstieg der Jenaer Bevölkerung weiterhin fortsetzt. Bis 2030 wird demnach eine Einwohner/-innenzahl von etwa 109.000 Personen erwartet (prognostiziert werden 53.000 weibliche und 56.000 männliche Personen). Es deutet sich eine Zunahme der Personen ab 80 Jahren an, was sich durch die Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung begründen lässt. Des Weiteren schließen sich voraussichtlich die demographischen Lücken bei den Personen im Alter von ca. 15 Jahren, 45 Jahren und 70 Jahren.

In **Abb. B.12** wird, in Ergänzung zu den spezifischen Daten der Stadt, die Bevölkerungsdichte der kreisfreien Städte in Thüringen aufgezeigt. Die Stadt Jena lag mit 954 Einwohner/-innen pro km<sup>2</sup> deutlich über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte in Thüringen. Jena war somit insgesamt die Stadt mit der höchsten Bevölkerungsdichte im Freistaat.



**Abb. B.12: Bevölkerungsdichte kreisfreier Städte in Thüringen im Vergleich, Jahr: 2015, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Darstellung.

## 2 Ausländer/-innen in Jena

Im folgenden Kapitel werden die grundlegenden Entwicklungen im Bereich der ausländischen Bevölkerung in Jena aufgezeigt. Die statistische Darstellung erfolgt anhand verschiedener Merkmale, wie der Altersstruktur, des Geschlechterverhältnisses und des Aufenthaltstitels. Dabei ist auch entscheidend, wie sich die aus dem Ausland zugewanderte Bevölkerung über die einzelnen Planungsräume im Stadtgebiet verteilt. Es wird ein erstes Fazit über die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung gezogen und dargestellt, was diese für die Lebenslagenberichterstattung in Jena bedeutet. Die Erkenntnisse, welche sich aus diesem Kapitel ergeben, werden dann für die Analysen in den Folgekapiteln genutzt.

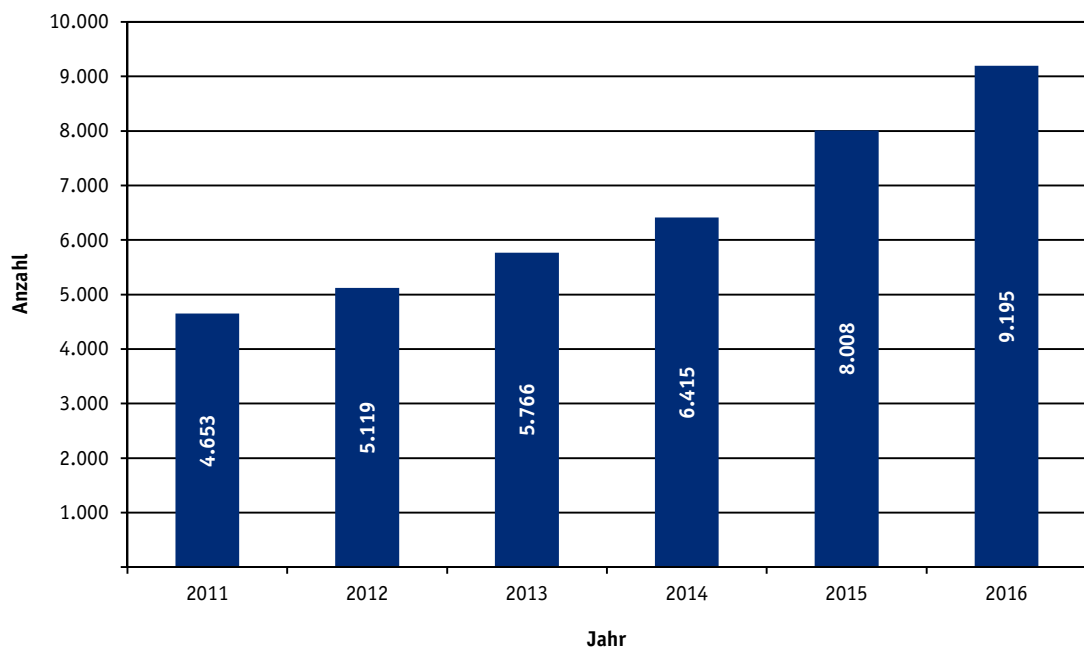
Da in der allgemeinen Diskussion über das Thema Migration häufig Unklarheiten bezüglich der Begrifflichkeiten vorherrschen, soll an dieser Stelle zunächst eine Definition der grundlegenden Bezeichnungen vorgenommen werden. Dabei sei darauf verwiesen, dass es sich bei den Begrifflichkeiten vor allem um formale Definitionen handelt. Sie sind weder persönlichkeitsbeschreibend gemeint, noch mit stigmatisierenden Eigenschaftszuschreibungen verbunden.

Der Art. 116 Abs. 1 GG definiert die Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung wie folgt: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (...)“. Zu den Deutschen zählen dabei sowohl Deutsche ohne Migrationshintergrund als auch Deutsche mit Migrationshintergrund.

Personen mit Migrationshintergrund sind die seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und deren Nachkommen. Zu dieser Gruppe gehört auch die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder im Ausland geboren wurde. Spätaussiedler/-innen sowie Doppel- oder Mehrstaatler/-innen sind ebenfalls Teil dieser Gruppe. Personen mit Migrationshintergrund sind auch diejenigen, die als Ausländer/-innen in Deutschland geboren und eingebürgert wurden, sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus dem Migrationsstatus der Eltern ableitet (z. B. Kinder von Spätaussiedlern/-innen und Eingebürgerten bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres).<sup>30</sup> Es kann auch von einem Migrationshintergrund im engeren Sinne (1. Zuwanderungsgeneration) und im weiteren Sinne (Folgegenerationen) gesprochen werden.

Ausländer/-innen sind per Definition Personen, die keine Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, also Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die sich in Deutschland aufhalten.<sup>31</sup> Zu diesem Personenkreis zählen auch Menschen mit einer befristeten oder unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung. Die Gründe für einen Aufenthalt in Deutschland können u. a. Studium oder Ausbildung, Erwerbstätigkeit, familiäre Gründe oder humanitäre Gründe (Asyl) sein.

**Abb. B.13** zeigt die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Jena in absoluten Zahlen für die Jahre 2011 bis 2016. Zu erkennen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Lebten im Jahr 2011 noch 4.653 Ausländer/-innen in der Stadt, so waren es im Jahr 2016 9.195 ausländische Personen. Der größte Anstieg kann von 2014 zu 2015 festgestellt werden. Hier stieg die Anzahl der ausländischen Bevölkerung um 1.593 Personen. Dieser (im Vergleich zu den Vorjahren) umfangreiche Anstieg ist vor allem auf die Fluchtbewegungen (zum großen Teil syrischer Geflüchteter) zurückzuführen, welche im Jahr 2015 ihren Höhepunkt erreichten.



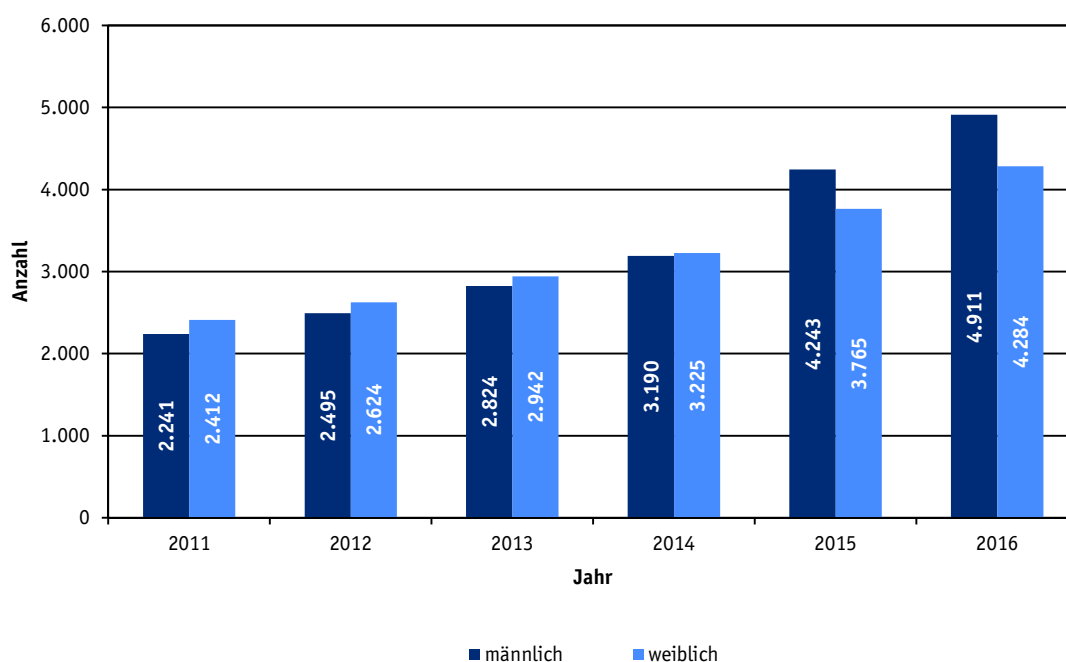
**Abb. B.13: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>30</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i> (Zugegriffen: 01. Juni 2017).

<sup>31</sup> Vgl. ebd.

Bei der Betrachtung der Geschlechterverhältnisse der ausländischen Bevölkerung (**Abb. B.14**) wird deutlich, dass sich von 2011 bis 2014 die Verteilung zwischen männlichen und weiblichen Ausländer/-innen in etwa gleich gestaltete. Ab dem Jahr 2015 kippte das Verhältnis zugunsten der männlichen Seite. Diese Entwicklung lässt sich vor allem dadurch erklären, dass die Mehrheit der aufgenommenen Schutzsuchenden seit dem Jahr 2015 männlich war. Diese Entwicklung ist nicht spezifisch für Jena, sondern deckt sich mit den allgemeinen Tendenzen in der Bundesrepublik. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gab für das Jahr 2016 an, dass in Deutschland 69,4 Prozent der volljährigen Asylantragssteller männlich und 30,6 Prozent weiblich waren.<sup>32</sup>

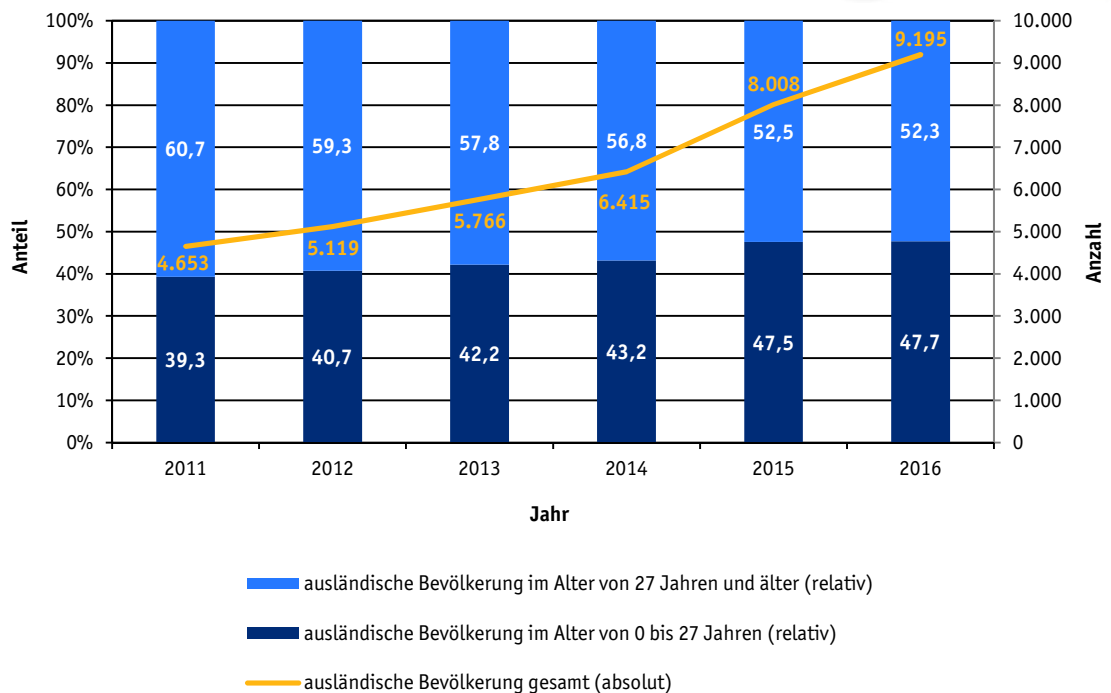


**Abb. B.14: Entwicklung der männlichen und weiblichen ausländischen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abb. B.15** verdeutlicht die tendenzielle Zunahme der jüngeren ausländischen Bevölkerung in Jena. In den Jahren 2011 und 2012 betrug ihr Anteil um die 40 Prozent, in den Jahren 2013 und 2014 knapp über 40 Prozent. Im Jahr 2011 lebten in Jena dementsprechend 1.827 Ausländer/-innen im Alter von 0 bis 27 Jahren und 2.826 ausländische Personen im Alter von 27 Jahren und älter. Im Jahr 2016 hatten beide Altersgruppen in etwa dasselbe Niveau erreicht. Demnach lebten 4.390 ausländische Personen im Alter von 0 bis 27 Jahren und 4.805 ausländische Personen im Alter von 27 Jahren und älter in Jena.

<sup>32</sup> Vgl. Neske, Mathias (2017): Volljährige Asylantragssteller in Deutschland im Jahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): BAMF-Kurzanalyse. Ausgabe 2/2017 der Kurzanalyse des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 3.



**Abb. B.15: Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Altersgruppen in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Tab. B.1** schlüsselt die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in Jena auf. Deutlich zu erkennen ist der Zuwachs der Asylbewerber/-innen (im Verfahren) und ausreisepflichtigen Ausländer/-innen von 186 Personen im Jahr 2014 auf 608 Personen im Jahr 2015. Von 2015 zu 2016 stieg die Zahl dieser Personengruppe nur noch geringfügig an. Im Jahr 2016 befanden sich demnach 510 Personen in Jena, die einen Asylantrag beim BAMF gestellt hatten, der jedoch noch nicht abschließend bearbeitet werden konnte. Zum anderen befanden sich 131 Personen in der Stadt, bei denen der Antrag auf Asyl abgelehnt wurde. Während bei der Bearbeitung der Asylanträge bis Ende 2015 noch relativ lange Wartezeiten vorlagen, konnte im Jahr 2016 ein Großteil der Anträge durch das BAMF geprüft und durch die Ausländerbehörde Jena die entsprechenden Aufenthaltstitel ausgestellt werden. Dadurch ist die Zahl der Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthalt aus humanitären bzw. politischen Gründen entsprechend von 545 Personen im Jahr 2015 auf 1.489 Personen im Jahr 2016 gestiegen. Gleichzeitig stellten im Jahr 2016 deutlich weniger Menschen einen Asylantrag.

Mit Blick auf die gesamte Entwicklung der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass im betrachteten Zeitraum bei zwei weiteren Gruppen deutliche Anstiege zu verzeichnen waren. Auf der einen Seite hat die Zahl der ausländischen Auszubildenden/ Studierenden (ohne EU-Bürger/-innen) deutlich zugenommen. Hielten sich im Jahr 2011 noch 998 Personen aufgrund eines Studiums oder einer Ausbildung befristet in Jena auf, waren es im Jahr 2016 insgesamt 1.904 Personen. Die Zahl der EU-Bürger/-innen (und Schweizer/-innen) mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel bzw. die Zahl der Familienangehörigen von Personen mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel nahmen von 2011 bis 2016 ebenfalls stark zu. Es zeigt sich somit, dass im Jahr 2016, trotz der deutlichen Zunahme asylsuchender Menschen, diese Gruppe nur etwa 30 Prozent aller Ausländer/-innen in Jena ausmachte.

Bezüglich der Zuwanderung von ausländischen Menschen verdeutlicht sich die doppelte Rolle Jenas im Freistaat. Auf der einen Seite zieht die Stadt als zentraler Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort in Ostthü-

ringen Studierende bzw. Auszubildende sowie weitere ausländische EU-Bürger/-innen an. Auf der anderen Seite besitzt sie aufgrund der Verteilung der Asylbewerber/-innen nach der Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung (ThürFlüVertVO) – neben Städten wie Erfurt oder Gera – eine große Bedeutung bei der Aufnahme von Menschen, die einen Antrag auf Asyl gestellt haben.<sup>33</sup>

Ausländer/-innen in Jena nach ihrem Aufenthaltstitel	Jahr (Stichtag: 31.12.)					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthalt (ohne EU)</b>	<b>2.040</b>	<b>2.149</b>	<b>2.479</b>	<b>2.872</b>	<b>3.273</b>	<b>4.726</b>
Studium oder Ausbildung	998	1.104	1.338	1.520	1.647	1.904
Erwerbstätigkeit	236	237	274	291	334	401
familiäre Gründe	647	633	659	692	747	932
humanitäre, politische Gründe	159	175	208	369	545	1.489
<b>Ausländer/-innen mit unbefristetem Aufenthalt</b>	<b>2.275</b>	<b>2.419</b>	<b>2.674</b>	<b>2.889</b>	<b>2.912</b>	<b>3.239</b>
EU-Bürger/-innen, Schweizer/-innen, Angehörige	1.226	1.355	1.581	1.748	1.734	2.042
Niederlassungserlaubnisse (allgemein)	630	653	689	744	780	800
humanitäre, politische Gründe	419	411	404	397	398	397
<b>Ausländer/-innen mit aktuellen Anträgen (in Bearbeitung)</b>	<b>314</b>	<b>494</b>	<b>521</b>	<b>468</b>	<b>1.215</b>	<b>589</b>
<b>Asylbewerber/-innen und ausreisepflichtige Ausländer/-innen</b>	<b>24</b>	<b>57</b>	<b>92</b>	<b>186</b>	<b>608</b>	<b>641</b>
Asylbewerber/-innen im Verfahren	.	36	63	133	529	510
abgelehnte Asylbewerber/-innen und ausreisepflichtige Ausländer/-innen	.	21	29	53	79	131
<b>Ausländer/-innen insgesamt</b>	<b>4.653</b>	<b>5.119</b>	<b>5.766</b>	<b>6.415</b>	<b>8.008</b>	<b>9.195</b>

**Tab. B.1: Anzahl der Ausländer/-innen in Jena nach ihrem Aufenthaltstitel<sup>34</sup>, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik, Quartalsbericht IV/2016. Eigene Darstellung.

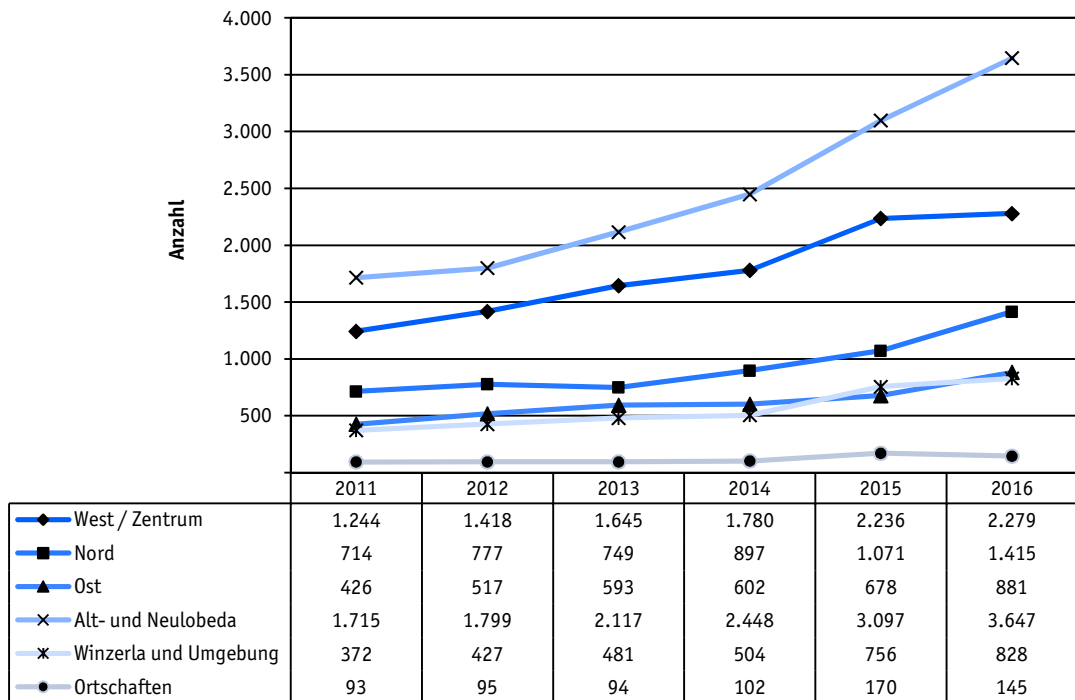
Mit Blick auf die soziale Inklusion und Integration von Ausländer/-innen stellt sich nun die Frage, in welchen Teilen der Stadt diese Bevölkerungsgruppe vorwiegend lebt. **Abb. B.16** zeigt die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den einzelnen Planungsräumen der Stadt für den Zeitraum von 2011 bis 2016. Es ist zu erkennen, dass die Zahl der Ausländer/-innen in allen Planungsräumen gestiegen ist. Dieser Anstieg erfolgte jedoch nicht in allen Stadtteilen im gleichen Umfang. Während in den Ortschaften die geringste Anzahl und der niedrigste Anstieg an ausländischer Bevölkerung auszumachen ist (von 93 Personen im Jahr 2011 auf 145 Personen im Jahr 2016), kann in Lobeda der größte Anstieg beobachtet werden (von 1.715 Personen im Jahr 2011 auf 3.647 Personen im Jahr 2016). Generell können in Lobeda über den gesamten

<sup>33</sup> Vgl. § 2 Abs. 1 ThürFlüVertVO.

<sup>34</sup> Zu den Ausländer/-innen mit aktuellen Anträgen (in Bearbeitung) zählen alle Ausländer/-innen mit laufenden Anträgen bei der Ausländerbehörde. Dazu gehören Personen mit einem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis (im Rahmen einer Arbeitsplatzsuche, Ausbildung, Studium, Beschäftigung oder aus familiären Gründen usw.), mit einem Antrag auf Aufenthalt (im Rahmen eines Asylverfahrens bzw. aus humanitären Gründen) und mit einem Antrag auf Niederlassungserlaubnis (Absolvent/-innen deutscher Hochschulen, Personen mit Antrag auf Erlaubnis eines Daueraufenthalts in der EU, Familienangehörige Deutscher Staatsbürger/-innen, Asylberechtigte bzw. Flüchtlinge usw.).



betrachteten Zeitraum hinweg die höchsten Zahlen an Ausländer/-innen ausgemacht werden. Einen umfassenden Anstieg an ausländischer Bevölkerung erlebte ebenfalls der Planungsraum West/Zentrum, wobei von 2015 zu 2016 hier kaum noch ein Zuwachs an ausländischer Bevölkerung feststellbar war. Insgesamt stieg die Zahl der Ausländer/-innen in diesem Planungsraum von 2011 zu 2016 von 1.244 auf 2.279 Personen. In Jena Nord hatte sich die Zahl der ausländischen Bevölkerung ebenfalls merklich erhöht (von 714 Personen im Jahr 2011 auf 1.415 Personen im Jahr 2016). In Jena Ost und Winzerla stieg die Zahl der Ausländer/-innen im Berichtszeitraum jeweils um 455 und 456 Personen.

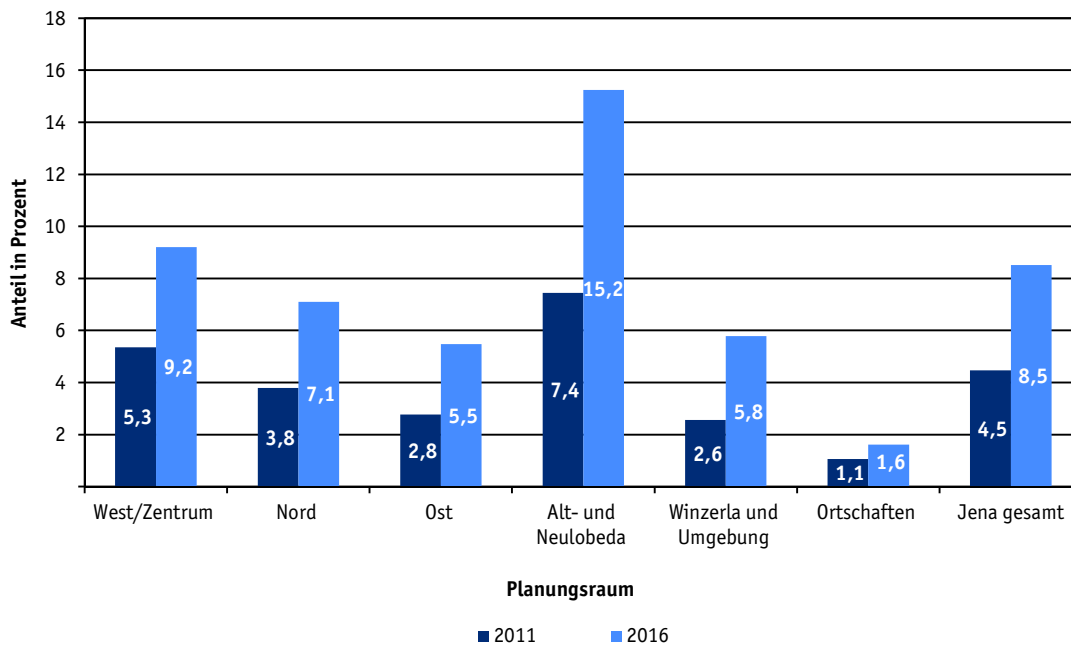


**Abb. B.16: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Planungsräumen kann über die Betrachtung der Anteile der Ausländer/-innen in den jeweiligen Stadtgebieten hergestellt werden (**Abb. B.17**). Die folgende Abbildung bezieht sich dabei auf den prozentualen Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Planungsraum. Es zeigt sich, dass in allen Planungsräumen (abgesehen von den Ortschaften) eine deutliche Veränderung der Ausländeranteile ausgemacht werden kann. In Lobeda stieg der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 2011 zu 2016 insgesamt von 7,4 auf 15,2 Prozent. Somit ist Lobeda der Planungsraum mit dem höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Während im Jahr 2011 die Unterschiede zwischen den einzelnen Planungsräumen noch deutlich geringer ausfielen, ist der Abstand zwischen Lobeda und den anderen Planungsräumen im zeitlichen Verlauf deutlich gestiegen. Im Planungsraum West/Zentrum lag der Anteil im Jahr 2016 bei 9,2 Prozent und in Jena Nord bei 7,1 Prozent. In Winzerla hatte sich der Ausländeranteil zwar mehr als verdoppelt, was insgesamt den größten Anstieg darstellte, jedoch war die Ausgangsgröße im Jahr 2011 mit 2,6 Prozent hier auch relativ gering. Im Jahr 2016 betrug der Ausländeranteil in diesem Planungsraum dann 5,8 Prozent. In den Ortschaften ist lediglich ein leichter Anstieg von 1,1 auf 1,6 Prozent zu beobachten. Insgesamt ist der Ausländeranteil in Jena von 4,5 Prozent im Jahr 2011 auf 8,5 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Hierbei ist zu beachten, dass Anfang 2016 in den Planungsräumen West/Zentrum, Ost, Nord, Winzerla und Lobeda Gemeinschaftsunterkünfte existierten, die aufgrund der stark rückläufigen Zugangszahlen im ersten Quartal 2016 jedoch teil-

weise abgebaut bzw. nicht mehr genutzt wurden. Aktuell (Stichtag: 07.12.2017) werden noch Gemeinschaftsunterkünfte in Lobeda, Jena Nord, West/Zentrum und Jena Ost betrieben.



**Abb. B.17: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Es lässt sich insgesamt festhalten, dass in Jena die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung – und somit auch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung – kontinuierlich gestiegen ist. Dieser Anstieg begann bereits vor der Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2015. Von 2015 zu 2016 hatte der Anstieg dann, aufgrund der weltpolitischen Lage, noch einmal zugenommen. Da die Zahl der deutschen Bevölkerung seit 2013 rückläufig ist, kann die positive Bevölkerungsentwicklung in Jena somit vor allem auf die Zuwanderung von Ausländer/-innen zurückgeführt werden.

Die Gruppe der neu Zugewanderten ist dabei insgesamt relativ heterogen. Aus Sicht der Armutsprävention haben die Erfahrungen der Integrationsarbeit gezeigt, dass sich allein aus dem Aufenthaltstitel noch keine Rückschlüsse auf das Armutsrisiko ableiten lassen. Auf der einen Seite steht hier die Gruppe der Geflüchteten, welche im Jahr 2016 etwa ein Drittel der ausländischen Bevölkerung in Jena ausmachte. Asylsuchende Menschen bringen dabei verschiedene Bildungsvoraussetzungen und Integrationspotenziale mit sich. Diesbezüglich ist es wichtig, für jede Personengruppe eine passende Integrationsstrategie zu entwickeln, um vor allem zukünftige Armutslagen zu vermeiden. Auf der anderen Seite stehen die Zuwächse von ausländischen Auszubildenden und Studierenden sowie der Anstieg von EU-Bürger/-innen mit unbefristetem Aufenthaltstitel. Diese Zuwächse trugen hauptsächlich zu dem Anstieg der ausländischen Bevölkerung in Jena von 2011 bis 2015 bei. Gastwissenschaftler/-innen und ihre Familienangehörigen sowie ausländische Studierende und Auszubildende können mit einem teilweise sehr geringen Einkommen ausgestattet sein, insbesondere da ein erheblicher Teil dieser Personengruppe nur eingeschränkt bzw. keine staatliche Unterstützung erhält.

Es ist generell festzuhalten, dass es keine Standardlösung für alle Menschen mit der gleichen Herkunft oder dem gleichen Aufenthaltstitel gibt. Nicht jeder syrische Staatsbürger ist ein Geflüchteter und nicht jeder

Geflüchtete besitzt den gleichen Bildungshintergrund. Um der sozialen Segregation und den damit einhergehenden Problemlagen vorzubeugen, muss zudem berücksichtigt werden, dass die Aufnahme der neu zugewanderten Menschen nicht von einzelnen Planungsräumen getragen werden kann. Der hohe Anteil der ausländischen Bevölkerung in Lobeda ist dabei auch Ausdruck dafür, dass die Bedürfnisse der Geflüchteten in diesem Planungsraum bisher am besten erfüllt werden konnten. Sei es aufgrund der vorhandenen Strukturen in den Bereichen Schule, Kita und Migrationsberatung oder aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bereits bestehenden Community. Die verhältnismäßig geringen Mieten in Lobeda sind nicht zuletzt ein weiteres Argument für den Zuzug in den Planungsraum. Welche Konsequenzen die Zuwanderung von Geflüchteten dabei für den Jenaer Wohnungsmarkt besitzt, wird im Kapitel „Wohnen in Jena“ genauer betrachtet. Inwiefern bestimmte armutsrisikoerhöhende Eigenschaften für die Gruppe der ausländischen Bevölkerung überdurchschnittlich oft festgestellt werden können, wird in den folgenden Kapiteln näher analysiert.

Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass die Stadt Jena bereits vor der Flüchtlingszuwanderung umfassende Integrationsarbeit geleistet hat. Im städtischen Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund (Integrationskonzept) wurden durch den Stadtrat konkrete Ziele für die zentralen Handlungsfelder interkulturelle Öffnung, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Sport, Soziales, Wohnen und politische Partizipation beschlossen.<sup>35</sup> Im Themenbereich Migration und Integration ist eine fachübergreifende Planung innerhalb der Verwaltung in Zusammenarbeit mit externen Akteuren unerlässlich.

Über das Projekt THILIK (Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kommunen) ist zudem erfolgreich ein ergänzendes Instrument speziell für den Bereich der Geflüchteten installiert worden. Der zentrale Zielsetzungspunkt liegt hierbei in der Vermeidung bzw. dem Abbau individueller Armutslagen durch bestmögliche Teilhabe der Geflüchteten.

### 3 Haushalte und Familien

Wie Menschen im Alltag zusammenleben hängt nicht nur von persönlichen Vorlieben ab, sondern ist auch eine Frage von gesellschaftlichen Mustern. Die **Formen des Zusammenlebens** sind von daher ein zentraler Bestandteil sozialstruktureller Analysen.<sup>36</sup> Mit dem Begriff der „**Lebensform**“ werden relativ beständige Konstellationen, in denen Menschen im Alltag mit den ihnen am nächsten stehenden Mitmenschen zusammenleben, beschrieben. Lebensformen, in denen Menschen nicht nur zusammenleben, sondern auch zusammen wohnen und wirtschaften, werden als „**Haushalte**“ bezeichnet. Haushalte müssen dabei nicht zwangsläufig aus mehreren Personen bestehen. So ist der Anteil der Ein-Personen-Haushalte im Laufe der Zeit stetig gestiegen, wodurch diese Lebensform gesellschaftlich an Bedeutung gewonnen hat. Als „**Familie**“ werden dann jene Haushalte bezeichnet, in denen ein Erwachsener oder mehrere Erwachsene und ein Kind oder mehrere Kinder zusammen wohnen und wirtschaften und wo diese Kinder sozialisiert werden.<sup>37</sup> Die erwachsene/n Person/en müssen zudem Verantwortung für das Kind/ die Kinder übernehmen. Die Familie unterliegt, wie viele andere Bereiche des Lebens, einem stetigen Wandel. In dem Leitbild „Jena – familienfreundliche Stadt“ wird ein Verständnis von Familie beschrieben, welches neben der traditionellen Ehe mit Kindern auf vielfältige andere Formen des Zusammenlebens, in denen Kinder aufwachsen, verweist. In

<sup>35</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2016): Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Jena. Integrationskonzept. Jena, S. 2 ff.

<sup>36</sup> Vgl. Hradil, Stefan (2006): S. 87.

<sup>37</sup> Vgl. ebd.: S. 87 f.

den Familienbegriff werden insbesondere Alleinerziehende, Lebenspartnerschaften mit Kindern sowie neu zusammengesetzte Familien mit einbezogen.<sup>38</sup>

Dass sich die verschiedenen Lebens-, Haushalts-, und Familienformen im postindustriellen Zeitalter immer weiter ausdifferenziert haben, kann auf vielerlei Gründe zurückgeführt werden. Auf der einen Seite bringen mehr Scheidungen mehr Alleinlebende hervor. Bestimmte Berufe zwingen zu ständiger Mobilität, was oft in Konflikt zu einer Partnerschaft oder gar Familiengründung steht. Auf der anderen Seite wird das Alleinleben auch zunehmend als Emanzipationschance und als Freiraum zur Entwicklung neuer Leitvorstellungen genutzt. Die längeren Bildungsphasen fördern zudem Bestrebungen nach persönlicher Autonomie. Außerdem ist das Alleinleben im postindustriellen Zeitalter wirtschaftlich überhaupt erst möglich geworden.<sup>39</sup>

Aus Sicht der Sozialberichterstattung können durch die Betrachtung der Verteilung bestimmter Haushaltsformen (wie z. B. Ein- oder Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder) Schlussfolgerungen darüber gezogen werden, wie sich zukünftig Versorgungsleistungen verlagern werden. Auf Grundlage des lebenslagenbezogenen Analyseansatzes existieren im Bereich der Haushalte und Familien bestimmte Risikogruppen, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen. Um die verschiedenen Belastungssituationen in diesem Bereich planungsräumlich abbilden zu können, beschränkt sich die Darstellung zunächst auf eine Auswahl bestimmter Kerngrößen. Dies ist vor allem pragmatischen Gründen in Zusammenhang mit der statistischen Erfassung verschiedener Haushaltsformen geschuldet. Es stehen dabei zunächst die Haushalte mit minderjährigen Kindern und deren familiäre Situation im Fokus. Das Hauptaugenmerk liegt hierbei auf der Entwicklung der Zahl der Alleinerziehenden. Einelternfamilien gehören zu den Familienformen mit dem höchsten Armutsrisiko. Wie bereits in **Tab. A.2** dargestellt, liegt die Armutsgefährdungsquote für Haushalte mit einem Erwachsenen und einem bzw. mehreren Kindern mit 32,8 Prozent deutlich höher als bei Familien mit zwei Elternteilen. Zu den alleinerziehenden Elternteilen zählen hier alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner mit ledigen Kindern im Haushalt zusammenleben, wobei es unerheblich ist, wer im juristischen Sinne für das Kind sorgeberechtigt ist.<sup>40</sup> Es sei an dieser Stelle einschränkend angemerkt, dass die vorliegende Statistik keine Informationen darüber liefert, ob andere Personen (z. B. neue Lebenspartner) unterstützend im Alltag der Kinder wirken. Trotzdem liefern die Daten wichtige Anhaltspunkte für die Entwicklung dieser Armutsrisikogruppe in Jena. Da das Armutsrisiko bei älteren Menschen, welche in Einpersonenhaushalten leben, ebenfalls deutlich höher liegt als bei den Paar- bzw. Ehegemeinschaften in dieser Altersgruppe, sollen diese Haushalte ebenfalls in den Blick genommen werden.<sup>41</sup> Die Statistik der Stadt Jena liefert dabei Informationen über die Entwicklung der Einpersonenhaushalte mit Menschen im Alter ab 60 Jahren.

Es ist grundsätzlich anzumerken, dass keine Informationen über die ökonomische Ausstattung der hier betrachteten Haushalte vorliegen. Bei den aufgezeigten Haushaltsformen handelt es sich lediglich um Risikogruppen für Armutslagen. Es sei explizit darauf hingewiesen, dass die vorgestellten Gruppen nicht grundsätzlich von materieller Armut betroffen sein müssen, sie jedoch ein erhöhtes Potenzial aufweisen, betroffen zu sein.

In **Abb. B.18** wird die Anzahl der Haushalte und deren Verteilung auf die einzelnen Planungsräume dargestellt. Der Planungsraum mit den meisten Haushalten war im Jahr 2016 West/Zentrum (15.290), gefolgt von Lobeda (13.676) und Jena Nord (11.038). In Jena Ost bestanden 8.394 und in Winzerla 8.556 Haushalte.

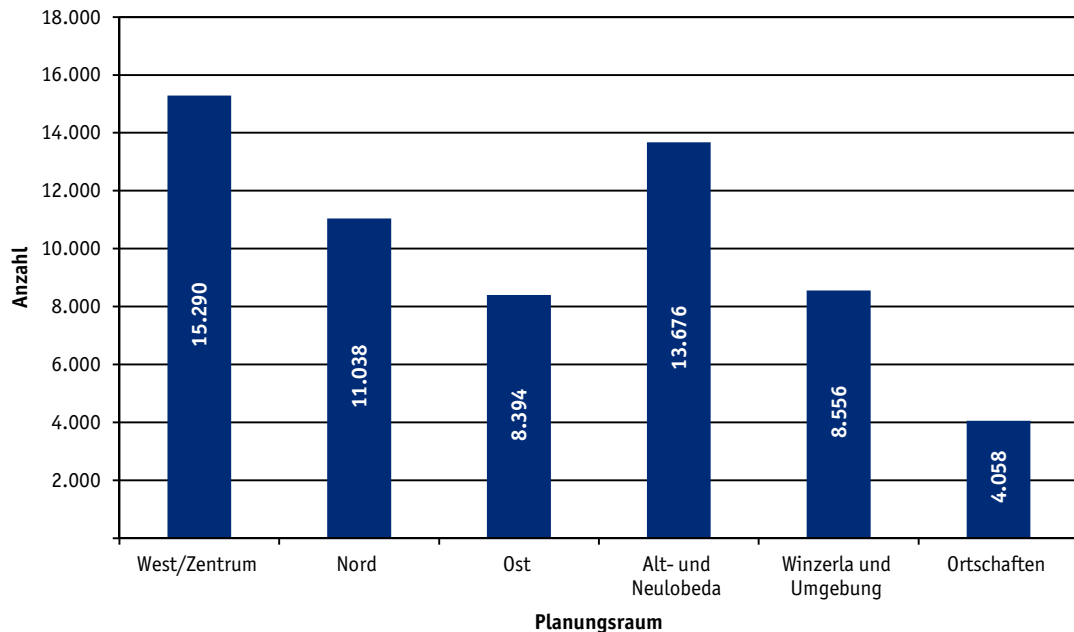
<sup>38</sup> Vgl. Stadt Jena (2012): Beschluss des Stadtrates Nr. 12/1522-BV vom 14.03.2012. Leitbild „Jena – familienfreundliche Stadt“. In: Amtsblatt der Stadt Jena 23:96.

<sup>39</sup> Vgl. Hradil, Stefan (2006): S. 118.

<sup>40</sup> Vgl. Krack-Roberg, Elle/ Rübenach, Stefan/ Sommer, Bettina/ Weinmann, Julia (2016): Familie, Lebensformen und Kinder. Auszug aus dem Datenreport 2016. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, S. 47.

<sup>41</sup> Vgl. Braun, Reiner/ Thomschke, Lorenz (2017): Altersarmut – Heute und in der Zukunft. Berlin: Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH, S. 20.

te. Damit bewegten sich beide Planungsräume in etwa auf demselben Niveau. Die wenigsten Haushalte wiesen die Ortschaften auf (4.058). Insgesamt stieg die Zahl der Haushalte in Jena im Zeitraum von 2011 bis 2016 von 60.840 auf 61.012.



**Abb. B.18: Anzahl der Haushalte in Jena nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

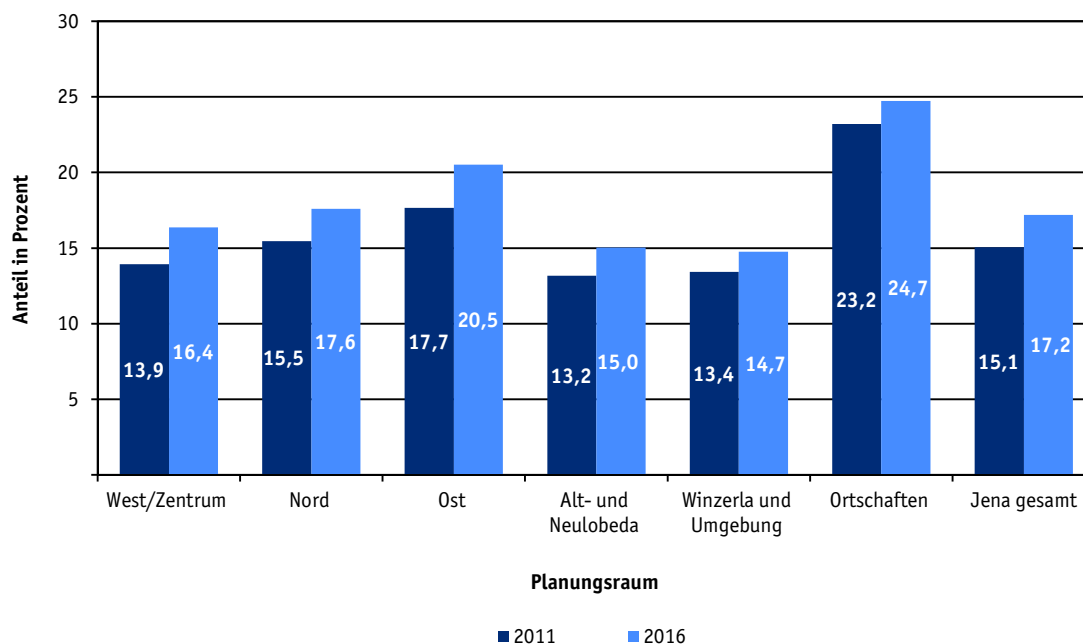
Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Hinweis: Da die Zahl der Haushalte nicht direkt über ein Register erfasst werden kann, wird bei der Feststellung der Haushaltszahlen ein Schätzverfahren angewendet. Bei der Jenaer Haushaltegenerierung werden in diesem Zusammenhang auch die Nebenwohnsitze mit ausgewertet. Sonderwohnbereiche (z. B. Wohnheime für Studierende sowie Seniorinnen und Senioren etc.) werden hingegen nicht mit aufgenommen.

### 3.1 Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende

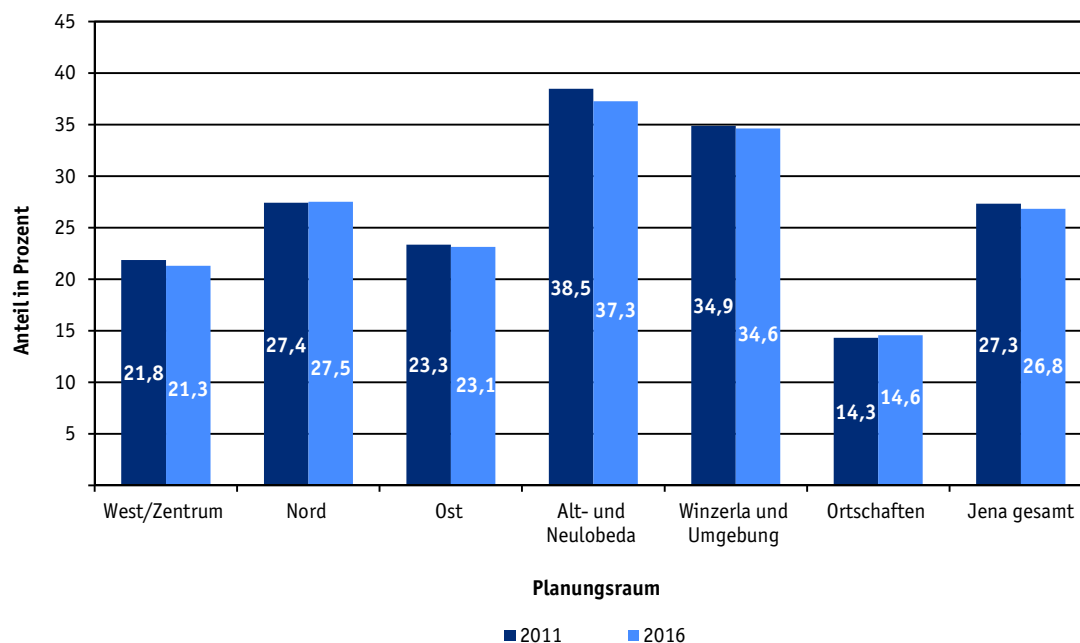
Im Folgenden werden die Entwicklungen bei den Haushalten mit Kindern näher analysiert. Dabei stehen zunächst sämtliche Haushalte mit Kindern im Fokus. Anschließend erfolgt eine spezifische Betrachtung der Haushalte von Alleinerziehenden.

Im Zeitraum von 2011 bis 2016 kann für alle Planungsräume in Jena ein Anstieg des Anteils der Haushalte mit Kindern festgestellt werden (**Abb. B.19**). Der größte Anstieg ist hierbei in Jena Ost zu verzeichnen. Der Anteil der Haushalte mit Kindern stieg hier von 17,7 auf 20,5 Prozent, was einer Veränderung von 1.469 zu 1.722 Haushalten mit Kindern entsprach. Hervorzuheben ist zudem der hohe Anteil von Haushalten mit Kindern in den Ortschaften. Dieser lag 2011 bei 23,2 (895 Haushalte) und 2016 bei 24,7 Prozent (1.003 Haushalte). In Lobeda lag der Anteil im Jahr 2011 bei 13,2 (1.810 Haushalte) und im Jahr 2016 bei 15,0 Prozent (2.056 Haushalte). Er befand sich damit bezüglich der Anteilswerte unter dem Jenaer Durchschnitt. In Winzerla lag im Jahr 2016 mit 14,7 Prozent (1.262 Haushalte) ebenfalls ein unterdurchschnittlicher Anteil an Haushalten mit Kindern vor. Der Planungsraum West/Zentrum bewegte sich mit 16,4 Prozent (2.503 Haushalte) ebenfalls leicht unter dem Jenaer Durchschnitt von 17,2 Prozent. Der Planungsraum Nord befand sich mit 17,6 Prozent (1.942 Haushalte) knapp über dem stadtweiten Durchschnittswert. Die Gesamtzahl der Haushalte mit Kindern in Jena betrug im Jahr 2016 10.488. Das sind 1.327 Haushalte mehr als noch im Jahr 2011.



**Abb. B.19: Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



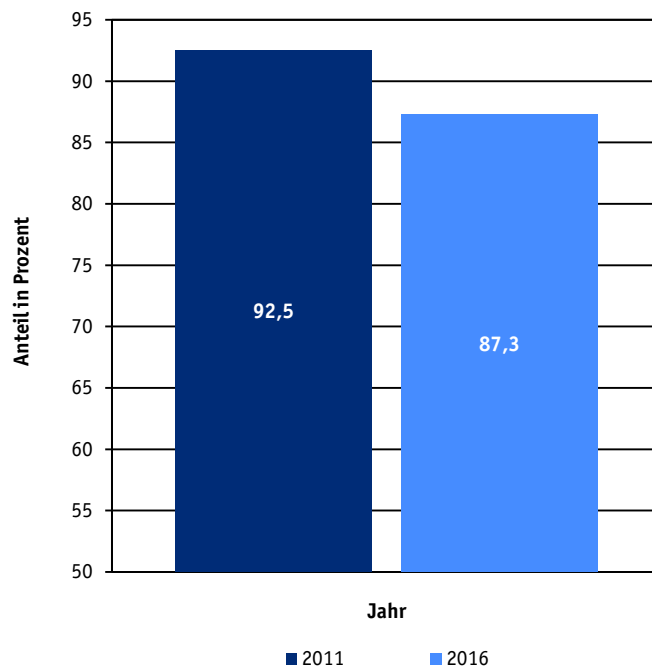
**Abb. B.20: Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Quote der Haushalte von Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern betrug im Jahr 2016 durchschnittlich 26,8 Prozent, was in etwa dem Wert von 2011 entsprach (**Abb. B.20**). Planungsräumlich

betrachtet lag die Quote im Jahr 2016 in West/Zentrum bei 21,3 Prozent (533 Haushalte), in Jena Nord bei 27,5 Prozent (534 Haushalte) und in Jena Ost bei 23,1, Prozent (398 Haushalte). Viele Alleinerziehende gab es in Lobeda und Winzerla. Hier betrug die Anteile jeweils 37,3 (766 Haushalte) und 34,6 Prozent (437 Haushalte). Die geringste Alleinerziehendenquote ist für die Ortschaften festzustellen. Der Wert betrug hier im Jahr 2016 14,6 Prozent, was 146 Haushalten entsprach.

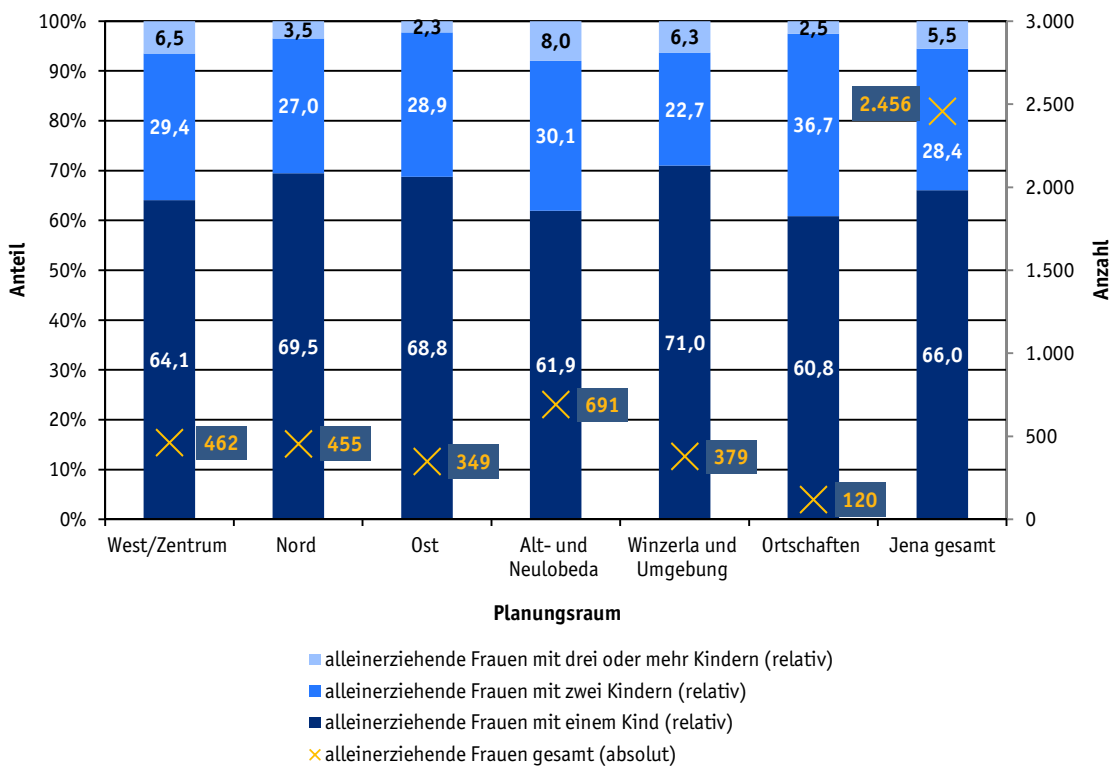
In **Abb. B.21** wird die Entwicklung des Geschlechterverhältnisses bei der Gruppe der Alleinerziehenden dargestellt. Im betrachteten Zeitraum kann ein deutlich höherer Anteil alleinerziehender Frauen erfasst werden. Bemerkenswert ist hierbei jedoch der Rückgang des Anteils alleinerziehender Frauen von 2011 zu 2016 und der damit einhergehende Anstieg des Anteils alleinerziehender Männer. Waren im Jahr 2011 noch 7,5 Prozent (187 Personen) aller Alleinerziehenden in Jena Männer, lag deren Anteil im Jahr 2016 bei 12,7 Prozent (358 Personen). Diese Entwicklung erstreckt sich über alle Jenaer Planungsräume.



**Abb. B.21: Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Frauen an allen Haushalten von Alleinerziehenden, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abb. B.22** stellt die Verteilung der alleinerziehenden Frauen nach Anzahl der Kinder planungsräumlich gegenüber. Insgesamt ist festzustellen, dass alleinerziehende Frauen mit einem Kind in allen Planungsräumen die größte Gruppe bildeten. In den Planungsräumen West/Zentrum, Lobeda und den Ortschaften lag der Anteil der Einelternerfamilien mit mehr als einem Kind über dem Jenaer Durchschnitt. In absoluten Zahlen ausgedrückt befanden sich die meisten alleinerziehenden Frauen mit zwei Kindern in Lobeda (208 Haushalte), gefolgt von West/Zentrum (136 Haushalte) und Jena Nord (123 Haushalte). In den Ortschaften war der Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Frauen mit zwei Kindern zwar relativ hoch, in absoluten Zahlen betraf dies jedoch lediglich 44 Haushalte. Bei den Einelternerfamilien mit drei und mehr Kindern stehen vor allem die Planungsräume Lobeda, West/Zentrum und Winzerla hervor. Gemessen an allen Einelternerfamilien im jeweiligen Planungsraum waren die Anteile der Familien mit drei und mehr Kindern hier überdurchschnittlich hoch. Insgesamt war diese Haushaltsform in Lobeda bei 55 Familien, in West/Zentrum bei 30 Familien und in Winzerla bei 24 Familien anzutreffen.



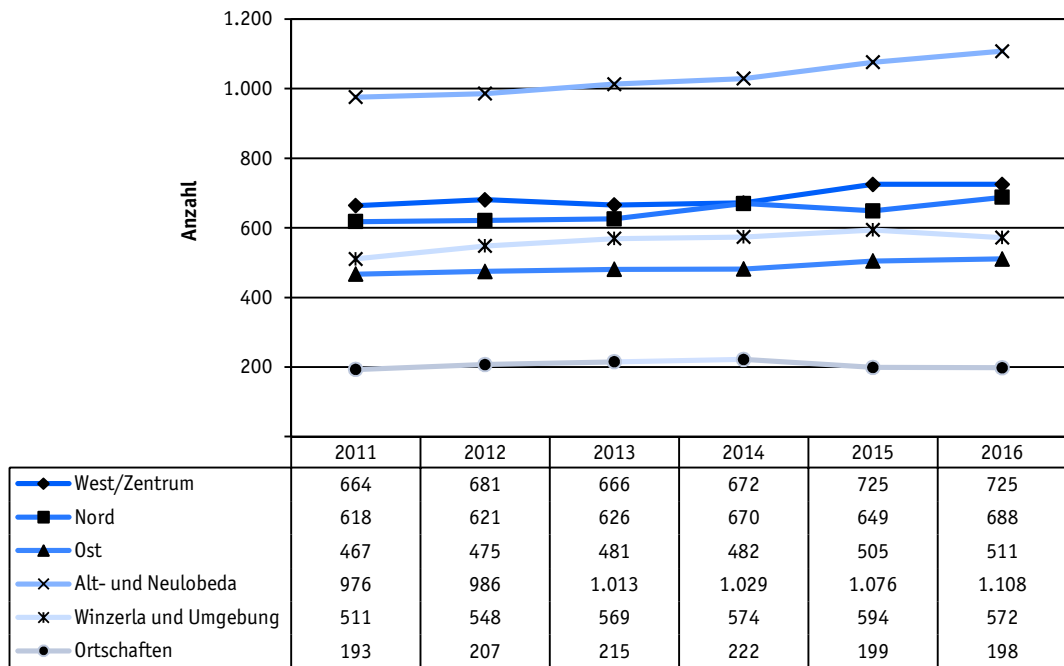
**Abb. B.22: Verteilung der alleinerziehenden Frauen nach Anzahl der Kinder nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Zahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder nahm im betrachteten Zeitraum insgesamt zu (**Abb. B.23**). In Lobeda ist hierbei der größte Anstieg festzustellen. Lebten im Jahr 2011 in diesem Planungsraum noch 976 Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen, so waren es im Jahr 2016 1.108 Kinder, was einem Anstieg von 13,5 Prozent entsprach. In den übrigen Planungsräumen sind ebenfalls Anstiege zu verzeichnen, auch wenn diese weniger umfangreich ausfielen. In Winzerla betrug der Anstieg hierbei 11,9 Prozent (61 Kinder), in Jena Nord 11,3 Prozent (70 Kinder), in West/Zentrum neuen Prozent (61 Kinder) und in Jena Ost ebenfalls etwa neun Prozent (44 Kinder). In den Ortschaften lag mit 2,6 Prozent (5 Kinder) der geringste Anstieg vor. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder in Jena um 10,9 Prozent. Das heißt, dass im Jahr 2016 in der Stadt 3.802 Kinder in Einelternfamilien lebten.

Im Gegensatz zu den steigenden Zahlen der von Alleinerziehenden betreuten Kinder ist deren Anteil an allen Kindern der Altersgruppe von 0 bis 18 Jahren leicht rückläufig. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Altersgruppe der 0- bis 18-Jährigen im Zeitraum von 2011 bis 2016 umfangreicher gestiegen ist als die Zahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder. Im Jahr 2011 lag der Anteil der Kinder von Alleinerziehenden demnach bei 24,3 Prozent und im Jahr 2016 bei 22,8 Prozent.





**Abb. B.23: Anzahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder im zeitlichen Verlauf nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

### 3.2 Einpersonenhaushalte

In Jena waren im Jahr 2016 51,2 Prozent aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Menschen, die in einem Einpersonenhaushalt leben sind statistisch gesehen einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt (siehe **Tab. A.2**). Eine besondere Risikogruppe stellen hierbei die alleinlebenden älteren Menschen dar. Die Armutsrisikoquote ist bei dieser Personengruppe deutlich höher als bei älteren Mehrpersonenhaushalten. Eine bundesweite Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge aus dem Jahr 2016 stellt bei alleinlebenden älteren Menschen (ab 65 Jahren) ein mehr als doppelt so hohes Risiko fest, von relativer Armut betroffen zu sein.<sup>42</sup> Als Grund hierfür wird z. B. die generelle Zunahme Alleinlebender ohne familiäre Absicherung angeführt.<sup>43</sup> Eine aktuelle Studie des Statistischen Bundesamtes weist darauf hin, dass mehr als jede dritte alleinlebende Person ab 65 Jahren Probleme hat, unerwartete größere Ausgaben aus eigenen finanziellen Mitteln zu bestreiten.<sup>44</sup>

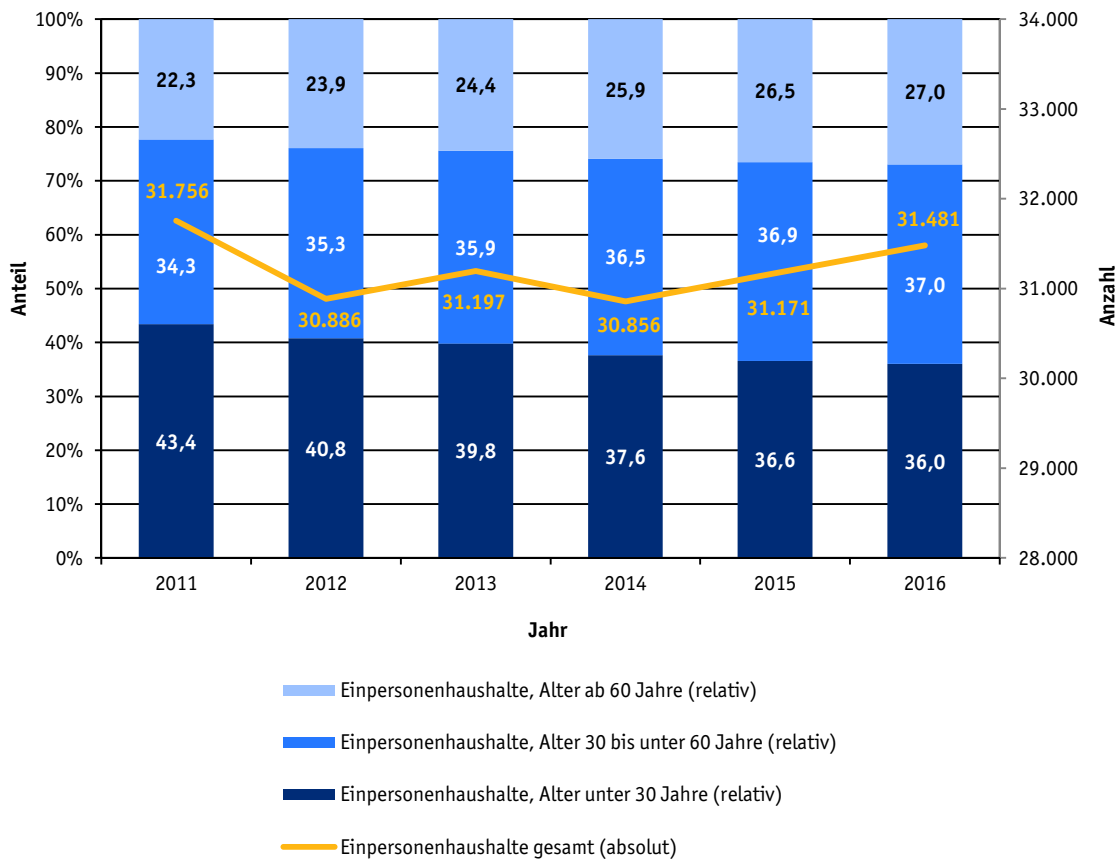
In **Abb. B.24** wird die Anzahl und Verteilung der Einpersonenhaushalte nach verschiedenen Altersgruppen im zeitlichen Verlauf dargestellt. Es ist zu erkennen, dass in Jena die Anzahl der Einpersonenhaushalte von jüngeren Menschen über die Jahre hinweg kontinuierlich gesunken ist. Existierten im Jahr 2011 noch 13.785 Einpersonenhaushalte mit Menschen im Alter von unter 30 Jahren, so umfasste diese Gruppe im Jahr 2016 nur noch 11.336 Haushalte. Die Zahl der Einpersonenhaushalte mit Personen im Alter von 30 bis 60 Jahren ist hingegen von 10.884 auf 11.657 gestiegen. Der größte Anstieg ist jedoch bei den Einpersonenhaushalten mit Menschen im Alter von 60 Jahren und älter festzustellen. Die Zahl dieser Haushalte stieg

<sup>42</sup> Vgl. Krack-Roberg, Elle et al (2016): S. 47.

<sup>43</sup> Vgl. ebd.: S. 4.

<sup>44</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Ältere Menschen in Deutschland und der EU. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Wiesbaden, S. 39.

im betrachteten Zeitraum von 7.087 auf 8.488 an. Somit setzten sich im Jahr 2016 36 Prozent der Einpersonenhaushalte aus der jüngeren Altersgruppe, 37 Prozent aus der mittleren Altersgruppe und 27 Prozent aus der älteren Altersgruppe zusammen.<sup>45</sup>

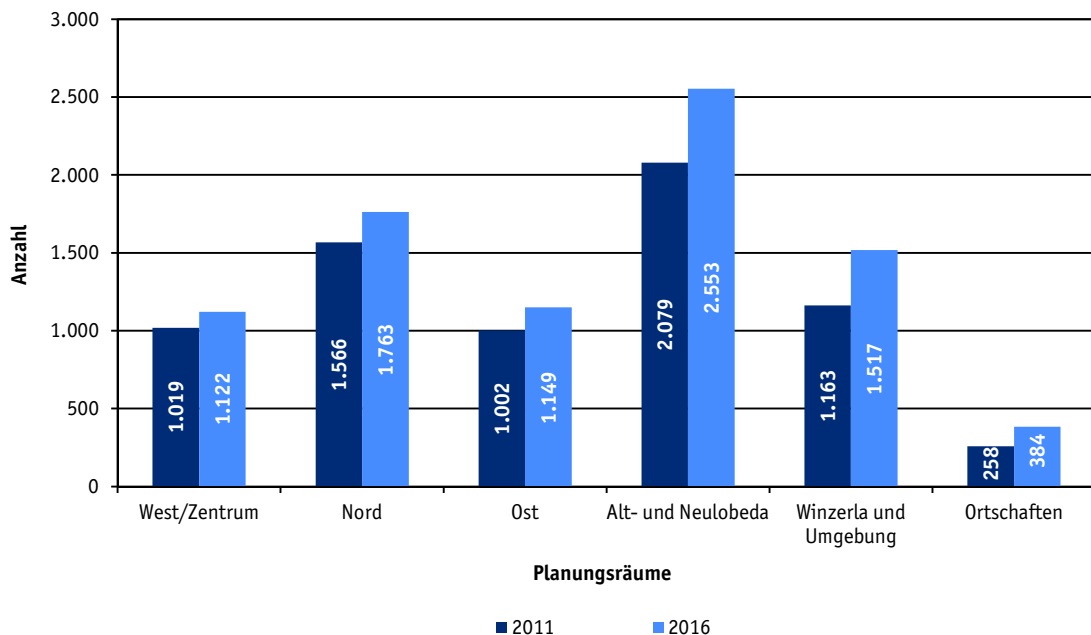


**Abb. B.24: Verteilung der Einpersonenhaushalte in Jena nach Altersgruppen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bezogen auf die einzelnen Planungsräume kann der größte Anstieg von Einpersonenhaushalten mit Menschen ab 60 Jahren in Lobeda verzeichnet werden. Hier vergrößerte sich die Zahl dieses Haushaltstyps um 22,8 Prozent von 2.079 auf 2.533 Haushalte. Damit waren in Lobeda die meisten Einpersonenhaushalte dieser Altersgruppe vorhanden. In Jena Nord kann ebenfalls eine Steigerung von 1.566 auf 1.763 Haushalte festgestellt werden. Ein umfassender Anstieg erfolgte ebenfalls in Winzerla. Hier stieg die Zahl der Haushalte mit Personen im Alter von 60 Jahren und älter von 1.163 auf 1.517. Ein geringerer Anstieg ist im Planungsraum West/Zentrum und Jena Ost zu erkennen. Hier stieg die Zahl jeweils um 103 und 147 Haushalte.

<sup>45</sup> Im Jahr 2012 wurde zuletzt eine Melderegisterbereinigung durchgeführt, die zu einer Verringerung der Anzahl der Haushalte zum 31.12.2012 führte. Dies ist notwendig, da viele Nebenwohnsitze bei Wegzug aus Jena aufgrund der fehlenden Zweitwohnsitzsteuer nicht abgemeldet werden. Da die nächste Melderegisterbereinigung erst Mitte 2017 erfolgte, ist davon auszugehen, dass der Zuwachs der Anzahl der Haushalte (insbesondere Einpersonenhaushalte) zum 31.12.2016 statistisch überschätzt wird.



**Abb. B.25: Entwicklung der Einpersonenhaushalte mit Personen im Alter ab 60 Jahren nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

## 4 Zusammenfassung

Die Stadt Jena weist über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg eine dynamische Bevölkerungsentwicklung mit einem jährlichen Wachstum auf. Im Jahr 2016 lebten demnach 107.983 Menschen in der Stadt. Das waren 3.893 Menschen mehr als noch im Jahr 2011. Die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Planungsräumen verlief zum Teil sehr unterschiedlich. Während in West/Zentrum mit 6,4 Prozent der größte Bevölkerungsanstieg festgestellt werden kann, war Winzerla der Planungsraum, der am wenigsten von dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs profitieren konnte. Hier lag ein Rückgang der Bevölkerung von 1,6 Prozent vor. Die aktuelle Bevölkerungsprognose der Stadt Jena geht davon aus, dass bis zum Jahr 2030 etwa 109.000 Menschen in Jena leben werden. Die relativen Veränderungen in der Altersstruktur in Bezug auf die gesamte Bevölkerung sind dabei als gering einzuschätzen. In quantitativer Hinsicht werden sich jedoch die Bevölkerungszahlen bestimmter Altersgruppen substantiell verändern. So wird vor allem die Zahl der 10- bis unter 27-Jährigen und über 85-Jährigen steigen. Für die Altersgruppen der 27- bis unter 65-Jährigen und 75- bis unter 85-Jährigen wird hingegen ein Bevölkerungsrückgang prognostiziert.

Das Durchschnittsalter der Jenaer Bevölkerung lag im Jahr 2016 bei 42,6 Jahren und war im Zeitverlauf stabil. Die Jenaer Bevölkerung war damit im Durchschnitt jünger als die Thüringer Bevölkerung. Bezüglich der Altersstruktur innerhalb der Stadt kann festgehalten werden, dass in West/Zentrum im Verhältnis zu den anderen Planungsräumen besonders viele Menschen im mittleren Alter lebten. Die Differenz zwischen Jugend- und Altenquotient war in Winzerla und Lobeda überdurchschnittlich groß. Bezogen auf alle Personen im mittleren Alter lebten hier besonders viele ältere Menschen und im Verhältnis dazu vor allem in Winzerla wenig junge Menschen. Ausgeglichen war das Verhältnis in den Ortschaften. Es verdeutlicht sich, dass in den Jenaer Planungsräumen eine teils sehr unterschiedliche Altersstruktur vorlag. Innerhalb des Stadtgebietes fanden zudem umfassende Binnenwanderungsbewegungen statt, von denen in den letzten Jahren vor allem der Planungsraum Jena Nord profitierte.

Die Gründe für das allgemeine Bevölkerungswachstum sind vielfältig. Zum einen kann über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg ein positiver Saldo bei den Geburten- und Sterbefällen verzeichnet werden. Im Jahr 2016 wurden demnach 180 mehr Menschen in Jena geboren als gestorben sind. Jedoch sind auch hier Unterschiede zwischen den Planungsräumen festzustellen. Positive Salden wiesen im Jahr 2016 die Planungsräume West/Zentrum (203), Ost (37) und die Ortschaften (10) auf. In den Planungsräumen Nord (-3), Lobeda (-6) und Winzerla (-61) sind negative Salden zu verzeichnen.

Der wichtigste Faktor für die positive Bevölkerungsentwicklung waren die positiven Salden bei der Außenwanderung. Diese lassen sich sowohl auf die Zuwanderung aus anderen Teilen Thüringens als auch auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückführen. Die Gesamtzahl und der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nahmen dabei über den gesamten betrachteten Zeitraum kontinuierlich zu. Seit 2011 stieg die Zahl der Ausländer/-innen von 4.653 Personen auf 9.195 Personen im Jahr 2016. Der Anteil der Ausländer/-innen betrug im Jahr 2016 demnach 8,5 Prozent und lag damit über dem Thüringer Durchschnitt. Die Ursache für die hohe Zuwanderung lag dabei vor allem in den Jahren 2015/16 in der Zuweisung von Schutzsuchenden aus den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen. Im Jahr 2016 hielten sich demnach 1.489 Personen mit einem befristeten Aufenthaltstitel aus humanitären bzw. politischen Gründen in Jena auf. Bei 510 Personen konnte der beim BAMF gestellte Asylantrag noch nicht abschließend bearbeitet werden und bei 131 Personen lag ein abgelehnter Asylantrag vor. Gleichzeitig stellten im Jahr 2016 deutlich weniger Menschen einen Antrag auf Asyl. Im Zeitraum von 2011 bis 2016 stieg ebenfalls die Zahl der ausländischen Auszubildenden und Studierenden mit befristetem Aufenthalt um 906 Personen an. Zudem waren im Jahr 2016 816 mehr Ausländer/-innen mit unbefristetem Aufenthalt aus anderen EU-Staaten in Jena wohnhaft als noch im Jahr 2011. Die Verteilung der Ausländer/-innen über die einzelnen Planungsräume kann als sehr heterogen beschrieben werden. Demnach lag der Ausländeranteil in Lobeda im Jahr 2016 bei 15,2 Prozent, in West/Zentrum bei 9,2 Prozent, in Jena Nord bei 7,1 Prozent, in Winzerla bei 5,8 Prozent, in Jena Ost bei 5,5 Prozent und in den Ortschaften bei 1,6 Prozent. Da die Zahl der deutschen Bevölkerung seit 2013 rückläufig ist, kann die positive Bevölkerungsentwicklung in Jena somit vor allem auf die Zuwanderung von Ausländer/-innen zurückgeführt werden. Mit Blick auf die stark gestiegene Anzahl, heterogene räumliche Verteilung und jüngere Altersstruktur der ausländischen Einwohner/-innen sind die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in das Bildungs- und Ausbildungssystem, in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen.

Entsprechend der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung stieg die Zahl der Haushalte in Jena im Zeitraum von 2011 bis 2016 von 60.840 auf 61.012 an. 17,2 Prozent der Haushalte waren im Jahr 2016 dabei Haushalte mit Kindern. Das waren 2,1 Prozent mehr als noch im Jahr 2011. Der Anteil der Haushalte mit Kindern stieg in allen Planungsräumen in einem ähnlichen Umfang an. Insgesamt lag im Jahr 2016 der Anteil der Haushalte mit Kindern in den Ortschaften bei 24,7 Prozent, in Jena Ost bei 20,5 Prozent, in Jena Nord bei 17,6 Prozent, in West/Zentrum bei 16,4 Prozent, in Lobeda bei 15 Prozent und in Winzerla bei 14,7 Prozent. Von allen Haushalten mit Kindern waren im Jahr 2016 26,8 Prozent Haushalte von Alleinerziehenden. Das waren 0,5 Prozent weniger als noch im Jahr 2011. In Lobeda und Winzerla waren im Jahr 2016 jeweils 37,3 und 34,6 Prozent aller Haushalte mit Kindern Haushalte von Alleinerziehenden. In Jena Nord betrug der Wert 27,5 Prozent, in Ost 23,1 Prozent, in West/Zentrum 21,3 Prozent und in den Ortschaften 14,6 Prozent.



# **C Ökonomische Situation und Arbeitslosigkeit**

# 1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und Arbeitslosigkeit

Da in modernen Gesellschaften nicht nur die wirtschaftliche Eigenständigkeit, sondern auch gesellschaftliches Ansehen, Selbstrespekt, Identität und die Kontakte der Menschen weitgehend von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit bestimmt werden, kommt der Frage nach der Entwicklung der Beschäftigung in der sozialen Berichterstattung eine zentrale Bedeutung zu.<sup>46</sup> Infolge der hohen Wertschätzung, welche die Berufsarbeit erfährt, wiegt der Verlust des Arbeitsplatzes bzw. der ausbleibende Einstieg in den Arbeitsmarkt besonders schwer. Neben den finanziellen Konsequenzen fällt insbesondere die eingeschränkte Teilnahme von Arbeitslosen und ihren Angehörigen am gesellschaftlichen Leben ins Gewicht. Abgesehen von dem Risiko der sozialen Segregation stellt Arbeitslosigkeit zusätzlich auch eine psychische Belastung dar. Langfristige Episoden ausbleibender Erwerbsarbeit führen häufig zu Perspektivlosigkeit und Resignation bei den Betroffenen.<sup>47</sup>

## 1.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort ist in Jena seit 2012 um 2.885 Personen (7,7 Prozent) auf 40.430 Personen im Jahr 2016 (Stichtag: 31.12.) gestiegen und entsprach somit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre. Im Vergleich hierzu stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit dem Wohnort Thüringen im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozent.<sup>48</sup> Von den 40.430 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort Jena waren im Jahr 2016 28.389 Personen vollzeitbeschäftigt und 12.041 Personen sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt. Männer waren dabei häufiger vollzeitbeschäftigt als Frauen. So waren 17,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer teilzeitbeschäftigt; bei den Frauen betrug dieser Wert 43,1 Prozent.

Insgesamt waren im Jahr 2016 19.665 Frauen und 20.428 Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dabei ist die Gruppe der männlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit 9,7 Prozent seit 2012 stärker gestiegen als die Gruppe der weiblichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (5,7 Prozent). Die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum von 1.019 auf 2.068 Personen. Ein starkes Wachstum kann ebenfalls bei den unter 20-jährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten festgestellt werden. Ihre Zahl stieg von 334 Personen im Jahr 2012 auf 598 Personen im Jahr 2016. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der 20 bis unter 25 Jahre alten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 2.327 auf 1.806 Personen.<sup>49</sup>

## 1.2 Arbeitslosigkeit

Aus kommunaler Sicht steht Arbeitslosigkeit nicht nur für wirtschaftliche Verluste, etwa bei der Kaufkraft, sondern auch für soziale Probleme, die infolge der individuellen Sinnkrisen und gesellschaftlichen Stigmatisierung der Betroffenen eintreten.<sup>50</sup> Bei der Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten (**Tab. A.2**) zeigt sich, dass Erwerbslose einem überproportional hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Die Quote beträgt hier etwa 50 Prozent, was den höchsten Wert bei allen betrachteten Merkmalen darstellt. Für die Sozialberichterstattung ist der Bereich der Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit somit von zentraler Bedeutung. Dabei werden

<sup>46</sup> Vgl. Hradil, Stefan (2006): S. 173.

<sup>47</sup> Vgl. Fischer, Jörg et al. (2009): S. 23 f.

<sup>48</sup> Siehe Thüringer Landesamt für Statistik (2018): Statistik Thüringen. <https://statistik.thueringen.de> (Zugegriffen: 27.07.2018).

<sup>49</sup> Vgl. Stadt Jena (2018): Allgemeinbildende Schulen und Freizeitlernen junger Menschen in Jena. Erster Bildungsbericht der Stadt Jena 2018. Jena: Dezernat für Familie, Bildung und Soziales, S. 40.

<sup>50</sup> Vgl. ebd.: S. 24.

im Folgenden allgemeine Entwicklungen im Bereich des Arbeitsmarktes in Jena dargestellt, Gebiete mit hohen Abhängigkeitsquoten von Sozialleistungen räumlich identifiziert und besonders betroffene Bevölkerungsgruppen ermittelt.

---

### **Exkurs: Zur statistischen Definition von Arbeitslosigkeit**

Die Bundesagentur für Arbeit definiert diejenigen Personen als arbeitslos, die keine Arbeit haben. Es gelten jedoch nicht alle erwachsenen Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, als arbeitslos. So werden Schüler/-innen und Student/-innen, Frauen und Männer, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen, sowie Rentner/-innen und Pensionär/-innen nicht als arbeitslos definiert. Von Arbeitslosigkeit wird allgemein erst dann gesprochen, wenn sie unfreiwillig ist und die Betroffenen bereit sind, Erwerbsarbeit aufzunehmen. In den Resolutionen der internationalen Arbeitsorganisationen sowie den Verordnungen der Europäischen Union und dem deutschen Sozialgesetzbuch (SGB) werden drei Kriterien für Arbeitslosigkeit benannt.<sup>51</sup>

Im SGB III ist Arbeitslosigkeit demnach wie folgt definiert. Arbeitslos sind Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden die Woche arbeiten,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und
- sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben.<sup>52</sup>

Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nach dem SGB nicht als arbeitslos.<sup>53</sup>

In den folgenden statistischen Darstellungen wird der Fokus zunächst auf den Beziehender/-innen von Leistungen nach dem SGB II und SGB III liegen. Arbeitslosengeld nach dem SGB III (in Abgrenzung zum Arbeitslosengeld II auch Arbeitslosengeld I genannt) erhalten demnach Personen, die arbeitslos sind, sich bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben und die Anwartschaftszeit erfüllen, d. h. in einer Rahmenfrist von zwei Jahren vor Entstehung des Leistungsanspruchs mindestens zwölf Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis standen.<sup>54</sup> Das Arbeitslosengeld soll Arbeitnehmer/-innen, die ihre Beschäftigung verloren haben, sozial absichern und das Arbeitsentgelt teilweise ersetzen. Die Höhe richtet sich grundsätzlich nach dem versicherungspflichtigen Bruttogehalt, das der/die Arbeitslose im letzten Jahr vor Entstehung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld durchschnittlich erzielt hat und das beim Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis abgerechnet war. Aus diesem Bruttoentgelt wird ein pauschalisiertes Nettoentgelt ermittelt. Die Höhe des Arbeitslosengeldes beträgt für Arbeitslose mit einem Kind 67 Prozent und für die übrigen Arbeitslosen 60 Prozent des pauschalierten Nettoentgelts.<sup>55</sup>

Mit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 wurde die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (umgangssprachlich auch „Hartz IV“)<sup>56</sup> zusammengelegt. Das Arbeitslosengeld nach SGB II

<sup>51</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 a): Arbeitslosigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Nav.html> (Zugegriffen: 26. Oktober 2017).

<sup>52</sup> Vgl. § 16 Absatz 1 SGB III.

<sup>53</sup> Vgl. § 16 Absatz 2 SGB III.

<sup>54</sup> Personen, die überwiegend kurz befristete Beschäftigungen ausüben, haben unter besonderen Voraussetzungen einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld. Für sie beträgt die Anwartschaftszeit nach einer bis zum 31. Juli 2018 befristeten Sonderregelung sechs Monate.

<sup>55</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 a). Arbeitslosengeld. <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitslosengeld/arbeitslosengeld.html> (Zugegriffen: 26.10.2017).

<sup>56</sup> Der Begriff „Hartz IV“ entstand in Anlehnung an den Entwickler des Reformkonzeptes für die arbeitsmarktbezogenen Sozialgesetze Peter Hartz.



(auch Arbeitslosengeld II genannt) soll es den Leistungsberechtigten laut Gesetz ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.<sup>57</sup> Die Arbeitslosenmeldung und Betreuung im Rahmen des SGB II erfolgt im Jobcenter. Das Kernelement des SGB II liegt in dem Grundsatz „Fördern und Fordern“. Im § 1 SGB II werden die Ziele und Aufgaben der Förderung beschrieben: „Die Grundsicherung für Arbeitsuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.“<sup>58</sup> Dazu werden Leistungen der Beratung, Weiterbildung, Aktivierung, Vermittlung und zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach Maßgabe des SGB II ausgereicht.

Die Sozialhilfeleistungen sollen nicht nur Armut verhindern, sondern dem Empfänger eine Lebensführung ermöglichen, die der Würde des Menschen entspricht. Die laufenden Leistungen nach den Regelsätzen der Sozialhilfe sollen hierbei den sogenannten Regelbedarf abdecken. Zu diesen Leistungen gehören:

- Ernährung,
- Kleidung,
- Körperpflege,
- hauswirtschaftlicher Bedarf,
- Hausrat,
- Haushaltsenergie (ohne Heizung und Warmwasser aus der Heizanlage) sowie
- persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens.

**Nicht** in den Regelsätzen enthalten sind die Kosten für Miete und Heizung, Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, Mehrbedarfszuschläge, einmalige Leistungen, Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, Barbeiträge zur persönlichen Verfügung, Alterssicherung und die Übernahme von Mietschulden. Die Regelbedarfsstufen entsprechen den allgemein festgelegten Regelbedarfen des deutschen Fürsorgerechts und reichen von 416 Euro für volljährige Alleinstehende oder Alleinerziehende (Regelbedarfsstufe 1) bis zu 240 Euro für Kinder bis zum 6. Geburtstag (Regelbedarfsstufe 6)<sup>59</sup> Zu den Leistungen der Sozialhilfe gehören die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ und die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“.<sup>60</sup>

In **Abb. C.1** wird die Anzahl der arbeitslosen Personen (aufgeteilt nach SGB II und SGB III)<sup>61</sup> in Jena im zeitlichen Verlauf dargestellt. Es zeigt sich, dass die Anzahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II über der Anzahl der Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB III lag. Die Anzahl der Leistungsempfänger/-innen nach dem SGB II blieb über den gesamten Berichtszeitraum hinweg relativ konstant, während die Zahl der Leistungsempfänger nach dem SGB III seit 2013 fortlaufend abnahm. Im Jahr 2016 (Stichtag 31.12.) waren demnach 2.552 Personen auf Leistungen nach dem SGB II und 882 Personen auf Leistungen nach dem SGB III angewiesen.

<sup>57</sup> Vgl. § 1 Absatz 1 SGB II.

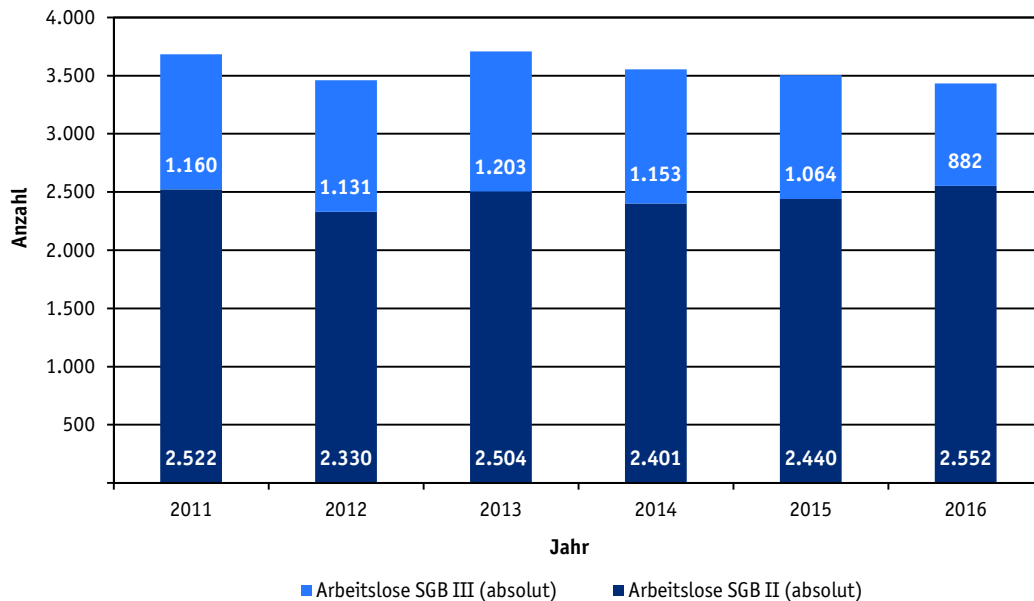
<sup>58</sup> Vgl. § 1 Absatz 2 SGB II.

<sup>59</sup> Regelbedarfsstufen ab dem 01.01.2018.

<sup>60</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 b): Sozialhilfe. <http://www.bmas.de/DE/Themen/SozialeSicherheit/Sozialhilfe/sozialhilfeart.html;jsessionid=A134CDFA0B19764E18D0AD2DFEEA7B6A>. (Zugegriffen: 04. Dezember 2017).

<sup>61</sup> In den folgenden Grafiken bezieht sich die Zahl der Arbeitslosen auf die Empfänger/-innen von Leistungen nach dem SGB II und SGB III (zusammengefasst).





**Abb. C.1:** Anzahl der arbeitslosen Personen mit Leistungsbezug (SGB II und SGB III) in Jena, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.<sup>62</sup>

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Tab. C.1** schlüsselt die Anzahl der arbeitslosen Personen in Jena nach verschiedenen Merkmalen auf. Da es sich hierbei um Jahresdurchschnittswerte handelt, können bei den absoluten Zahlen leichte Abweichungen zu der vorangegangenen Abbildung erkannt werden. Im Jahr 2016 waren im Durchschnitt 3.567 Personen arbeitslos gemeldet. Davon waren 2.050 Personen männlich und 1.517 Personen weiblich. Im Vergleich zu 2011 ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt zurückgegangen. Dabei sank die Zahl zunächst von 3.767 Personen im Jahr 2011 auf 3.684 Personen im Jahr 2012, stieg im Jahr 2013 dann wieder in etwa auf den Ausgangswert von 2011 an und war seit 2015 dann wieder kontinuierlich rückläufig. Dabei verringerte sich die Zahl der arbeitslosen Frauen stärker als die der arbeitslosen Männer.

Im Jahr 2016 waren insgesamt 282 Personen im Alter zwischen 15 bis unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Das sind 32 Personen weniger als noch im Jahr 2011. Die niedrigste Zahl von Arbeitslosen in dieser Altersklasse kann für das Jahr 2015 festgestellt werden. Hier waren im Jahresdurchschnitt 228 Personen dieser Gruppe arbeitslos. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen stieg im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 somit sprunghaft an.

Im Jahr 2016 waren 1.279 Personen bereits zwölf Monate oder länger arbeitslos gemeldet und galten damit als langzeitarbeitslos. Das waren 51 Personen weniger als noch im Jahr 2011. Die niedrigste Zahl von Langzeitarbeitslosen im Berichtszeitraum kann für das Jahr 2012 festgestellt werden (1.231 Personen). Die höchste Zahl von Langzeitarbeitslosen lag im Jahr 2014 vor (1.391 Personen). Es zeigt sich, dass sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen insgesamt nur geringfügig veränderte. Da der Aspekt der Langzeitarbeitslosigkeit ein wichtiger Bestandteil bei der Erfassung von Armutslagen darstellt und der Abbau von längerfristiger Arbeitslosigkeit für den Bereich der Armutsprävention eine wichtige Rolle spielt, wird dieser im Folgenden noch näher analysiert.

<sup>62</sup> Die Datenauskunft der Bundesagentur für Arbeit erfolgte für die Stadt Jena für den Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres. Die Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik beziehen sich hingegen auf Jahresdurchschnittswerte.



Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen veränderte sich über den betrachteten Zeitraum hinweg nur geringfügig. Im Jahr 2016 waren 143 schwerbehinderte Menschen in Jena arbeitslos gemeldet. Davon lebte der Großteil in Lobeda (50 Personen) und Winzerla (36 Personen).<sup>63</sup>

Umfangreich gestiegen ist die Zahl der arbeitslosen Ausländer/-innen. Im Jahr 2011 waren 193 ausländische Personen arbeitslos gemeldet. Im Jahr 2016 umfasste die Zahl der Arbeitslosen Ausländer/-innen 546 Personen. Der größte Anstieg ist dabei von 2015 zu 2016 zu beobachten. Hier stieg die Zahl der arbeitslosen Ausländer/-innen um 216 Personen. Es ist anzumerken, dass ein Großteil der Geflüchteten über 18 Jahren wegen der Teilnahme an Sprachkursen nicht arbeitslos gemeldet ist.

Anzahl arbeitsloser Personen (absolut)	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
insgesamt	3.767	3.684	3.771	3.797	3.760	3.567
Männer	2.061	2.064	2.116	2.123	2.115	2.050
Frauen	1.706	1.620	1.655	1.674	1.644	1.517
Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	314	296	269	238	228	282
Personen im Alter von 55 Jahren und älter	740	728	744	777	775	690
Langzeitarbeitslose	1.330	1.231	1.297	1.391	1.350	1.279
Schwerbehinderte	146	142	148	144	157	143
Ausländer/-innen	193	217	235	275	330	546

**Tab. C.1: Anzahl und Verteilung der arbeitslosen Personen in Jena nach verschiedenen Merkmalen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

In **Tab. C.2** erfolgt eine Darstellung der Arbeitslosenquoten bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen für verschiedene soziale Gruppen in Jena und in Thüringen. Bezogen auf die Jahresdurchschnittswerte sank die Arbeitslosenquote in Jena von 2011 zu 2016 von 7,1 auf 6,6 Prozent. Damit lag Jena im Jahr 2016 0,1 Prozentpunkte unter dem Thüringer Durchschnitt. Die Quote der arbeitslosen Männer betrug im Jahr 2016 7,3 Prozent und die der arbeitslosen Frauen 5,8 Prozent. Insgesamt sank die Quote der arbeitslosen Frauen umfassender als die der arbeitslosen Männer. Im Thüringer Vergleich lag die Quote der arbeitslosen Männer in Jena im Jahr 2016 0,3 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert. Die Quote der arbeitslosen Frauen hingegen betrug 0,7 Prozentpunkte weniger als im Thüringer Durchschnitt.

Die Quote der arbeitslosen Ausländer/-innen in Jena stieg vor allem in den Jahren 2015 und 2016 deutlich an. Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug die Quote im Jahr 2011 12,3 Prozent. Nach leichten Schwankungen in den Folgejahren stieg sie im Jahr 2015 auf 15,1 Prozent und im Jahr 2016 auf 22,7 Prozent an. Sie lag somit im Jahr 2016 leicht über dem Thüringer Durchschnittswert von 22,0 Prozent.

Nach einem Rückgang der Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren von 5,2 Prozent im Jahr 2011 auf 4,5 Prozent im Jahr 2015 stieg der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen im Jahr 2016 wieder um 1,4 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent an. Im Thüringer Vergleich lag die Arbeitslosenquote bei dieser Gruppe dennoch unter dem landesweiten Durchschnittswert von 6,7 Prozent.

<sup>63</sup> Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017 (Stichtag 31.12.).



Die Arbeitslosenquote bei den 55- bis unter 65-Jährigen war abgesehen von einem leichten Anstieg im Jahr 2014 kontinuierlich rückläufig. Lag die Quote im Jahr 2011 noch bei 8,8 Prozent, so betrug sie im Jahr 2016 noch 7,1 Prozent. Besonders umfangreich fiel der Rückgang von 2015 zu 2016 aus. Hier sank die Quote um 1,1 Prozentpunkte. Damit lag die Arbeitslosenquote bei dieser Gruppe 1,1 Prozentpunkte unter dem Thüringer Durchschnitt.

Die Arbeitslosenquoten für Schwerbehinderte können aufgrund der Datenlage nicht dargestellt werden.

Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt (relativ)	Jahr						
	Jena	2011	2012	2013	2014	2015	2016
insgesamt		7,1	6,9	7,0	7,0	6,9	6,6
Männer		7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,3
Frauen		6,6	6,2	6,3	6,4	6,3	5,8
Ausländer/-innen		12,3	12,6	12,0	13,2	15,1	22,7
Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren		5,2	5,2	4,9	4,6	4,5	5,9
Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren		8,8	8,4	8,3	8,5	8,2	7,1
<b>Thüringen</b>							
insgesamt		8,8	8,5	8,2	7,8	7,4	6,7
Männer		8,7	8,5	8,3	7,8	7,5	7,0
Frauen		9,0	8,6	8,2	7,8	7,3	6,5
Ausländer/-innen		19,4	18,1	16,0	15,6	18,1	22,0
Jugendliche im Alter von 15 bis unter 25 Jahren		6,9	7,0	7,0	6,6	6,5	6,7
Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren		12,2	11,4	11,1	10,4	9,4	8,2

**Tab. C.2: Arbeitslosenquoten in Jena und Thüringen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen nach verschiedenen Merkmalen in Prozent, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

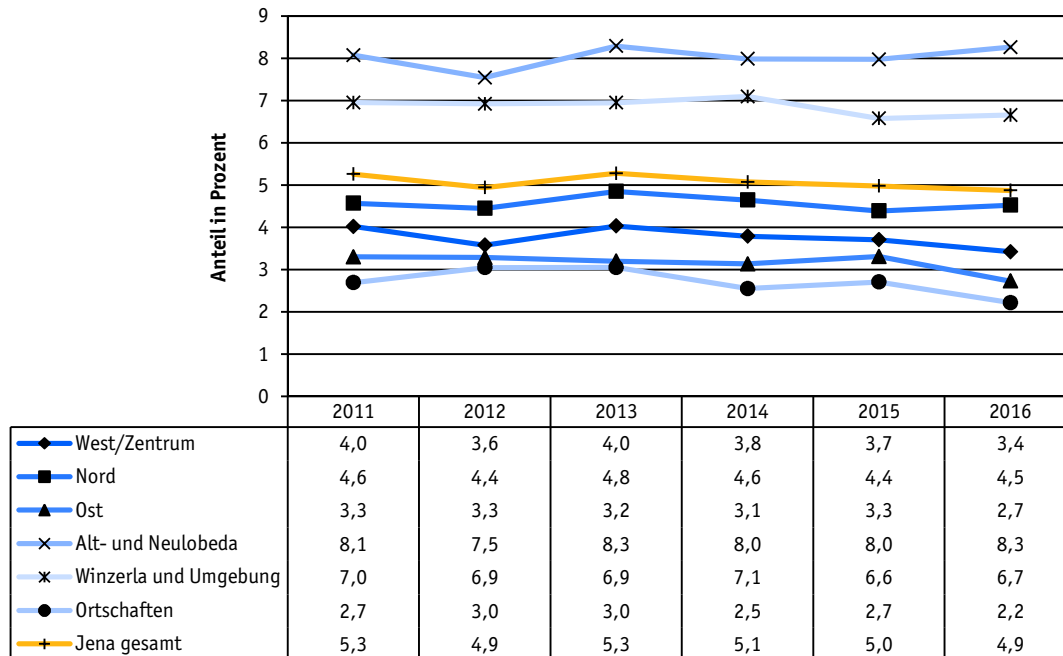
*Quelle:* Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

*Hinweis:* In der Arbeitslosenstatistik erfolgt eine zusätzliche Unterteilung in abhängige zivile Erwerbspersonen und zivile Erwerbspersonen insgesamt. Abhängige zivile Erwerbspersonen umfassen sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose. Die zivilen Erwerbspersonen (insgesamt) umfassen neben den abhängigen zivilen Erwerbspersonen die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Die Arbeitslosenquote wird als Quotient aus der Zahl der Arbeitslosen und der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) gebildet.

### 1.3 Arbeitslosigkeit im planungsräumlichen Vergleich

Im Folgenden werden die Daten der Arbeitslosenstatistik zusätzlich auf planungsräumlicher Ebene ausgewertet. Um einen Vergleich zwischen den Planungsräumen zu ermöglichen, wird die Anzahl der arbeitslosen Personen auf alle Personen im erwerbsfähigen Alter bzw. auf alle Personen der entsprechenden Altersgruppe des jeweiligen Planungsraums bezogen. Laut Definition der Statistik der Bundesagentur für Arbeit liegt

die Spannweite des erwerbsfähigen Alters zwischen 15 und 65 Jahren.<sup>64</sup> Der Vergleich soll nicht als Ranking verstanden werden. Es soll vielmehr darum gehen, bestimmte räumliche Ungleichheiten abzubilden.



**Abb. C.2: Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter des jeweiligen Planungsraums<sup>65</sup>, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

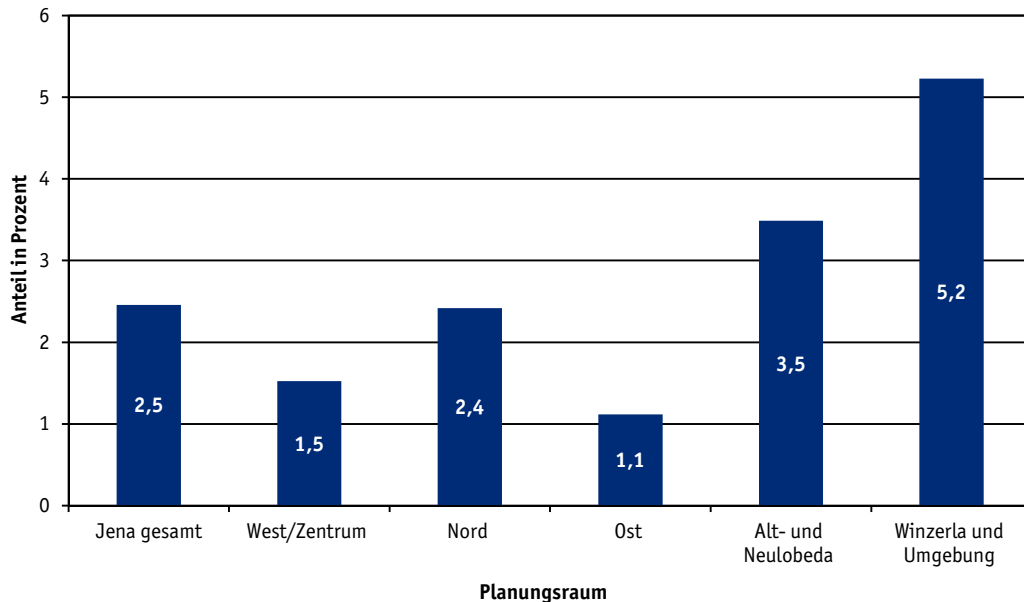
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

In **Abb. C.2** wird die Entwicklung der Arbeitslosenanteile für die Jenaer Planungsräume aufgezeigt. Es verdeutlicht sich, dass sich die Arbeitslosenanteile in Jena über die Planungsräume hinweg relativ gleichförmig entwickelten. Rückläufig war der Anteil der Arbeitslosen vor allem in den Planungsräumen Ost und West/Zentrum. In den Ortschaften war der Anteil seit 2013 ebenfalls gesunken, während in Winzerla vor allem von 2014 zu 2015 anteilig weniger Arbeitslose festgestellt werden können. Im Planungsraum Nord war der Anteil relativ gleich geblieben, während er in Lobeda insgesamt leicht stieg. Auffällig ist der insgesamt relativ hohe Anteil an Arbeitslosen in den Planungsräumen Winzerla und Lobeda. Beide Planungsräume lagen mit jeweils 6,7 Prozent (Winzerla) und 8,3 Prozent (Lobeda) deutlich über dem Jenaer Durchschnitt, der im Jahr 2016 bei 4,9 Prozent lag. Die niedrigsten Anteile sind in den Ortschaften, dem Planungsraum Ost und in West/Zentrum feststellbar. Der Planungsraum Nord lag im gesamten betrachteten Zeitraum leicht unter dem Jenaer Durchschnitt. In der Gesamtzahl waren im Jahr 2016 in den Planungsräumen West/Zentrum 619, in Nord 572, in Ost 272, in Lobeda 1.235, in Winzerla 603 und in den Ortschaften 128 Personen arbeitslos gemeldet. Für den Zeitraum von 2011 bis 2016 kann in Bezug auf die Arbeitslosenanteile festgestellt werden, dass die Unterschiede zwischen den Planungsräumen bestehen blieben. Viele Menschen in Lobeda konnten insgesamt nicht von der allgemein positiven Entwicklung des Jenaer Arbeits-

<sup>64</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 b): Statistik erklärt. Arbeitsmarkt und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit, S. 22.

<sup>65</sup> In der weiteren Darstellung bezieht sich das „erwerbsfähige Alter“ laut Definition des Statistischen Bundesamtes auf die Altersspanne von 15 bis unter 65 Jahren. Vgl. Destatis - Statistisches Bundesamt (2017): Erwerbstätigenquote. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/Begriffe/Erwerbstaetigenquoten.html>. (Zugegriffen: 06. Juli 2017).

marktes profitieren. Der Planungsraum Winzerla lag trotz des leichten Werterückgangs auch weiterhin deutlich über dem Jenaer Durchschnitt.



**Abb. C.3:** Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren an allen Personen der Altersgruppe des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

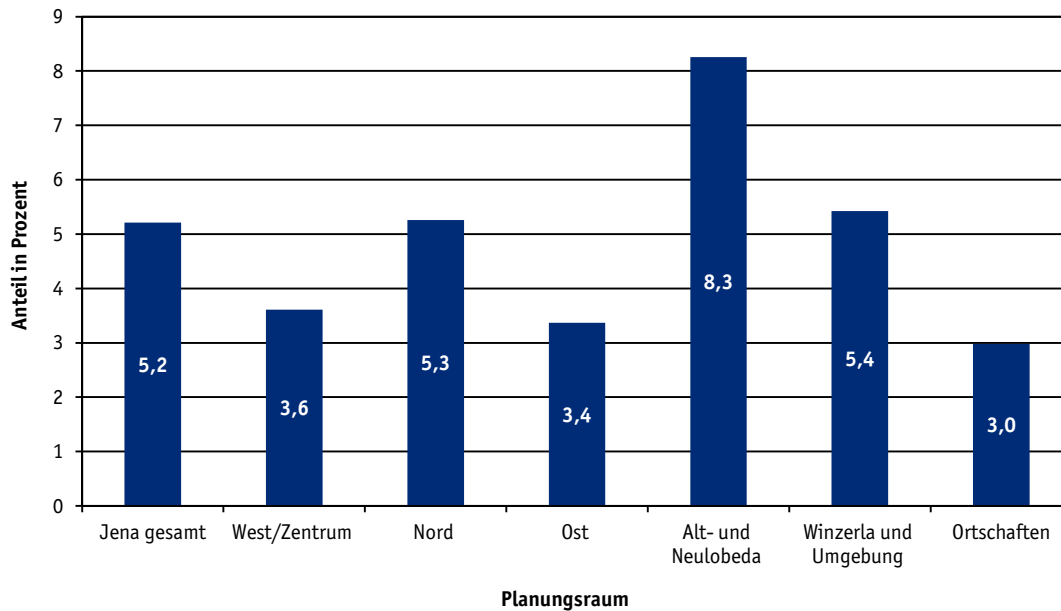
Bei der planungsräumlichen Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit zeigt sich, dass der Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren im Jahr 2016 ungleich über das Stadtgebiet verteilt war (**Abb. C.3**). Die Planungsräume West/Zentrum und Ost lagen mit jeweils 1,5 und 1,1 Prozent unter dem Jenaer Durchschnitt. Im Planungsraum Nord waren anteilig 2,4 Prozent der Menschen dieser Altersgruppe von Arbeitslosigkeit betroffen, was in etwa dem Jenaer Durchschnitt entsprach. Im Planungsraum Lobeda waren 3,5 Prozent und in Winzerla 5,2 Prozent der 20- bis unter 25-Jährigen arbeitslos gemeldet.

In absoluten Zahlen ausgedrückt waren im Jahr 2016 in den Planungsräumen West/Zentrum 42 Personen, in Jena Nord 37 Personen, im Planungsraum Ost zehn Personen, in Lobeda 71 Personen und in Winzerla 37 Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet.<sup>66</sup>

Der Anteil der arbeitslosen älteren Menschen an allen Personen der Altersgruppe war im Jahr 2016, wie der Anteil der arbeitslosen jungen Menschen, über die Planungsräume hinweg unterschiedlich stark ausgeprägt (**Abb. C.4**). Verhältnismäßig niedrige Quoten waren in West/Zentrum (3,6 Prozent), Jena Ost (3,4 Prozent) und den Ortschaften (drei Prozent) auszumachen. Die Planungsräume Nord und Winzerla lagen mit jeweils 5,3 Prozent und 5,4 Prozent in etwa im Jenaer Durchschnitt, der 5,2 Prozent betrug. In Lobeda waren mit 8,3 Prozent überdurchschnittlich viele Menschen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen.

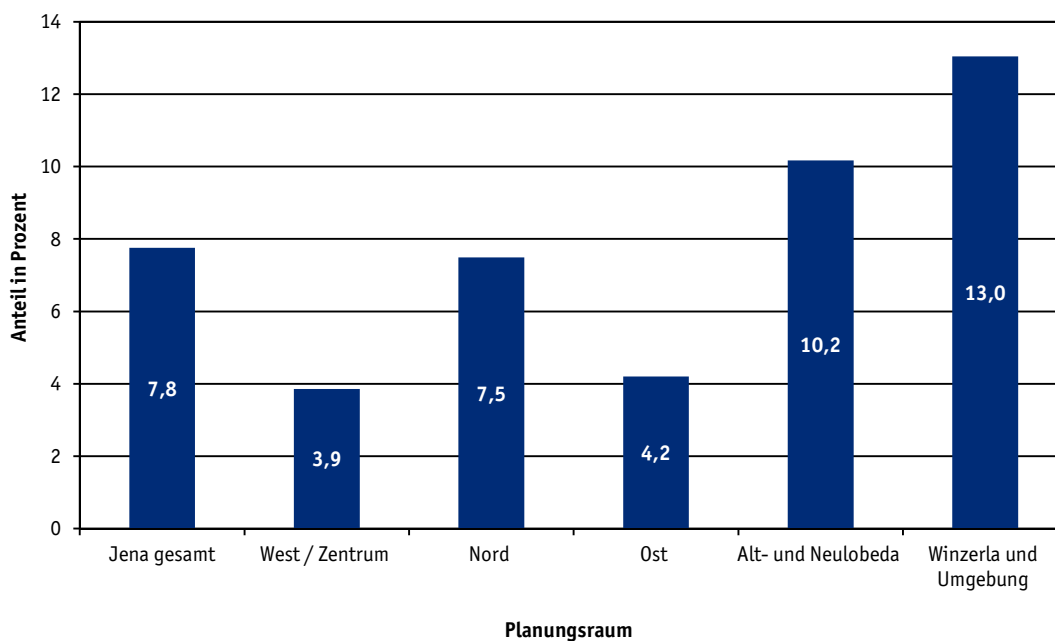
<sup>66</sup> Aus datenschutzrechtlichen Gründen wird aufgrund der geringen Fallzahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit auf die Darstellung der Ortschaften verzichtet.

Insgesamt lebten im Jahr 2016 im Planungsraum West/Zentrum 69 Personen, in Jena Nord 99 Personen, im Planungsraum Ost 59 Personen, in Lobeda 247 Personen, in Winzerla 117 Personen und in den Ortschaften 45 Personen der entsprechenden Altersgruppe in Arbeitslosigkeit.



**Abb. C.4:** Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren an allen Personen der Altersgruppe des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. C.5:** Anteil der arbeitslosen ausländischen Personen an allen ausländischen Personen des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Aus planungsräumlicher Sicht ist bei dem Anteil der arbeitslosen Ausländer/-innen in den Stadtgebieten West/Zentrum und Jena Ost ein relativ geringer Wert festzustellen. Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Ausländer/-innen betrug hier jeweils 3,9 und 4,2 Prozent (**Abb. C.5**). Der Planungsraum Nord lag mit einem Anteil von 7,5 Prozent geringfügig unter dem Jenaer Durchschnitt von 7,8 Prozent. In Lobeda waren 10,2 Prozent der ausländischen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen und in Winzerla 13,0 Prozent. Auf eine Darstellung der Ortschaften wurde aufgrund der geringen Fallzahl verzichtet.

In absoluten Zahlen ausgedrückt waren im Jahr 2016 in West/Zentrum 88 Personen, in Nord 106 Personen, in Ost 37 Personen, in Lobeda 371 Personen und in Winzerla 108 Personen mit ausländischer Herkunft arbeitslos gemeldet.

## 1.4 Langzeitarbeitslosigkeit

Laut Definition beruht die Langzeitarbeitslosigkeit auf der Zahl der registrierten Arbeitslosen, die bereits zwölf Monate oder länger arbeitslos gemeldet sind. Die Teilnahme an Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktförderung sowie Zeiten einer Erkrankung oder sonstiger Nichterwerbstätigkeit bis zu sechs Wochen unterbrechen die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht.<sup>67</sup>

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist darauf hin, dass längerfristige Arbeitslosigkeit vor allem die materielle Absicherung einschränkt.<sup>68</sup> Neben den allgemein geringeren finanziellen Spielräumen kann, in Abhängigkeit von der individuellen Situation, das Auslaufen von Lohnansprüchen Menschen dazu zwingen, persönliche Ersparnisse aufzulösen. Zusätzlich stellt längerfristige Arbeitslosigkeit oft einen Grund für Überschuldung dar.<sup>69</sup> Sie mindert zudem die Rentenanwartschaft, was bei dem längerfristigen Bezug von Sozialleistungen vor allem für Menschen im mittleren und höheren Erwachsenenalter problematisch ist und zu Armutslagen im Alter führen kann.<sup>70</sup> Aufgrund der zentralen gesellschaftlichen Bedeutung der Erwerbstätigkeit kann Langzeitarbeitslosigkeit zudem das Selbstwertgefühl schwächen, die persönlichen und familiären Beziehungen beeinträchtigen, gesundheitliche Folgen nach sich ziehen sowie die soziale Teilhabe und Anerkennung mindern. Längerfristige Arbeitslosigkeit beeinträchtigt dabei nicht nur die Verwirklichungschancen der betroffenen Personen, sondern des gesamten persönlichen Umfelds, insbesondere der im Haushalt lebenden Kinder und Jugendlichen.<sup>71</sup> Verschiedene Studien legen nahe, dass für Langzeitarbeitslose im SGB-II-Leistungsbezug die Chancen, wieder ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu erlangen, erheblich geringer sind als für kurzfristig Arbeitslose.<sup>72</sup> Langzeitarbeitslosigkeit kann somit als eines der schwerwiegendsten Armutsrisiken beschrieben werden.<sup>73</sup>

Wie in **Tab. C.1** bereits dargestellt konnte in Jena im betrachteten Zeitraum insgesamt kein substanzieller Rückgang der Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen erreicht werden. Die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit in Jena entspricht dabei dem bundesweiten Trend. Im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird auf den stagnierenden Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen arbeitslosen Menschen verwiesen. Dieser betrug im bundesweiten Durchschnitt im Jahr 2016 37 Prozent und lag damit nur knapp über dem Jenaer Wert von 35,9 Prozent.<sup>74</sup>

<sup>67</sup> Vgl. § 18 Abs. 1 SGB III.

<sup>68</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2017): Lebenslagen in Deutschland – Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht. BTDrs. 18/11980, S 394.

<sup>69</sup> Vgl. Kapitel C 7: Die Verschuldungssituation privater Haushalte in Jena.

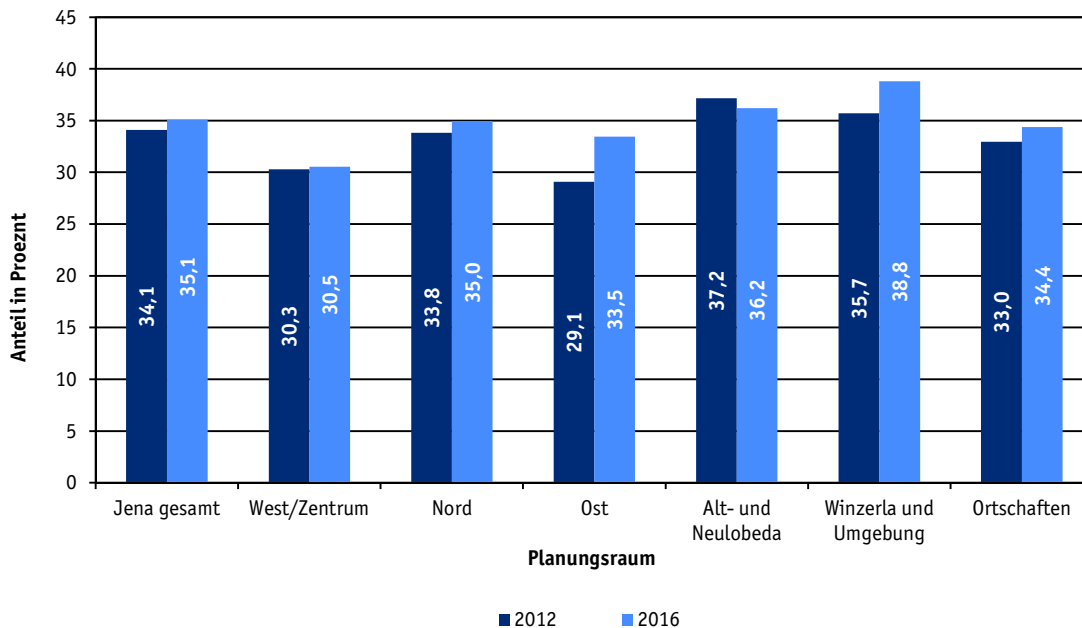
<sup>70</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2017), S. 394.

<sup>71</sup> Vgl. ebd.: S. 394.

<sup>72</sup> Vgl. Sozialreferat der Landeshauptstadt München (2012): Münchner Armutsbericht 2011. München, S. 41.

<sup>73</sup> Vgl. Pimminger Irene (2016): Armut und Armutsrisiken von Frauen und Männern. Ein Update. Berlin: Agentur für Querschnittsziele im ESF, S. 13.

<sup>74</sup> Siehe Deutscher Bundestag (2017), S. 395.



**Abb. C.6: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen des Planungsraums, Jahre: 2012 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

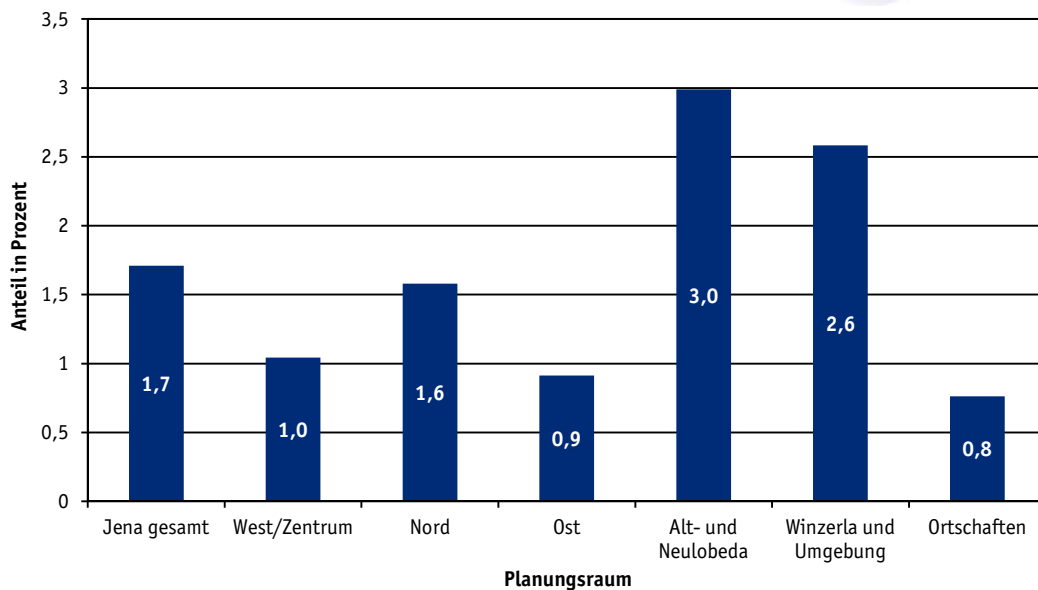
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Aus planungsräumlicher Perspektive kann festgestellt werden, dass in dem Zeitraum von 2012 bis 2016 – bis auf Lobeda – in allen Planungsräumen der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen gestiegen ist (**Abb. C.6**). Die größten Anstiege sind hierbei in Jena Ost und in Winzerla zu verzeichnen. In Jena Ost stieg der Anteil von 29,1 auf 33,5 Prozent und in Winzerla von 35,7 auf 38,8 Prozent. Der geringste Anteil kann in West/Zentrum ausgemacht werden. Hier waren im Jahr 2016 30,5 Prozent der Arbeitslosen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

In absoluten Werten waren im Jahr 2016 die Planungsräume mit der geringsten Zahl von langzeitarbeitslosen Menschen die Ortschaften mit 44 Personen und Jena Ost mit 91 Personen. Bezüglich der übrigen Planungsräume lag die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen in West/Zentrum bei insgesamt 189, in Jena Nord bei 200, in Winzerla bei 234 und in Lobeda bei 447 Personen (Stichtag: 31.12.).

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen Personen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter des jeweiligen Planungsraums wird in **Abb. C.7** näher aufgeschlüsselt. Im Jahr 2016 waren in Jena insgesamt 1,7 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Am niedrigsten lag die Quote in den Ortschaften (0,8 Prozent), Jena Ost (0,9 Prozent) und West/Zentrum (ein Prozent). In Jena Nord waren 1,6 Prozent, in Winzerla 2,6 Prozent und in Lobeda drei Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter langzeitarbeitslos.





**Abb. C.7:** Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

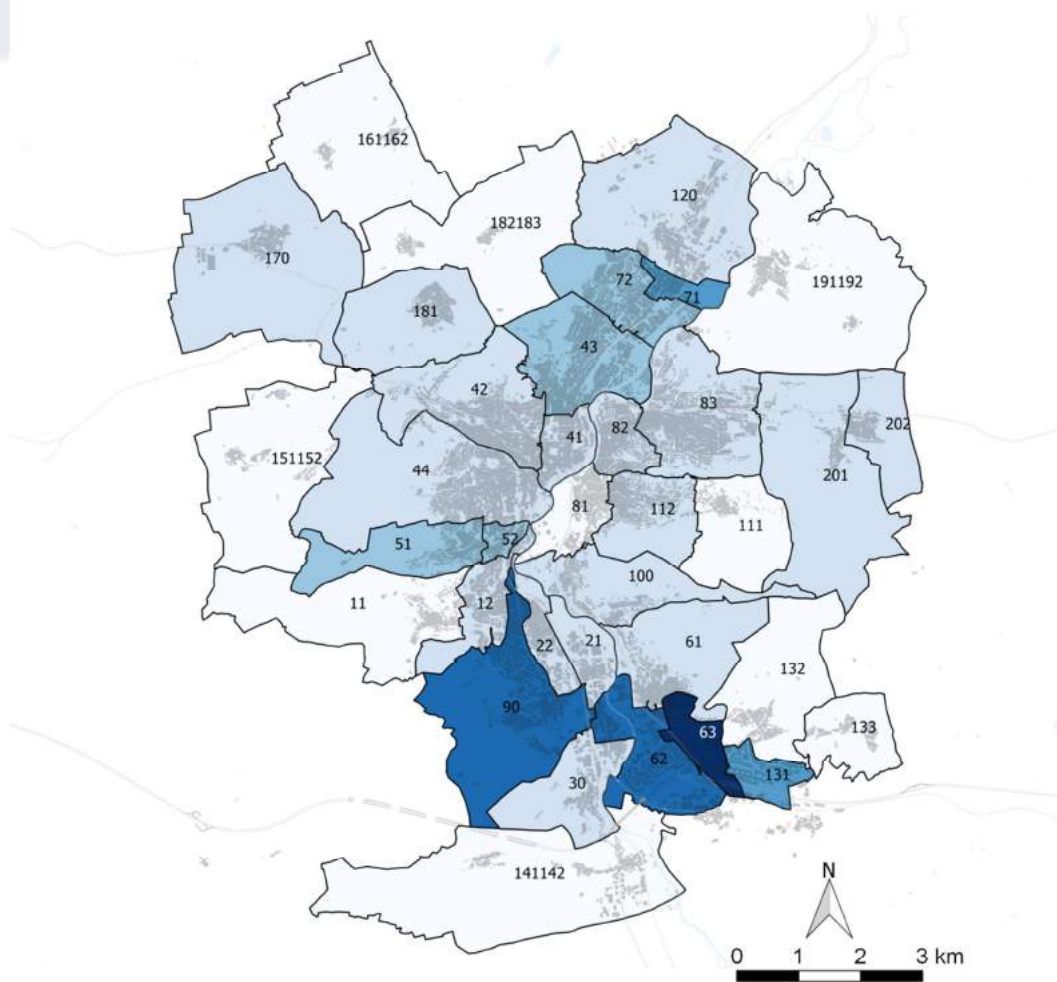
## 1.5 Möglichkeiten kleinräumiger Analysen am Beispiel des Arbeitslosenanteils

Die statistische Darstellung bestimmter Kennzahlen innerhalb der Stadt Jena erfolgt zu großen Teilen auf der Ebene der Planungsräume. Dabei wird der sozialen Heterogenität dieser Räume in den meisten Fällen nur bedingt Rechnung getragen. Anhand der Jenaer Arbeitslosenzahlen soll im Folgenden aufgezeigt werden, welche zusätzlichen Erkenntnisgewinne über kleinräumige Datenauswertungen erlangt werden können.

In **Abb. C.8** wird der Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter nach statistischen Bezirken dargestellt. Die statistischen Bezirke sind Untereinheiten der Planungsräume und die kleinsten Gebietseinheiten, auf die in Jena statistische Größen bezogen werden können.<sup>75</sup>

Mit Blick auf **Abb. C.8** zeigt sich zunächst eine Konzentration der Arbeitslosenanteile in den vier südlichen Bezirken der Stadt: Winzerla, Lobeda-West, Lobeda-Ost und Drackendorf/Lobeda-Ost. Der Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter lag im Jahr 2016 hier jeweils bei 8,1 Prozent in Winzerla (534 Personen), 9,4 Prozent in Lobeda-West (577 Personen), 10,1 Prozent in Lobeda-Ost (365 Personen) und 6,6 Prozent in Drackendorf/Lobeda Ost (267 Personen). Bei Betrachtung der absoluten Zahlen wird deutlich, dass von den insgesamt 1.235 arbeitslosen Menschen im Planungsraum Alt- und Neulobeda fast alle in den Bezirken Lobeda-West, Lobeda-Ost und Drackendorf/Lobeda Ost lebten (1.209 Personen). Auf den Bezirk Lobeda-Altstadt entfielen 26 arbeitslose Personen, die bei einer gesamten Einwohner/-innenzahl von 954 Menschen anteilig nur geringfügig ins Gewicht fielen. Bei einer reinen Betrachtung der Arbeitslosenzahlen wird somit deutlich, dass ein Unterschied in der Sozialstruktur der Lobedaer Altstadt und den übrigen Bezirken Lobedas existiert, der in einer rein planungsräumlichen Darstellung nicht abgebildet wird.

<sup>75</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena: Statistische Bezirke und ihre Zuordnung zu Gemarkungen und Ortsteilen: <http://statistik.jena.de/statistik/strasse/kleinraum.htm>. (Zugegriffen: 15 November 2017).



**Legende**

**Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter**

- 0 bis unter 2 Prozent
- 2 bis unter 4 Prozent
- 4 bis unter 6 Prozent
- 6 bis unter 8 Prozent
- 8 bis unter 10 Prozent
- 10 bis unter 12 Prozent

**Abb. C.8: Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter nach statistischen Bezirken in Prozent, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.<sup>76</sup>**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik, Stadtbezirksstatistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>76</sup> Statistische Bezirke mit Bezirksnummer: Ammerbach Ort (11), Beutenberg/Winzerlaer Straße (12), Burgau Ort (21), Ringwiese Flur Burgau (22), Göschwitz (30), Jena-Zentrum (41), Jena-West (42), Jena-Nord (43), Jena-Süd (44), Lichtenhain Ort (51), Mühlenstraße (52), Lobeda-Altstadt (61), Lobeda-West (62), Lobeda-Ost (63), Lößstedt Ost (71), Nord II (72), Wenigenjena/Kernberge (81), Wenigenjena Ort (82), Wenigenjena/Schlegelsberg (83), Winzerla (90), Wöllnitz (100), Ziegenhain Ort (111), Ziegenhainer Tal (112), Zwätzen (120), Drackendorf/Lobeda-Ost (131), Drackendorf (132), Ilmnitz (133), Isserstedt (170), Cospeda (181), Jenaprießnitz (201), Wogau (202).

Aus statistischen Gründen zusammengefasst wurden die Bezirke: Maura und Leutra (161/162), Münchenroda und Remderoda (151/152), Lützeroda und Closewitz (182/183), Kunitz und Laasan (191/192).



Ein weiteres Beispiel für die soziale Heterogenität innerhalb der Planungsräume kann in Jena Nord identifiziert werden. Die Anteilswerte im Bereich der Arbeitslosigkeit reichten hier von 2,9 Prozent in Zwätzen bis 6,7 Prozent in Löbstedt Ort (wobei dieser statistische Bezirk durch eine verhältnismäßig geringe Einwohner/-innenzahl gekennzeichnet war. Der Anteil von 6,7 Prozent entsprach demnach lediglich 36 arbeitslosen Personen).

Geringere Differenzen sind in Jena Ost auszumachen. Hier lagen die Anteilswerte in jedem statistischen Bezirk unter dem Jenaer Durchschnitt. Ähnliches gilt für den Planungsraum West/Zentrum. Die Unterschiede zwischen den Bezirken lagen hier unter einem Prozentpunkt.

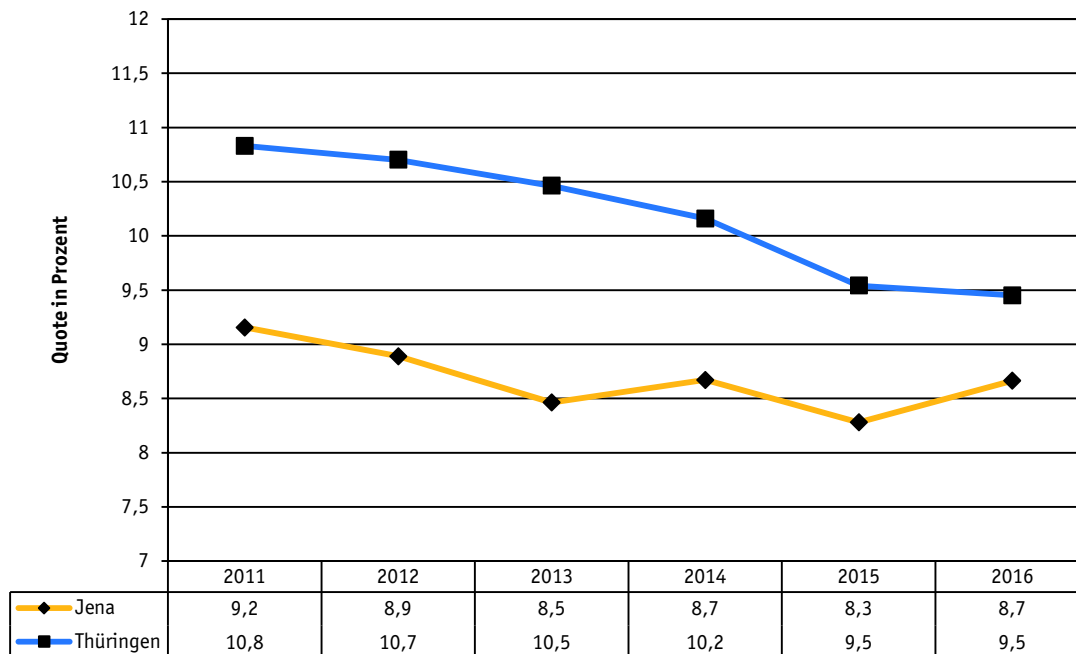
Im Planungsraum „Winzerla und Umgebung“ sind wiederum deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Teilgebieten erkennbar. Der zu dem Planungsraum „Winzerla und Umgebung“ zugehörige Bezirk „Winzerla“ besaß hierbei im Jahr 2016 nicht nur die höchste Einwohner/-innenzahl, sondern mit 8,1 Prozent auch den höchsten Anteil an arbeitslosen Menschen. Durch seine Größe fielen die Werte der anderen Bezirke in der planungsräumlichen Darstellung kaum noch ins Gewicht. In den zu „Winzerla und Umgebung“ zugehörigen Bezirken „Beutenberg/Winzerlaer Straße“, „Burgau Ort“ und „Ringwiese Flur Burgau“ lag der Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter im Bereich zwischen 2,7 und drei Prozent.

## 2 Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II

In diesem Kapitel werden in Ergänzung zur Arbeitslosenstatistik die Entwicklungen bei den leistungsbeziehenden Personen nach dem SGB II näher analysiert. Der Bezug von Leistungen nach dem SGB II (sogenanntes Hartz IV) dient der Gewährleistung der Grundsicherung von Personen, die keine gesicherten Einkommensverhältnisse aufweisen. Im Jahr 2016 (Stichtag 31.12.) lebten 7.981 Personen in Jena in Bedarfsgemeinschaften, von denen 7.585 Personen Leistungen nach dem SGB II bezogen. Die SGB II-Quote an der Bevölkerung im Alter von 0 bis unter 65 Jahren betrug 8,7 Prozent und lag damit unter der Thüringer Quote von 9,5 Prozent. Im Vergleich zu 2011 zeigt sich eine fallende Tendenz des SGB II-Bezugs. Demnach bezogen zum 31.12.2011 7.763 Personen Leistungen nach dem SGB II. Die SGB II-Quote betrug 9,2 Prozent. Die Thüringer Quote lag im selben Jahr bei 10,8 Prozent. In der Gesamtentwicklung näherte sich die SGB II-Quote in Jena dem Thüringer Durchschnittswert an (**Abb. C.9**).

Aus kleinräumiger Perspektive ist festzustellen, dass die Gesamtzahl der SGB II-Leistungsbezieher/-innen im Zeitraum von 2011 bis 2016 in allen Planungsräumen – außer Lobeda – rückläufig war. Demnach erhielten im Jahr 2011 in Lobeda 3.363 und im Jahr 2016 3.549 Personen SGB II-Leistungen. In Winzerla bezogen im Jahr 2016 1.278 (-81), in Jena Ost 465 (-30), in Jena Nord 1.115 (-11), in West/Zentrum 1.030 (-171) und in den Ortschaften 135 (-68) Personen Leistungen nach dem SGB II.

Bei der Quote der SGB II-Empfänger/-innen werden deutliche Differenzen über das Stadtgebiet sichtbar. Bezogen auf alle unter 65-Jährigen Einwohner/-innen des jeweiligen Planungsraums betrug die SGB II-Quote im Jahr 2016 in Lobeda 19,9, in Winzerla 12,0, in Jena Ost 3,7, in Jena Nord 7,3, in West/Zentrum 4,8 und in den Ortschaften 1,9 Prozent.



**Abb. C.9: SGB II-Quote an unter 65-Jährigen Einwohnern und Einwohnerinnen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II werden in **erwerbsfähige** und **nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte** unterschieden. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unterteilen sich zudem in **arbeitslose** und **nicht arbeitslose Leistungsberechtigte**.

Als **erwerbsfähige Leistungsberechtigte** gelten alle Personen, die

- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze noch nicht erreicht haben,
- erwerbsfähig sind,
- hilfebedürftig sind und
- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Die **nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten** umfassen alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (Personen im Alter unter 15 Jahren) oder aufgrund ihrer gesundheitlichen Leistungsfähigkeit nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten. Bei einer entsprechenden Hilfebedürftigkeit können sie als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft Leistungen erhalten. In Abgrenzung hierzu erhalten nicht erwerbsfähige Personen, die nicht in Bedarfsgemeinschaften mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten leben, Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe gemäß SGB XII.<sup>77</sup>

<sup>77</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2013): Kennzahlensteckbrief Zugangsrate nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. [https://statistik.arbeitsagentur.de/nn\\_4236/Statistischer-Content/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Zugangsrate-nicht-erwerbsfaehige-Leistungsberechtigte.html](https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statistischer-Content/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Zugangsrate-nicht-erwerbsfaehige-Leistungsberechtigte.html). (Zugegriffen: 20 November 2017).

Entgegen der offiziellen Bezeichnung „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ sind die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, welche Leistungen nach dem SGB II beziehen, nicht zwangsläufig ohne Arbeit (**nicht arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte**). Das SGB II fordert den Beitrag der Leistungsberechtigten zur Verminderung ihres Hilfebedarfes. Dies erfolgt mittels Erwerbstätigkeit. Das Einkommen der sogenannten Ergänzender/-innen setzt sich dann aus einer Kombination aus Transferleistungen und Arbeitslohn zusammen (Kombilohn). Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Ergänzender/-innen häufig als Aufstocker/-innen bezeichnet. Innerhalb der Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit bezeichnet der Begriff der „Aufstocker/-innen“ jedoch lediglich Personen, die ergänzend zum Arbeitslosengeld nach dem SGB III Regelleistungen nach dem SGB II beziehen.<sup>78</sup>



**Abb. C.10: Struktur der Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II (schematische Darstellung)**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg. Eigene Darstellung.

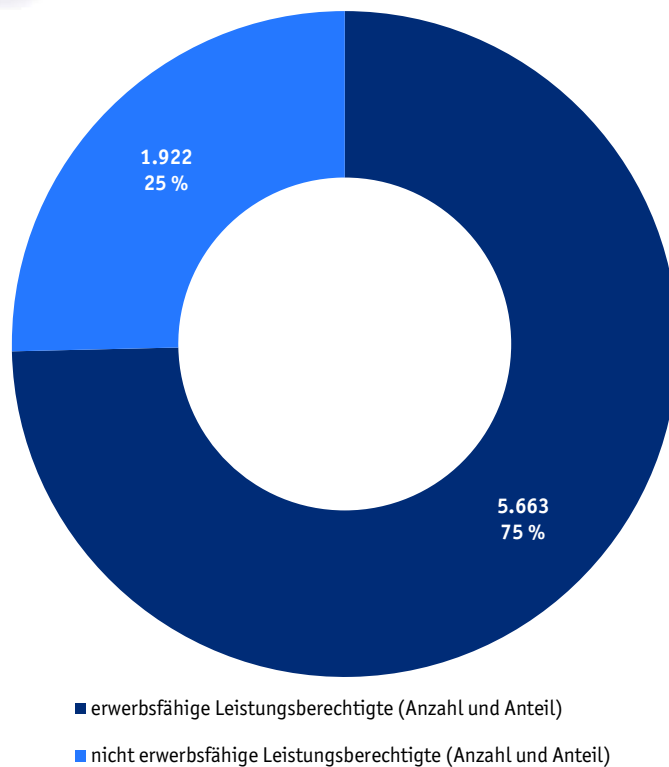
## 2.1 Erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte

In Jena waren im Jahr 2016 etwa 75 Prozent der Regelleistungsberechtigten erwerbsfähig und 25 Prozent nicht erwerbsfähig (**Abb. C.11**). Der Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen Leistungsberechtigten in Jena lag damit etwa zwei Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.<sup>79</sup>

In der Gesamtentwicklung zeigt sich, dass die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von 2011 bis 2015 (mit Ausnahme von 2014) kontinuierlich gesunken ist. Im Jahr 2016 erfuhr ihre Zahl wieder einen leichten Anstieg (**Abb. C.12**). Waren im Jahr 2011 noch 6.237 Personen erwerbsfähig und leistungsberechtigt, so umfasste diese Zahl im Jahr 2016 insgesamt 5.663 Personen. Im Gegensatz hierzu stieg die Zahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stetig an. Im Jahr 2011 betrug ihre Zahl 1.526 Personen. Sie erhöhte sich insgesamt um 396 Leistungsbezieher/-innen und umfasste damit im Jahr 2016 1.922 Personen.

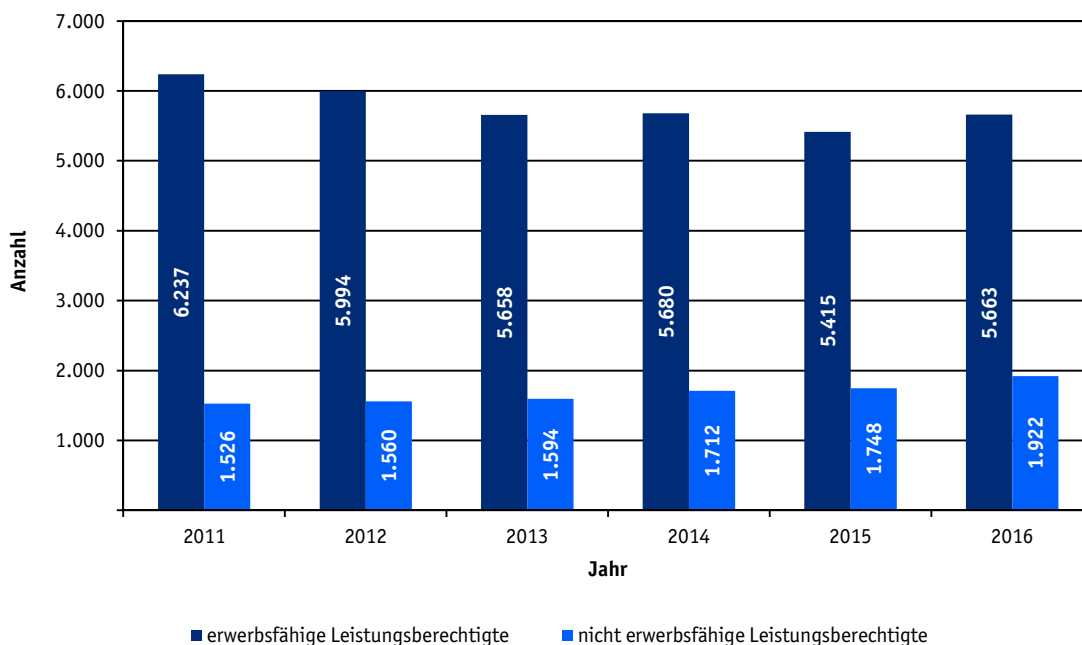
<sup>78</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017): S. 10.

<sup>79</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 c): Arbeitsmarkt und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit, S. 7.



**Abb. C.11: Verteilung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) in Jena, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

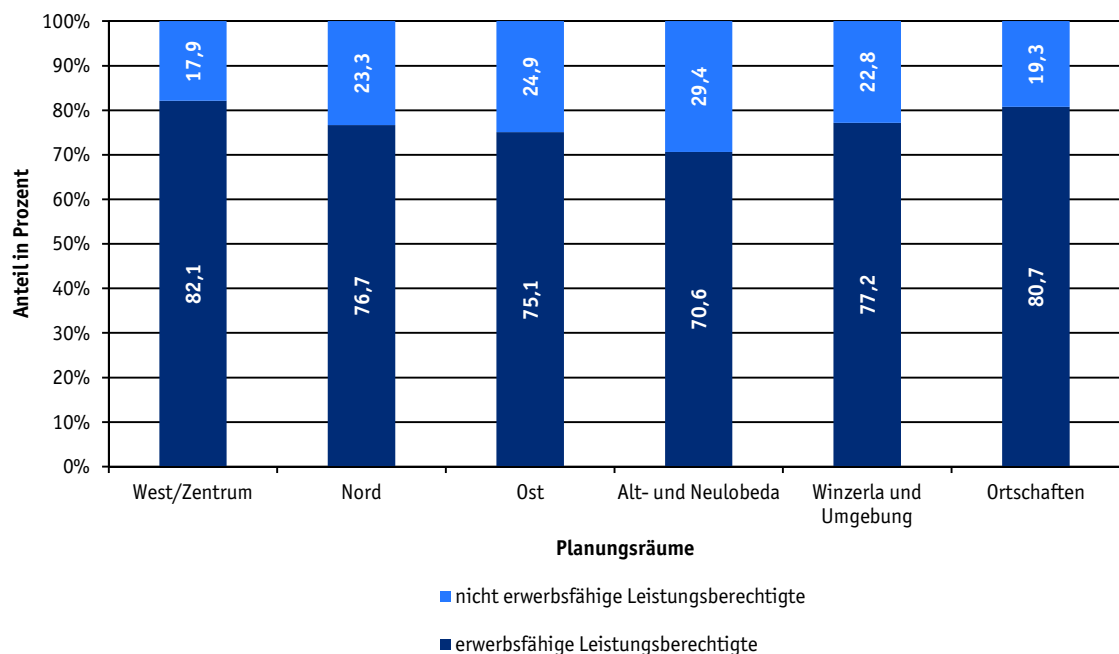


**Abb. C.12: Entwicklung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Verteilung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten auf planungsräumlicher Ebene wird ersichtlich, dass der Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen Leistungsberechtigten mit rund 29,4 Prozent in Lobeda am höchsten war (**Abb. C.13**). Der geringste Anteil ist mit 17,9 Prozent in West/ Zentrum festzustellen.

Bei der Betrachtung der absoluten Werte zeigt sich, dass im Jahr 2016 von den insgesamt 1.922 nicht erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen in Jena knapp über die Hälfte in Lobeda lebten (1.042 Personen). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung des Planungsraums entsprach dies 4,4 Prozent. 184 nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte lebten in West/Zentrum (0,7 Prozent), 260 in Jena Nord (1,3 Prozent), 116 in Jena Ost (0,7 Prozent), 292 in Winzerla (2,0 Prozent) und 26 in den Ortschaften (0,3 Prozent). Von den insgesamt 5.663 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lebten 846 Personen in West/Zentrum (3,4 Prozent), 855 in Jena Nord (4,3 Prozent), 349 in Jena Ost (2,2 Prozent), 2.507 in Lobeda (10,5 Prozent), 986 in Winzerla (6,9 Prozent) und 109 (1,2 Prozent) in den Ortschaften.<sup>80</sup>



**Abb. C.13: Verteilung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

## 2.2 Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Kinderarmut

Bei näherer Betrachtung der Struktur der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigt sich, dass überwiegend Kinder im Alter von unter 15 Jahren nicht erwerbsfähig und leistungsberechtigt waren (**Abb. C.14**).<sup>81</sup> Im Jahr 2017 waren demnach im Jahresdurchschnitt 1.905 der 1.950 nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Jena Kinder im Alter von unter 15 Jahren. Der allgemeine Anstieg der Leistungsberechtigten ist vor allem auf einen Zuwachs der leistungsberechtigten Personen im Alter von sechs bis unter

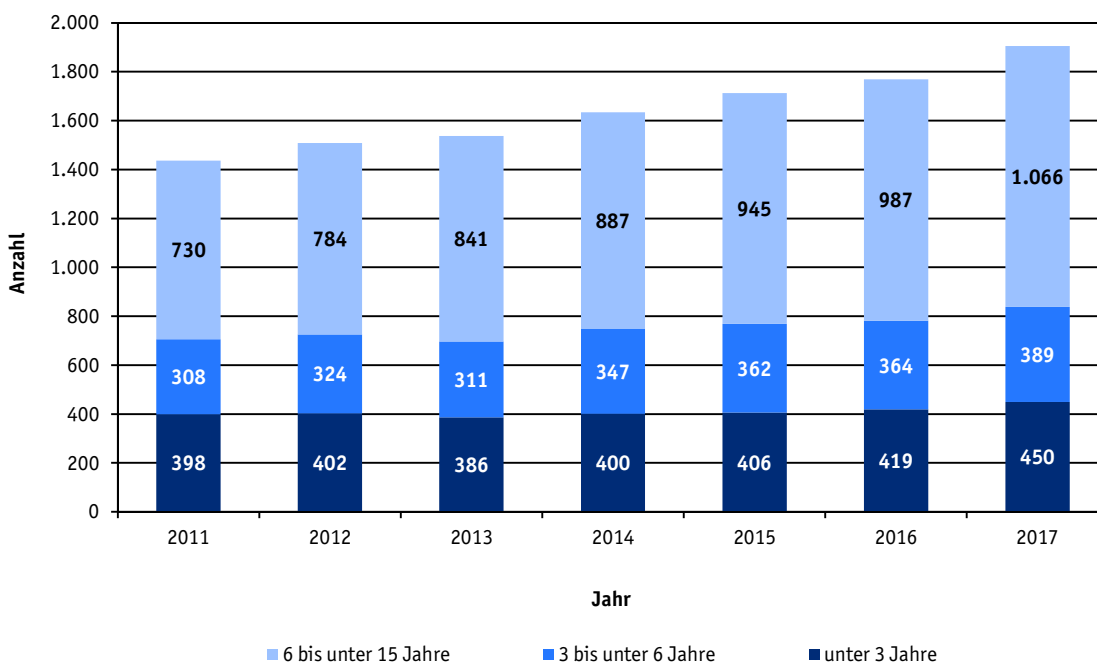
<sup>80</sup> Alle Prozentangaben beziehen sich die Gesamtzahl der Bevölkerung des jeweiligen Planungsraums.

<sup>81</sup> Die folgenden Grafiken beziehen sich auf Jahresdurchschnittswerte. Es sind somit leichte Abweichungen zu den vorangegangenen Werten möglich, welche sich auf den Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres bezogen.

15 Jahren zurückzuführen. In absoluten Zahlen stieg der Wert hier von 730 Personen im Jahr 2011 auf 1.066 Personen im Jahr 2017.

In der allgemeinen Sozialberichterstattung wird der Ansatz verfolgt, die **Kinderarmutsquote** aus dem Verhältnis der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von unter 15 Jahren zu allen Kindern dieser Altersgruppe zu errechnen.<sup>82</sup> Ausgehend hiervon betrug die **Kinderarmutsquote** in Jena im Jahr 2017 13,1 Prozent (**Abb. C.15**). Dies entsprach im Vergleich zu 2011 einem Anstieg von 1,5 Prozent. Somit stieg die Zahl der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von unter 15 Jahren von 1.436 Personen im Jahr 2011 auf 1.905 Personen im Jahr 2017.

Im zeitlichen Verlauf näherte sich zudem die Quote der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Jena dem Thüringer Durchschnittswert an. Nach einem Anstieg des Thüringer Durchschnittswertes von 14,4 Prozent im Jahr 2011 auf 15,1 Prozent im Jahr 2013 sank die Quote bis 2016 auf 12,3 Prozent, um dann wieder in etwa auf den Wert von 2011 anzusteigen. Damit lag sie im Jahr 2017 zwar immer noch 1,3 Prozentpunkte über dem Jenaer Wert, jedoch war dieser Abstand geringer als zu Beginn des betrachteten Zeitraums.



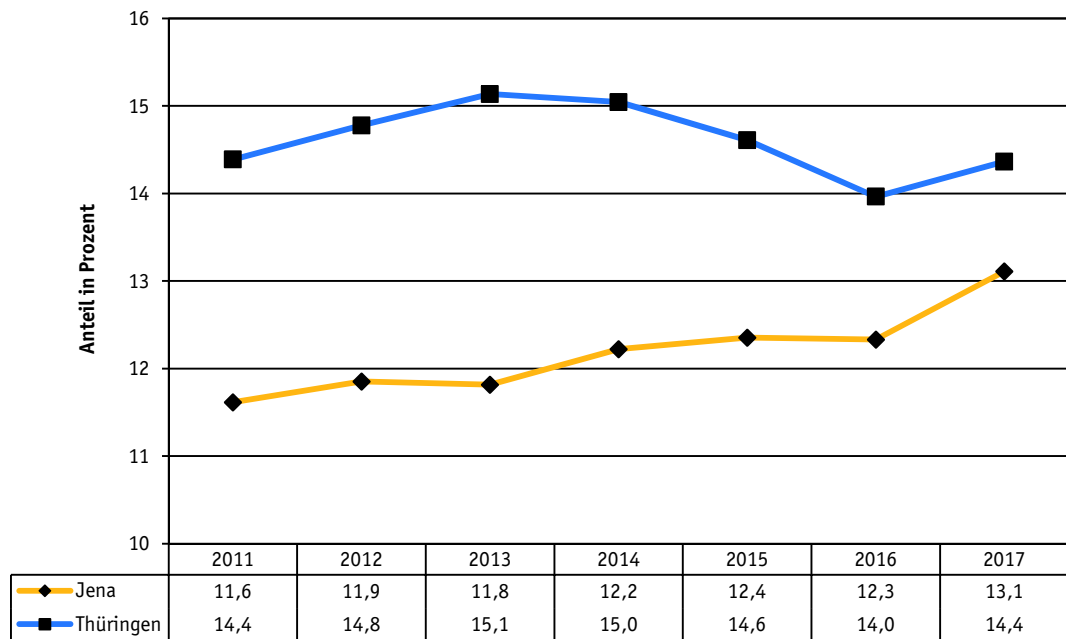
**Abb. C.14: Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach verschiedenen Altersgruppen, Jahre: 2011 bis 2017, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte<sup>83</sup>**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2018. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>82</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2017): Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen. Statistikteil Bericht 2017. Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, S. 187.

<sup>83</sup> Zum Zeitpunkt der Kapitererstellung lagen im Bereich der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bereits Werte für das Jahr 2017 vor, weswegen diese mit aufgenommen wurden.





**Abb. C.15: Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach dem SGB II im Alter von unter 15 Jahren an allen Personen der Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2017, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2018. Eigene Berechnung und Darstellung.

Da keine Informationen über die Altersgruppen der Leistungsberechtigten auf planungsräumlicher Ebene vorliegen, können diesbezüglich nur begrenzte Aussagen getroffen werden. Wenn jedoch davon auszugehen ist, dass sich der überwiegende Teil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus Kindern im Alter von unter 15 Jahren zusammensetzt und deren Gesamtzahl in das Verhältnis zu allen Personen der Altersgruppe gesetzt wird, dann können über die Planungsräume hinweg sehr unterschiedliche Quoten festgestellt werden. Im Jahr 2016 betrug die Quote im Planungsraum West/Zentrum demnach 5,2, in Jena Nord 10,1, in Jena Ost 4,8, in Lobeda 36,1, in Winzerla 18,3 und in den Ortschaften 1,9 Prozent. Demzufolge war in Lobeda im Jahr 2016 etwa ein Drittel aller Kinder im Alter von unter 15 Jahren leistungsberechtigt nach dem SGB II, was höchste Quote aller Planungsräume darstellte.

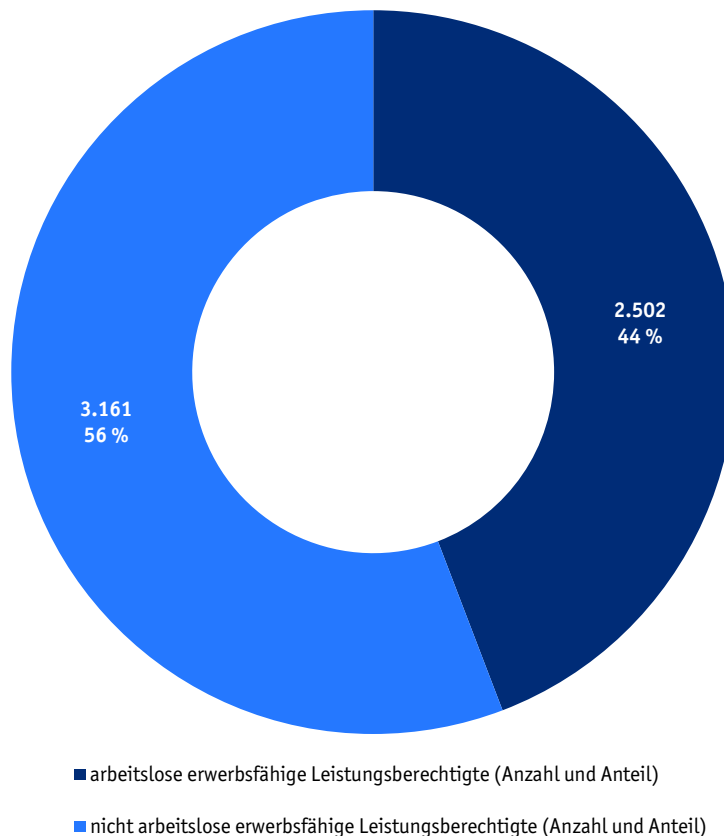
Die Daten der Bundesagentur für Arbeit geben zudem Auskunft über das Geschlechterverhältnis nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die männlichen und weiblichen Leistungsempfänger/-innen waren dabei relativ gleich verteilt. Im Jahr 2016 empfingen demnach durchschnittlich 907 nicht erwerbsfähige männliche Personen und 918 nicht erwerbsfähige weibliche Personen Leistungen nach dem SGB II.<sup>84</sup>

### 2.3 Nicht arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte und „Working Poor“

Die sogenannten Hartz-IV-Ergänzer/-innen gehören u. a. zu der Gruppe von Menschen, die mit dem Begriff „**Working Poor**“ (Erwerbsarmut) umschrieben werden. Der Begriff des „Working Poor“ bezeichnet dabei den Umstand, dass eine Person trotz Erwerbstätigkeit von Armut betroffen ist. Im Folgenden wird die Leistungsbedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit als Grundlage für die Analyse der Erwerbsarmut herangezogen. Dabei werden die Beschäftigungsarten und die Höhe des Einkommens der nicht arbeitslosen Leistungsberechtig-

<sup>84</sup> Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017 (Jahresdurchschnittswerte).

ten näher analysiert. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass ein Dunkelfeld von Haushalten bzw. Personen existiert, die trotz geringer Einkommen keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen. Diese Personengruppe ist statistisch nur schwer erfassbar und wird deswegen nicht berücksichtigt.



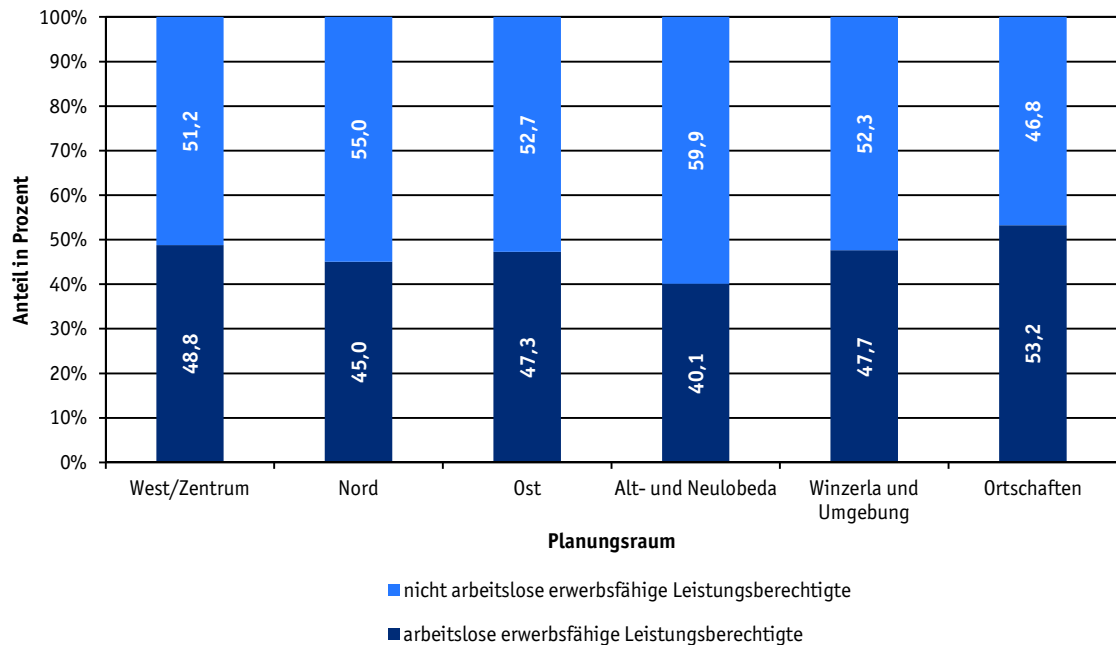
**Abb. C.16: Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II), Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Die Bundesagentur für Arbeit gibt an, dass im Jahr 2016 von den 4,3 Mio. erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Deutschland lediglich 1,8 Mio. (41,9 Prozent) arbeitslos waren. Die übrigen rund 2,5 Mio. (58,1 Prozent) Leistungsberechtigten suchten keine Arbeit oder waren nicht als arbeitslos registriert. **Abb. C.16** gibt die Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Jena für das Jahr 2016 an. Insgesamt waren mit 2.502 Personen 44 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbezieher in der Stadt arbeitslos. 3.161 Menschen (56 Prozent) waren nicht arbeitslos und trotzdem leistungsberechtigt.

Bei der Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in den einzelnen Planungsräumen zeigt sich, dass der Anteil der nicht arbeitslosen Leistungsberechtigten in Lobeda am höchsten war (**Abb. C.17**). In diesem Planungsraum erhielten im Jahr 2016 insgesamt 1.502 Personen Leistungen nach dem SGB II, obwohl sie nicht arbeitslos waren, was etwa 60 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten des Planungsraums entsprach. Insgesamt waren in Lobeda somit 10,0 Prozent aller Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht arbeitslos und trotzdem auf Leistungen angewiesen. In Jena Nord gestaltete sich die Verteilung so, dass etwa 55 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht arbeitslos waren. Dies entsprach 470 Personen, was 3,7 Prozent aller Personen im erwerbsfähigen Alter umfasste. In den Planungsräumen West/Zentrum, Ost und Winzerla waren jeweils etwas mehr als 50

Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbezieher/-innen arbeitslos und in den Ortschaften überwiegend wiederum der Anteil der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Demnach waren in den Planungsräumen West/Zentrum 433 (2,4 Prozent), in Jena Ost 184 (1,8 Prozent), in Winzerla 516 (5,7 Prozent) und in den Ortschaften 51 Personen (0,9 Prozent) nicht arbeitslos und trotzdem leistungsberechtigt.<sup>85</sup>



**Abb. C.17: Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen Leistungsberechtigten (SGB II) nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

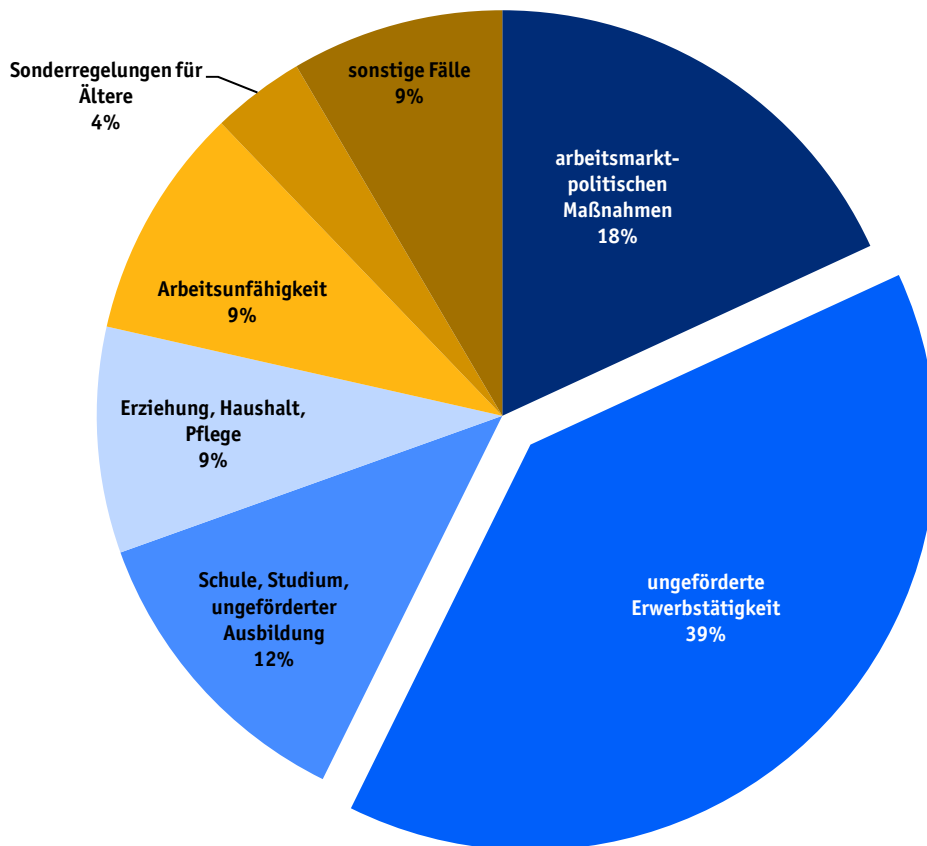
Die nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Jena lassen sich auf verschiedene Beschäftigungsarten aufteilen. Dabei handelte es sich um erwerbsfähige Leistungsberechtigte:

- in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen,
- in ungeförderter Erwerbstätigkeit,
- in Schule, Studium, ungeförderter Ausbildung,<sup>86</sup>
- in Erziehung, Haushalt, Pflege,
- in Arbeitsunfähigkeit (vorübergehend),
- in Sonderregelungen für Ältere und
- sonstige Fälle.<sup>87</sup>

<sup>85</sup> Alle Prozentangaben beziehen sich die Gesamtzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter des jeweiligen Planungsraums.

<sup>86</sup> In der Regel besitzen Auszubildende, Schüler/-innen und Studierende keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, da sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und somit auch nicht vermittelbar sind. Darüber hinaus schreibt § 7 Abs. 5 SGB II vor, dass Auszubildende, die eine Ausbildung absolvieren, die dem Grunde nach mit dem BAföG oder der Berufsausbildungshilfe (Ausbildungsgeld bei Auszubildenden mit Behinderung) förderfähig sind, keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II besitzen. Es existiert jedoch eine Reihe von Ausnahmen, die dafür sorgen, dass die entsprechenden Personen trotzdem Leistungen erhalten können. Diese Ausnahmen sind in § 7 Abs. 6 SGB II geregelt.

<sup>87</sup> Dies können z. B. Menschen sein, die einen Freiwilligendienst ableisten und somit nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.



**Abb. C.18: Nicht arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Art der Beschäftigung in Jena, Jahr: 2016, Stichtag: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

**Abb. C.18** zeigt die Verteilung der Beschäftigungsarten der nicht arbeitslosen Leistungsberechtigten in der Stadt Jena für das Jahr 2016. Es kann festgestellt werden, dass die Personen, die einer ungeförderter Erwerbstätigkeit nachgingen, den größten Teil der nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten darstellten. Insgesamt 39 Prozent aller nicht arbeitslosen Leistungsbezieher/-innen gehörten zu dieser Gruppe. 18 Prozent befanden sich in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme und zwölf Prozent besuchten noch eine Schule oder absolvierten ein Studium bzw. eine Ausbildung. Neun Prozent der nicht arbeitslosen Leistungsberechtigten waren der Kategorie „Erziehung, Haushalt und Pflege“ zuzuordnen. Ebenfalls neun Prozent waren vorübergehend arbeitsunfähig (im Sinne einer Krankmeldung). Für vier Prozent galt die Sonderregelung für Ältere. Hierbei handelte es sich um Personen über 58 Jahre, denen ein Jahr lang keine Berufsaussichten mehr angeboten wurde. Sie galten statistisch nicht als arbeitslos. In neun Prozent der Fälle ist die Ausgangslage für Aufstockungsleistungen unbekannt.

Die erwerbstätigen Leistungsberechtigten mit einem Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit<sup>88</sup> lassen sich ebenfalls nach der Höhe ihres Einkommens aufschlüsseln (**Tab. C.3**). Hierbei wird deutlich, dass ein Großteil der erwerbstätigen Leistungsberechtigten einer Beschäftigung bis zu einem Einkommen von 450 Euro monatlich nachging. Diese Art der Erwerbstätigkeit wird im § 8 SGB IV als geringfügig entlohntes Beschäftigungsverhältnis beschrieben (auch als Minijob oder 450-Euro-Job bezeichnet). Sowohl die Anzahl

<sup>88</sup> Da sich die Berechnungsgrundlagen für die nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und die Leistungsberechtigten mit einem Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit unterscheiden, sind beide Werte nicht miteinander vergleichbar.

als auch der Anteil der Personen dieser Einkommensgruppe waren über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg rückläufig. Waren im Jahr 2011 noch 1.220 Personen in geringfügiger Beschäftigung leistungsberechtigt, so waren es im Jahr 2016 noch 739 Personen. Die abnehmende Gesamtzahl entsprach dabei dem bundesweiten Trend. Studienergebnisse lagen nah, dass der Grund für diesen Rückgang in der geringen Attraktivität der Minijobs für Personen im Leistungsbezug liegt, was vor allem auf die geringe Freibetragsgrenze (100 Euro) zurückzuführen ist.<sup>89</sup> Ebenfalls rückläufig war die Zahl der Empfänger/-innen mit einem Einkommen zwischen 450 und 850 Euro sowie 850 und 1.000 Euro. Gestiegen ist hingegen die Zahl der Personen, die ein Arbeitsentgelt von mehr als 1.200 Euro erhielten und trotzdem auf Leistungen angewiesen waren. Im Jahr 2011 betraf dieser Umstand 189 und im Jahr 2016 272 Personen. Ihr Anteil an allen erwerbstätigen Leistungsberechtigten mit einem Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit betrug im Jahr 2016 somit 16,2 Prozent. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die allgemeine Abnahme der erwerbstätigen Leistungsberechtigten mit einem Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit auch ein Resultat der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 ist.

Merkmal (absolut)	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Erwerbstätige ELB mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	2.294	2.229	2.189	2.105	1.840	1.675
darunter mit einem Einkommen von ≤ 450 Euro	1.220	1.079	1.100	1.002	835	739
> 450 Euro bis ≤ 850 Euro	457	481	461	452	401	371
> 850 Euro bis ≤ 1200 Euro	428	456	406	409	318	293
> 1200 Euro	189	215	222	242	287	272
Merkmal in Prozent (relativ)						
Erwerbstätige ELB mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit	100	100	100	100	100	100
darunter mit Einkommen von ≤ 450 Euro	53,2	48,4	50,2	47,6	45,3	44,2
> 450 Euro bis ≤ 850 Euro	19,9	21,6	21,1	21,5	21,8	22,1
> 850 Euro bis ≤ 1200 Euro	18,7	20,4	18,6	19,4	17,3	17,5
> 1200 Euro	8,2	9,6	10,1	11,5	15,6	16,2

**Tab. C.3: Erwerbstätige Leistungsberechtigte mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>89</sup> Vgl. Oschmiansky, Frank/ Obermeier, Tim (2014): Minijobs/ geringfügige Beschäftigung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Arbeitsmarktpolitik. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55335/minijobs-geringfuegige-beschaeftigung?p=all>. (Zugriffen: 02.12.2017).

## 2.4 Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Bildungs- und Ausbildungsabschluss

Die Bundesagentur für Arbeit stellt für Jena ebenfalls Daten über die arbeitsuchenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem Bildungs- und Ausbildungsabschluss zur Verfügung. Hierbei ist einschränkend anzumerken, dass es sich um absolute Werte handelt. Es können also keine Schlussfolgerungen darüber gezogen werden, welcher Anteil von Menschen mit einem bestimmten Bildungs- bzw. Ausbildungsabschluss auf Arbeitssuche ist. Die Ergebnisse lassen jedoch Rückschlüsse über die Struktur der Arbeitsuchenden zu und wie sich diese im Laufe des betrachteten Zeitraums verändert hat. In Abgrenzung zu den arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind die arbeitsuchenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwar im Leistungsbezug aber nicht zwangsläufig arbeitslos.

Merkmal (absolut)	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
arbeitsuchende Erwerbsfähige Leistungsberechtigte gesamt	4.204	3.992	4.089	4.529	4.396	4.382
davon kein Hauptschulabschluss	257	257	282	332	351	563
davon Hauptschulabschluss	1.124	1.076	1.065	1.175	1.139	1.085
davon Mittlere Reife	1.766	1.594	1.675	1.847	1.750	1.575
davon Fachhochschulreife	108	110	111	118	128	119
davon Abitur/Hochschulreife	860	854	905	1.003	991	980
keine Angabe	90	101	50	54	38	61
Merkmal in Prozent (relativ)						
arbeitsuchende Erwerbsfähige Leistungsberechtigte gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon kein Hauptschulabschluss	6,1	6,4	6,9	7,3	8,0	12,8
davon Hauptschulabschluss	26,7	27,0	26,1	25,9	25,9	24,8
davon Mittlere Reife	42,0	39,9	41,0	40,8	39,8	35,9
davon Fachhochschulreife	2,6	2,7	2,7	2,6	2,9	2,7
davon Abitur/Hochschulreife	20,4	21,4	22,1	22,1	22,5	22,4
keine Angabe	2,1	2,5	1,2	1,2	0,9	1,4

**Tab. C.4: Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Jena nach Bildungsabschluss, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

In **Tab. C.4** werden die Arbeitsuchenden nach ihren Bildungsabschlüssen aufgeschlüsselt. Es zeigt sich zunächst, dass die Zahl derer, die keinen Hauptschulabschluss besaßen und als arbeitsuchend gemeldet waren, über die Jahre hinweg deutlich gestiegen ist. Waren im Jahr 2011 noch 257 Personen ohne Hauptschulabschluss arbeitsuchend, so waren es im Jahr 2016 bereits 563 Personen. Damit besaßen im Jahr 2016 12,8 der Arbeitsuchenden keinen Schulabschluss. Der Anteil der Personen mit einem Hauptschulabschluss stieg zu Beginn des Berichtszeitraums leicht an und war seit 2013 kontinuierlich rückläufig. Im Jahr 2016 besaßen insgesamt 1.085 Leistungsberechtigte einen Hauptschulabschluss. Dies entsprach etwa einem Viertel aller Leistungsberechtigten. Die größte Gruppe stellten die arbeitsuchenden Personen mit einem Abschluss der mittleren Reife dar, obwohl deren Zahl insgesamt rückläufig war. Der größte Rückgang ist hierbei von 2015 zu 2016 zu beobachten. Im Jahr 2016 besaßen 1.575 arbeitsuchende Personen die mittlere Reife, was 35,9 Prozent aller Arbeitsuchenden entsprach. Insgesamt leicht gestiegen ist der Anteil der Arbeitsuchenden mit Fachhochschulreife und Abitur.

Merkmal (absolut)	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
arbeitsuchende Erwerbsfähige Leistungsberechtigte gesamt	4.204	3.992	4.089	4.529	4.396	4.382
davon ohne abgeschlossene Berufsausbildung	856	900	949	1.118	1.148	1.536
davon mit betriebl- cher/schulischer Ausbildung	2.648	2.409	2.496	2.704	2.577	2.263
davon mit akademischer Ausbil- dung	568	569	607	669	644	545
keine Angabe	132	114	36	38	28	38
Merkmal in Prozent (relativ)						
arbeitsuchende Erwerbsfähige Leistungsberechtigte gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon ohne abgeschlossene Berufsausbildung	20,4	22,5	23,2	24,7	26,1	35,1
davon mit betriebl- cher/schulischer Ausbildung	63,0	60,3	61,1	59,7	58,6	51,6
davon mit akademischer Ausbil- dung	13,5	14,3	14,9	14,8	14,6	12,4
keine Angabe	3,1	2,9	0,9	0,8	0,6	0,9

**Tab. C.5: Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Jena nach Ausbildungsabschluss, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg, 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Betrachtung der Ausbildungsabschlüsse der Arbeitsuchenden kann ein steigender Anteil der Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung festgestellt werden (**Tab. C.5**). Im Jahr 2016 besaßen insgesamt 1.536 arbeitsuchende Personen keinen Berufsabschluss. Der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung ist hingegen rückläufig. Der Anteil der Arbeitsuchenden mit einer akademischen Ausbildung war von 2011 bis 2013 leicht gestiegen und seitdem wieder rückläufig. Im Jahr



2011 besaßen 13,5 Prozent der Arbeitssuchenden einen akademischen Abschluss. Im Jahr 2016 waren es 12,4 Prozent.

Es kann abschließend festgehalten werden, dass bei der Betrachtung der Bildungs- und Ausbildungsstruktur der arbeitssuchenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten der Anteil der Personen, die keinen Schulabschluss und keinen beruflichen Abschluss besitzen, stetig zugenommen hat. Es ist davon auszugehen, dass ein nicht vorhandener schulischer bzw. beruflicher Abschluss ein zunehmendes Hemmnis für die Integration in eine Beschäftigung darstellt, die keinen weiteren Leistungsbezug erfordert.

## 2.5 Alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit stellt außerdem Informationen über den Familienstand der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zur Verfügung. Aus Sicht der Sozialberichterstattung besitzt der Bereich der alleinerziehenden Leistungsberechtigten eine besondere Bedeutung, da es sich hierbei um eine Merkmalskombination handelt, bei der von einem erhöhten Armutsrisiko auszugehen ist.

Es ist anzumerken, dass im Rahmen des SGB II Mehrbedarfe für Alleinerziehende geltend gemacht werden können, die zum Regelbedarf addiert werden.<sup>90</sup> Da der Regelbedarf bei Alleinerziehenden mit Kindern über dem Regelbedarf eines Alleinstehenden ohne Kinder liegt, kann zudem davon ausgegangen werden, dass eine Vielzahl von alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten trotz Erwerbstätigkeit auf Leistungen angewiesen ist (Es handelt sich dann um alleinerziehende Ergänzender/-innen). Bundesweite Studien weisen darauf hin, dass es sich für Alleinerziehende vor allem aufgrund der Betreuungslage schwierig gestaltet, einer Vollzeitberufstätigkeit nachzugehen, was wiederum den Bedarf an Zusatzleistungen trotz Erwerbstätigkeit verstärkt.<sup>91</sup>

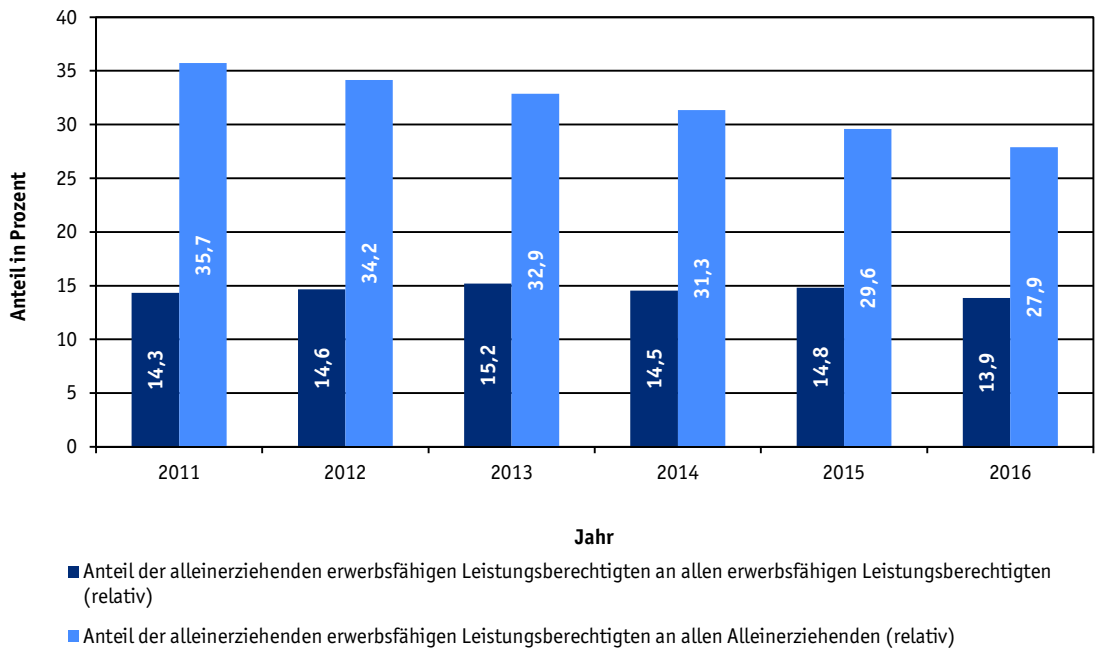
In **Abb. C.19** wird der Anteil der alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und allen Alleinerziehenden dargestellt. Hierbei zeigt sich, dass der Anteil an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg lediglich geringen Schwankungen im Bereich von knapp über einem Prozentpunkt unterlag. Insgesamt war der Anteilswert leicht rückläufig. Er lag im Jahr 2016 bei 13,9 Prozent, was in absoluten Zahlen 785 Personen entsprach. Im Jahr 2011 waren anteilig 14,3 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als alleinerziehend erfasst (894 Personen). Bezogen auf alle Alleinerziehenden lag der Anteil der alleinerziehenden Leistungsberechtigten im Jahr 2011 bei 35,7 Prozent. Dieser Anteil reduzierte sich im betrachteten Zeitraum um 7,8 Prozent auf 27,9 Prozent im Jahr 2016.

In **Abb. C.20** wird der Anteil der alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und allen Alleinerziehenden für das Jahr 2016 planungsräumlich aufgeschlüsselt. Es verdeutlicht sich, dass bei dem Anteil an allen Leistungsberechtigten, abgesehen von den Planungsräumen West/Zentrum und den Ortschaften, in allen weiteren Planungsräumen relativ ähnliche Anteilswerte festgestellt werden können. Während in West/Zentrum etwa 9,5 Prozent und in den Ortschaften 5,5 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten alleinerziehend waren, betrug dieser Wert in den übrigen Planungsräumen um die 15 Prozent. In Lobeda lag der Anteil bei 14,6 Prozent. In absoluten Zahlen waren in West/Zentrum 80 Personen, in Jena Nord 129 Personen, in Jena Ost 53 Personen, in Lobeda 365 Personen und in Winzerla 151 Personen und in den Ortschaften sechs Personen alleinerziehend und leistungsberechtigt.

<sup>90</sup> Vgl. § 21 Abs. 3 SGB II.

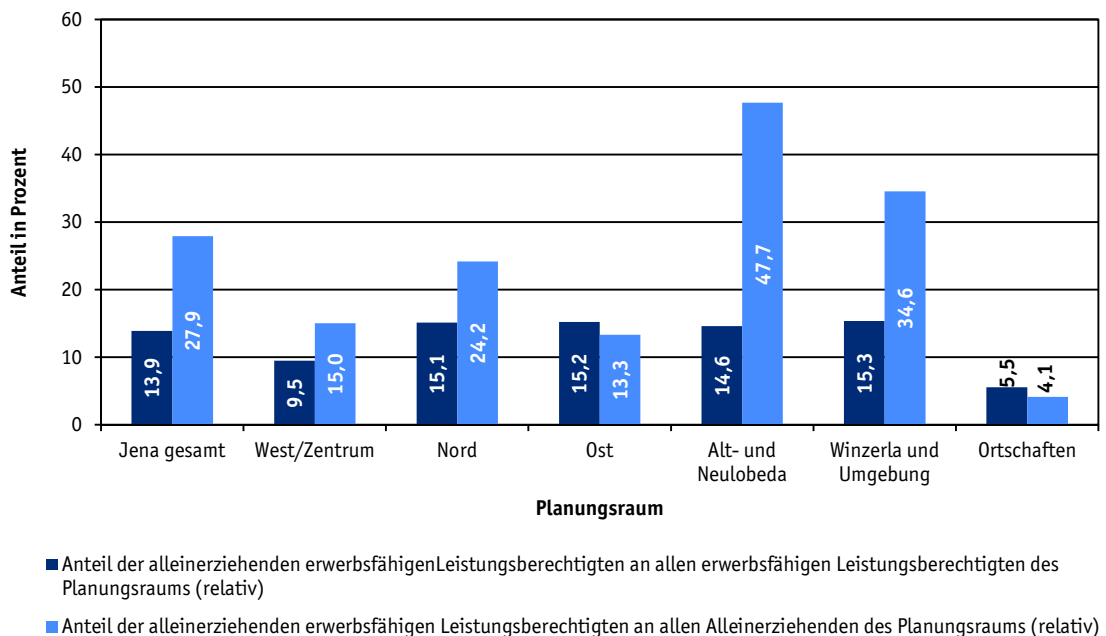
<sup>91</sup> Vgl. Dietz, Martin/ Müller, Gerrit/ Trappmann, Mark (2009): S. 7.





**Abb. C.19: Alleinerziehenden ELB in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. C.20: Alleinerziehende ELB nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Betrachtung der Anteile der alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an allen Alleinerziehenden des jeweiligen Planungsraums ist ein anderes Bild erkennbar. Die Unterschiede zwischen den Gebieten sind hier weitaus deutlicher. Im Jenaer Durchschnitt lag die Quote im Jahr 2016 bei 27,9 Prozent. Unter diesem Durchschnitt lagen die Planungsräume West/Zentrum (15 Prozent), Nord (14,2 Pro-



zent), Ost (13,3 Prozent) und die Ortschaften (4,1 Prozent). Über dem Durchschnitt lagen die Planungsräume Lobeda (47,7 Prozent) und Winzerla (34,6 Prozent).

### 3 Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II

Leben mehrere Personen im gleichen Haushalt mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zusammen und existiert eine wirtschaftliche Verbindung zwischen den Mitgliedern, dann wird dieser Haushalt als Bedarfsgemeinschaft behandelt. Eine Bedarfsgemeinschaft kann dabei auch aus einer Person bestehen, wenn diese alleine im Haushalt lebt oder nachweislich kein wirtschaftlicher Zusammenhang mit anderen Haushaltsmitgliedern existiert (z. B. in Wohngemeinschaften). Die Rechtsgrundlage für den Bereich der Bedarfsgemeinschaften bildet das SGB II.<sup>92</sup>

In einer Bedarfsgemeinschaft werden alle zugehörigen Personen mit ihren persönlichen Verhältnissen (Einkommen und Vermögen) in eine gemeinsame Berechnung einbezogen. Wenn einer Person der Bedarfsgemeinschaft mehr Mittel zu Verfügung stehen als sie selber für sich benötigt, dann sind diese Mittel in der Bedarfsberechnung der Leistungsberechtigten zu berücksichtigen. Somit soll ein solidarischer Ausgleich erreicht werden. Nicht erwerbsfähige Personen im Haushalt können ebenfalls Leistungen erhalten, wenn sie zur Bedarfsgemeinschaft gehören. Wie bereits dargestellt, betrifft dies in der Regel Kinder unter 15 Jahren. Da oft schwierig zu beurteilen ist, ob eine Bedarfsgemeinschaft – also eine Verbindung zwischen den Personen im Haushalt – gegeben ist und sich als Konsequenz der Zugehörigkeit die Ansprüche der Leistungsbezieher/-innen verringern können, wird das Konzept der Bedarfsgemeinschaft an einigen Stellen kritisch beurteilt.<sup>93</sup>

In der folgenden Tabelle (**Tab. C.6**) wird die Struktur der Bedarfsgemeinschaften in Jena für die einzelnen Planungsräume dargestellt. Es zeigt sich, dass im Jahr 2016 in allen Planungsräumen überwiegend Bedarfsgemeinschaften mit einer Person registriert waren. Der geringste Anteil in diesem Bereich ist für Lobeda festzustellen. Hier setzten sich 957 Bedarfsgemeinschaften aus lediglich einer Person zusammen, was 51,6 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften im Planungsraum entsprach. Der größte Anteil an Bedarfsgemeinschaften mit einer Person kann in West/Zentrum festgestellt werden. Mit 576 Bedarfsgemeinschaften bestanden hier 76,3 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften des Planungsraums aus nur einer Person. Der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit zwei Personen an allen Bedarfsgemeinschaften des Planungsraums war in Jena Ost am größten (63 Bedarfsgemeinschaften entsprachen hier 21,1 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften). Der Planungsraum, welcher sowohl anteilig als auch in absoluten Zahlen am meisten Bedarfsgemeinschaften mit drei und mehr Personen vorwies, war Lobeda. Insgesamt 511 Bedarfsgemeinschaften entsprachen hier dieser Kategorie, was 27,6 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in dem Planungsraum umfasste. Zum Vergleich bestanden in Winzerla 137 Bedarfsgemeinschaften (16,5 Prozent), in Ost 48 Bedarfsgemeinschaften (16,1 Prozent), in Nord 121 Bedarfsgemeinschaften (17 Prozent) und in West/Zentrum 87 Bedarfsgemeinschaften (11,5 Prozent) aus drei und mehr Personen.<sup>94</sup>

Bei der Betrachtung der **Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren** wird eine mögliche Ursache für diesen Umstand ersichtlich. Es zeigt sich, dass in Lobeda sowohl in absoluten Zahlen als auch anteilig besonders viele Bedarfsgemeinschaften mit zwei oder mehr Personen unter 15 Jahren existierten. Insgesamt 314 Bedarfsgemeinschaften entsprachen in Lobeda dieser Kategorie, was 16,9 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in dem Planungsraum umfasste. In den Planungsräumen Nord, Ost und

<sup>92</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit. Bedarfsgemeinschaften. <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/BuergerinnenUndBueger/Arbeitslosigkeit/Grundsicherung/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI495385> (Zugegriffen 02. Dezember 2017).

<sup>93</sup> Vgl. ebd.

<sup>94</sup> Auf eine Darstellung der Ortschaften wurde aufgrund der geringen Fallzahlen an dieser Stelle verzichtet.

Winzerla lag der Anteil jeweils bei etwa zehn Prozent und im Planungsraum West/Zentrum bei etwa sieben Prozent. Bei den Bedarfsgemeinschaften mit nur einer Person unter 15 Jahren waren die Anteilswerte in den Planungsräumen Nord, Ost und Lobeda auf einem ähnlichen Niveau. Der Planungsraum West/Zentrum besaß mit 10,5 Prozent die geringsten Anteilswerte.

Merkmal (absolut)	Planungsraum				
	West/Zentrum	Nord	Ost	Lobeda	Winzerla
Bedarfsgemeinschaften gesamt	755	710	299	1.853	828
davon mit einer Person	576	449	188	957	540
davon mit 2 Personen	92	140	63	385	151
davon mit 3 und mehr Personen	87	121	48	511	137
davon mit einer Person unter 15 Jahren	79	119	55	321	119
davon mit 2 und mehr Personen unter 15 Jahren	53	68	29	314	90
Merkmal in Prozent (relativ)					
Bedarfsgemeinschaften gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon mit einer Person	76,3	63,2	62,9	51,6	65,2
davon mit 2 Personen	12,2	19,7	21,1	20,8	18,2
davon mit 3 und mehr Personen	11,5	17,0	16,1	27,6	16,5
davon mit einer Person unter 15 Jahren	10,5	16,8	18,4	17,3	14,4
davon mit 2 und mehr Personen unter 15 Jahren	7,0	9,6	9,7	16,9	10,9

**Tab. C.6: Anzahl und Anteil der Bedarfsgemeinschaften in Jena nach verschiedenen Merkmalen und Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Ein Großteil der Bedarfsgemeinschaften nahm **Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU)** in Anspruch. Insgesamt bezogen im Jahr 2016 4.309 Bedarfsgemeinschaften Leistungen aus diesem Bereich. Hierbei ist anzumerken, dass den Bedarfsgemeinschaften die tatsächlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung in der Regel nur bis zur Höhe der angemessenen Kosten anerkannt werden. Auf Grundlage des aktuellen Mietspiegels aus dem Jahr 2017 ist in Jena, gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers, ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der Bedarfe für die Unterkunft ermittelt worden. Während sich die Werte für Ein- und Zweipersonenhaushalte nur geringfügig erhöhten, sind die angemessenen Mietkosten für größere Personenhaushalte (vier und mehr) deutlich gestiegen.<sup>95</sup> Die Angemessenheitsrichtwerte für die Kosten der Unterkunft (Brutto-Kaltmiete) betragen demnach für Bedarfsgemeinschaften mit einer Person 315,45 Euro, zwei Personen

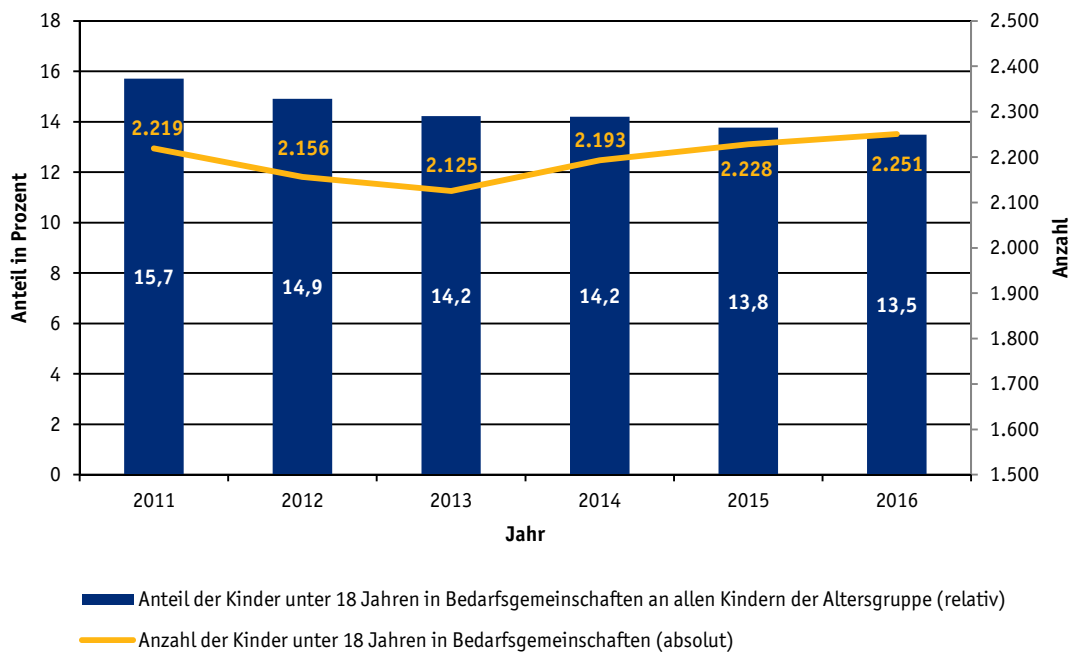
<sup>95</sup> Vgl. Stadt Jena (2017 a): Konzept zur Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft, S. 1.

419,40 Euro, drei Personen 525,00 Euro, vier Personen 706,50 Euro und fünf Personen 1.011,15 Euro. Für jede weitere Person werden zusätzlich 144,45 Euro veranschlagt.<sup>96</sup>

### 3.1 Kinder in Bedarfsgemeinschaften

Im Jahr 2016 lebten 2.251 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Jena in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II (**Abb. C.21**), was 13,5 Prozent aller Kinder und Jugendlichen dieser Altersgruppe entsprach. Im zeitlichen Verlauf ist die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften zunächst von 2011 zu 2013 von 2.219 Personen auf 2.125 Personen gesunken und danach kontinuierlich gestiegen, bis sie den Wert von 2016 erreichte. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an allen Personen der Altersgruppe ist über den gesamten betrachteten Zeitraum von 15,7 Prozent im Jahr 2011 auf 13,5 Prozent im Jahr 2016 gesunken.

Im Jahr 2016 waren 28,5 Prozent aller Personen in Bedarfsgemeinschaften Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Dies entsprach im Vergleich zu 2011 einem Anstieg von drei Prozent.



**Abb. C.21: Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften in Jena<sup>97</sup>, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte**

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

## 4 Sozialhilfeleistungen und Wohngeld

Die Sozialhilfe ist eine staatliche Sozialleistung im System der sozialen Sicherheit mit der Funktion einer Grundsicherung. Sie ist im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gesetzlich geregelt und steht bedürftigen Nichterwerbsfähigen sowie bedürftigen Personen oberhalb der Regelaltersgrenze zur Verfügung. Zu

<sup>96</sup> Vgl. ebd.

<sup>97</sup> Hierbei handelt es sich um minderjährige, unverheiratete Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften.

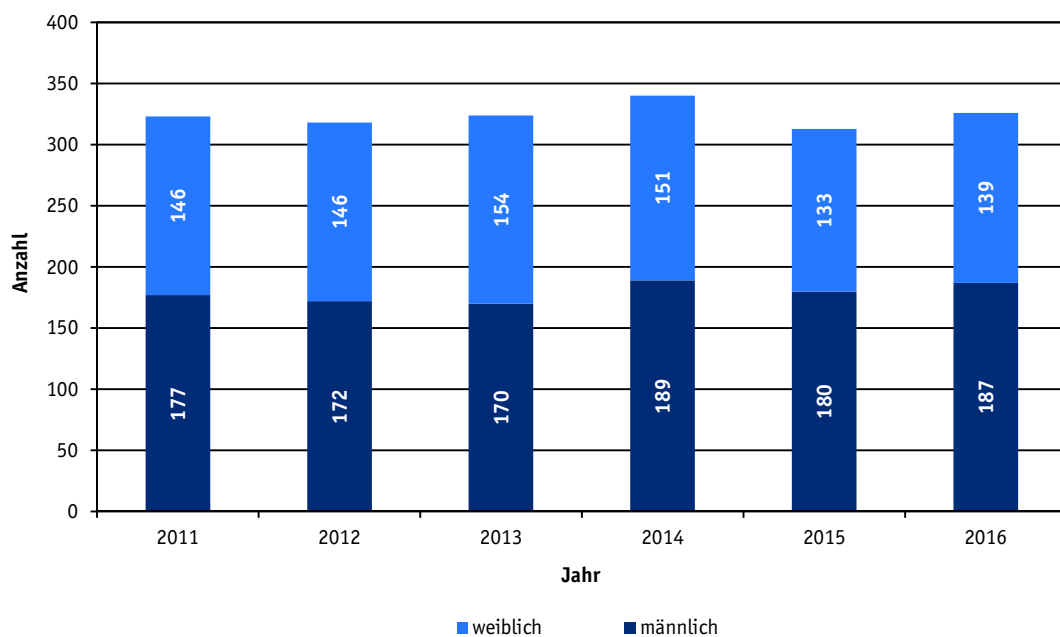
den Leistungen gehören insbesondere die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Haushalte, deren privates Einkommen nicht ausreicht, um selbst die Kosten für eine angemessene Wohnung zu tragen, haben einen Rechtsanspruch auf Wohngeld. Die Leistungsempfänger erhalten dabei entweder einen Zuschuss zur Miete (Mietzuschuss) oder zu den Kosten des selbst genutzten Wohneigentums (Lastenzuschuss). Die gesetzlichen Regelungen über die Gewährung von Wohngeld gelten als besondere Teile des Sozialgesetzbuches.

#### 4.1 Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII

Personen, die nicht leistungsberechtigt im Sinne des SGB II oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel SGB XII) sind, wird bei Bedürftigkeit **Hilfe zum Lebensunterhalt** nach dem Dritten Kapitel SGB XII gewährt. Dies kann beispielsweise bei vorübergehender voller Erwerbsminderung, Behinderung oder dauerhafter Erkrankung sowie bei Bezug von Altersruhegeld vor Vollendung des 65. Lebensjahres eintreten, sofern der Lebensunterhalt nicht ausreicht. Da die Hilfe zum Lebensunterhalt immer nachrangig gewährt wird, müssen sämtliche anderen Hilfsmöglichkeiten vorrangig ausgeschöpft werden. Das heißt, dass auch das verwertbare Vermögen eingesetzt werden muss. Eine Ausnahme bilden Vermögen, die dem Schonvermögen zugerechnet werden. Insofern wird die Hilfe zum Lebensunterhalt als unterste Ebene der sozialen Sicherung aufgefasst. Die Bedarfsberechtigung wird regelmäßig geprüft.

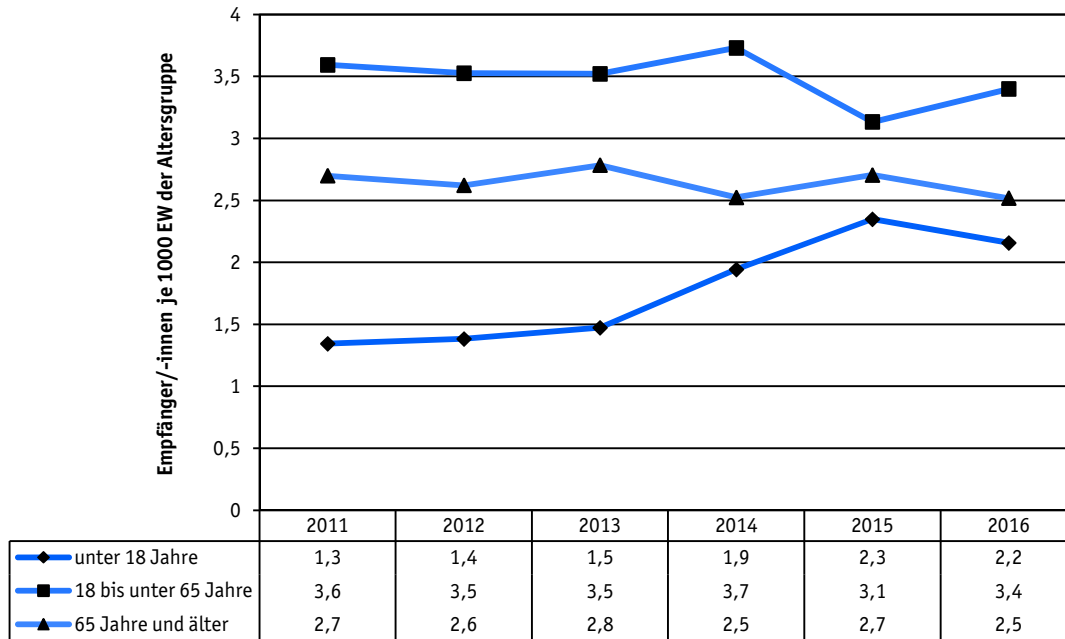
In Jena waren im Jahr 2016 insgesamt 326 Personen auf Hilfen zum Lebensunterhalt angewiesen (**Abb. C.22**). Über den untersuchten Zeitraum hinweg sind hierbei nur leichte Schwankungen bei den Werten erkennbar. Insgesamt lag der Anteil der männlichen Leistungsempfänger (187 Personen) höher als der Anteil der weiblichen Leistungsempfängerinnen (139 Personen).



**Abb. C.22: Anzahl der Leistungsempfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII), Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Mit Blick auf die Altersgruppenzugehörigkeit der Leistungsempfänger/-innen von „Hilfen zum Lebensunterhalt“ (**Abb. C.23**) wird deutlich, dass anteilig vor allem Menschen im Alter von 18 bis 65 Jahren bedürftig waren. Im Jahr 2016 gehörten 232 der 326 Leistungsempfänger/-innen dieser Altersgruppe an. Dies entsprach 3,4 Personen je 1.000 Einwohner/-innen der Altersklasse. Im Vergleich waren 36 Leistungsempfänger/-innen jünger als 18 Jahre (2,2 Personen je 1.000 Einwohner/-innen der Altersklasse) und 58 Leistungsempfänger/-innen älter als 65 Jahre (2,5 Personen je 1.000 Einwohner/-innen der Altersklasse).

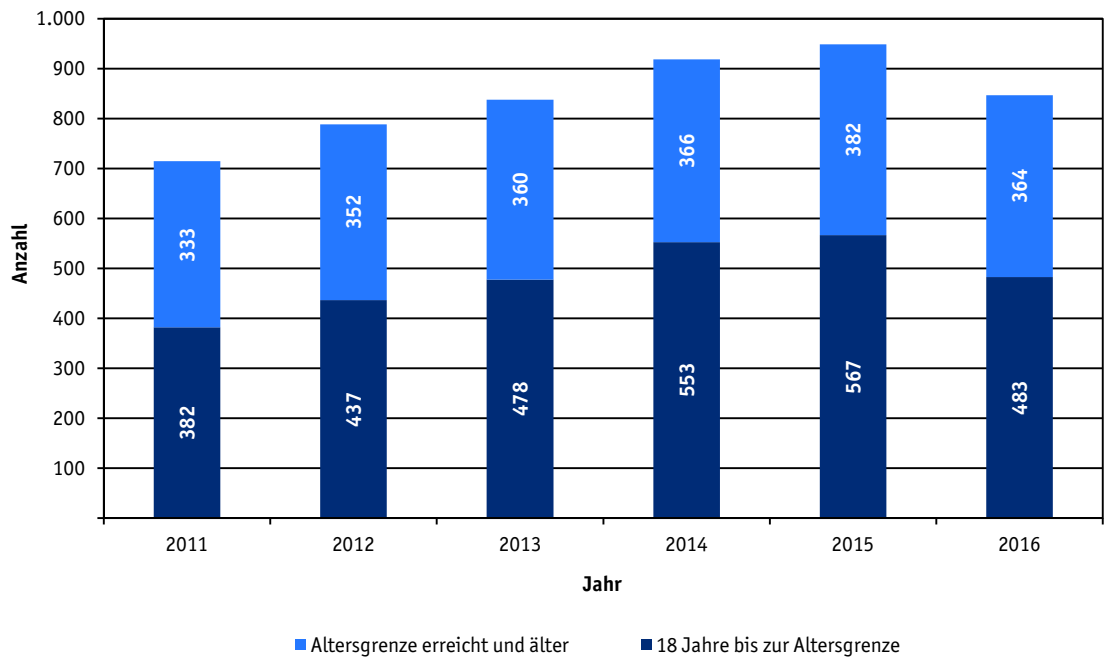


**Abb. C.23: Leistungsempfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII) je 1.000 Einwohner/-innen der entsprechenden Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

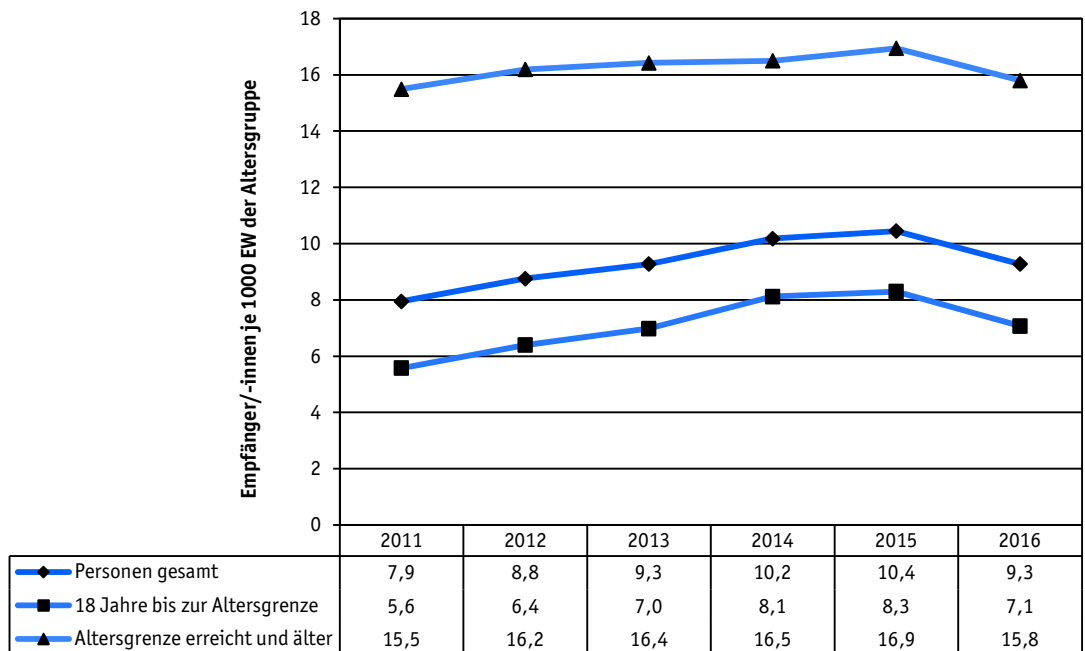
Hilfebedürftige Personen, die die Altersgrenze erreicht haben oder wegen einer bestehenden Erwerbsminderung auf Dauer ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten können, haben einen Anspruch auf Leistungen zur „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ nach dem Vierten Kapitel SGB XII. Im Jahr 2016 waren in Jena insgesamt 847 Personen auf diese Leistungsform angewiesen (**Abb. C.24**). In der Gesamtentwicklung stiegen die absoluten Werte in diesem Bereich von 2011 zu 2015 um 234 Personen. Im Jahr 2016 war ein Rückgang von 102 Personen zu verzeichnen.

Bei der Struktur der Hilfeempfänger/-innen ist zu erkennen, dass die Zahl der Personen, die unterhalb der Altersgrenze von 65 Jahren lagen, bis zum Jahr 2015 um 45 gestiegen ist. Einen weitaus höheren Anstieg erfuhr die Zahl der Empfänger/-innen, welche die Altersgrenze bereits erreicht hatten oder älter waren. Hier ist ein Anstieg von 185 Personen zu verzeichnen. Beide Werte waren im Jahr 2016 wieder rückläufig, wobei die Zahl der Empfänger/-innen, welche die Altersgrenze erreicht bzw. überschritten hatten, deutlicher abnahm.



**Abb. C.24: Anzahl der Leistungsempfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII), Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. C.25: Leistungsempfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) je 1.000 Einwohner/-innen der entsprechenden Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bei der Betrachtung der Anteilswerte wird ersichtlich, dass Personen, welche die Altersgrenze erreicht bzw. überschritten hatten, anteilig deutlich häufiger auf Leistungen zur Grundsicherung angewiesen waren. Im Jahr 2016 kamen demnach auf 1000 Einwohner/-innen der jüngeren Altersklasse 7,1 Personen, die Grundsicherungsleistungen in Anspruch nahmen (**Abb. C.25**). Demgegenüber erhielten 15,8 Personen je 1000 Einwohner/-innen der älteren Altersklasse Leistungen zur Grundsicherung. Insgesamt stiegen die Anteilswerte für beide Altersklassen von 2011 bis 2015 an, bis sie im Jahr 2016 wieder abnahmen.

Der Rückgang der Leistungsempfänger/-innen im Jahr 2016 kann dabei auf die Wohngeldreform zurückgeführt werden, welche am 1. Januar 2016 in Kraft trat. In diesem Zusammenhang wurden die Miethöchstbeträge regional gestaffelt angehoben, wodurch mehr Menschen einen Anspruch auf Wohngeld erhielten. Da das Wohngeld vorrangig gewährt wird, endete für diese Personen der Bezug von Grundsicherungsleistungen.

## 4.2 Wohngeld

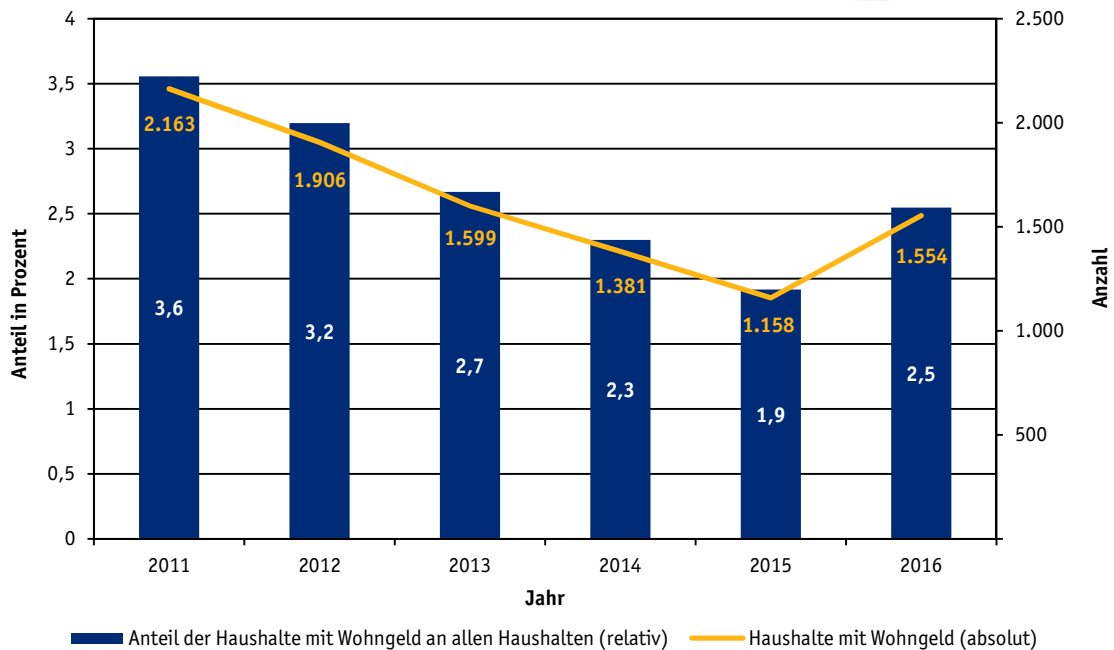
Die Gewährung von Wohngeld soll dabei helfen, die Wohnkosten für einkommensschwache Haushalte tragbar zu gestalten. Wohngeld existiert als Mietzuschuss für Mieter/-innen einer Wohnung oder eines Zimmers oder als Lastenzuschuss für Eigentümer/-innen eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung. Der Wohngeldanspruch und die Höhe des Wohngeldes hängen von drei Faktoren ab:

- der Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder/-innen,
- der Höhe des Familieneinkommens,
- der Höhe der zuschussfähigen Miete oder Belastung.

Im Jahr 2016 existierten in Jena 1.554 Haushalte mit Wohngeldbezug (**Abb. C.26**). Das waren 609 Haushalte weniger als im Jahr 2011 und 396 Haushalte mehr als im Jahr 2015. In der Gesamtentwicklung ist festzuhalten, dass die Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug von 2011 bis 2015 rückläufig war und zum Jahr 2016 wieder gestiegen ist. Bei der Betrachtung der relativen Zahlen ist festzustellen, dass im Jahr 2011 3,6 Prozent aller Jenaer Haushalte auf Wohngeld angewiesen waren. Dieser Anteilwert sank bis 2015 auf 1,9 Prozent. Im Jahr 2016 ist ein erneuter Anstieg des Wertes festzustellen. Es bezogen demnach 2,5 Prozent der Jenaer Haushalte im Jahr 2016 Wohngeld. Das Verhältnis zwischen Miet- und Lastenzuschuss fiel, wie in allen kreisfreien Städten Thüringens, deutlich zu Gunsten des Mietzuschusses aus. Insgesamt 1.538 der 1.554 Haushalte mit Wohngeldbezug erhielten im Jahr 2016 Leistungen in Form eines Mietzuschusses.

Zu beachten ist, dass Empfänger/-innen bestimmter Sozialleistungen vom Wohngeld ausgeschlossen sind, wenn diese Leistungen die Wohnkosten bereits berücksichtigen. Hierzu zählen die Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Durch die Wohngeldreform von 2016 und der damit einhergehenden Anpassung der Miethöchstgrenze endete in vielen Fällen die Notwendigkeit des Grundsicherungsbezuges, da stattdessen ein Anspruch auf Wohngeld geltend gemacht werden konnte. Hierin liegt die Hauptursache für den Anstieg der Wohngeldbezieher/-innen von 2015 zu 2016.





**Abb. C.26: Haushalte mit Wohngeld, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

## 5 Nutzung der Jenaer Tafel

Nach den Angaben des **Tafel Deutschland e. V.** werden täglich viele Tonnen Lebensmittel vernichtet, obwohl sie sich noch in einem genießbaren Zustand befinden.<sup>98</sup> Zur gleichen Zeit existiert eine große Zahl von Menschen, denen es an grundlegenden Nahrungsmitteln mangelt. Die Tafeln haben es sich zum Ziel gesetzt, an dieser Stelle einen Ausgleich schaffen. Sie sammeln qualitativ einwandfreie Lebensmittel und verteilen diese kostenlos oder gegen einen symbolischen Betrag an sozial und wirtschaftlich Benachteiligte. Da aufgrund dessen die betroffenen Personen nicht mehr alle finanziellen Mittel ausschließlich zur Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse aufwenden müssen, soll auch ein bescheidener finanzieller Spielraum für andere Dinge entstehen. Neben der grundlegenden Versorgung mit Lebensmittelgütern wollen die Tafeln zudem einen Raum für soziale Teilhabe für Menschen schaffen, die in Zusammenhang mit ihrer Hilfebedürftigkeit oftmals nicht mehr oder wenig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.<sup>99</sup>

Die **Jenaer Tafel e.V.** wurde 1995 als ein privater und gemeinnützig anerkannter Verein gegründet und ist Mitglied im **Bundesverband Deutsche Tafeln e.V.** sowie im **Landesverband der Thüringer Tafeln**. Sie gehört damit zu den ersten Tafeln in den neuen Bundesländern. Ihre Entstehung war eine Reaktion auf die sozialen Problemlagen der Nachwendezeit, welche sich als Folge struktureller Veränderungen auch in Jena herausbildeten. Die Verteilung der Lebensmittel erfolgte zunächst an improvisierten Ausgabestellen in der Nähe des Saalbahnhofes. Im Laufe der Jahre waren mehrere Standortwechsel zu verzeichnen, bis am 6. Juli 2011, nach zwölfmonatiger Renovierungs- und Umbauphase, das neue Tafelhaus in Lobeda-West (Werner-Seelenbinder-Str. 26) eröffnet wurde. Die Gründe für den Umzug nach Lobeda lagen nach eigenen Aussagen, neben der Schaffung einer würdigen Begegnungsstätte im Grünen, vor allem auch in der räumlichen

<sup>98</sup> Vgl.: Tafel Deutschland e. V. (2017): Die Tafeln: Lebensmittel Retten. Menschen helfen. <https://www.tafel.de/>. (Zugegriffen: 03. August 2017).

<sup>99</sup> Vgl.: ebd.

Nähe zu einer Vielzahl von Bedürftigen im Stadtteil. Die Finanzierung der Jenaer Tafel erfolgt überwiegend aus Spenden. Die Bereitstellung der Lebensmittel wird durch verschiedene lokale Betriebe, wie etwa Supermärkte, Händler und Bäckereien gesichert. Die anfallenden Arbeiten werden von insgesamt 60 ehrenamtlichen Helfer/-innen pro Woche sowie zwei Arbeitskräften aus dem Projekt „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, zwölf Arbeitskräften im Bundesfreiwilligendienst, drei Arbeitskräften in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, einer Arbeitskraft, die über das Arbeitsamt gefördert wird und einer fest angestellten Köchin übernommen. Die Jenaer Tafel leistet damit auch einen Beitrag zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Jährlich werden in Jena etwa **450 Tafelpässe** ausgestellt, die für den gesamten Haushalt der Antragssteller/-innen Gültigkeit besitzen. Die Pässe gelten jeweils ein Jahr und müssen danach erneut beantragt werden. Ausschlaggebend für die Bewilligung ist die Hilfebedürftigkeit, die sich z. B. an dem Bezug bestimmter Sozialleistungen orientiert. Die Ausgabe der Lebensmittel erfolgt gegen eine Unkostenbeteiligung, die pro bedürftige Person erhoben wird. Die Abgabemenge richtet sich nach der Personenzahl, die auf dem Tafelpass vermerkt ist. Es existiert kein gesetzlicher Anspruch auf bestimmte Lebensmittel und es können immer nur so viele Lebensmittel ausgegeben werden, wie als Spenden eingenommen wurden. Die Hilfefähigkeit der Tafel richtet sich also in hohem Maße nach der Spendenbereitschaft.

**Tab. C.7** gibt Auskunft über die Anzahl und Altersstruktur der Hilfeempfänger/-innen. Es ist zu erkennen, dass über den Zeitraum von 2011 bis 2016 ein leichter Rückgang der Gesamtnutzerzahlen zu verzeichnen ist. Während die Anzahl der erwachsenen Personen ab 18 Jahren seit 2012 stetig gesunken ist, stieg vor allem die Zahl der Kinder unter 16 Jahren kontinuierlich an. Eine Ausnahme stellte das Jahr 2015 dar, da hier aus betriebsinternen Gründen in der Gesamtheit etwas weniger Menschen versorgt werden konnten als in den restlichen Jahren. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Gesamtzahl der Hilfeempfänger/-innen nicht in Zusammenhang mit einer etwaigen gesunkenen Hilfebedürftigkeit steht. Die Tafel arbeitet seit 2012 in voller Auslastung. Die sinkenden Fallzahlen sind darauf zurückzuführen, dass nicht mehr Menschen versorgt werden konnten.

Hilfeempfänger/-innen nach Altersgruppen	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Personen 18 Jahre und älter	1028	1064	1019	921	640	754
Personen 16 bis 18 Jahre	36	43	40	48	24	36
Personen unter 16 Jahre	252	306	313	324	240	303
<b>gesamt</b>	<b>1316</b>	<b>1413</b>	<b>1372</b>	<b>1293</b>	<b>904</b>	<b>1093</b>

**Tab. C.7: Anzahl der Hilfeempfänger bei der Jenaer Tafel e. V., Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Statistik der Jenaer Tafel e.V. 2017. Eigene Darstellung.

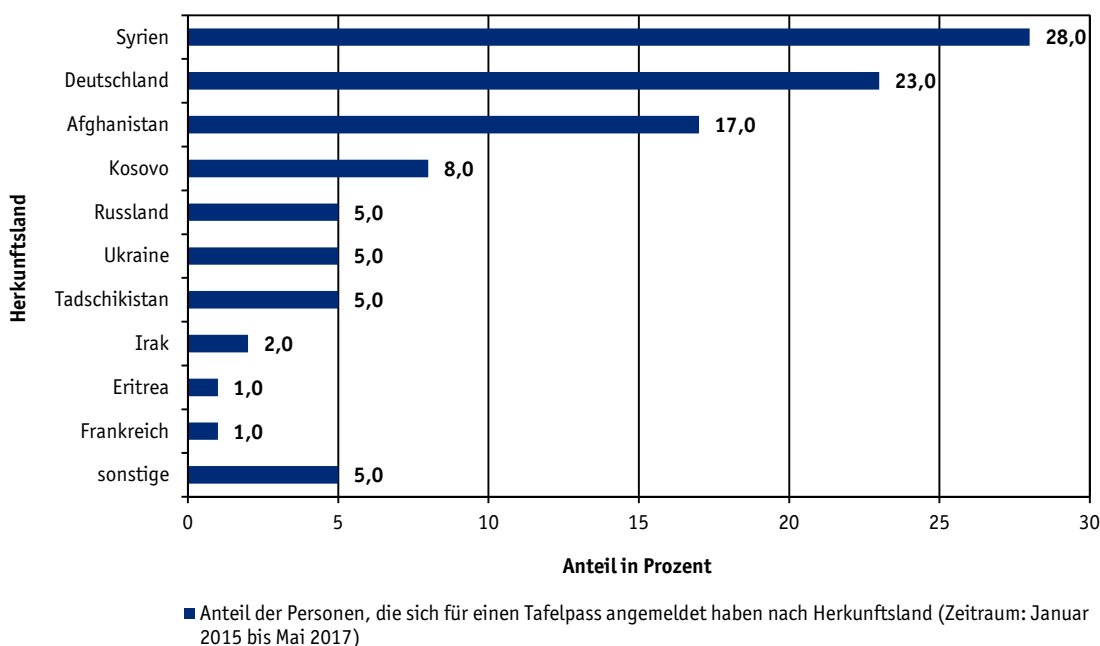
Seit dem Jahr 2015 mussten Wartelisten für Antragssteller/-innen eingeführt werden. Von 2015 zu 2016 zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Personen, welche einen Platz auf der Warteliste erhielten (**Tab. C.8**). Die Hauptursache hierfür lag, nach Aussage der Jenaer Tafel e. V., vor allem in der gestiegenen Zahl von hilfesuchenden Geflüchteten.

Personen auf einem Wartelistenplatz nach Altersgruppen	2015	2016
Personen 18 Jahre und älter	130	537
Personen 16 bis 18 Jahre	*	12
Personen unter 16 Jahre	87	259
<b>gesamt</b>	<b>218</b>	<b>808</b>

**Tab. C.8:** Anzahl der Personen auf einem Wartelistenplatz bei der Jenaer Tafel e. V., Jahre: 2015 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.

Quelle: Statistik der Jenaer Tafel e.V. 2017. Eigene Darstellung.

In diesem Zusammenhang ist **Abb. C.27** zu sehen, welche die Antragssteller/-innen nach ihren Herkunftsländern aufschlüsselt. Es zeigt sich, dass in dem Zeitraum von Januar 2015 bis Mai 2017 vor allem Menschen aus Syrien Hilfe bei der Jenaer Tafel e. V. suchten (28 Prozent). An zweiter Stelle standen Antragssteller/-innen aus Deutschland (23 Prozent), gefolgt von Personen mit afghanischer Herkunft (17 Prozent).



**Abb. C.27:** Personen mit einem Antrag auf einen Tafelpass nach Herkunftsland, Zeitraum: Januar 2015 bis Mai 2017

Quelle: Statistik der Jenaer Tafel e.V. 2017. Eigene Darstellung.

Insgesamt ist erkennbar, dass im Laufe der letzten Jahre ein Wandel der Struktur der Bedürftigen stattgefunden hat. Mit den geflüchteten Menschen ist eine Gruppe hinzugekommen, die verstärkt auf Hilfe angewiesen war. Die Herausforderungen, denen sich die Jenaer Tafel stellen muss, bestehen hierbei vor allem im organisatorischen Mehraufwand, der durch die gestiegene Zahl der Antragssteller/-innen entstanden ist. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass bei der Jenaer Tafel keine Bevorzugung bestimmter Gruppen stattfindet. Die Vergabe der Tafelpässe richtet sich nach der Platzierung auf der Warteliste, welche nach dem jeweiligen Anmeldezeitpunkt geordnet ist.



Auf lange Sicht sollten die Bedürftigen dazu befähigt werden, nicht mehr auf die Leistungen der Tafel angewiesen zu sein. Für die akute Hilfestellung gegenüber Menschen in prekären Lebenslagen ist die Arbeit der Tafel jedoch auch weiterhin unerlässlich. Es ist dabei vor allem dem Engagement der größtenteils ehrenamtlichen Helfer/-innen zu verdanken, dass das System der Umverteilung von Lebensmitteln existieren kann.

## 6 Verschuldungssituation privater Haushalte in Jena

### 6.1 Verschuldung und Überschuldung

Im Bereich der Verschuldung privater Haushalte weisen etliche Studien darauf hin, dass es sich hierbei um ein multidimensionales Problem mit einer Vielzahl von Auslösern handelt.<sup>100</sup> Um das Thema Verschuldung in Zusammenhang mit der sozialen Situation der Menschen in der Stadt Jena bringen zu können, ist zunächst zu klären, wie sich die Begriffe Verschuldung und Überschuldung definieren lassen, welche Gruppen besonders gefährdet sind und wie sich entsprechende Bedarfe ableiten lassen.

Es muss generell zwischen „**Verschuldung**“ und „**Überschuldung**“ differenziert werden. Aufgrund der definitorischen Mannigfaltigkeit der beiden Begriffe gab das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2003 eine umfassende Studie zur Begriffsklärung in Auftrag. Demnach sind folgende Aspekte für die Definition von **Verschuldung** bestimmend:

- das Eingehen einer (vertraglichen) Beziehung,
- die Festlegung von Leistungen innerhalb dieser Beziehung,
- Gläubiger/-innen und Schuldner/-innen sind wechselseitig aufeinander bezogen,
- die Nichterfüllung gegenseitiger Verpflichtungen führt zu Sanktionen,
- die Schuldenaufnahme dient zur Befriedigung sozialer, konsumtiver oder investiver Bedürfnisse und
- die Verschuldung ist ein zeitlich begrenzter Vorgang.<sup>101</sup>

Verschuldung meint hier letztendlich jede Form des Eingehens von Zahlungsverpflichtungen, wobei die Schulden sämtliche Geldverbindlichkeiten darstellen, die in einem privaten Haushalt entstehen können. Private Haushalte sind in diesem Zusammenhang als Einzelpersonen oder mehrere Personen umfassende Lebensgemeinschaften zu verstehen, die als selbstständige Wirtschaftseinheiten, vor allem als Anbieter/-innen von Arbeitskraft bzw. als Konsument/-innen, auftreten.<sup>102</sup>

Des Weiteren kann festgehalten werden, dass innerhalb einer Marktwirtschaft die Aufnahme von Schulden im Rahmen von Kredit-, Darlehen- und Kaufgeschäften zu den normalen wirtschaftlichen Vorgängen privater Haushalte gehört.<sup>103</sup> Die Verschuldungsmotive sind dabei vielfältig. Neben der freiwilligen Vorabfinanzierung größerer Anschaffungen, wie etwa Autos oder Immobilien, ist eine Verschuldung für viele Haushalte oft auch unvermeidbar. Die Motivation der Verschuldung kann z. B. in der Finanzierung des eigenen Le-

<sup>100</sup> Vgl. Fischer, Jörg/ Huth, Christoph/ Römer Robert (2013): Qualitätsgerechte Entwicklung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen. Ergebnisbericht zur Studie. Erfurt: Fachhochschule Erfurt, S. 21.

<sup>101</sup> Vgl. Gaedicke, Tamara (2010): Von der Verschuldung in die Überschuldung. Situation und mögliche Bewältigungsstrategien für private Haushalte in Deutschland. In: Schütt, Henrik (Hrsg.): Deutsches Institut für Bankwirtschaft. Schriftenreihe. Band 4 (06/2010). Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, S. 3.

<sup>102</sup> Vgl. ebd.: S. 3 f.

<sup>103</sup> Vgl. Hanf, Thomas et al. (2009): Überschuldung privater Haushalte in Friedrichshain/Kreuzberg. Berlin: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin – Brandenburg e. V., S. 3.

bensunterhaltes oder auch in der Begleichung alter Schulden durch neue Kreditaufnahmen liegen. Somit können auch die Verschuldungsformen der privaten Haushalte sehr unterschiedlich ausfallen. Zu der bankmäßigen Verschuldung zählen vor allem die unterschiedlichen Ausprägungen der Konsumenten- und Wohnungsbaukredite. Die nicht bankmäßige Verschuldung hingegen kann durch verschiedene Dauer-schuldverhältnisse, wie zum Beispiel Schulden bei dem Vermieter/ der Vermieterin oder dem Energielieferanten entstehen. Auch Unterhalts- und Spielschulden sowie Schulden bei Freunden und der Familie zählen zu nicht bankmäßigen Verschuldungsformen.<sup>104</sup>

Streng von der Verschuldung abzugrenzen ist die **Überschuldung**. Diese definiert sich als „eine Situation, in der der Haushalt angesichts seiner Einkommensverhältnisse nicht mehr in der Lage ist, die Ausgaben für den Lebensunterhalt und sonstige Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen“.<sup>105</sup> Da die Überschuldung bei den Betroffenen meistens zu einer besonderen Belastungssituation führt, wird häufig auch auf die ökonomische und psychosoziale Destabilisierung der Überschuldeten verwiesen.<sup>106</sup> Eine Verschuldung bleibt dabei solange unproblematisch, wie der Schuldner/-in über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um den eigenen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Unvorhergesehene Lebensereignisse können jedoch zu einer plötzlichen Zahlungsunfähigkeit führen und somit von der Verschuldung in eine Überschuldung münden. Die Wege in die Überschuldung stellen sich dabei durchaus vielseitig dar und der Übergang ist meist fließend.<sup>107</sup> In der Literatur wird beispielhaft auf Faktoren wie Haushaltsgründung, Scheidung, Schwangerschaft, Geburt und Krankheit verwiesen. Wenn außerdem der Verlust des Arbeitsplatzes hinzukommt, kann die finanzielle Lage schnell prekär werden.<sup>108</sup> Der **Prozess von der Verschuldung in die Überschuldung** wird in **Abb. C.28** dargestellt. Dabei sei einschränkend angemerkt, dass sich die Darstellung explizit auf die bankmäßige Verschuldung in Form der Kreditaufnahme bezieht. Wie bereits aufgezeigt, können Verschuldungskarrieren auch durch nicht bankmäßige Schuldbeziehungen entstehen. Der Prozess verläuft dann trotzdem nach einem ähnlichen Schema.

Laut einer Expertise über die Wirksamkeit von Schuldnerberatungsstellen, welche im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde, sind überschuldete Menschen gefährdet, zu Leistungsempfänger/-innen und damit vom Staat und der Gesellschaft abhängig zu werden.<sup>109</sup> Demzufolge muss festgehalten werden, dass die Bekämpfung von Überschuldung in einem engen Zusammenhang mit der Förderung von Chancengleichheit und der aktiven Beteiligung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Betroffenen steht, wobei die Angebote der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung eine zentrale Rolle spielen.

<sup>104</sup> Vgl. Gaedicke (2010): S. 4.

<sup>105</sup> Siehe: Reiter, Gerhard (1991): Kritische Lebensereignisse und Verschuldungskarrieren von Verbrauchern. Berlin: Duncker & Humblot, S. 28.

<sup>106</sup> Vgl. Korczak, Dieter (2001): Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Stuttgart: Kohlhammer, S. 40.

<sup>107</sup> Vgl. Gaedicke (2010): S. 6.

<sup>108</sup> Vgl. Hamburger, Franz/ Kuhlemann, Astrid/ Walbrühl, Ulrich (2004): Wirksamkeit von Schuldnerberatung. Expertise erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern. Überschuldung privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (19/2004), S. 4.

<sup>109</sup> Vgl. ebd.: S. 4.

Phase 1:  
Kreditaufnahme

Phase 2:  
Einkommensrückgänge bzw. finanzielle Mehrbelastung als Folge  
unvorhergesehener Lebensereignisse

Phase 3:  
Versuch, die finanziellen Schwierigkeiten mit eigenen Mitteln zu  
beheben

Phase 4:  
Zahlungsverzug

Phase 5:  
Kumulation von Schulden

**Abb. C.28: Der Prozess von der Verschuldung in die Überschuldung (schematische Darstellung)**

Quelle: Gaedicke, 2010: S. 6. Eigene Darstellung.

## 6.2 Messbarkeit von Verschuldung auf kommunaler Ebene

Um das Thema der Privatverschuldung auf kommunaler Ebene statistisch erfassen zu können, sind verschiedene Ansätze relevant. In der Diskussion über eine qualitätsgerechte Entwicklung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung im Freistaat Thüringen sind diese Ansätze in der Vergangenheit immer wieder kritisch hinterfragt worden. Im Rahmen einer 2014 veröffentlichten Studie über die qualitätsgerechte Entwicklung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen wird ein an den sozialen Problemlagen orientiertes Modell vorgeschlagen. Neben den Arbeitsmarktdaten und der Einwohner/-innenzahl, wird darauf verwiesen, dass sich Bedarfe im Bereich der Verschuldung nicht ausschließlich anhand dieser monetären Belastungssituationen ableiten lassen.<sup>110</sup> Begründet wird dies vor allem damit, dass es sich bei der Ver- bzw. Überschuldung nicht ausschließlich um ein Phänomen handelt, von dem einkommensschwächere und somit materiell arme Menschen betroffen sind. Es wird von daher empfohlen auch generelle Daten zur Überschuldung von Verbraucher/-innen in Thüringen in den Blick zu nehmen, welche lokale Belastungen unabhängig von der Beschäftigungssituation der Adressat/-innen abbilden. Der jährlich herausgegebene *Schuldneratlas der Creditreform* soll dabei einen relevanten Überblick über die Anzahl der von Verschuldung betroffenen Personen in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen ermöglichen.

Die Schuldner/-innenquoten für alle Thüringer Kreise und kreisfreien Städte für die Jahre 2011 bis 2017 werden in **Tab. C.9** abgebildet. Hierbei handelt es sich um regelmäßig berechnete Daten des privaten Anbieters Creditreform, welche nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales als repräsentativ gelten, wobei angemerkt wird, dass die Informationsgrundlagen und Berechnungsmethoden weniger

<sup>110</sup> Vgl. Fischer, Jörg et al. (2014): S. 22.

ausführlich dokumentiert werden als bei amtlichen oder wissenschaftlichen Datenquellen.<sup>111</sup> Analysiert wird die Verteilung von Personen mit sogenannten Negativmerkmalen. Die Negativmerkmale setzen sich dabei aus den aktuell vorliegenden juristischen Negativmerkmalen, den unstrittigen Inkassofällen der Organisation Creditreform gegenüber Privatpersonen und den negativen Zahlungserfahrungen der Boniversum Poolteilnehmer/-innen zusammen.<sup>112</sup>

Rang (deutschlandweit)	Kreise und kreisfreie Städte	Schuldner/-innenquoten in Prozent						
		2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
18.	Jena, Stadt	5,83	5,91	5,81	5,70	5,73	5,87	5,94
33.	Eichsfeld	5,73	5,87	6,19	6,27	6,34	6,33	6,32
86.	Saale-Holzland-Kreis	6,95	7,24	7,40	7,40	7,34	7,46	7,43
89.	Saale-Orla-Kreis	6,82	7,24	7,48	7,56	7,47	7,56	7,52
104.	Greiz	6,97	7,40	7,42	7,77	7,84	7,96	7,80
115.	Wartburgkreis	7,41	7,62	7,53	7,68	7,86	8,01	8,05
124.	Saalfeld-Rudolstadt	7,05	7,28	7,45	7,81	7,92	8,11	8,18
130.	Hildburghausen	7,95	8,25	8,01	8,25	8,11	8,27	8,35
164.	Sonneberg	8,54	8,76	8,83	8,81	8,71	8,82	8,87
163.	Altenburger Land	7,65	8,12	8,29	8,66	8,72	8,84	8,87
212.	Schmalkalden-Meiningen	8,43	8,86	8,92	9,11	9,00	9,44	9,54
206.	Sömmerda	8,44	8,92	9,03	9,21	9,22	9,49	9,47
207.	Ilm-Kreis	8,53	8,93	9,18	9,21	9,27	9,50	9,49
208.	Weimarer Land	8,79	9,22	9,30	9,36	9,37	9,54	9,49
229.	Unstrut-Hainrich-Kreis	8,87	9,33	9,80	9,95	9,79	9,96	9,91
245.	Nordhausen	8,62	9,05	9,47	9,82	9,81	10,04	10,19
262.	Gotha	9,21	9,65	9,66	9,73	9,88	10,32	10,45
268.	Suhl, Stadt	9,29	9,79	10,03	10,11	10,26	10,37	10,55
284.	Weimar, Stadt	10,12	10,51	10,79	10,49	10,58	10,63	10,75
313.	Kyffhäuserkreis	10,02	10,74	10,88	10,97	11,00	11,40	11,40
305.	Erfurt, Stadt	11,03	11,28	11,48	11,45	11,40	11,29	11,17
331.	Gera, Stadt	10,64	11,16	11,62	11,90	11,88	11,84	11,77
340.	Eisenach, Stadt	11,03	11,55	11,87	12,16	12,24	12,23	12,06
	<b>Deutschland</b>	<b>9,38</b>	<b>9,65</b>	<b>9,81</b>	<b>9,90</b>	<b>9,92</b>	<b>10,06</b>	<b>10,04</b>

**Tab. C.9: Schuldner/-innenquote der Thüringer Kreise und kreisfreien Städte, Jahre: 2011 bis 2017, Auszug aus dem SchuldnerAtlas Deutschland 2017**

Quelle: Verband der Vereine Creditreform e. V., SchuldnerAtlas Deutschland 2015. Eigene Darstellung.

<sup>111</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 c): Überschuldung. <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/ueberschuldung/ueberschuldung.html> (Zugegriffen: 14.05.2018).

<sup>112</sup> Vgl. Creditreform (2017): SchuldnerAtlas Deutschland. <https://www.creditreform.de/aktuelles/wirtschaftsforschung/schuldneratlas-deutschland.html> (Zugegriffen: 14.05.2018).



Es wird ersichtlich, dass sich die Stadt Jena mit einer Schuldner/-innenquote von 5,94 Prozent (2017) an erster Stelle der niedrigsten Schuldner/-innenquoten im Freistaat befand. Selbst im deutschlandweiten Vergleich belegte Jena mit Position achtzehn eine hohe Platzierung.<sup>113</sup>

Die Ergebnisse des Schuldneratlas 2015 deuten dabei zunächst darauf hin, dass sich die Verschuldungssituation der Jenaer Privathaushalte vergleichsweise unproblematisch gestaltet, jedoch wird das Berechnungskonzept seitens der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in der Stadt kritisch beurteilt. Es wird angemerkt, dass die Aussagekraft insofern eingeschränkt ist, dass nicht alle Gläubiger/-innen im Schuldneratlas erfasst werden. Dabei fehlen insbesondere öffentliche Gläubiger/-innen, wie das Finanzamt, das Jobcenter und die Kommune selbst. Außerdem existieren Institutionen (z. B. Versicherungen und Vermieter/-innen), die in der Berechnung keine Berücksichtigung finden. Des Weiteren wird kritisiert, dass lediglich Prognosen über drohende Zahlungsausfälle abgebildet werden und die Berechnungsgrundlage für das Ranking wenig transparent ist. Aus gesetzlicher Sicht ist ebenfalls zu bedenken, dass nicht erst überschuldete Personen in die Situation einer Verbraucherinsolvenzberatung geraten, sondern bereits die „drohende Zahlungsunfähigkeit“ einen Eröffnungsgrund darstellen kann.<sup>114</sup> Ferner ist in den 2010 festgelegten, gemeinsamen Qualitätsstandards in der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung festgeschrieben worden, dass nicht nur den Bürger/-innen der jeweiligen Kommune das Angebot der Beratung offen steht, sondern sich alle Thüringer Bürger/-innen an jede Beratungsstelle im Freistaat wenden können.<sup>115</sup> Deswegen lässt eine rein kommunal errechnete Schuldner/-innenquote wenig Aussagen über die tatsächliche Belastung der jeweiligen Schuldnerberatungsstelle zu.

Über die Entwicklung der Fallzahlen lassen sich ebenfalls nur bedingt Bedarfe ableiten, da jeder Berater/ jede Beraterin lediglich ein bestimmtes Kontingent an Klienten im Jahr bearbeiten kann. Dennoch ist es der Jenaer Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle gelungen bisher ohne Wartelisten auszukommen. **Tab. C.10** veranschaulicht, dass bei einer relativ gleichbleibenden Zahl von **Beratungsfällen**,<sup>116</sup> vor allem die Anzahl der **Beratungsgespräche**<sup>117</sup> von 2011 zu 2016, mit einem Anstieg von 1.871 auf 2.459 Gespräche, deutlich zunahm. Außerdem ist eine hohe Steigerung der Nachfrage nach Verbraucherinsolvenzen im Verhältnis zu den Schuldnerberatungsfällen von 2015 zu 2016 feststellbar. Bezogen sich 2015 noch rund 40 Prozent der Gespräche auf eine Verbraucherinsolvenzberatung, so waren es 2016 rund 48 Prozent. Im Vergleich zu der Anzahl und Dauer der Beratungsgespräche, welche im Bereich der Schuldnerberatung erforderlich sind, ist die Verbraucherinsolvenzberatung mit einem deutlich größeren Aufwand bezüglich der Fallarbeit verbunden, was zum Teil auch das höhere Aufkommen an Beratungsgesprächen erklärt.

Insgesamt kann also festgehalten werden, dass die Jenaer Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung im zeitlichen Verlauf vor allem im Bereich der Beratungsgespräche einer deutlichen Mehrbelastung ausgesetzt war und der Bedarf an Beratung deutlich zunahm.

<sup>113</sup> Siehe Verband der Vereine Creditreform e.V. (2015): SchuldnerAtlas Deutschland 2015.

<sup>114</sup> Siehe § 18 InsO, Drohende Zahlungsunfähigkeit.

<sup>115</sup> Vgl. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. (2010): Qualitätsstandards in der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen. Freistaat Thüringen: Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, S. 9.

<sup>116</sup> Die **Beratungsfälle** umfassen **Kurzberatungen** und **längerfristige Beratungen**. Die **Kurzberatung** ist dabei als eine Beratung zu verstehen, die entsprechend dem gemeinsam festgestellten Beratungsbedarf nur ein einzelnes Anliegen der ratsuchenden Person betrifft. Die Beratungsfachkraft wird nicht vertretungsweise für die ratsuchende Person gegenüber Dritten tätig. Das Anlegen einer Akte ist nicht erforderlich. Die **längerfristige Beratung** ist durch einen umfangreichen Beratungs- und Hilfebedarf gekennzeichnet. Die ratsuchende Person bedarf umfassender Beratung und ggf. Unterstützung hinsichtlich der Bearbeitung der Überschuldungssituation. Hierzu ist in der Regel ein vertretungsweise Tätigwerden der Beratungsfachkraft gegenüber Dritten erforderlich.

Vgl. ebd.: S. 16 f.

<sup>117</sup> Das **Beratungsgespräch** ist als der dialogisch strukturierte und auf Verständigung orientierte Interaktionsprozess zwischen der ratsuchenden Person und der Fachkraft zu verstehen. Es soll zu einem Problemverständnis der Beratungsfachkraft führen. Auf Basis dessen werden gemeinsam mit der ratsuchenden Person Vorschläge zur Handhabung und Lösung spezieller Probleme entwickelt.

Vgl. ebd.: S. 15.



	2011	2012	2013	2014	2015	2016
<b>Beratungsfälle Gesamt</b>	<b>586</b>	<b>600</b>	<b>607</b>	<b>575</b>	<b>584</b>	<b>603</b>
davon Schuldnerberatung	358	343	380	343	350	311
davon Verbraucherinsolvenzberatung	228	257	227	232	234	292
<b>Beratungsgespräche Gesamt</b>	<b>1.871</b>	<b>2.047</b>	<b>2.141</b>	<b>2.364</b>	<b>2.361</b>	<b>2.459</b>
davon Schuldnerberatung	951	848	911	936	994	947
davon Verbraucherinsolvenzberatung	920	1.199	1.230	1.428	1.367	1.512

**Tab. C.10: Beratungsfälle und Beratungsgespräche in der Schuldnerberatung, Jahre: 2011 bis 2016, Jahresstatistik**

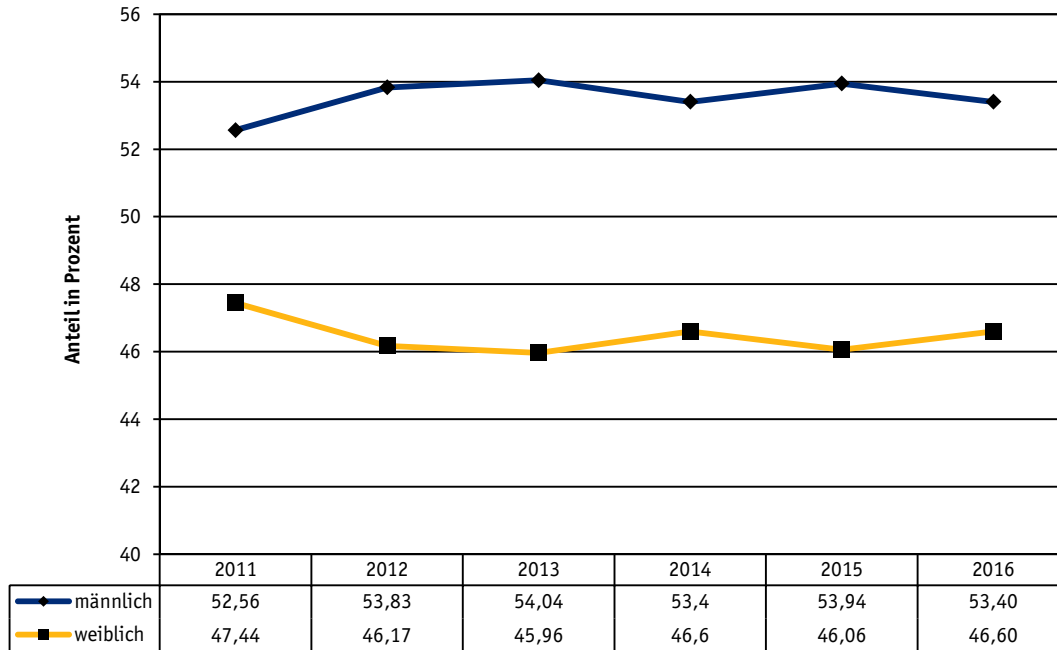
Quelle: *Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.*

### 6.3 Fälle in der Jenaer Schuldnerberatungsstelle nach ausgewählten Merkmalen

Die Statistik der Beratungsstelle ermöglicht es, Aussagen über die soziodemographischen Merkmale der Beratungsteilnehmer/-innen zu treffen. Dabei muss jedoch angemerkt werden, dass die Daten lediglich Informationen über Personen bereitstellen, die sich bereits an die Beratungsstelle gewendet haben. Da die Beratung freiwillig erfolgt, ist davon auszugehen, dass eine Dunkelziffer bei den verschuldeten/ von Verschuldung bedrohten Personen vorliegt, die aus verschiedenen Gründen keine Hilfestellung in Anspruch nehmen. Auch wenn sich die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme sehr niedrigschwellig gestalten (offene Sprechstunden, Möglichkeit der Kontaktaufnahme per E-Mail usw.), existieren offenbar Hemmschwellen, sodass bestimmte Personengruppen mit dem Angebot der kostenfreien Unterstützung nicht erreicht werden. Es wird zukünftig darüber zu diskutieren sein, wie diese Gruppen in das Beratungssystem integriert werden können und welche zusätzlichen Kapazitäten dafür notwendig wären. Trotz dieser Einschränkung gelten die Daten der Schuldnerberatungsstelle als wichtiges Instrument für die Darstellung der Betroffenenengruppe.<sup>118</sup> Die folgenden Analysen beziehen sich auf die jeweilige Summe aller Kurz- und Langzeitberatungsfälle, die in den entsprechenden Jahren innerhalb der Schuldnerberatung behandelt wurden. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, werden in den Abbildungen vorwiegend Anteilswerte dargestellt. Auf die absoluten Werte wird in den Erläuterungen eingegangen.

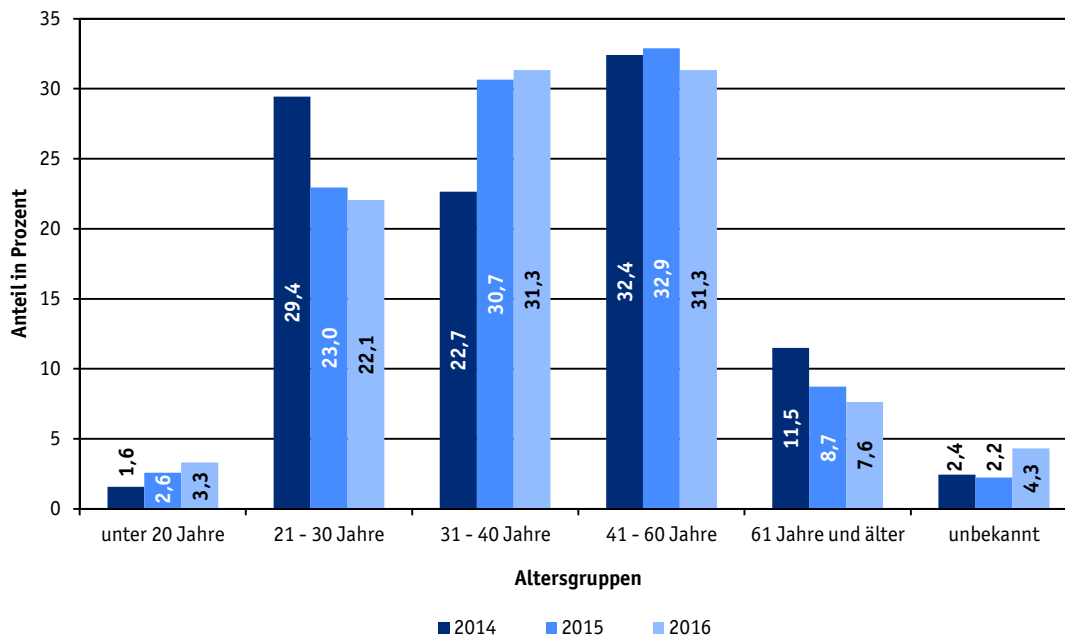
**Abb. C.29** zeigt das Geschlechterverhältnis bei den Beratungsfällen im Zeitraum von 2011 bis 2016. Demnach befanden sich im Jahr 2016 mit 53,4 Prozent deutlich mehr Männer in einer Kurz- und Langzeitberatung als Frauen. Aus dem Zeitverlauf heraus lässt sich keine Annäherung des Geschlechterverhältnisses ablesen, auch wenn von 2015 zu 2016 anteilig etwas weniger Männer und etwas mehr Frauen Hilfe in Anspruch nahmen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, besuchten 2016 insgesamt 322 Männer und 281 Frauen die Jenaer Schuldnerberatungsstelle. Im Jahr 2011 nahmen im Vergleich 308 Männer und 278 Frauen Hilfe in Anspruch.

<sup>118</sup> Vgl. Hanf et. al (2009): S. 3.



**Abb. C.29: Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Geschlecht, Jahre: 2011 bis 2016, Jahresstatistik**

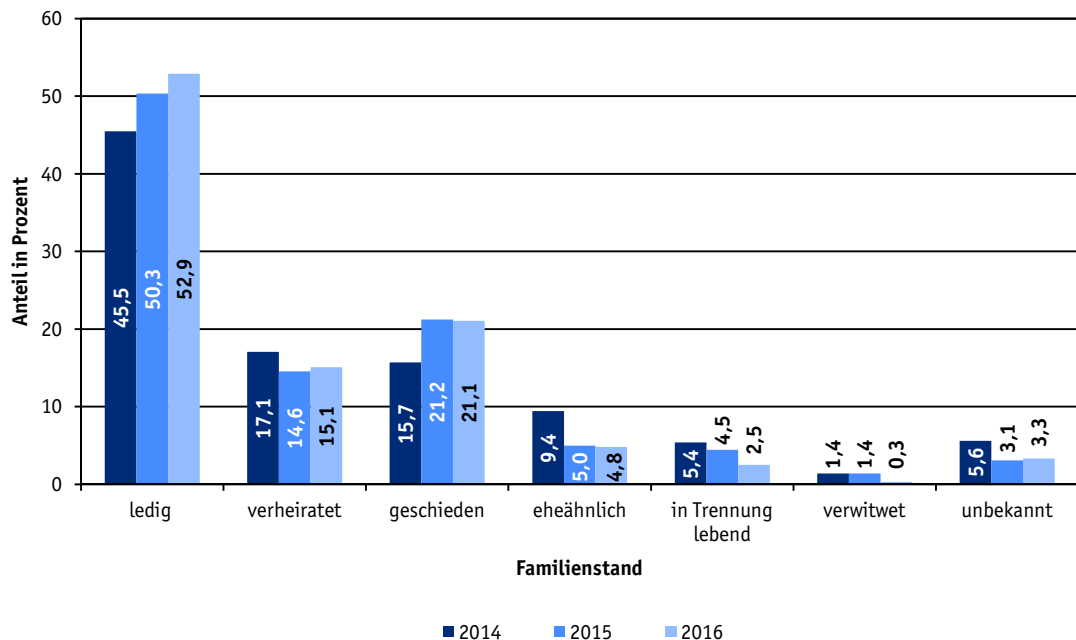
Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.



**Abb. C.30: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Altersgruppen, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.

Bei Betrachtung der Altersgruppen kann festgestellt werden, dass sich in den vergangenen Jahren vor allem Menschen mittleren Alters an die Beratungsstelle wendeten (**Abb. C.30**). Während der Anteil der Personen zwischen 21 und 30 Jahren eher rückläufig war (29,4 Prozent im Jahr 2014 zu 22,1 Prozent im Jahr 2016), nahm vor allem der Anteil der Personen zwischen 31 und 40 Jahren zu (22,65 Prozent im Jahr 2014 zu 31,34 Prozent im Jahr 2016). Im Jahr 2016 erhielten zusammengefasst 189 Personen zwischen 31 und 60 Jahren Unterstützung. Es wird außerdem ersichtlich, dass der Anteil der Personen im Alter über 60 Jahren kontinuierlich abnahm. Besuchten 2014 noch 66 Personen dieser Gruppe die Beratungsstelle, so waren es 2016 nur noch 46. Auch wenn die Gruppe der unter 20-Jährigen anteilig den geringsten Stellenwert einnahm, so verdoppelte sich deren Zahl im Zeitraum von 2014 bis 2016 von neun auf 20 Fälle. Obwohl diese Fälle anteilig kaum ins Gewicht fielen und berücksichtigt werden muss, dass ebenfalls die gesamte Fallzahl stieg, entstand hier eine neue Gruppe von beratungsbedürftigen Personen mit besonderen Ansprüchen.



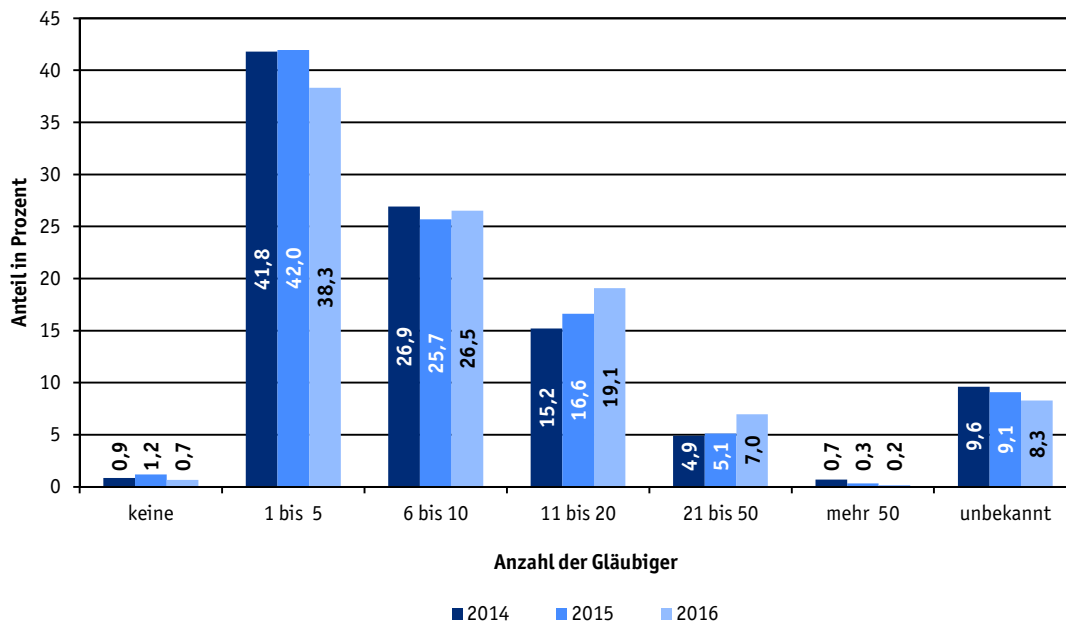
**Abb. C.31: Verteil der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Familienstand, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: *Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.*

Bei Betrachtung des Familienstandes der Personen in der Schuldnerberatung (**Abb. C.31**) wird deutlich, dass ledige Menschen, die mit Abstand größte Gruppe darstellten. Der Anteil dieser Gruppe an allen Beratungsfällen nahm in den Jahren von 2014 bis 2016 weiterhin zu (von 45,5 Prozent auf 52,9 Prozent). 2014 befanden sich insgesamt 261 und 2016 insgesamt 319 ledige Personen in der Beratung. Eine Zunahme ist ebenfalls bei der Gruppe der Geschiedenen zu beobachten (127 Personen im Jahr 2016). An dritter Stelle steht die Gruppe der Verheirateten (91 Personen im Jahr 2016). Alle weiteren Formen des Familienstandes spielten bei den Beratungsfällen nur eine untergeordnete Rolle. Dass verwitwete Personen bisher nur selten den Weg in die Schuldnerberatung fanden, legt die Vermutung nahe, dass diese Gruppe in Jena entweder weniger von Verschuldung betroffen ist als es Studien über bundesweite Entwicklungen nahelegen oder es

sich hierbei um eine Gruppe handelt, bei der die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme von Hilfsangeboten besonders hoch ist.<sup>119</sup>

**Abb. C.32** stellt die Verteilung der Ratsuchenden nach der Anzahl ihrer Gläubiger dar. Demnach besaßen im Jahr 2016 insgesamt 38,3 Prozent der Klienten einen bis fünf Gläubiger, was 231 Personen entsprach. Im Vergleich zu 2014 verringerte sich der Anteil dieser Gruppe um 3,7 Prozent (acht Personen). Mit 26,5 Prozent (160 Personen) standen im Jahr 2016 die Hilfesuchenden mit sechs bis zehn Gläubigern an zweiter Stelle. Einen Zuwachs erfuhren die Beratungsfälle mit elf bis 20 und 21 bis 50 Gläubigern. Von 2014 bis 2016 stiegen die Anteile hier jeweils von 15,2 auf 19,1 und von 4,9 auf 7,0 Prozent. Die Zahl der Hilfesuchenden mit 11 bis 20 Gläubigern stieg somit von 87 auf 115 Personen und die Zahl der Hilfesuchenden mit 21 bis 50 Gläubigern von 28 auf 42 Personen. Insgesamt ist ein leichter Trend zu einer höheren Zahl von Gläubigern bei den Hilfesuchenden erkennbar.

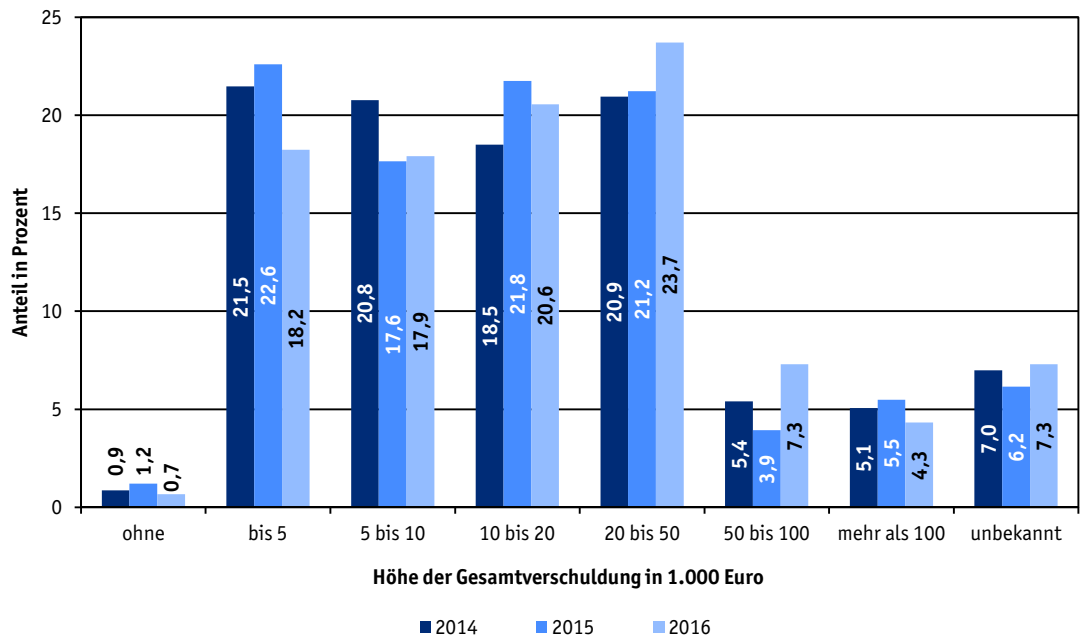


**Abb. C.32: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Anzahl der Gläubiger, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: *Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.*

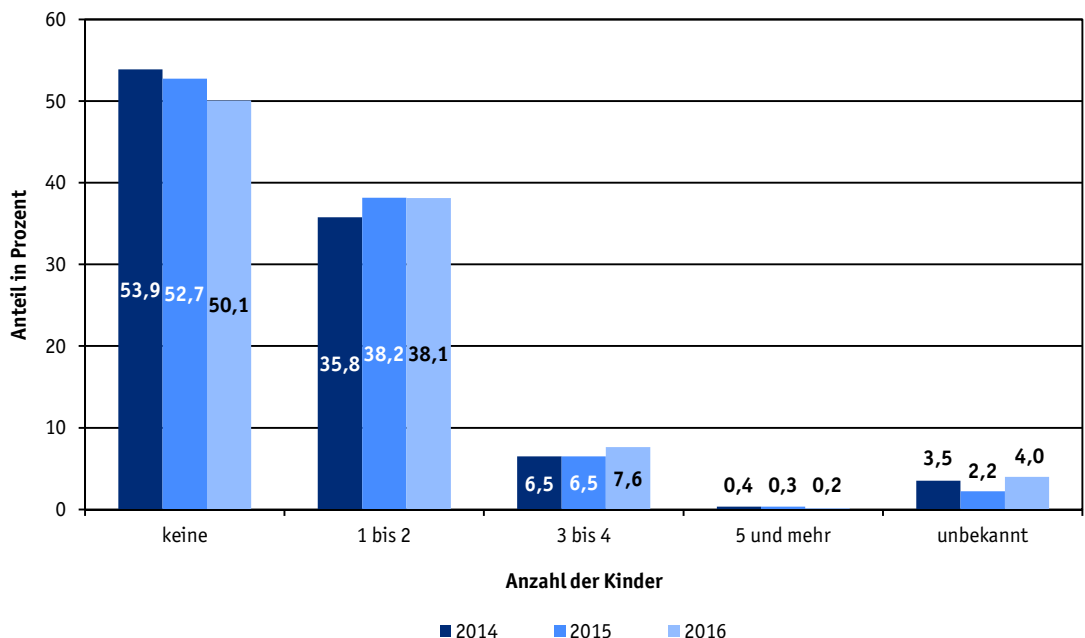
**Abb. C.33** veranschaulicht die Höhe der Gesamtverschuldung der Hilfesuchenden. Im untersuchten Zeitraum wies ein Großteil der Personen eine Schuldenlast von bis zu 50.000 Euro auf, wobei im Verlauf des betrachteten Zeitraums eine tendenzielle Erhöhung der Schuldenlast festgestellt werden muss. Im Jahr 2016 besaßen demnach 110 Personen eine Gesamtverschuldung von bis zu 5.000 Euro, 108 Personen eine Gesamtverschuldung von 5.000 bis 10.000 Euro, 124 Personen eine Gesamtverschuldung von 10.000 bis 20.000 Euro und 143 Personen eine Gesamtverschuldung von 20.000 bis 50.000 Euro. 44 Personen besaßen im Jahr 2016 eine Schuldenlast von 50.000 bis 100.000 Euro. Im Vergleich zu 2015 stellte dies einen Anstieg von 21 Personen dar.

<sup>119</sup> In der Literatur werden familienbiografische Faktoren, insbesondere auch die Verwitwung, als Risikodimensionen für Altersarmut dargestellt. Vgl. hierzu: Brettschneider, Antonio/ Klammer, Ute (2016): Lebenswege in die Altersarmut. Biografische Analysen und sozialpolitische Perspektiven. Sozialpolitische Schriften (Band 94). Berlin: Duncker und Humblot, S. 54.



**Abb. C.33: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Höhe der Gesamtverschuldung in 1.000 Euro, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.



**Abb. C.34: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Anzahl der Kinder, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.

**Abb. C.34** gibt Auskunft über die Zahl der Kinder der Personen in der Schuldnerberatung. Die Entwicklung dieser Größe besitzt für die vorliegende Untersuchung besondere Relevanz, da Schuldenprobleme in der Familie Auswirkungen auf verschiedene Lebenslagenbereiche der betroffenen Kinder entfalten können.<sup>120</sup> Es wird davon ausgegangen, dass die Verschuldungssituation ein zentraler Bestandteil der finanziellen Rahmenbedingung der Familie darstellt und somit die materielle Versorgung des Kindes mitbestimmt. Dabei ist zu bedenken, dass sowohl die konkrete Güterverteilung im Haushalt als auch die unterschiedliche Prioritätensetzung bei Konsumententscheidungen zu unterschiedlichen Versorgungslagen der einzelnen Haushaltsmitglieder führen können.<sup>121</sup> Trotz der Möglichkeit, dass die betroffenen Eltern eine Priorisierung der finanziellen Mittel in Richtung des Kindes anstreben, legen verschiedene Studien nahe, dass ein positives Aufwachsen trotz Armut vor allem dann gelingt, wenn eine zusätzliche Überschuldungssituation vermieden wird.<sup>122</sup>

Die Entwicklung der Fallzahlen in der Schuldnerberatung zeigt, dass von 2014 bis 2016 ein Großteil der Hilfesuchenden keine Kinder besaß. Im Verlauf des betrachteten Zeitraums nahmen der Anteil und die Zahl der Personen mit einem bzw. zwei Kindern jedoch kontinuierlich zu. Im Jahr 2014 umfasste ihre Zahl demnach 204 und im Jahr 2016 230 Personen. Die Zahl der Personen mit drei bzw. vier Kindern stieg ebenfalls von 37 auf 46 an. Bei einer möglichen Fortsetzung dieses Trends wird zukünftig eine Erweiterung der Angebote der familiengerechten Unterstützung im Rahmen der Schuldnerberatung erforderlich werden. Da familiäre Armut gleichbedeutend mit Kinderarmut ist, stellt die Hilfe für überschuldete Eltern den Ausgangspunkt zur Bekämpfung von Armutslagen ihrer Kinder dar.<sup>123</sup>

**Abb. C.35** schlüsselt die Verschuldungsgründe der Hilfesuchenden in der Schuldnerberatung auf. Hierbei ist zunächst einschränkend anzumerken, dass die Zahl der unbekannteren Fälle in diesem Bereich mit rund 15 bis 20 Prozent in den Jahren 2014 und 2016 relativ hoch ausfiel, was bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden muss.<sup>124</sup> Dennoch lassen sich auch hier relevante Entwicklungen ablesen. Konsumausgaben stellten im gesamten betrachteten Zeitraum den Hauptverschuldungsgrund bei den Hilfesuchenden dar, wobei diese Ursache sowohl anteilig als auch in absoluten Zahlen im zeitlichen Verlauf weniger häufig angegeben wurde. Gaben im Jahr 2014 noch 130 Personen ihr Konsumverhalten als Verschuldungsursache an, so waren es im Jahr 2016, bei einer insgesamt steigenden Zahl an Beratungsfällen, nur noch 102 Personen. Im Vergleich hierzu gaben 2016 insgesamt 98 Personen an, dass die eigene Selbstständigkeit (und die damit in Zusammenhang stehenden Ausgaben) zu einer Verschuldung führte. Auffällig ist zudem die Entwicklung der Faktoren Sucht und Krankheit. Zusammengenommen entwickelten sich die Fallzahlen in diesem Bereich von 37 im Jahr 2014 auf 66 im Jahr 2016. Bezüglich der gesundheitlichen Situation ist festzustellen, dass vor allem die seelischen und psychischen Erkrankungen bei den Betroffenen zunahmen. Diese traten nach Einschätzung der Beratungsstelle hauptsächlich in Folge finanzieller Belastungen auf und sorgten für spürbare Herausforderungen im Fallmanagement. Die Kreditaufnahme als klassischer Verschuldungsgrund verlor an Bedeutung, während immer häufiger auch die Trennung vom (Ehe)Partner als Grund für eine Verschuldung angegeben wurde.

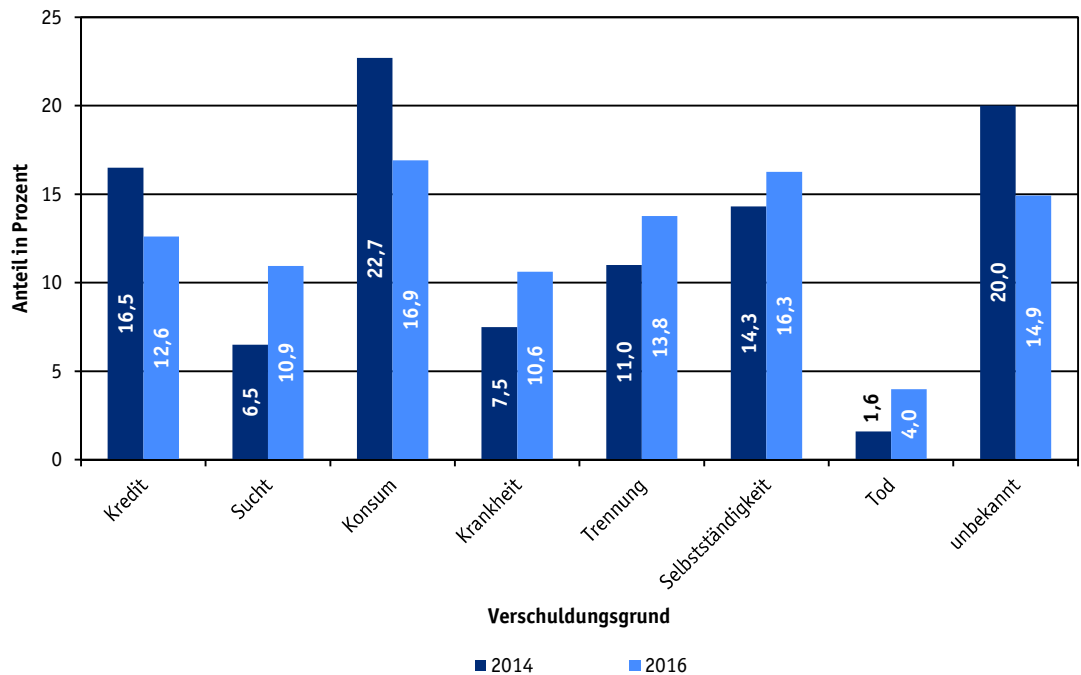
<sup>120</sup> Vgl. Fairlie, Susanne: Überschuldete Eltern – arme Kinder. Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V., <http://www.schuldnerberatung-berlin.de/index.php?id=98>. (Letzte Änderung: 11.02.2014).

<sup>121</sup> Vgl. Laubstein/ Holz/ Sedding (2016): S. 45.

<sup>122</sup> Vgl. Holz, Gerda/ Laubstein, Claudia/ Sthamer, Evelyn (2012): Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland. 15 Jahre AWO-ISS- Studie. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main, S. 16.

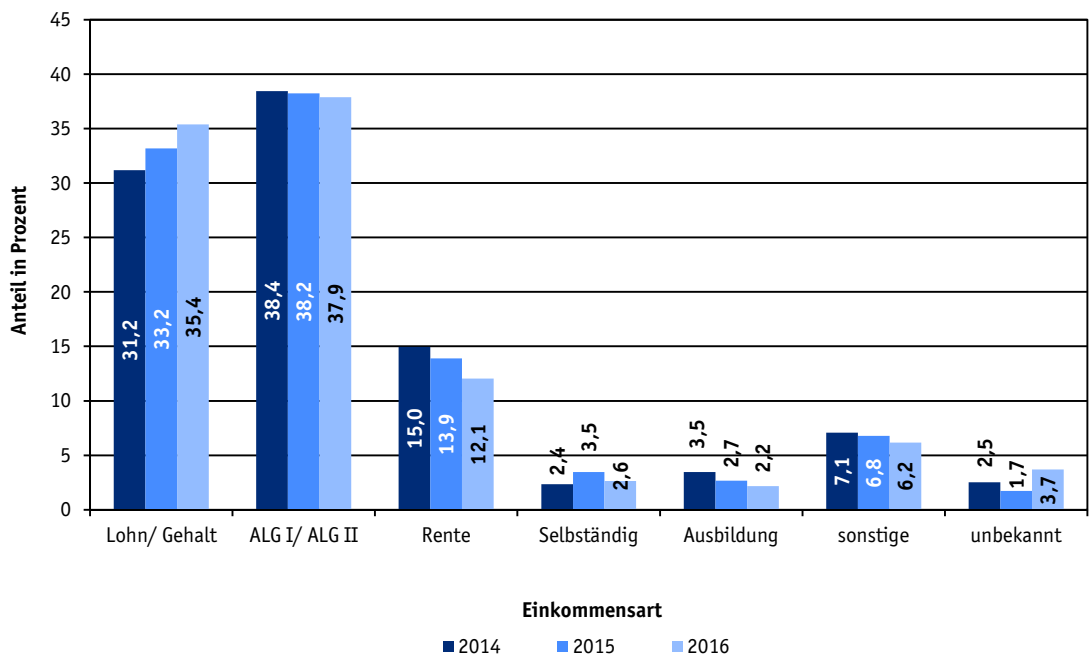
<sup>123</sup> Vgl. Fairlie, Susanne (Zugegriffen: 11. Februar 2014).

<sup>124</sup> Die Ergebnisse für das Jahr 2015 werden an dieser Stelle nicht angeführt, da in dem entsprechenden Berichtsjahr der Anteil unbekannter Fälle bei rund 40 Prozent lag und damit keine vergleichende Interpretation möglich ist.



**Abb. C.35: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Grund der Verschuldung, Jahre 2014 und 2016, Jahresstatistik**

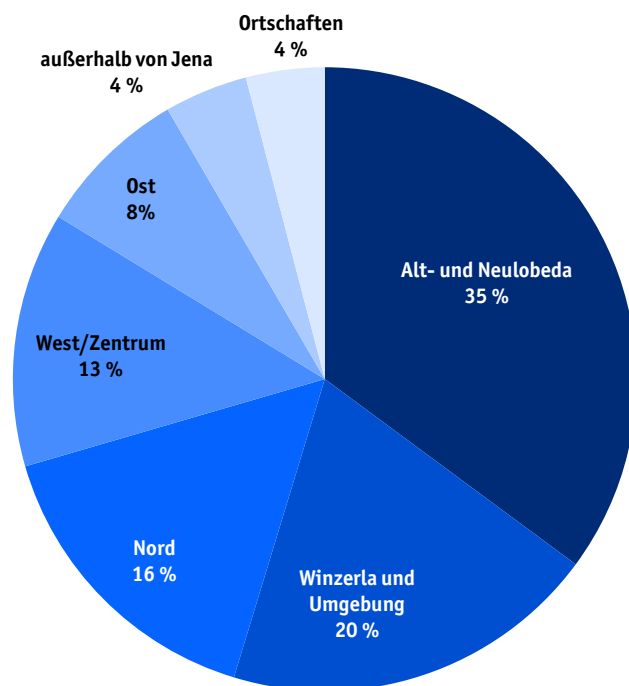
Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.



**Abb. C.36: Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Einkommensart, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik**

Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung 2017. Eigene Darstellung.

Bei Betrachtung der Einkommensverhältnisse der Personen in der Beratung (**Abb. C.36**) ist festzustellen, dass erwerbstätige und arbeitslose Menschen gleichermaßen Hilfe in Anspruch nahmen. Insgesamt ist hierbei anzumerken, dass bei einer etwa gleichbleibenden Zahl der Arbeitslosengeldempfänger in der Beratung (ca. 244 Personen) die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit die Schuldnerberatung aufsuchten, kontinuierlich zunahm. Befanden sich 2014 noch insgesamt 198 Erwerbstätige in der Beratung, so waren es 2016 insgesamt 229. Der Anteil der Rentenempfänger/-innen war hingegen leicht rückläufig. Bezogen im Jahr 2014 noch 95 Personen in der Schuldnerberatung Rente, so waren es im Jahr 2016 noch 78 Personen. Im Jahr 2016 absolvierten 14 Hilfesuchende eine Ausbildung und 15 Personen waren selbstständig tätig. Obwohl die Selbstständigkeit im Jahr 2016 den zweitwichtigsten Verschuldungsgrund darstellte (**Abb. C.35**), waren allgemein nur relativ wenige Personen in der Beratung selbstständig tätig. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Betroffenen die Selbstständigkeit zum Zeitpunkt der Beratung bereits aufgegeben hatte.



**Abb. C.37: Verteilung der langfristigen Beratungen in der Schuldnerberatung nach Wohnort, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.**

*Quelle: Fachdienst Soziales (Sozialamt), Team Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung Jena und Statistisches Bundesamt, 2017. Stichtag: 31.12. Eigene Darstellung.*

*Hinweis: Während sich die bisherigen Darstellungen sowohl auf Kurzberatungen als auch auf langfristige Beratungen bezogen, werden an dieser Stelle aufgrund der Datenlage nur die langfristigen Beratungen betrachtet. Die Datenauskunft erfolgte über das Statistische Bundesamt. N = 393 Fälle.*

Die Auswertung der Langzeitfälle in der Schuldnerberatung ermöglicht es, Aussagen über die Herkunft der Hilfesuchenden zu treffen. **Abb. C.37** verdeutlicht, dass im Jahr 2016 die meisten Klienten in Lobeda (138 Personen) sowie Winzerla (77 Personen) wohnhaft waren. Aus dem Planungsraum Nord stammten 62 Personen, aus dem Planungsraum West/Zentrum 52 Personen und aus dem Planungsraum Ost 31 Personen. In den Ortschaften waren 16 Hilfesuchende wohnhaft und 17 Personen besaßen ihren Wohnsitz außerhalb der Stadt Jena.



Es sei abschließend noch darauf hingewiesen, dass die dargestellten Daten die soziale Situation der Betroffenen nicht vollumfänglich widerspiegeln können. Die Beeinflussung der psychosozialen Lage der Hilfesuchenden ist dabei genauso wenig statistisch erfassbar, wie die Qualität der Vergleiche, die im Rahmen der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung ausgehandelt werden konnten. Außerdem gestalten sich die Problemlagen der Betroffenen sehr vielseitig, sodass keine standardisierten Prozesse bei der Beratung angewendet werden können. Jeder Fall erfordert eine tiefgreifende und individuell am Klienten orientierte Beratung, um Problemlagen erfolgreich bewältigen zu können und präventiv auf die zukünftige Entwicklung der finanziellen und sozialen Lage der Betroffenen einzuwirken. Die Schuldnerberatung stellt somit ein wichtiges Instrument kommunaler Präventionstätigkeit dar.

## 7 Zusammenfassung

In Zusammenhang mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Jena kann für den Zeitraum von 2011 bis 2016 eine Zunahme an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (am Wohnort) bei einer gleichzeitigen Abnahme an Arbeitslosen festgestellt werden. Demnach stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von 37.242 Personen im Jahr 2011 auf 40.430 Personen im Jahr 2016. Die Zahl der Arbeitslosen (nach dem SGB II und SGB III) verringerte sich im gleichen Zeitraum von 3.767 auf 3.567 Personen (Jahresdurchschnittswerte). Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen (Personen, die zwölf Monate oder länger arbeitslos sind) veränderte sich hingegen nur geringfügig. Im Jahr 2011 kann hier ein Wert von 1.330 und im Jahr 2016 von 1.279 Personen festgestellt werden. Somit waren über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg knapp über ein Drittel der Arbeitslosen in Jena von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Mit 35,9 Prozent lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in Jena im Jahr 2016 damit leicht unter dem Thüringer Wert von 36,5 Prozent. Die Arbeitslosenquote an allen zivilen Erwerbspersonen ging von 7,1 auf 6,6 Prozent zurück und lag damit im Jahr 2016 ebenfalls geringfügig unter dem Thüringer Durchschnittswert von 6,7 Prozent. Die Anzahl der Ausländer/-innen hat sowohl in Hinsicht auf die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten als auch in Hinsicht auf die arbeitslosen Personen zugenommen. Dies ist wahrscheinlich auf die insgesamt starke Zunahme der Anzahl der Ausländer/-innen von 2011 zu 2016 zurückzuführen. Die Quote der arbeitslosen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren nahm von 2011 zu 2016 um 0,7 Prozent zu – lag mit 5,9 Prozent im Jahr 2016 aber trotzdem noch unter dem Thüringer Durchschnittswert von 6,7 Prozent. Der Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren erlebte im betrachteten Zeitraum einen Rückgang von 8,8 auf 7,1 Prozent. Auch hier lag der Thüringer Durchschnittswert mit 8,2 Prozent über dem Wert Jenas.

Bei der innerstädtischen Betrachtung der Arbeitslosenanteile können umfangreiche Unterschiede zwischen den Jenaer Planungsräumen festgestellt werden. Bezogen auf alle Personen im erwerbsfähigen Alter lag der Anteil der Arbeitslosen im Jahr 2016 in den Planungsräumen Lobeda und Winzerla mit jeweils 8,3 und 6,7 Prozent über dem Jenaer Durchschnitt von 4,9 Prozent (Stichtag: 31.12.). Im Planungsraum West/Zentrum lag der Wert bei 3,4, in Jena Nord bei 4,5, in Jena Ost bei 2,7 und in den Ortschaften bei 2,2 Prozent. Von 2011 zu 2016 änderte sich an diesen strukturellen Unterschieden nur wenig. Bezogen auf alle Personen der entsprechenden Altersgruppe lag im Jahr 2016 der Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren in den Planungsräumen Lobeda mit 3,5 Prozent und Winzerla mit 5,2 Prozent über dem Jenaer Durchschnitt von 2,5 Prozent. In Jena Nord betrug der Wert 2,4, in West/Zentrum 1,5 und in Ost 1,1 Prozent. Ein ähnliches Bild zeichnete sich bei der Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen ab, wobei hier lediglich Lobeda mit 8,3 Prozent deutlich über dem Jenaer Durchschnittswert von 5,2 Prozent lag. In Winzerla waren 5,4, in Nord 5,3, in West/Zentrum 3,6, in Ost 3,4 und in den Ortschaften 3,0 Prozent aller Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren arbeitslos gemeldet.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenanteile auf statistischer Bezirksebene kann zudem festgestellt werden, dass die Werte innerhalb der Planungsräume zum Teil sehr heterogen verteilt waren. Besonders hohe Werte wiesen im Jahr 2016 die Bezirke Winzerla (8,1 Prozent), Lobeda-West (9,4 Prozent), Lobeda-Ost (10,1 Pro-



zent) und Drackendorf/Lobeda-Ost (6,6 Prozent) auf (Stichtag 31.12.). Es zeigt sich somit, dass zukünftig auch kleinräumige Analysen auf statistischer Bezirksebene stärker in den Fokus der Sozialberichterstattung genommen werden sollten, insofern die Datenlage eine solche Analyse zulässt. Insgesamt sind die Ballung und die großen räumlichen Differenzen bei den Arbeitslosenanteilen, in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit, als problematisch zu betrachten.

Ebenso wie die Arbeitslosenquote nahm auch die SGB-II-Quote an der Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren leicht von 9,2 Prozent im Jahr 2011 auf 8,7 Prozent im Jahr 2016 ab und lag damit unter den Werten Thüringens (9,5 Prozent im Jahr 2016, Stichtag 31.12.).

In Jena waren im Jahr 2016 663 Regelleistungsberechtigte nach dem SGB II erwerbsfähig und 1.922 nicht erwerbsfähig (Stichtag 31.12.). Im Vergleich zu 2011 entsprach dies einem Rückgang der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 574 Personen und einer Steigerung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 396 Personen. Bei näherer Betrachtung der Struktur der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zeigt sich, dass überwiegend Kinder im Alter von unter 15 Jahren nicht erwerbsfähig und leistungsberechtigt waren (Diese Verteilung entspricht in etwa den Thüringer als auch den bundesdeutschen Werten). Im Jahr 2016 entsprachen 450 Leistungsberechtigte der Altersgruppe der unter 3-Jährigen, 389 Leistungsberechtigte der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen und 1.066 Leistungsberechtigte der Altersgruppe der 6- bis unter 15-Jährigen. In der allgemeinen Sozialberichterstattung wird häufig der Ansatz verfolgt, die Kinderarmutsquote aus dem Verhältnis der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Alter von unter 15 Jahren zu allen Kindern dieser Altersgruppe zu errechnen. Nach diesem Ansatz stieg die Kinderarmutsquote in Jena von 2011 zu 2017 von 11,6 auf 13,1 Prozent. Damit näherte sich die Quote dem Thüringer Durchschnittswert von 14,4 Prozent an. Von den 1.922 nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Jahr 2016 lebten 1.042 in Lobeda, 292 in Winzerla, 116 in Jena Ost, 260 in Jena Nord, 184 in West/Zentrum und 26 in den Ortschaften.

Von den insgesamt 5.663 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II im Jahr 2016 waren 2.502 Personen arbeitslos und 3.161 Personen nicht arbeitslos (Stichtag 31.12.). Diese nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten werden auch als Hartz-IV-Ergänzer/-innen bezeichnet und können der Gruppe der Erwerbsarmen zugeordnet werden. Während im Zeitraum von 2011 bis 2016 die Zahl der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten relativ konstant blieb (hier ist lediglich ein Rückgang von 56 Personen zu verzeichnen), verringerte sich im gleichen Zeitraum die Zahl der nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 518 Personen.

Mit dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen verringerte sich ebenfalls die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 5.121 im Jahr 2011 auf 4.551 im Jahr 2016 (Stichtag 31.12.). Von den 4.551 Bedarfsgemeinschaften im Jahr 2016 bestanden 2.793 Bedarfsgemeinschaften aus einer Person, 839 Bedarfsgemeinschaften aus zwei Personen und 919 Bedarfsgemeinschaften aus drei oder mehr Personen. Insgesamt lebten in Jena im Jahr 2016 2.251 Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Dies entsprach in etwa dem Wert von 2011 (2.210 Kinder). Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften an allen Kindern der Altersgruppe verringerte sich von 15,7 Prozent im Jahr 2011 auf 13,5 Prozent im Jahr 2016.

Im Jahr 2016 bezogen 326 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII (Stichtag 31.12.). Dies entsprach in etwa dem Wert von 2011 (323 Personen). Zudem waren im Jahr 2016 847 Personen Leistungsempfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Davon hatten 364 Personen die Altersgrenze von 65 Jahren erreicht oder waren älter. 483 Personen waren 18 bis unter 65 Jahre alt. Insgesamt stieg die Zahl der Leistungsempfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen von 2011 zu 2016 um 132 Personen an. Dabei stieg die Zahl der jüngeren Altersklasse mit 101 Personen stärker an als die Zahl der Personen ab 65 Jahre. Hier lag ein Anstieg von 31 Personen vor. Die Zahl der Wohngeldempfänger verringerte sich von 2.163 Personen im Jahr 2011 auf 1.554 Personen im Jahr 2016.



Im Jahr 2016 erhielten 1.093 Personen Hilfe von der Jenaer Tafel. Aufgrund des großen Zulaufs von Bedürftigen mussten 2015 Wartelistenplätze eingeführt werden. Im Jahr 2016 befanden sich demnach 808 Personen auf der Warteliste. Nach Angaben der Jenaer Tafel sorgte vor allem die erhöhte Nachfrage hilfesuchender Geflüchteter für die gestiegene Zahl an Bedürftigen.

Die Jenaer Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle bietet eine umfassende Beratung und Hilfestellung bei bestehenden finanziellen und persönlichen Problemlagen an. Dabei geht es nicht um eine Übernahme der Schulden, sondern um eine gemeinsame Konzeptentwicklung zur Bewältigung von Schulden-situationen. Die Beratung erfolgt dabei kostenfrei. Insgesamt bearbeitete die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Jena im Jahr 2016 603 Beratungsfälle (Kurzberatungen und längerfristige Beratungen). Die Anzahl der Beratungsgespräche stieg, bei einer relativ gleichbleibenden Zahl von Beratungsfällen, von 2011 zu 2016 von 1.871 auf 2.459. Die erhöhte Zahl der Beratungsgespräche bei einer gleichbleibenden Zahl von Beratungsfällen kann dabei auf den gestiegenen Aufwand der Fallarbeit zurückgeführt werden. Über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg nutzten etwas mehr Männer als Frauen die Beratung. Das Verhältnis betrug hier im Jahr 2016 53,4 zu 46,6 Prozent. Etwa zwei Drittel der Hilfesuchenden war zwischen 31 und 60 Jahre alt. Der Anteil der Personen unter 20 Jahren in der Beratung ist von 1,6 auf 3,3 Prozent leicht gestiegen und der Anteil der über 61-Jährigen von 11,5 auf 7,6 Prozent leicht gesunken. Mit 52,9 Prozent war im Jahr 2016 ein Großteil der Beratungsteilnehmer/-innen ledig. Die meisten Ratsuchenden besaßen einen bis fünf Gläubiger (38,3 Prozent im Jahr 2016). Der Anteil der Ratsuchenden mit elf bis 20 Gläubigern nahm von 2014 bis 2016 von 15,2 auf 19,1 Prozent zu. Hieraus ergibt sich ein leichter Trend zu einer erhöhten Zahl von Gläubigern. Etwa die Hälfte der Ratsuchenden im Jahr 2016 besaß Kinder. Dabei kann in der Gesamtentwicklung festgestellt werden, dass der Anteil der Ratsuchenden mit Kindern leicht zugenommen hat. Der Aspekt überhöhter Konsumausgaben stellte mit 16,9 Prozent im Jahr 2016 zwar immer noch die Hauptursache für Verschuldung dar, jedoch war der Anteilswert in diesem Bereich seit 2014 rückläufig. An Bedeutung gewonnen haben hingegen die Themen Krankheit (vor allem psychische Erkrankungen), Sucht, Trennung und die Schuldenaufnahme im Zuge einer Selbstständigkeit. Zudem kann festgestellt werden, dass der Anteil der erwerbstätigen Ratsuchenden von 31,2 Prozent im Jahr 2014 auf 35,4 Prozent im Jahr 2016 zunahm. Der Anteil der Personen im Leistungsbezug nach dem SGB II nahm hingegen leicht von 38,4 auf 37,9 Prozent ab. Ebenfalls rückläufig war der Anteil der Rentner/-innen. Hier kann ein Rückgang von 15,0 auf 12,1 Prozent festgestellt werden. Mit einem Anteil von 35 Prozent kamen die meisten Ratsuchenden aus Lobeda. 20 Prozent waren in Winzerla wohnhaft, 16 Prozent stammten aus Jena Nord, 13 Prozent aus West/Zentrum, acht Prozent aus Jena Ost, vier Prozent aus den Ortschaften und vier Prozent waren außerhalb Jenas wohnhaft.





# **D Wohnen in Jena**

## 1 Wohnsituation im Kontext der Armutsforschung

Die Wohnsituation ist eines der zentralsten Merkmale der Lebensqualität der Bevölkerung und die Versorgung mit angemessenem Wohnraum gilt als elementares Grundbedürfnis eines jeden Menschen.<sup>125</sup> Über verschiedene Wohnformen und die Wohnqualität drücken sich nicht nur unterschiedliche Werthaltungen und Einkommensverhältnisse aus. Die Merkmale des Wohnens und die Wohnumstände besitzen umgekehrt auch einen Einfluss auf die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten.<sup>126</sup> Eine Unterversorgung mit qualitativ akzeptablem Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut und mündet häufig in Einschränkungen des täglichen Lebens. Prekäre Wohnverhältnisse verhindern gesellschaftliche Teilhabe und können sich negativ auf die gesundheitliche Lage auswirken. Die Bewohner/-innen belasteter Wohnquartiere sind dabei nicht selten Stigmatisierungen ausgesetzt.<sup>127</sup> Es kann demnach von einer Wechselwirkung zwischen prekären Wohnverhältnissen und den Erfolgchancen in anderen Lebensbereichen ausgegangen werden.

Im Kontext der Armutsforschung bezeichnet der Begriff der Wohnungsarmut „Lebenslagen, in denen Lebenschancen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand durch Wohnbedingungen und gesellschaftliche Strukturen der Wohnungsversorgung eingeschränkt sind.“<sup>128</sup> Die damit einhergehende soziale Segregation umschreibt dabei die ungleiche räumliche Verteilung der Wohnstandorte unterschiedlicher sozialer Teilgruppen auf ein Stadtgebiet oder eine Region.<sup>129</sup> Segregierte Stadtteile besitzen meist eine hohe Quote von Menschen mit Transferleistungen, eine teilweise schlechte Infrastruktur, eine zu dichte Bebauung mit sanierungsbedürftiger Bausubstanz, eine hohe Verkehrsbelastung und wenig Grünflächen.<sup>130</sup> Im Folgenden werden verschiedene Aspekte des Wohnungsbestandes und der Mietpreisentwicklung in der Stadt Jena insgesamt und nach planungsräumlichen Gesichtspunkten betrachtet. Da es sich bei dem Wohnraum nicht nur um ein soziales sondern auch um ein wirtschaftliches Gut handelt, ist dabei zu bedenken, dass sich die Wohnraumentwicklung immer auch im Spannungsfeld zwischen sozialen und marktwirtschaftlichen Fragen bewegt.

## 2 Wohnungsbestand

Die entscheidenden Kriterien für eine städtische Wohnungspolitik ergeben sich aus dem Angebot und der Nachfrage nach Wohnraum und der daraus resultierenden Mietpreisentwicklung.<sup>131</sup> Die Stadt Jena hat es sich zum Ziel gesetzt, neben der Bereitstellung von ausreichend Wohnraum auch das Wohnungsangebot qualitativ entsprechend der sich verändernden Nachfrage nach begehrten Wohnlagen, Wohnungsgrößen und Ausstattungsstandards sowie Mietpreisen weiter zu entwickeln. Aus dem Wohnbauflächenbericht der Stadt Jena aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass der Nachholbedarf an Wohnraum abgebaut und der Wohnungsmarkt damit entspannt werden konnte.<sup>132</sup>

Der zusätzliche Bedarf an Wohnraum war dabei vor allem auf die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt zurückzuführen. Wie bereits dargestellt, profitierte Jena von einem stetigen Bevölkerungszuwachs, der sich

<sup>125</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse. Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 1.

<sup>126</sup> Vgl. Lakemann, Ulrich (2009): Sozialbericht für die Stadt Jena. Jena: Fachhochschule Jena, S. 188.

<sup>127</sup> Vgl. Gerull, Susanne (2014): Armut und Benachteiligung im Lebensbereich Wohnen. Zweiter Fachtag Armutsbekämpfung. Karlsruhe: ASH Berlin, S. 14.

<sup>128</sup> Breckner, Ingrid (1995): Wohnungsarmut als Aspekt der Lebenslage. Empirische Befunde und Schlussfolgerungen für die Konzeptualisierung von Armut als Lebenslage. In: Bieback, Karl-Jürgen/ Milz, Helga (Hrsg.): Neue Armut. New York/ Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 261.

<sup>129</sup> Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): S. 3.

<sup>130</sup> Vgl. ebd.: S. 3 f.

<sup>131</sup> Vgl. Lakemann, Ulrich (2009): S. 188.

<sup>132</sup> Vgl. Stadt Jena (2016 a): Wohnbauflächenbericht der Stadt Jena 2016. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena. Jena, S. 15.

jedoch ungleich über die einzelnen Planungsräume verteilte. Die größten Anstiege in absoluten Zahlen von 2011 bis 2016 waren in West/Zentrum (1.500 Personen), Nord (1.069 Personen), Lobeda (891 Personen) und Ost (720 Personen) zu verzeichnen. In Winzerla konnte ein Rückgang von 235 Einwohner/-innen ausgemacht werden. Die Zahl der Einwohner/-innen in den Ortschaften stieg geringfügig um 175 Personen an.<sup>133</sup> Somit stieg die Zahl der Haushalte in Jena im Zeitraum von 2011 bis 2016 von 60.840 auf 61.012 an.<sup>133</sup> Ursächlich für den Zuwachs von Einwohner/-innen waren positive Salden bei den Geburten- und Sterbefällen – vor allem im Planungsraum West/Zentrum – und die Wanderungsbewegungen zwischen den Umlandkreisen, den restlichen Teilen Thüringens und dem Ausland.<sup>134</sup> Ein Zuwachs von ausländischen Migrant/-innen kann vor allem in West/Zentrum und Lobeda festgestellt werden, wobei in Lobeda größtenteils auch geflüchtete Menschen einen neuen Platz zum Leben fanden. Aus verschiedenen Gründen ist noch nicht absehbar, wie dauerhaft der Wohnort für diese Personengruppe sein wird.<sup>135</sup> Zur Entspannung des Wohnungsmarktes trug der leichte Rückgang der Studierendenzahlen bei. Waren im Wintersemester 2011/12 noch etwa 25.000 Studierende an einer der Jenaer Hochschulen eingeschrieben, so waren es im Wintersemester 2016/17 noch etwa 22.100 Studierende.

Bei der Betrachtung der Entwicklung des Wohnungsbestandes zeigt sich, dass dieser im Sinne der städtischen Wohnungsbaupolitik, welche auf die positive Bevölkerungsentwicklung reagieren musste, umfassend ausgebaut werden konnte. Insgesamt entstanden in Jena im Zeitraum von 2011 bis 2016 2.925 neue Wohneinheiten (**Tab. D.1**). Die meisten neuen Wohnungen können in den Planungsräumen West/Zentrum (842) und Nord (756) verzeichnet werden. In Winzerla entstanden 229 und in den Ortschaften 213 neue Wohneinheiten. In Jena Ost wurden 270 und in Lobeda 615 neue Wohnungen geschaffen. Grundsätzlich befanden sich auch weiterhin die meisten Wohnungen im Stadtteil Lobeda (13.646 Wohneinheiten). Der kontinuierliche Ausbau des Wohnungsbestandes ist dabei vor allem auf die hohe Bautätigkeit der privaten Anbieter und der Wohnungsgesellschaften zurückzuführen.

Anzahl der Wohnungen	Jahr					
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
West / Zentrum	12.464	12.660	12.795	13.000	13.162	13.306
Nord	10.065	10.232	10.360	10.412	10.568	10.821
Ost	7.977	8.037	8.094	8.122	8.230	8.247
Alt- und Neulobeda	13.031	13.040	13.333	13.635	13.639	13.646
Winzerla und Umgebung	8.249	8.297	8.420	8.460	8.473	8.478
Ortschaften	3.922	3.988	4.034	4.066	4.095	4.135
<b>Jena gesamt</b>	<b>55.708</b>	<b>56.254</b>	<b>57.036</b>	<b>57.695</b>	<b>58.167</b>	<b>58.633</b>

**Tab. D.1: Entwicklung des Wohnungsbestandes in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

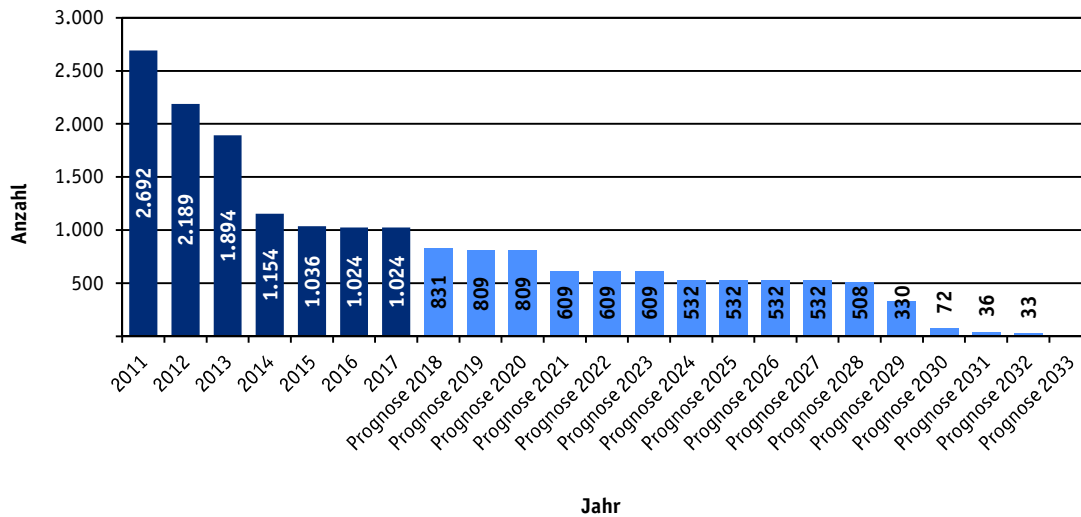
<sup>133</sup> Vgl. Kapitel B: Bevölkerung, Haushalte, Familien.

<sup>134</sup> Vgl. Stadt Jena (2016 b): Wohnstadt Jena. Monitoring zum Jenaer Wohnungsmarkt. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena.

<sup>135</sup> Vgl. Stadt Jena (2016 a): S. 16.

### 3 Sozialer Wohnungsbau und Belegungsbindungen

Trotz der positiven Entwicklung im Bereich des Wohnungsbestandes und der damit einhergehenden Entspannung des Wohnungsmarktes, haben eine Reihe von Haushalten in Jena Schwierigkeiten, sich mit dem benötigten Wohnraum zu versorgen.<sup>136</sup> Im Thüringer Wohnraumförderungsgesetz wird die Gruppe der Personen mit Marktzugangsproblemen näher beschrieben. Zu ihr gehören insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern, junge Ehen und Lebenspartnerschaften, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende, Wohnungslose und sonstige hilfebedürftige Personen.<sup>137</sup> Neben der aktiven Wohnraumförderung sollen vor allem Belegungs-, Miet- und Zweckbindungen dazu beitragen, dass Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, ausschließlich den entsprechenden Gruppen zur Verfügung gestellt werden.



**Abb. D.1:** Entwicklung belegungsgebundener Wohnungen in Jena mit Prognose, Jahre 2011 bis 2017 mit Prognose bis 2033, Stichtag jeweils: 31.12.

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Team Wohnen 2018. Eigene Darstellung.

Die Versorgung einkommenschwacher Haushalte mit preiswertem Wohnraum in der Stadt Jena soll dabei vorrangig im Bestand stattfinden. Im Jahr 2015 wurde diesbezüglich die Zielvorgabe formuliert, den Bestand an Wohnungen mit Belegungs- und Mietpreisbindungen mindestens auf dem Niveau von 2.591 Wohneinheiten zu halten.<sup>138</sup> Es zeigt sich jedoch, dass die Zahl der belegungsgebundenen Wohnungen rückläufig ist (**Abb. D.1**). Es ist festzuhalten, dass die Zahl der auslaufenden Bindungen bisher nicht kompensiert werden konnte. Dieser Trend wird sich unter den momentanen Gegebenheiten auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Erschwerend kommt hinzu, dass die bis 2016 überarbeiteten Förderprogramme für die Wohnungsunternehmen wenig lukrativ waren, was dazu führte, dass sie kaum nachgefragt wurden. Dieser Umstand hat dazu beigetragen, dass die Nachfrage nach belegungsgebundenen Wohnungen das Angebot bereits jetzt um ein Vielfaches übersteigt.<sup>139</sup> Bei gleichbleibenden politischen Rahmenbedingun-

<sup>136</sup> Vgl. Stadt Jena (2015 a): Gutachten über die Wirksamkeit der Wohnungsmarktinstrumente. Jena, S. 7.

<sup>137</sup> Vgl. § 2 Abs. 1 ThürWoFG.

<sup>138</sup> Vgl. Stadt Jena (2015 b): Beschluss des Jenaer Stadtrates Nr. 15/0370-BV vom 21.10.2015. Wohnen in Jena 2030. In: Amtsblatt der Stadt Jena 26:374.

<sup>139</sup> Dabei können keine konkreten Aussagen über die tatsächliche Nachfrage getroffen werden, da die Antragssteller für einen Wohnberechtigungsschein in der Regel erst dann vorsprechen, wenn ihnen bereits eine belegungsgebundene Wohnung vom Vermieter angeboten wurde.



gen für die soziale Wohnraumförderung ist davon auszugehen, dass es spätestens im Jahr 2033 keine mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen mehr geben wird, obwohl der Bedarf an preisgünstigen Wohnraum bestehen bleibt und unter Umständen sogar noch zunehmen wird.

## 4 Geflüchtete Menschen und der Jenaer Wohnungsmarkt

Im Jahr 2016 (Stichtag 31.12.) wurden in Jena 1.489 Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthaltsstatus (ohne EU-Bürger/-innen) registriert, die aus humanitären bzw. politischen Gründen ihre Herkunftsländer verlassen mussten. Es handelte sich hierbei um Asylbewerber/-innen, die einen positiven Bescheid erhielten und somit aufgrund der Freizügigkeit Zugang zum Wohnungsmarkt erhielten.<sup>140</sup> Da Asylbewerber/-innen mit dem Erlangen der Aufenthaltsgenehmigung zum überwiegenden Teil auf Sozialleistungen angewiesen sind und eine Übernahme der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (KdU) benötigen, sind sie vor allem auf preiswerten Wohnraum angewiesen. Die größte Bedeutung als privater Wohnstandort für Geflüchtete besaß somit Lobeda, gefolgt von Winzerla, da beide Planungsräume den umfangreichsten Bestand an günstigen Wohnungen aufwiesen. Es wird davon ausgegangen, dass selbst bei einer raschen Integration in den Arbeitsmarkt im Wesentlichen auch weiterhin diese Art von Wohnraum nachgefragt werden wird.<sup>141</sup>

Es zeigt sich, dass der Anteil geflüchteter Menschen mit Aufenthaltsberechtigung eine nicht zu vernachlässigende Nachfragegruppe für den Jenaer Wohnungsmarkt darstellt. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung ist dabei der Vertreibungsdruck in den Herkunftsregionen. Dabei muss bedacht werden, dass die Wahrscheinlichkeit relativ groß ist, dass ein Teil der Menschen in Friedenszeiten wieder in die Heimatländer zurückkehren wird (nach dem Ende des Balkankrieges sind beispielsweise 80 Prozent der Geflüchteten wieder in die Heimatländer zurückgekehrt). In welchem Umfang dies geschieht, hängt jedoch von dem künftigen Friedensprozess in den betroffenen Regionen ab. Wenn sich das Krisenende weiter verzögert, dann ist der Integrationszeitraum in Deutschland länger, was wiederum zu einer erhöhten Bleibewahrscheinlichkeit führt. Ein schnelles Krisenende erhöht hingegen die Wahrscheinlichkeit der Rückkehr. Aus wohnungspolitischer Sicht müssen die Bedarfe für geflüchtete Menschen also präzise, zeitnah und regelmäßig ermittelt werden, um sich auch auf plötzliche Veränderungen einstellen zu können. Dabei ist es wichtig, dass die Gruppe der Geflüchteten bezüglich des Wohnungsmarktes in kein Konkurrenzverhältnis zu anderen sozialen Gruppen gebracht wird, die ebenfalls auf günstige Wohnungen angewiesen sind. Dies kann vor allem durch die ausreichende Verfügbarkeit von passendem Wohnraum vermieden werden.

## 5 Mietpreisentwicklung und Wohnzufriedenheit

Bei einem Vergleich der Bestandsmieten für Mietverträge in Jena, die vor dem Jahr 2016 und im Jahr 2016 geschlossen wurden, kann festgestellt werden, dass die Mieten bei den Neuverträgen durchschnittlich höher lagen (**Abb. D.2**). Während sich ein Großteil der Mieten bei Verträgen, die vor 2016 geschlossen wurden im Bereich von 4,76 Euro bis 5,75 Euro pro qm bewegten, lagen die Mieten bei neu geschlossenen Verträgen größtenteils im Bereich von 5,76 Euro bis 6,00 Euro pro qm. Im niedrigen Preissegment bis 4,76 Euro pro qm wurden im Jahr 2016 kaum noch Verträge abgeschlossen. Dafür nahm der Anteil der hochpreisigen Verträge im Bereich ab 8,25 Euro pro qm zu.

<sup>140</sup> Vgl. Jenaer Statistik, Quartalsbericht IV/2016 (26. Jg., Heft 101), S. 15.

<sup>141</sup> Vgl. Stadt Jena (2016 c): Wohnungsmarkt und Flüchtlinge. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena. Jena, S. 15.

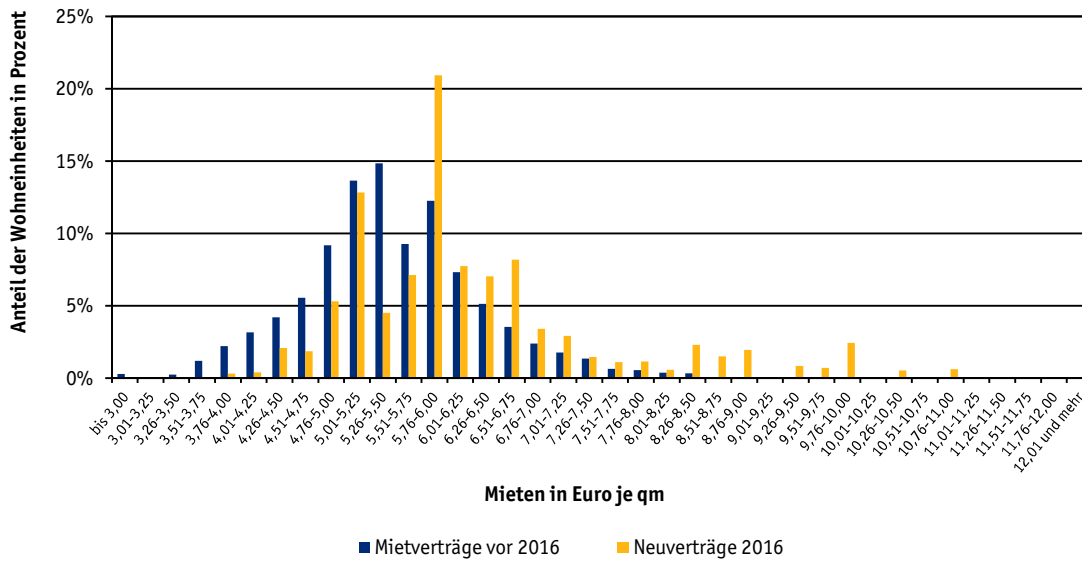


Abb. D.2: Verteilung der Bestandsmieten bei abgeschlossenen Mietverträgen vor 2016 und Neuverträgen

Quelle: Monitoring zum Jenaer Wohnungsmarkt 2017. Eigene Darstellung.

Bezüglich der Miethöhen lässt der Jenaer Wohnungsmarkt eine Zweiteilung erkennen. Auf der einen Seite befanden sich die Bestände von jenawohnen und der Wohnungsgenossenschaften und auf der anderen Seite die Bestände der privaten Wohnungseigentümer und privaten Wohnungsunternehmen. Bei der organisierten Wohnungswirtschaft (jenawohnen stellt hier den größten Anteil) mussten die Mieter durchschnittlich 5,91 Euro je qm aufwenden (Stand: November 2017). Im privaten Sektor zahlten die Mieter/-innen im Schnitt 7,71 Euro. Die räumlichen Schwerpunkte der organisierten Wohnungswirtschaft lagen vorwiegend in den Großwohnsiedlungen Lobeda und Winzerla, weswegen die Mieter im betrachteten Zeitraum in diesen Planungsräumen entsprechend die geringste Miete zahlten (Lobeda: durchschnittlich 5,55 Euro je qm; Winzerla: durchschnittlich 5,72 Euro je qm). Die privaten Eigentümer konzentrierten sich eher auf gut ausgestattete Neubau- und sanierte Altbauwohnungen, welche vorwiegend in den Planungsräumen West/Zentrum und Ost erschlossen wurden. Die Mieten betragen hier durchschnittlich 7,60 Euro je qm im Planungsraum West/Zentrum und 7,57 Euro je qm in Jena Ost (Stand: November 2017).<sup>142</sup>

In der aktuellen **Haushaltsbefragung der Stadt Jena** wurde über eine repräsentative Stichprobe die **Wohnzufriedenheit** der Jenaer Bevölkerung erfasst.<sup>143</sup> Während Bewohner/-innen von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu 98 Prozent mit ihren Wohnungen zufrieden oder sehr zufrieden sind, ist dieser Anteil unter den Mieter/-innen mit 76 Prozent deutlich kleiner. 18 Prozent von ihnen sind nur teilweise zufrieden und sechs Prozent sehr unzufrieden. Dabei lässt sich feststellen, dass vor allem jüngere sowie einkommensschwächere Bewohner/-innen ihre Wohnsituation als nur teilweise zufriedenstellend oder sogar schlecht einschätzten. Die Wohnumgebung wurde von mehr als der Hälfte der Jenaer Haushalte kritisch bewertet.

<sup>142</sup> Die Ergebnisse beziehen sich auf die Haushaltsbefragung 2017.

Vgl. hierzu Stadt Jena (2017 b): Perspektiven für Jena. Trends und Fakten zum Wohnungsmarkt. Jena, S. 1. und Stadt Jena (2016 b): Kapitel A 2.1 Wohnsituation der Jenaer Haushalte.

<sup>143</sup> Die Organisation der Befragung übernahm die Stadt Jena. Die Auswertung erfolgte über Timourou: Wohn- und Stadtraumkonzepte. Es handelte sich um eine schriftliche Befragung. Der Befragungszeitraum lag zwischen August und September 2017. Der Stichprobenumfang lag bei 5.000 zufällig ausgewählten Haushalten. 1.319 Fragebögen waren auswertbar (Rücklaufquote: 26,4 Prozent).

Positiv eingeschätzt wurden die Bildungsangebote, die wirtschaftliche Entwicklung und das kulturelle Angebot in der Stadt. Defizite zeigten sich trotz des steigenden Wohnungsbestandes bei dem Image der Stadt als Wohnstandort. Rund 30 Prozent empfinden dieses als zwiespältig oder schlecht. Bezogen auf die Frage, ob sie einen Zuzug in ihr Wohngebiet empfehlen würden, nahmen im Vergleich zu 2011 in fast allen Planungsräumen die Ja-Antworten ab. Im Gegenzug haben sich die Wegzugsabsichten leicht erhöht. Demnach wollen 12 Prozent der Bewohner/-innen Jenas aus ihrer Wohnung ausziehen. 2011 waren es 10 Prozent. Die Gründe hierfür ähneln sich in den Planungsräumen, jedoch spielen nachbarschaftliche Probleme in einzelnen Bereichen von Lobeda und Winzerla eine größere Rolle. Bei der Entwicklung der Wohngebiete bescheinigen 83 Prozent der Befragten aus Jena Ost dem Planungsraum eine gleichbleibende oder höhere Attraktivität. In Lobeda sind es 51 Prozent. Neun Prozent bemängeln eine fortgesetzte Abnahme der Attraktivität und elf Prozent meinen, dass sich der Stadtteil zum Schlechteren entwickelt hat. Trotz der schlechteren Zufriedenheitswerte in Lobeda und Winzerla besteht hier die stärkste Absicht, im Planungsraum zu verbleiben. Ein Erklärungsversuch für diesen scheinbaren Widerspruch wird über die Altersstruktur der Bewohner/-innen der beiden Planungsräume abgeleitet, denn der Anteil von Senioren und Seniorinnen, die im Allgemeinen die geringste Umzugsbereitschaft aufweisen, ist dort jeweils überdurchschnittlich hoch.<sup>144</sup>

## 6 Zusammenfassung

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass sich der Wohnungsmarkt in Jena mit dem Neu- und Umbau von Wohnraum auf die veränderte Wohnnachfrage (moderne Grundrisse und Ausstattungsstandards, hohe energetische Standards, altersgerechte Ausstattung) eingestellt hat. Der frei finanzierte Neubau ist dabei aufgrund der Grundstücks- und Baukosten größtenteils im mittleren bis höheren Preissegment angesiedelt.<sup>145</sup> Die Mietpreise haben sich ausdifferenziert und sind insgesamt erwartungsgemäß gestiegen.

In diesem Zusammenhang wird aus sozialpolitischer Sicht darauf verwiesen, dass die Höhe der bestehenden Subjektförderung (Wohngeld, KdU) vielfach nicht ausreicht. Der zusätzliche Bedarf lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass in Jena in größerem Umfang soziale Gruppen existieren, die Schwierigkeiten haben, sich auf dem Wohnungsmarkt ohne weitere Unterstützung mit bezahlbarem und angemessenem Wohnraum zu versorgen. Die Gründe hierfür sind in den meisten Fällen auf Zahlungsprobleme bezüglich der Höhe der Miete bzw. auf Zugangsprobleme zu Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt zurückzuführen.<sup>146</sup> Die betroffenen Personen gehören zu der Zielgruppe der sozialen Wohnungsversorgung, die u. a. im Thüringer Wohnraumförderungsgesetz näher umschrieben wird. Es sind insbesondere Haushalte mit Kindern, junge Ehen und Lebenspartnerschaften, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende, Wohnungslose und sonstige hilfsbedürftige Personen.<sup>147</sup> Bei der Versorgung dieser Zielgruppen ist es wichtig auf die soziale Durchmischung in der Stadt zu achten und stabile Bewohner/-innenstrukturen zu schaffen. In Gebieten, in denen bereits einseitige Belegungsstrukturen entstanden sind, sind Interventionen notwendig (z. B. durch das Programm „Soziale Stadt“). Die Stadt Jena geht davon aus, dass die Zahl der insgesamt auf Belegungs- und Mietbindungen angewiesenen Zielgruppen nicht zurückgehen wird. Begründet wird diese Annahme u. a. mit dem anhaltenden Zuzug von Menschen aus dem Ausland sowie der steigenden Zahl der Personen, die von Altersarmut betroffen sind.<sup>148</sup> Ebenfalls nicht außer Acht zu lassen ist die Gruppe der Normalverdiener, die sich an der Schwelle zu Geringverdienern bewegen. Meist handelt es sich hierbei um Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern.

<sup>144</sup> Vgl. Stadt Jena (2017 b): S. 2 f.

<sup>145</sup> Vgl. Stadt Jena (2015 a): S. 6.

<sup>146</sup> Vgl. ebd.: S. 47.

<sup>147</sup> Vgl. Beantwortung Große Anfrage. Wohnsituation und Stadtentwicklung in Jena (30.03.2013): S. 15.

<sup>148</sup> Vgl. Stadt Jena (2015 a): S. 47.

Bezugnehmend auf den Beschluss des Stadtrates „**Wohnen in Jena 2030**“ vom 21.10.2015 sind u. a. folgende Maßnahmen für eine städtische Wohnungspolitik festgelegt worden<sup>149</sup>:

- Die städtische Wohnungspolitik verfolgt das Ziel, das Wohnungsmarktgeschehen durch geeignete Instrumente so zu steuern und zu unterstützen, dass entsprechend der Möglichkeiten und Bedürfnisse der Bevölkerung adäquater Wohnraum zur Verfügung gestellt wird und die notwendigen Rahmenbedingungen für eine wachsende Stadt geschaffen werden.
- Eine offensive Ausweisung von Wohnbauflächen sowie deren Erschließung und Mobilisierung stellen das wichtigste Instrument dar, um bei einer wachsenden Bevölkerung der zusätzlichen Nachfrage gerecht zu werden.
- Um das knappe Bauland in Jena effektiv zu nutzen, soll künftig noch stärker auf die Bestandsentwicklung der inneren Stadtareale und Großsiedlungen geachtet werden. Die Weiterentwicklung der Gebiete der „Sozialen Stadt“ Jena-Lobeda und Jena-Winzerla ist fortzuführen.
- Die Versorgung einkommensschwacher Haushalte mit preiswertem Wohnraum findet vorrangig im Bestand statt. Die Stadt Jena wird hierzu Verhandlungen mit den Wohngesellschaften aufnehmen und die Zahl der Wohnungen mit Belegungs- und Mietpreisbindungen mindestens auf dem Niveau des Jahres 2011 (2.591) vorhalten.
- Der qualifizierte Mietspiegel stellt ein wichtiges Instrument zur Herstellung von Markttransparenz und Berechenbarkeit zwischen Mietern und Vermietern dar. Er ist regelmäßig zu aktualisieren.
- Die Stadt Jena betreibt mit ihrem Eigenbetrieb Kommunale Immobilien Jena systematische Flächenan- und -verkäufe. Die Verkäufe sollen nicht nur unter Erlösgesichtspunkten stattfinden, sondern Wohnbaukonzepte für ein differenziertes Wohnungsangebot stärker berücksichtigen.
- Die jenawohnen GmbH wird als wichtiger Akteur für die Versorgung einkommensschwacher Haushalte bzw. von Haushalten mit anderen Markzugangsproblemen herausgestellt. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist auch weiterhin eine angemessene sozialpolitische Ausrichtung und Mietpolitik notwendig.

Des Weiteren sollte im stadtgesellschaftlichen Diskurs die tatsächliche Wohnungsmarktentwicklung, die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Akteure sowie die zukünftigen Chancen einer wachsenden Stadt offen diskutiert werden. Die AG Wohnungswirtschaft<sup>150</sup> und der Mietspiegel sind positive Tendenzen in diese Richtung. Die stadtweite Diskussion über die Anforderungen und Entwicklungen des Wohnungsmarktes sollte zwischen allen Akteuren der Stadt fortgesetzt werden.

Ein zentrales Ziel der kommunalen Wohnungspolitik besteht letztendlich darin, die typischen Wellen des Wohnungsmarktes von Knappheit und Überhängen möglichst gering zu halten und auch auf unvorhergesehene Situation zeitnah reagieren zu können. Als positives Beispiel für eine sinnvolle Erweiterung des Jenaer Wohnungsangebotes kann das Wohnbauprojekt nördlich der Karl-Liebknecht-Straße in Wenigenjena, welches sich durch die Schaffung von Wohnflächen für den staatlich geförderten, preiswerten Wohnungsbau auszeichnet, betrachtet werden.<sup>151</sup>

<sup>149</sup> Vgl. Stadt Jena (2015 b): Beschluss des Jenaer Stadtrates Nr. 15/0370-BV vom 21.10.2015. Wohnen in Jena 2030. In: Amtsblatt der Stadt Jena 26:374.

<sup>150</sup> Die AG Wohnungswirtschaft setzt sich u. a. aus Vertretern und Vertreterinnen der folgenden Bereiche/Institutionen zusammen: Stadtverwaltung Jena, Stadtwerke Jena, jenawohnen, Jenaer Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften, Familienzentrum Jena, Mieterverein Jena, Timourou: Wohn- & Stadtraumkonzepte.

<sup>151</sup> Vgl. Stadt Jena (2016 d): Beschluss des Jenaer Stadtrates Nr. 16/0775-BV vom 23.03.2016. Einleitungsbeschluss für den Bebauungsplan B-Wj 18 "Nördlich der Karl-Liebkecht-Straße" und Einleitung einer Teiländerung des Flächennutzungsplans. In: Amtsblatt der Stadt Jena 26:110-111.



# E Kinder- und Jugendhilfe

## 1 Die Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für den Bereich der Armutsprävention

Die kinderbezogene Armutsprävention ist als ein theoretischer und praktischer Handlungsansatz zu verstehen, der aus der Kinderperspektive heraus auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Mädchen und Jungen in Gegenwart und Zukunft hinwirkt. Dabei nimmt die kommunale Ebene eine wichtige Rolle ein, da sie zum einen den Entwicklungs- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen darstellt und zum anderen der örtliche Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe ist.<sup>152</sup> In § 1 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) wird der Auftrag näher umschrieben. Darin wird festgehalten, dass jeder junge Mensch ein Recht auf die Förderung seiner Entwicklung und Erziehung besitzt.<sup>153</sup> Die Pflege und Erziehung ist das natürliche Recht der Eltern und eine ihnen obliegende Pflicht, über welche die staatliche Gemeinschaft wacht.<sup>154</sup> Die Jugendhilfe soll in diesem Zusammenhang dazu beitragen:

- junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,
- Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen,
- Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen,
- positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.<sup>155</sup>

Wenn bei den Präventionsüberlegungen die Perspektive junger Menschen eingenommen wird, dann sind vor allem folgende Kernthemen in den Blick zu nehmen:

- die finanzielle Absicherung von Kindern und Jugendlichen,
- das Vorhandensein von ausreichend Kindertagesbetreuungsplätzen,
- die Möglichkeiten der Partizipation bei kinder- und jugendrelevanten Themen,
- das Vorhandensein von gerechten Bildungschancen.

Das Konzept der kinderbezogenen Armutsprävention setzt bei der Analyse und Stärkung der Ressourcen und Potenziale des Kindes an. Dabei sind alle gesellschaftlichen Ebenen in den Blick zu nehmen. Das Ziel der kinderbezogenen Armutsprävention ist das Aufwachsen im Wohlergehen in elterlicher und öffentlicher Verantwortung. Die öffentliche Verantwortung sollte sich dabei jedoch nicht auf die Bereitstellung von Erzieher/-innen, Lehrer/-innen und Sozialarbeiter/-innen in Einrichtungen begrenzen, sondern all das umfassen, was einem Kind innerhalb seines Lebensraums als Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeit zur Verfügung steht. Dies bezieht sich auch auf Aspekte der Stadt(teil)entwicklung und verschiedene Bildungsangebote bis hin zur Förderung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE).<sup>156</sup>

<sup>152</sup> Vgl. Holz, Gerda (2011): Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“. Frankfurt am Main: ISS Gemeinnütziger e. V., S. 9.

<sup>153</sup> Vgl. § 1 Abs. 1 SGB VIII.

<sup>154</sup> Vgl. § 1 Abs. 2 SGB VIII.

<sup>155</sup> Vgl. § 1 Abs. 3 SGB VIII.

<sup>156</sup> Vgl. Holz (2011): S. 10.

## 1.1 „Lokale Bildungslandschaft“ in Jena

Um dem Aufwachsen junger Menschen unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in Jena Rechnung tragen zu können, arbeiten seit 2010 Vertreter/innen von Jugendhilfe, Schule und außerschulischer Jugendbildung im Rahmen der **Strategie „Lokale Bildungslandschaft“** eng zusammen. Die Strategie ist von Prof. Dr. Werner Lindner (Ernst-Abbe-Hochschule Jena) und Prof. Dr. Jörg Fischer (ehem. Friedrich-Schiller-Universität Jena) entworfen worden. Auf Basis der Problemeinschätzungen und Handlungsoptionen der einzelnen Bildungs- und Sozialakteure wurden drei inhaltliche Kernziele für eine lokale Bildungslandschaft in Jena herausgearbeitet:<sup>157</sup>

- **Begabung fördern.** Jeder junge Mensch hat unabhängig von seiner sozialen Herkunft und seiner Bildungszugänge die gleichen Chancen auf eine bedarfsgerechte Förderung seiner individuellen Begabungen.
- **Exklusion vermeiden.** Alle einzelnen und gemeinsamen Leistungen der Bildungs- und Sozialakteure sind darauf ausgerichtet, dass jeder junge Mensch diese Leistungen in Anspruch nehmen kann und niemand aufgrund angebotsunabhängiger Faktoren von den Leistungen ausgeschlossen wird.
- **Soziales Lernen ermöglichen.** Alle jungen Menschen haben unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihrer besuchten Schulform die gleichen Chancen, Formen sozialen Lernens an und mit Schulen wahrzunehmen.

In Anlehnung an den 12. Kinder- und Jugendbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verpflichten sich Schule und Jugendhilfe somit „einen nunmehr gemeinsamen Beitrag für ein ‚Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung‘ insbesondere dort zu gewährleisten, wo dies durch Eltern bzw. Familien nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen wird. bzw. werden kann.“<sup>158</sup>

Die Implementierung der Strategie fußt auf fünf Säulen der Kooperation, zu deren Umsetzung sich alle Beteiligten verpflichtet haben:<sup>159</sup>

- **Kooperative Praxisberatung.** Ist eine besondere Form der kollegialen Fallberatung, die hier in Zusammenarbeit von Schule, Allgemeinen Sozialen Dienst, Schulsozialarbeit und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor allem in den Stadtteilen Lobeda und Winzerla an Schulen umgesetzt wird. Lösungen für Einzelfälle oder gruppenbezogene Problemlagen an einer Schule werden gemeinsam anonym erörtert und möglichst frühzeitig und niedrigschwellig bearbeitet.
- **Soziale Schule.** Dies ist der Titel für ein breites Angebotsspektrum an sozialpädagogischen Bildungsangeboten der Kinder- und Jugendarbeit an und mit Schule, beispielsweise Arbeitsgemeinschaften im Ganztagsbereich (z.B. Erlebnispädagogik, Sportangebote, Kunstaktionen) oder Projektstage zu Themen der Medienbildung, Sexualpädagogik oder politischer Bildung. Ziel ist es dabei, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, unabhängig von ihren individuellen oder sozialen Voraussetzungen ihre Interessen und Talente zu entdecken und weiter zu entwickeln.

<sup>157</sup> Vgl. Fischer, Jörg (2010): Lokale Bildungslandschaft. Stadtteilspezifische Strategie für den Aufbau einer vernetzten Bildungskoope-  
ration in Jena. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, S. 19.

<sup>158</sup> Siehe Lindner, Werner (2008): Neue Netze der Verantwortung für Bildung und Lebensbewältigung. Konzeption für das integrative  
Zusammenwirken von Erzieherischen Hilfen, Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit und Schule in Jena-Lobeda und Jena-  
Winzerla. Jena: Fachhochschule Jena, S. 5.

<sup>159</sup> Vgl. Fischer (2010): S. 22 ff.

- **Bildungsvernetzung im Stadtteil.** Diese Säule steht für die Etablierung einer Bildungslandschaft im Sinne einer flächendeckenden und lebenslang orientierten Vernetzung von Lernangeboten. Das soziale Umfeld und die Politik sind in die Bildungskooperation einbezogen und eine Vernetzung mit dem kulturellen und sportlichen Bereich wird hergestellt. Hierbei verpflichten sich alle Akteure zum Ergebnistransfer.
- **Interinstitutionelle Fortbildung.** Durch gemeinsame und thematisch fixierte Fortbildungen in gemeinsamer Verantwortung wird zwischen den Akteuren ein einheitliches Basiswissen zu Strukturen, Ansätzen und Kompetenzen aufgebaut. Beteiligt sind alle Bildungspartner/-innen. Die Themen reichen von der Erkennung und dem Verhalten bei Kindeswohlgefährdung bis hin zu Fragen nach erzieherischen Bedarfen, der Kooperation mit Eltern und der Umsetzung gemeinsamer Bildungsangebote von Schule und Jugendhilfe.
- **Fachliche Begleitung/ Steuerung/ Evaluation.** Für den politischen Rückhalt der Bildungslandschaft in Jena auf Ebene der Kommune und des Landes bedarf es einer klaren Steuerung sowie einer externen fachlichen Begleitung und Evaluation.

Es sei an dieser Stelle noch darauf verwiesen, dass die Strategie auf der Makro-Ebene in jugend-, familien-, bildungs-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen eingebettet ist. Die Rahmenbedingungen besitzen regionalspezifische Ausprägungen, welche durch Jugendhilfe und Schule nur in begrenztem Maße beeinflusst werden können. Die beiden öffentlichen Systeme der Jugendhilfe und Schule dienen zwar zur Kompensation von erzieherischen und sozialisationsbedingten Problemlagen, jedoch bedeutet dies nicht, dass Familien bzw. Eltern aus ihrer gesetzlichen Verantwortung entlassen werden. Es bestehen zwar strukturell begründete Erwartungen, die Lebens- und Bildungschancen besonders bei benachteiligten Kindern durch eine umfassende Kooperation von Jugendhilfe und Schule zu verbessern, gesicherte und übertragbare Erfolgsgarantien können jedoch nicht abgegeben werden. Die Realisierung der Strategie besitzt somit einen innovativen und zum Teil auch experimentellen Charakter.<sup>160</sup>

Trotz dieser experimentellen Grundausrichtung werden im Rahmen der Strategie „Lokale Bildungslandschaft“ in den jeweiligen Sozialräumen gemeinsam Angebote entwickelt, die zum sozialen Lernen beitragen, Begabungen und Talente aller Kinder und Jugendlichen fördern sowie Inklusion ermöglichen. Damit leistet die Strategie einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention im Bildungsbereich.

## 2 Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung bilden das zentrale Element der **Kinder- und Jugendhilfe**.<sup>161</sup> Maßnahmen in diesem Bereich zielen auf die Vorbeugung, Hilfestellung und den Schutz für junge Menschen.<sup>162</sup> Dabei sollen die hilfebedürftigen Sorgeberechtigten ebenfalls unterstützt werden. Laut Gesetz haben die Personensorgeberechtigten dann Anspruch auf Hilfen zur Erziehung, „wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist“.<sup>163</sup> Generell wird eine Partizipation aller Beteiligten des unmittelbaren sozialen Umfeldes angestrebt. Die geeigneten Hilfsmaßnahmen werden in einem Hilfeplanverfahren, zusammen mit den Sor-

<sup>160</sup> Vgl. Lindner (2008): S. 7.

<sup>161</sup> Vgl. Fischer, Jörg et al. (2009): S. 49.

<sup>162</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2017): Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOn-SA. Kinderschutz und Erzieherische Hilfen. [https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl\\_liste.php?auswahl=tbl&thema=3&auspid=&tabid=](https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl_liste.php?auswahl=tbl&thema=3&auspid=&tabid=). (Zugegriffen: 25. August 2017).

<sup>163</sup> Siehe §27 Abs. 1 SGB VIII.



geberechtigten, dem Kind bzw. Jugendlichen und den beteiligten Fachkräften (in der Regel Mitarbeiter/-innen des zuständigen Jugendamtes) entwickelt.<sup>164</sup>

Mit Blick auf die Vermeidung von Kinderarmut werden die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe als Leistungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Hilfebedürftigen betrachtet.<sup>165</sup> Im Kern steht dabei die Erwartung, dass durch die Hilfen eine Befähigung zu einem selbstständigen Leben ohne staatliche Unterstützung erreicht wird und soziale Benachteiligungen im Kindes- und Jugendalter ausgeglichen werden können.

Bei dem Bezug von erzieherischen Hilfen ist festzuhalten, dass nicht alle Bevölkerungsschichten im gleichen Umfang Leistungen in Anspruch nehmen. Demnach ist der Anteil von Bezieher/-innen von staatlichen Transferleistungen an den Personen, die Hilfen zur Erziehung benötigen, überdurchschnittlich hoch.<sup>166</sup>

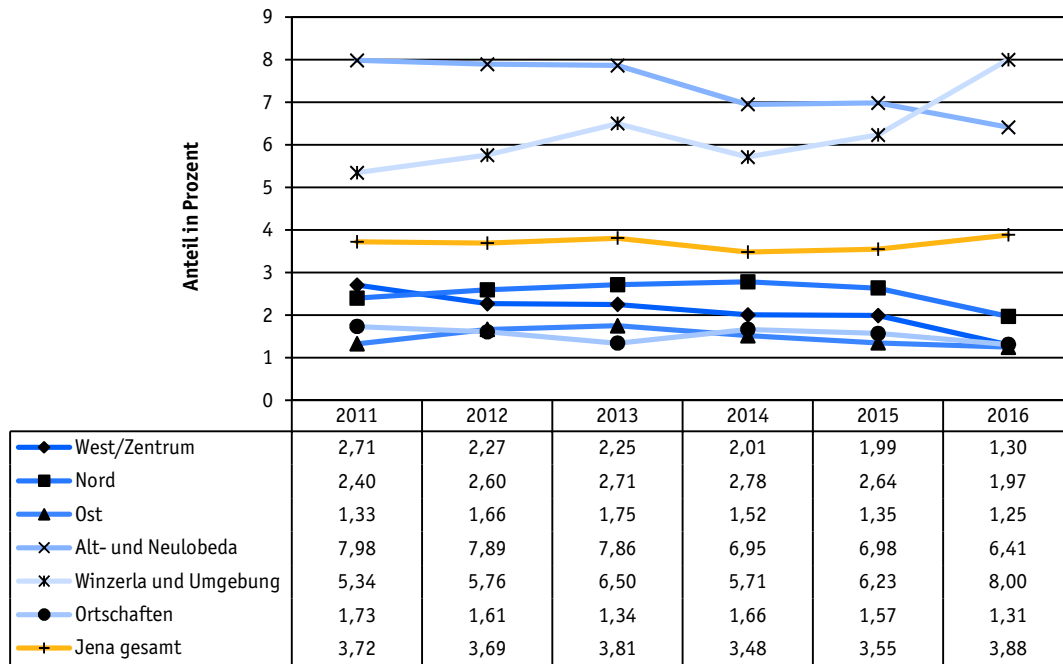
In der folgenden Abbildung (**Abb. E.1**) werden die Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung anteilig zu allen Personen im Alter von 0 bis 21 Jahren des jeweiligen Planungsraums dargestellt. Die Altersgruppe der 0- bis 21-Jährigen umfasst dabei alle potenziellen Hilfeempfänger/-innen. Auffällig sind zunächst die rückläufigen Anteile in Lobeda und die steigenden Anteile in Winzerla. Kamen in Lobeda im Jahr 2011 auf 100 Personen im Alter von 0 bis 21 Jahren noch knapp acht Fälle im Bereich der Hilfen zu Erziehung, so waren es im Jahr 2016 noch durchschnittlich 6,4 Fälle. In Winzerla kamen im Jahr 2011 auf 100 Personen der Altersgruppe 5,3 Fälle und im Jahr 2016 acht Fälle. Somit war Winzerla im Jahr 2016 der Planungsraum mit den meisten Fällen auf 100 Personen der Altersgruppe. Beide Planungsräume lagen dabei über dem Jenaer Durchschnitt von etwa vier Fällen auf 100 Einwohner/-innen der Altersgruppe. Die geringsten Belastungen können in Jena Nord und Jena Ost festgestellt werden. In beiden Planungsräumen lagen im Jahr 2016 durchschnittlich 1,3 Fälle auf 100 Personen der Altersgruppe vor. In Jena Nord und West/Zentrum waren es etwa zwei Fälle.

**Abb. E.2** stellt die Zahl der Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung für die einzelnen Planungsräume in Jena dar. In absoluten Zahlen waren über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg in Lobeda die meisten Fälle zu verzeichnen, wobei die Fallzahlen keiner großen Veränderungen unterlagen. Während für das Jahr 2011 in diesem Planungsraum insgesamt 278 Fälle identifiziert werden konnten, waren es im Jahr 2016 267 Fälle. Einen Anstieg erfuhren die Fallzahlen im Planungsraum Winzerla. Wurden im Jahr 2011 hier 104 Fälle bearbeitet, so waren es im Jahr 2016 173 Fälle. Rückläufig waren die Zahlen vor allem in West/Zentrum. Im Jahr 2011 wurde hier in 112 Fällen Hilfe in Anspruch genommen. Im Jahr 2016 waren es 65 Fälle. Außerdem stiegen von 2015 zu 2016 die Fälle, bei denen kein konkreter Planungsraum zugeordnet werden konnte. Der hohe Anstieg lässt sich dabei vor allem auf die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) zurückführen. Insgesamt lagen im Jahr 2011 insgesamt 631 Fälle und im Jahr 2016 783 Fälle im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Jena vor.

<sup>164</sup> Vgl. §36 Abs. 2 SGB VIII.

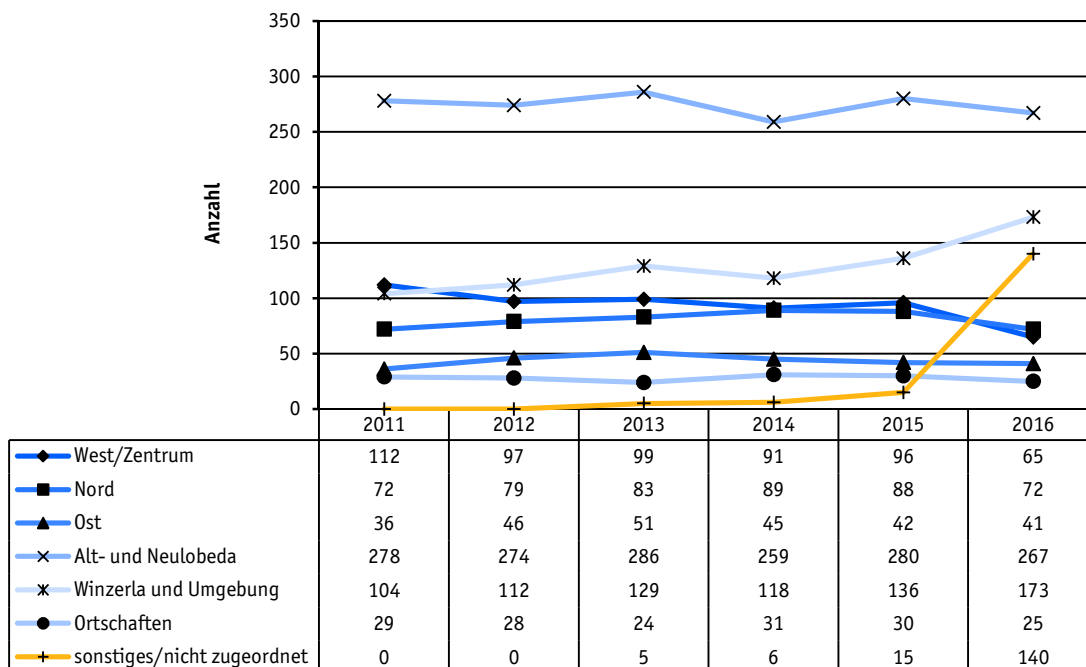
<sup>165</sup> Vgl. Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2017): Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOn-SA: Kinderschutz und Erzieherische Hilfen. [https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl\\_liste.php?auswahl=tbl&thema=3&auspid=&tabid=](https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl_liste.php?auswahl=tbl&thema=3&auspid=&tabid=). (Zugegriffen: 25. August 2017).

<sup>166</sup> Vgl. Fischer, Jörg et al. (2009), S. 49.



**Abb. E.1: Anteil der Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) an allen Personen im Alter von 0 bis unter 21 Jahren im jeweiligen Planungsraum, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, FD Jugendhilfe 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

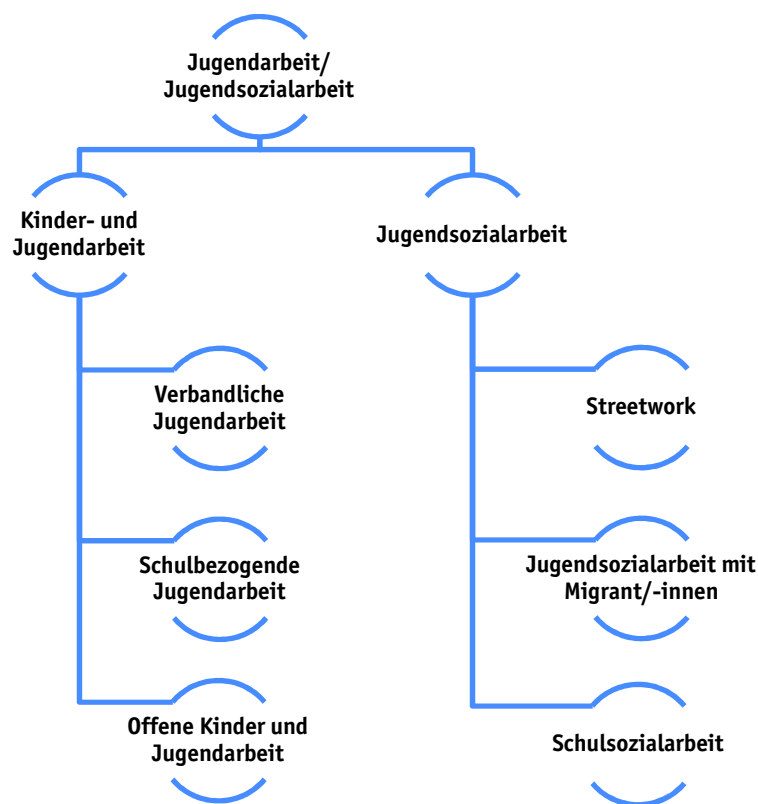


**Abb. E.2: Anzahl der Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung (SGB VIII), Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, FD Jugendhilfe 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

### 3 Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in Jena

Die Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommunen und ist ein Leistungsbereich der Jugendhilfe.<sup>167</sup> Sie ist Teil einer auf Emanzipation, Partizipation und Integration abzielenden Erziehung und Bildung und stellt einen eigenständigen außerschulischen und außerfamiliären Erziehungsbereich dar. Sie soll einen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer ausgewogenen sozialen Infrastruktur leisten und die Integration von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen befördern. Durch die zunehmende Öffnung der Schulen für die Jugendarbeit haben sich die Möglichkeiten, aber auch die Verantwortung der Jugendarbeit vergrößert.<sup>168</sup> Für den Bereich der Armutsprävention im Kindes- und Jugendalter spielt die Jenaer Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit somit eine wichtige Rolle. Im Folgenden wird die aktuelle Organisationsstruktur im Bereich Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit in Jena dargestellt:



**Abb. E.3: Organisationsstruktur Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit 2017/18 in Jena (schematische Darstellung)**

Quelle: Kinder- und Jugendförderplan 2017-2018. Eigene Darstellung.

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist verpflichtet, passende Angebote der Jugendarbeit zu unterbreiten.<sup>169</sup> Zur Erfüllung dieser Pflichtaufgabe wird in Jena eine regelmäßige Planung mit dem Ziel der Bedarfsdeckung durchgeführt (Kinder- und Jugendförderplan). Hierbei haben die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe das Recht, in die Planung einbezogen zu werden. Der Jenaer Kinder- und Jugendförderplan folgt dem Jenaer Bildungsleitbild „*Bildung gemeinsam verantworten – ein Leitbild für Jena*“. Es wird

<sup>167</sup> Vgl. §§ 11-14 SGB VIII und §§ 16-19 ThürKJHAG.

<sup>168</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2011): Kinder- und Jugendförderplan 2012-2015, S. 2.

<sup>169</sup> Vgl. Wabnitz, Reinhard Joachim (2011): Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Kinder- und Jugendschutz. In: Münder, Johannes/ Wiesner, Reinhard/ Meysen, Thomas (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 200 ff.

in diesem Zusammenhang übereinstimmend von einem **erweiterten Bildungsbegriff** ausgegangen, welcher Bildung als Prozess des lebenslangen Lernens von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter versteht. Demnach findet Bildung nicht allein an Bildungsorten wie Schule oder Universität statt, sondern umfasst auch non-formale Lernorte wie die Jugendverbandsarbeit. Bildung soll in diesem Zusammenhang eine ganzheitliche Entwicklung ermöglichen. Das Ziel besteht darin Bildungsprozesse und Bildungsangebote in Jena **partizipativ** und **inklusiv** anzulegen. Sie tragen zu mehr **Chancengerechtigkeit** bei, indem sie Teilhabe unabhängig von kulturellen, persönlichen, sozialen und ethnischen Voraussetzungen sowie von individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten ermöglichen.<sup>170</sup>

Unter dem Dach des Demokratischen Jugendringes (DJR) haben sich gegenwärtig 25 Jenaer Jugendverbände zusammengeschlossen. Als Dachverband ist er ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und mit seinen 12.000 erreichten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist er der größte Jugendhilfeträger in Jena. Dabei steht die Mitgliedschaft allen Trägern der Jugendverbandsarbeit offen. Die **Mitarbeit in einem Jugendverband** wird von der Stadt Jena ausdrücklich befürwortet. Wissenschaftliche Studien belegen, dass in Jugendverbänden demokratisches Handeln vermittelt und zivilgesellschaftliches Engagement gefördert wird.<sup>171</sup> Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendverbandsarbeit ist hierfür unerlässlich.

Die **Schulsozialarbeit (schulbezogene Jugendsozialarbeit)** versteht sich als sozialpädagogische Arbeit an Schulen mit Lernenden und Lehrenden. Sie soll die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen unterstützen und fördern, um eine für sie zufriedenstellende Lebensgestaltung und Lernatmosphäre zu erzeugen. Die professionelle Begleitung der Lernprozesse an allen weiterführenden Schulen der Stadt Jena soll insbesondere an biografischen Übergängen Unterstützung leisten. Gelingende Übergänge von der Schule in eine Ausbildung, ein Studium oder einen Beruf tragen zur Verhinderung von zukünftigen Armutslagen bei. Durch die Integration von sozial und individuell benachteiligten Schüler/-innen ist die Schulsozialarbeit zudem in der Lage Ausgrenzungsprozesse vorzubeugen.<sup>172</sup>

Die **offene Jugendarbeit** umfasst in Jena fünf Jugendzentren, die sich über die einzelnen Planungsräume verteilen. Ziel ist eine ganzheitliche, lebens- und sozialraumorientierte Arbeit mit verschiedenen Zielgruppen. Die offene Jugendarbeit stellt dabei auch eine Alternative zu kommerziellen Freizeitangeboten dar. Sie besitzt einen Präventionscharakter und schafft ein soziales Lern- und Experimentierfeld, wobei die Jugendlichen Unterstützung und Begleitung bei der Gestaltung und Entwicklung ihrer Lebensentwürfe erhalten. Insgesamt sollen alle älteren Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Stadt Jena mit den Angeboten der offenen Jugendarbeit erreicht werden können.<sup>173</sup> Die Stadt Jena fördert in den Stadtteilen Lobeda und Winzerla zudem Projekte **der offenen Arbeit mit Kindern**. Die Arbeit soll sich vor allem an Kinder richten, die nicht regelmäßig in Angebote der außerschulischen Bildung (Jugend- und Sportverbände, Musik- und Kunstschule usw.) eingebunden sind. Aufgrund der Spezifik der Arbeit ist für diesen Bereich im Vergleich zur Jugendverbandsarbeit ein höherer Personal- und Materialeinsatz notwendig.<sup>174</sup>

Die **Straßensozialarbeit** ist in Jena in den Planungsräumen Lobeda und Winzerla und im Rahmen des Fanprojektes des FC Carl Zeiss Jena organisiert. Die Angebote richten sich gezielt an Jugendliche, die kaum soziale Bindungen besitzen und denen eine realistische berufliche Perspektive fehlt. Grundsätzlich sollen die Angebote die Betroffenen dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Erfahrungen der Streetworker haben gezeigt, dass die Einzelfallarbeit einen langwierigen Beziehungsaufbau erfordert und kurzfristige Maßnahmen meist keine positiven Veränderungen der gegenwärtigen Situation

<sup>170</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2011): Kinder- und Jugendförderplan 2012-2015, S. 23.

<sup>171</sup> Vgl. ebd.: S. 31.

<sup>172</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2017): Kinder- und Jugendförderplan 2017-2018, S. 33 f.

<sup>173</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2011): Kinder- und Jugendförderplan 2012-2015, S. 35 ff.

<sup>174</sup> Vgl. ebd.: S. 46.

nach sich ziehen. Neben der Einzelfallarbeit liegt ein weiteres Hauptaugenmerk auf der sozialen Gruppenarbeit, die sowohl mit Schulklassen als auch außerschulisch durchgeführt wird. Bei den Gruppenangeboten werden Jugendliche mit verschiedenen Biografien und Lernorten zusammen gebracht, was eine präventiv-integrierende Wirkung entfalten soll.<sup>175</sup> Die Arbeit des Fanprojektes richtet sich an potenziell gewaltgefährdete Fußballfans der Jenaer Ultraszene, welche durch niedrigschwellige Angebote, Begleitung und Beratung erreicht werden sollen. Es wird zudem die Vernetzung mit anderen Fanprojekten gepflegt.<sup>176</sup>

Aus Sicht der Förderung der Jugendarbeit und des Aufbaus einer kommunalen Armutspräventionsstrategie ist zudem **eine themenspezifische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen** erforderlich. Hierbei stehen jugendspezifische und bildungsrelevante Themen im Fokus, die besonderes Fachwissen und Kompetenzen voraussetzen. Derzeitig werden folgende Themengebiete abgedeckt: Sexualpädagogik, Drogen- und Schuldenprävention sowie Medienpädagogik. Die Themenfelder sollen sich hierbei am Bedarf und der Lebenswelt der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen orientieren und sind deswegen auch veränderbar. Dieses Arbeitsfeld erfordert eine Multiprofessionalität, die vor allem durch Multiplikatorentätigkeit erreicht werden kann (z. B. in Form von Arbeitskreisen für Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen und Veranstaltungen mit anderen Professionen).<sup>177</sup>

Die vorangegangene Darstellung der Angebote erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sollte vielmehr beispielhaft die Bedeutung der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit für den Bereich der Armutsprävention in Jena verdeutlicht werden. Es ist festzuhalten, dass vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Familien Unterstützung durch öffentliche Angebote benötigen, um den Weg in eine eigene finanziell abgesicherte Lebensführung und eine tragfähige persönliche Autonomie zu erreichen. Die öffentlichen Ressourcen müssen sich hierbei auf eine Reduzierung ungleicher Bildungschancen konzentrieren. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Angebote der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit in allen menschlichen Entwicklungsphasen erreichbar und präsent sind.<sup>178</sup>

## 4 Ausgewählte Ergebnisse der Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017

Die im Turnus von zwei bis drei Jahren extern durchgeführte **Studie zu den Interessen und Problemlagen von Kindern und Jugendlichen in Jena** bildet eine wichtige Grundlage für die Jugendförderplanung. Bei der Studie handelt es sich um eine repräsentative Befragung aller Kinder und Jugendlichen aus Jena und den Jenaer Gemeinden in der Altersspanne zwischen 11 und 17 Jahren, die in den weiterführenden Schulen Jenas erreichbar sind. Es handelte sich somit um eine Vollerhebung mit einer Rücklaufquote von 42,7 Prozent. Folgende Themenkomplexe sind Bestandteil der Befragung: Lebenslagen, Freizeitgestaltung, Demokratie und Politik, berufliche Zukunft, Gesundheit und Ernährung und Problemlagen. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse aus den Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der finanziellen Situation und den Wohnverhältnissen dargestellt.

### 4.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit

In der aktuellen Ausgabe der Studie aus dem Jahr 2017 werden verschiedene Ergebnisse zur Relevanz und Nutzung der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der offenen Arbeit mit Kindern darge-

<sup>175</sup> Vgl. ebd.: S. 52 ff.

<sup>176</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena (2017): Kinder- und Jugendförderplan 2017-2018. S. 35.

<sup>177</sup> Vgl. ebd.: S. 37.

<sup>178</sup> Vgl. Holz (2011): S. 18.

stellt. Dabei zeigt sich zum einen, dass die Einrichtungen unterschiedlich stark frequentiert werden, zum anderen erfolgt der Besuch der Einrichtungen hauptsächlich durch Kinder und Jugendliche des zugehörigen Planungsraums.<sup>179</sup> Eine an der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen des Planungsraums orientierte Jugendarbeit innerhalb der Einrichtungen ist somit in der Lage vorrangig die tatsächliche Zielgruppe zu erreichen und somit gezielt auf Problemlagen einwirken zu können. Ob die unterschiedlichen Nutzungsquoten dabei in Zusammenhang mit der Attraktivität der Angebote stehen, kann nicht abschließend geprüft werden, da die Studie sich lediglich auf die Gruppe der 11- bis 17-Jährigen bezieht und sich die Angebote der verschiedenen Einrichtungen zum Teil gezielt an ein jüngeres bzw. älteres Publikum richten. Bei der Struktur der Nutzer/-innen zeigen die Ergebnisse der Kinder- und Jugendstudie, dass innerhalb der Altersgruppe der 11- bis 17-Jährigen teils große Differenzen zwischen den Einrichtungen existieren. Bezüglich der Altersklasse der unter 14-Jährigen und der Personen im Alter von 14 Jahren und älter ist in den wenigsten Einrichtungen ein ausgeglichenes Verhältnis vorherrschend. Bezugnehmend auf den Migrationshintergrund der Besucher/-innen weisen die Angebote ebenfalls unterschiedliche Verhältnisse bei den Nutzer/-innen auf. In einigen Zentren ist das Verhältnis dabei eher ausgeglichen und in anderen überwiegen die Besucher/-innen mit Migrationshintergrund. Ein Grund für die unterschiedliche Nutzungsquote der verschiedenen Personengruppen könnte in der spezifischen Zielgruppenorientierung der Angebote liegen. Außerdem ist davon auszugehen, dass der Standort und die damit einhergehende Erreichbarkeit der verschiedenen Einrichtungen ebenfalls ein Faktor für die divergierende Struktur der Nutzer/-innen ist.

Insgesamt ist festzuhalten, dass etwa ein Viertel der befragten Kinder und Jugendlichen mindestens ab und zu eine Einrichtung besucht.<sup>180</sup> Die Stadt Jena ist bemüht, die Angebote stetig weiter zu entwickeln. Hierbei wird eine bereits geplante Analyse der Nutzer/-innenzahlen Unterstützung leisten. Da die offene Kinder- und Jugendarbeit die Möglichkeit bietet, zielgruppenorientierte Präventionsmaßnahmen direkt mit den Betroffenen umzusetzen, sollten die Angebote so strukturiert werden, dass sie in der Lage sind, auch weiterhin armutsgefährdete Gruppen anzusprechen und bisher nicht erreichte Kinder und Jugendliche in die Arbeit mit einzubinden.

## 4.2 Finanzielle Situation und Wohnverhältnisse

Im Rahmen der Kinder- und Jugendstudie 2017 wurden die Schüler/-innen zudem über die finanzielle Situation der Familie und erstmalig auch über die Wohnsituation des Haushalts befragt.

Die **Erwerbssituation der Eltern** entwickelte sich im Vergleich zur vergangenen Kinder- und Jugendstudie aus dem Jahr 2014 positiv. Im Jahr 2017 waren demnach bei 87 Prozent der Kinder und Jugendlichen beide Elternteile erwerbstätig. Dies entspricht einer Zunahme von 3,1 Prozentpunkten im Vergleich zu 2014. Bei 4,1 Prozent der Befragten war nur die Mutter, bei 7,5 Prozent nur der Vater und bei 1,3 Prozent kein Elternteil erwerbstätig. Kinder und Jugendliche aus Lobeda und Winzerla gaben seltener an, dass beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen. In Lobeda entsprach der Wert 74,6 und in Winzerla 84,1 Prozent. In den übrigen Planungsräumen lag der Wert jeweils bei über 90 Prozent. Bezüglich des Migrationshintergrunds der Schüler/-innen<sup>181</sup> kann festgestellt werden, dass der Unterschied zwischen dem Erwerbsstatus der Eltern im Vergleich zu 2014 gesunken ist. Demnach gingen im Jahr 2017 bei 72,2 Prozent der Schüler/-

<sup>179</sup> Vgl. Organisationsberatungsinstitut Thüringen (2017): Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017. Jena, S. 42.

<sup>180</sup> Vgl. ebd.: S. 47.

<sup>181</sup> Zur Ermittlung des Migrationshintergrunds wurden die Schüler/-innen nach ihrer eigenen Herkunft und der Herkunft der Eltern befragt. Wenn sie selber oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurden, wurden sie als Person mit Migrationshintergrund eingestuft.

Vgl. ebd.: S. 21.

innen mit Migrationshintergrund einer Erwerbstätigkeit nach. Im Jahr 2014 traf dies nur auf 63 Prozent der Schüler/innen zu.<sup>182</sup>

Die Einschätzung der **finanziellen Lage der Familie** weist, im Vergleich zu 2014, ebenfalls eine positive Tendenz auf. Insgesamt gaben im Jahr 2017 67,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen an, dass sich die Familie alles leisten kann, was sie will (19,4 Prozent) oder fast alles leisten kann, was sie will (47,7 Prozent). Dieser Wert lag 15,8 Prozentpunkte über dem Wert von 2014. Trotz dieser positiven Entwicklung zeigen sich bei der Beurteilung der finanziellen Lage Unterschiede bei verschiedenen Gruppen. So bewerteten Schüler/-innen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss anstreben die finanzielle Lage innerhalb der Familie schlechter, als Schüler/-innen, die das Abitur anstreben. 3,1 Prozent der Schüler/-innen mit angestrebten Abitur, 9,9 Prozent der Schüler/-innen mit angestrebten Realschulabschluss und 13,6 Prozent der Schüler/-innen mit angestrebten Hauptschulabschluss gaben an, dass sie auf (relativ) viele Dinge verzichten müssen. Unterschiedliche Angaben sind auch in Zusammenhang mit der familiären Situation zu erkennen. So gaben nur 2,3 Prozent der Schüler/-innen, die mit zwei Elternteilen in einem Haushalt leben, an, dass sie auf (relativ) viele Dinge verzichten müssen. Bei Schüler/-innen mit einem alleinerziehenden Elternteil lag der Anteil bei 7,5 Prozent. Deutliche Unterschiede können auch bei dem Erwerbsstatus der Eltern ausgemacht werden. In Familien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen mussten nur 2,7 Prozent der Schüler/-innen nach eigenen Angaben auf (relativ) viele Dinge verzichten. Bei Schüler/-innen aus Haushalten mit einem erwerbstätigen Elternteil waren es hingegen 13,1 Prozent und bei Schüler/-innen mit keinem erwerbstätigen Elternteil betrug der Wert 36,4 Prozent. Außerdem schätzten Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund (8,0 Prozent mussten auf (relativ) viele Dinge verzichten) die finanzielle Lage innerhalb der Familie etwas schlechter ein als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund (3,6 Prozent mussten auf (relativ) viele Dinge verzichten).<sup>183</sup>

Bezüglich der **Wohnverhältnisse** der Kinder- und Jugendlichen wurde zunächst danach gefragt, ob diese einen eigenen Raum bzw. Rückzugsmöglichkeiten besitzen. Insgesamt 94,6 Prozent der Schüler/-innen gaben an, einen Rückzugsraum bzw. ein Zimmer für sich allein zu haben. Am häufigsten müssen Kinder und Jugendliche, die in Lobeda wohnen, deren Eltern erwerbslos sind oder die mehrere Geschwister haben auf ein eigenes Zimmer verzichten. Die Mehrzahl der Kinder kann Freunde mit nach Hause bringen (90,3 Prozent stimmten voll zu oder stimmten eher zu) bzw. Freunde zum Übernachten einladen (84,9 Prozent stimmten voll zu oder stimmten eher zu). 89,8 Prozent der Schüler/-innen stimmten voll bzw. eher zu, dass ihnen ihre Wohnung gefällt. Dass die Eltern Wert auf Sauberkeit legen, gaben 85,0 Prozent aller Kinder und Jugendlichen an. 28,0 Prozent hätten gerne mehr Platz für sich selbst in der eigenen Wohnung. Eine positive Einschätzung der Wohnsituation erfolgte größtenteils durch Kinder und Jugendliche aus den Jenaer Gemeinden, bei denen beide Elternteile erwerbstätig sind, die mit ihrer Lebenssituation insgesamt zufrieden sind<sup>184</sup> und die eine geringe Belastung nach dem Belastungsindex<sup>185</sup> aufweisen. Eine tendenziell eher negative Einschätzung der Wohnsituation erfolgte durch Befragte aus Lobeda und Winzerla, bei denen beide Eltern erwerbslos sind, die insgesamt unzufrieden sind und die eine hohe Belastung aufweisen.<sup>186</sup>

<sup>182</sup> Vgl. Organisationsberatungsinstitut Thüringen (2017): S. 15 f.

<sup>183</sup> Vgl. ebd.: S. 17 f.

<sup>184</sup> Der Zufriedenheitsindex setzt sich aus Fragen zur Zufriedenheit mit der eigenen familiären Situation, den zur Verfügung stehenden Freizeitmöglichkeiten und der Zufriedenheit mit sich selbst und dem eigenen Leben zusammen.

Vgl. ebd.: S. 23.

<sup>185</sup> Der Belastungsindex setzt sich maßgeblich aus Fragen zur psychosozialen Befindlichkeit zusammen. Es erfolgt eine Selbsteinschätzung der Befragten. Folgende Bereiche werden thematisiert: Nervosität und Kopfschmerzen, Erschöpfung, aggressives Verhalten (Ich werde leicht wütend und verliere schnell die Beherrschung), Selbstvertrauen, Niedergeschlagenheit, Traurigkeit (Ich muss häufig weinen), Ängste, Stress in der Freizeit.

Vgl. ebd.: S. 26.

<sup>186</sup> Vgl. ebd.: S. 18 f.



## 5 Zusammenfassung

Die kommunale Ebene nimmt im Bereich der kinderbezogenen Armutsprävention eine wichtige Rolle ein, da sie zum einen den Entwicklungs- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen darstellt und zum anderen der örtliche Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe ist. Der Auftrag der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe ist in § 1 SGB VIII gesetzlich festgeschrieben. In diesem Zusammenhang soll die Hilfe dazu beitragen, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Eltern und andere Erziehungsberechtigte sind bei der Erziehung zu unterstützen. Außerdem sind Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Die Jugendhilfe soll zudem dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Bei den Präventionsüberlegungen sind die Themenbereiche finanzielle Absicherung, Kindertagesbetreuung, Partizipation und gerechte Bildungschancen mit in den Blick zu nehmen.

Um das Aufwachsen junger Menschen unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in Jena Rechnung tragen zu können, arbeiten seit 2010 Vertreter/-innen von Jugendhilfe, Schule und außerschulischer Jugendbildung im Rahmen der Strategie „Lokale Bildungslandschaft“ eng zusammen. Die inhaltlichen Kernziele lauten: Begabung fördern, Exklusion vermeiden, soziales Lernen ermöglichen. Die Implementierung der Strategie fußt auf dem Gedanken, dass alle bildungsrelevanten Akteure kooperativ zusammenarbeiten. Im Rahmen der Strategie werden in den jeweiligen Sozialräumen gemeinsam Angebote entwickelt, die zum sozialen Lernen beitragen, Begabungen und Talente aller Kinder und Jugendlichen fördern sowie Inklusion ermöglichen. Damit leistet die Strategie einen wichtigen Beitrag zur Armutsprävention im Bildungsbereich.

Die Hilfen zur Erziehung (HzE) bilden das zentrale Element der Kinder- und Jugendhilfe. Sie sind kommunale Leistungen für Familien und Kinder und werden meist nach Durchführung eines Hilfeplanverfahrens von den örtlichen Jugendämtern gewährt. Es existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote von ambulanten, teilstationären und stationären Erziehungshilfen (z. B. Erziehungsberatung, Soziale Gruppenarbeit, Sozialpädagogische Familienhilfe, Vollzeitpflege, Heimerziehung sowie andere betreute Wohnformen). Im Jahr 2016 lagen im Bereich HzE in Jena 783 Fälle vor, was 152 Fälle mehr waren als im Jahr 2011. In West/Zentrum lagen im Jahr 2016 65 Fälle, in Jena Nord 72 Fälle, in Jena Ost 41 Fälle, in Lobeda 267 Fälle, in Winzerla 172 Fälle und in den Ortschaften 25 Fälle im Bereich HzE vor. Bei der kleinräumigen Betrachtung ist zudem festzustellen, dass 140 Fälle keinem konkreten Planungsraum zugeordnet werden konnten. Diese Zahl steht in Zusammenhang mit der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA), welche im Zuge der Flüchtlingsbewegungen in den Jahren 2015/16 nach Jena kamen und Leistungen im Bereich Hilfen zur Erziehung erhielten.

Der Anteil der Fälle im Bereich HzE an allen Personen im Alter von 0 bis unter 21 Jahren betrug in Jena im Jahr 2016 3,9 Prozent (Hierbei sind die Fälle, die keinem konkreten Planungsraum zugeordnet werden konnten, nicht mit berücksichtigt). Dabei handelt es sich um einen leichten Anstieg im Vergleich zu 2011, als der Anteilswert 3,7 Prozent betrug. Auf planungsräumlicher Ebene kann für das Jahr 2016 in West/Zentrum ein Anteilswert von 1,3 Prozent, in Jena Nord von 2,0 Prozent, in Jena Ost von 1,3 Prozent, in Lobeda von 6,4 Prozent, in Winzerla von 8,0 Prozent und in den Ortschaften von 1,3 Prozent festgestellt werden.





**F Bildung und Betreuung**

## 1 Bildungsförderung und Armutsprävention

Bei der Beschreibung von Kinderarmut wird dem Thema Bildung eine zentrale Bedeutung beigemessen. Es wird darauf verwiesen, dass sich bei Kindern, die in Armut leben, zum einen Folgen für die (Schul-)Bildung zeigen. Zum anderen ist festzustellen, dass Armutslagen im Kindesalter häufig auch mit familiärer Bildungsarmut einhergehen.<sup>187</sup> In diesem Zusammenhang kann Bildung und insbesondere **Bildungsförderung** einen Ausweg aus Armut darstellen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Kinder aus einkommensarmen Familien die Möglichkeit besitzen, in vollem Maße am Bildungssystem zu partizipieren. Nationale und internationale Studien zeigen jedoch, dass in Deutschland eine starke Abhängigkeit zwischen den **Bildungschancen** auf der einen Seite und der **sozialen Herkunft** auf der anderen Seite besteht.<sup>188</sup>

**Bildungsungleichheiten** manifestieren sich insbesondere bei den **Bildungsübergängen**. Als Bildungsübergänge werden die Wechsel in das Bildungssystem und die Übergänge innerhalb des Bildungssystems bezeichnet. Erfolgreiche bzw. nicht erfolgreiche Bildungsübergänge besitzen weitreichende Konsequenzen für den weiteren Lebenslauf. Das Gelingen der Übergänge ist abhängig von den physischen und psychischen Voraussetzungen des Kindes oder des Jugendlichen. Außerdem werden die Übergänge von der sozialen Situation beeinflusst, in der die jungen Menschen und ihre Familien leben.<sup>189</sup>

Im Folgenden wird zunächst die **Betreuungssituation im Kleinkind- und Vorschulalter** dargestellt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist darauf hin, dass eine gute Kinderbetreuung eine der wichtigsten Maßnahmen gegen Armutsgefährdung darstellt.<sup>190</sup> Dies zeigt sich in zweierlei Hinsicht. Zum einen herrscht im derzeitigen Armutsdiskurs Einigkeit darüber, dass die Bildungschancen von Kindern insbesondere noch vor dem Schuleintritt durch entsprechende Förderangebote gestärkt werden können. Die Maßnahmen entfalten jedoch erst dann Wirkung, wenn Bildung auch schon im Vorschulalter als ein sozialer Prozess begriffen wird. Das heißt, dass die Kindertageseinrichtungen als Bildungseinrichtungen verstanden werden müssen, die ein soziales Umfeld erzeugen, das Kinder in ihrer persönlichen Entwicklung stärkt und sozial integrierend wirkt – unabhängig von der sozialen Herkunft des Kindes.<sup>191</sup> Auf der anderen Seite sind Kindertageseinrichtungen im Sinne der Gesetzgebung „familienunterstützende Einrichtungen, in denen Kinder tagsüber (...) betreut werden“<sup>192</sup>. Dahinter verbirgt sich der Aspekt der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Durch eine bedarfsgerechte Planung im Bereich der Kindertagesbetreuung soll den Eltern ein regelmäßiges Beschäftigungsverhältnis bzw. ein schneller Wiedereintritt in das Berufsleben ermöglicht werden. Für bestimmte armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen (z. B. einkommensschwache Familien, Alleinerziehende) besitzt die Nutzung von Betreuungsangeboten von daher eine hohe Relevanz.

Im Anschluss an die Auswertung der aktuellen Kinderbetreuungssituation in Jena werden zudem ausgewählte armutsrelevante Aspekte im Bereich der allgemeinbildenden Schulen näher analysiert. Hierbei sollen die Klassenwiederholungen und Schulabschlüsse im Fokus stehen. Eine Analyse der physischen und

<sup>187</sup> Vgl. Kampshoff, Marita (2010): Armutsprävention im Bildungsbereich – Ansatzpunkte für Chancengleichheit. In: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung soziale Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 219.

<sup>188</sup> Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Bildung und Armut. Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 2/08. Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 1.

<sup>189</sup> Vgl. Fischer et al. (2009): S. 30.

<sup>190</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Mit guter Kinderbetreuung gegen Kinderarmut. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/mit-guter-kinderbetreuung-gegen-kinderarmut/117064> (Zugegriffen: 29. Juni 2017).

<sup>191</sup> Vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2017): S. 53.

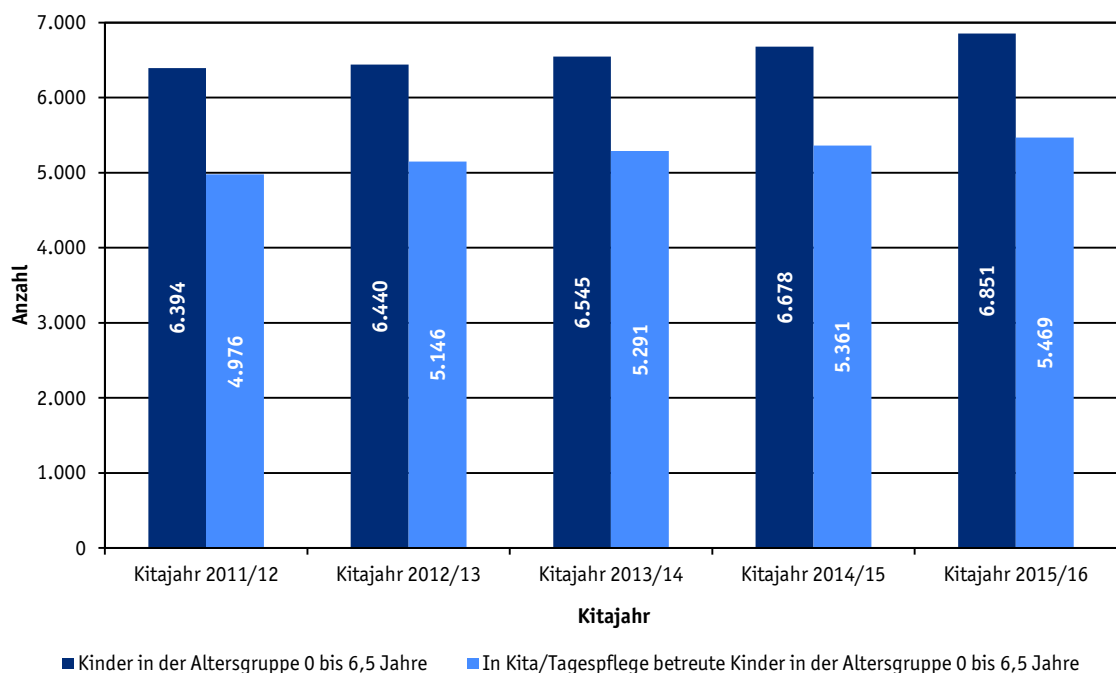
<sup>192</sup> Siehe § 1 Abs. 1 ThürKitaG.

psychischen Voraussetzungen der Jenaer Einzuschulenden erfolgt im Rahmen der Auswertung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung im folgenden Hauptkapitel.

Für eine tiefgreifende Analyse der Jenaer Bildungslandschaft sei auf den **Ersten Bildungsbericht der Stadt Jena (2018)** verwiesen. In diesem werden weitere Aspekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung umfassend dargestellt.

## 2 Betreuung im Kleinkind- und Vorschulalter

Im Zuge von Änderungen der bundesrechtlichen Regelungen besteht seit dem 1. August 2013 ein Anspruch auf „frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege“<sup>193</sup>. Auf Landesebene ist der Anspruch auf Kinderbetreuung im Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz (ThürKitaG) geregelt. Demnach besitzt seit dem 1. August 2010 jedes Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt in Thüringen vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Abschluss der Grundschule einen Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von zehn Stunden pro Tag im Rahmen der Öffnungszeiten in einer Kindertageseinrichtung.<sup>194</sup> Zudem existiert eine gesetzliche Verankerung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern: „Die Eltern haben das Recht, im Rahmen freier Kapazitäten zwischen den verschiedenen Kindertageseinrichtungen sowie den Angeboten der Kindertagespflege am Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts oder an einem anderen Ort zu wählen“<sup>195</sup>.



**Abb. F.1: In Kita/Tagespflege betreute Kinder in Jena im Vergleich zu allen Kindern der Altersklasse 0 bis 6,5 Jahre, Kitajahre: 2011/12 bis 2015/16, Stichtag jeweils: Durchschnittswerte des Kitajahres**

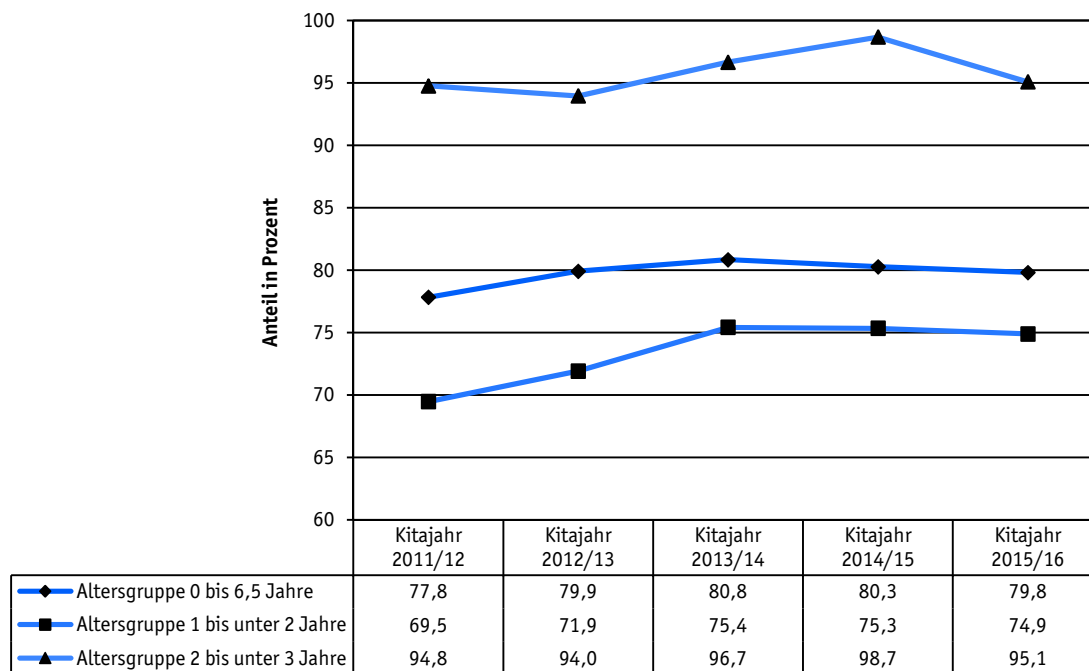
Quelle: Stadtverwaltung Jena, Jugendhilfeplanung 2017. Eigene Darstellung und Berechnung.

<sup>193</sup> Siehe § 24 Abs. 3 SGB VIII.

<sup>194</sup> Vgl. § 2 des ThürKitaG.

<sup>195</sup> Siehe § 4 ThürKitaG.

In **Abb. F.1** wird das Verhältnis zwischen Kindern, die in einer Kindertagesstätte (bzw. in Kindertagespflege) betreut werden und allen Kindern in der Altersgruppe 0 bis 6,5 Jahre dargestellt. Bei der Betrachtung der Kitajahre 2011/12 bis 2015/16 zeigt sich, dass mit dem Anstieg der Zahl der Kinder dieser Altersklasse auch die Nutzungszahlen innerhalb der Kindertagesstätten (bzw. Tagespflege) zunahmen. Besuchten im Kitajahr 2011/12 noch 4.976 Kinder eine Einrichtung, so waren es demgegenüber im Kitajahr 2015/16 5.469 Kinder.



**Abb. F.2: Nutzungsquote im Bereich Kita/Tagespflege für ausgewählte Altersgruppen, Kitajahre: 2011/12 bis 2015/16, Stichtag jeweils: Durchschnittswerte des Kitajahres**

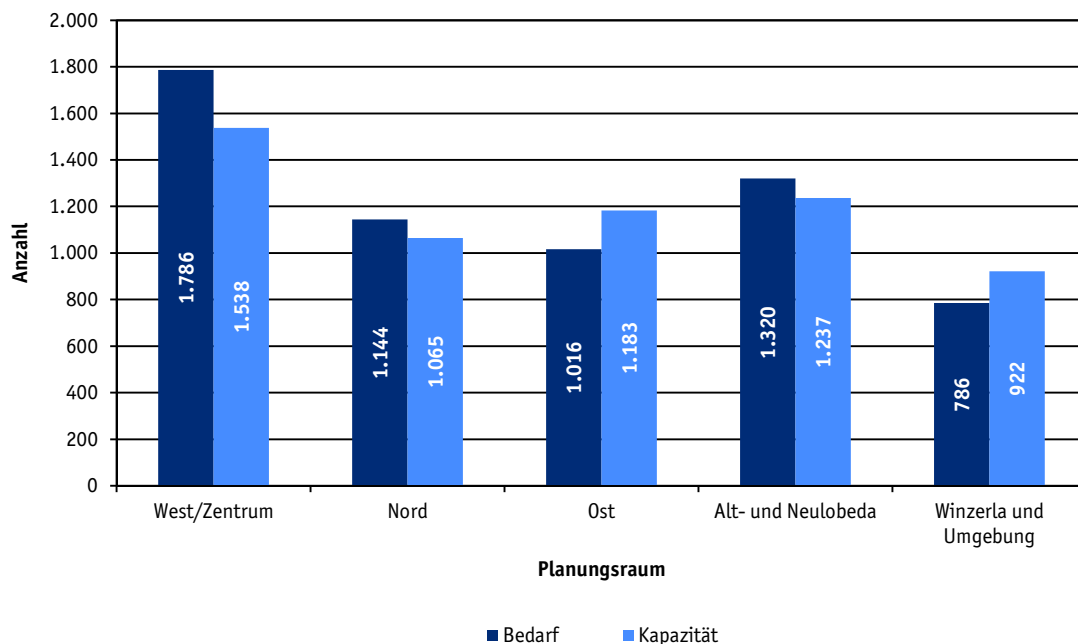
Quelle: Stadtverwaltung Jena, Jugendhilfeplanung 2017. Eigene Darstellung und Berechnung.

In **Abb. F.2** werden die Nutzungsquoten im Bereich Kita/Tagespflege für verschiedene Altersgruppen veranschaulicht. Hierbei kann festgehalten werden, dass mit steigendem Alter auch die Betreuungsquoten zunahmen. Die Gruppe der Null- bis unter Einjährigen weist demzufolge über die Jahre hinweg die geringsten Nutzungsquoten auf. Im Kitajahr 2011/12 wurden von allen Kindern dieser Altersgruppe lediglich 4,7 Prozent in einer entsprechenden Einrichtung betreut. Im Kitajahr 2015/16 waren es 3,7 Prozent. Bei Kindern im Alter von einem bis unter zwei Jahren sind in der Gesamtentwicklung deutlich höhere Nutzungsquoten zu erkennen. Insgesamt stieg die Quote bei dieser Altersgruppe von 2011/12 bis 2013/14 um fast sechs Prozent an und betrug somit im Kitajahr 2013/14 75,4 Prozent. Seitdem stabilisierte sich die Nutzungsquote dieser Altersgruppe in etwa auf diesem Niveau. Bei der Altersgruppe der Zwei- bis unter Dreijährigen befand sich im betrachteten Zeitraum die überwiegende Zahl der Kinder in einer Betreuungseinrichtung. Im Kitajahr 2014/15 ist hierbei mit 98,7 Prozent die höchste Nutzungsquote festzustellen. Im folgenden Kitajahr sank die Quote auf etwa 95 Prozent. Bei Kindern in der Altersgruppe von drei bis sechseinhalb Jahren kann für den gesamten betrachteten Zeitraum eine Nutzungsquote von 100 % festgestellt werden. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Gesamtnutzungsquote<sup>196</sup> zeigt sich, dass diese zunächst bis zum Kitajahr 2013/14 anstieg und seitdem leicht rückläufig war. Zu Beginn des Berichtszeitraums lag die Nut-

<sup>196</sup> Nutzungsquote für die Altersgruppe der 0 bis 6,5-Jährigen.

zungsquote bei dieser Altersgruppe somit bei 69,5 Prozent. Sie stieg dann bis auf 80,8 Prozent im Kitajahr 2013/14 an und betrug im Kitajahr 2015/16 im Zuge eines leichten Rückgangs 79,8 Prozent.

Trotz der stagnierenden Betreuungsquoten in den letzten Jahren muss festgehalten werden, dass in Jena im Vergleich zu gesamt Thüringen überdurchschnittlich hohe Betreuungsquoten vorlagen. So betrug die Betreuungsquote im Bereich der Kinder- und Tagespflege bei den 0- bis unter 3-Jährigen in Jena im März 2016 57,7 Prozent und in gesamt Thüringen 52,2 Prozent (Stichtag: 01.03.).<sup>197</sup>



**Abb. F.3: Kapazität und Bedarf an Betreuungspätzen im Bereich Kita/Tagespflege für die Altersgruppe 0 bis 6,5 Jahre, Jahr: 2017, Stichtag: 31.12.**

Quelle: Stadtverwaltung Jena, Jugendhilfeplanung 2017. Eigene Darstellung und Berechnung.

In **Abb. F.3** werden die prognostizierten Kapazitäten und Bedarfe im Bereich der Kindertagesbetreuung für die Altersgruppe der 0- bis 6,5-Jährigen gegenübergestellt. Anhand festgelegter Rahmenvorgaben sind die Kapazitäten aus der Statistik der Belegungszahlen der Einrichtungen abzuleiten. Aus der Analyse der Bevölkerungsentwicklung resultiert die Einschätzung des Bedarfs an Betreuungspätzen.<sup>198</sup> Mit dem Berechnungsstand vom 31.12.2017 lässt sich feststellen, dass in den Planungsräumen West/Zentrum, Nord und Lobeda die Bedarfe an Kindertagesbetreuungspätzen die Kapazitäten überstiegen.<sup>199</sup> Im Planungsraum West/Zentrum fehlten demnach 248, in Nord 79 und in Lobeda 83 Plätze. Ein Überschuss an Betreuungspätzen lag in den Planungsräumen Ost (167 Plätze) und Winzerla (136 Plätze) vor. Inwiefern diese überschüssigen Plätze den Bedarf in den anderen Planungsräumen auffangen können, hängt zu einem großen Teil von den Mobilitätsmöglichkeiten der Familien ab, die einen Betreuungspatz suchen. In der Forschung

<sup>197</sup> Siehe: Statistisches Bundesamt. Betreuungsquoten der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung am 01.03.2016 nach Ländern.

[https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen\\_Betreuungsquote.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote.html) (10.01.2018).

<sup>198</sup> Vgl. Stadtverwaltung Jena. Dezernat für Familie Bildung und Soziales. Jugendhilfeplanung (2017): Kindertagesstättenbedarfsplan 2017/18. Jena, S. 9.

<sup>199</sup> Die aktuelle und hier dargestellte Fortschreibung der Bedarfsermittlung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2018.

wird darauf verwiesen, dass Armut häufig auch mit einer eingeschränkten räumlichen Mobilität einhergeht.<sup>200</sup> Eine Unterversorgung mit Kita-/Tagespflegeplätzen in belasteten Stadtgebieten kann somit die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Familien in prekären Lebenslagen auf Betreuungsleistungen verzichten. Dies erschwert die Umsetzung von Armutspräventionsmaßnahmen, die sich – im Sinne der frühestmöglichen Intervention – direkt auf das betroffene Kind beziehen sollen.

### 3 Allgemeinbildende Schulen

Das allgemeinbildende Schulsystem nimmt in den Bildungsbiografien von Menschen eine Schlüsselposition ein. Hier wird die Grundbildung vermittelt und das Fundament für den weiteren Bildungsweg gelegt. Im Folgenden werden zunächst einige grundlegende Aussagen zur Schulinfrastruktur in Jena getroffen, um anschließend die Themenbereiche Klassenwiederholungen und Abschlussarten näher zu analysieren.

Bezüglich der Schulinfrastruktur in Jena ist zunächst festzuhalten, dass sich ein Großteil der allgemeinbildenden Schulen an der Hauptbebauungslinie der Stadt befindet. Die meisten Schulen verteilen sich hierbei auf die nach dem typischen Schulalter bevölkerungsreichsten statistischen Bezirke. Insgesamt besuchten im Schuljahr 2016/17 10.526 Schüler/-innen 31 allgemeinbildende Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft. Die 31 allgemeinbildenden Schulen setzten sich aus zehn Grundschulen, dreizehn Gemeinschafts- und Gesamtschulen, sechs Gymnasien und zwei Förderschulen zusammen.<sup>201</sup>

Schulart	Schuljahr					
	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
Grundschule	2.665	2.641	2.585	2.631	2.714	2.621
Regelschule	249	*	*	*	*	*
Gemeinschaftsschule	1.220	2.096	2.330	2.523	2.771	3.228
Gymnasium	2.822	2.943	2.996	3.077	3.106	3.040
Gesamtschule	1.823	1.435	1.526	1.566	1.602	1.587
Förderschule	108	97	80	72	72	50
<b>Allgemeinbildende Schulen gesamt</b>	<b>8.887</b>	<b>9.212</b>	<b>9.517</b>	<b>9.869</b>	<b>10.265</b>	<b>10.526</b>

**Tab. F.1: Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen nach Schulart in Jena, Schuljahre 2011/12 bis 2016/17**

Quelle: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Statistikstelle, Schuljahresstatistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Hinweis: (\*) Aufgrund der Abschaffung der letzten Regelschule in Jena zum Schuljahresende 2011/12 entfallen die Angaben zu diesem Schultyp für den weiteren Berichtszeitraum.

In **Tab. F.1** wird eine Übersicht über die Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in Jena nach Schulart dargestellt. Es zeigt sich zunächst, dass die Anzahl der Schüler/-innen über den Berichtszeitraum hinweg stetig zunahm. Ausgehend von den verschiedenen Schularten in Jena war der größte Anstieg

<sup>200</sup> Vgl. Groh-Samberg, Olaf/ Voges, Wolfgang (2012): Armut und soziale Ausgrenzung. In: Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 58.

<sup>201</sup> Thüringer Ministerium für Jugend, Bildung und Sport, Statistikstelle, 2017.

bei den Gemeinschaftsschulen zu verzeichnen. Besuchten im Schuljahr 2011/12 noch 1.220 Schüler/-innen diese Schulart, so waren es im Schuljahr 2016/17 insgesamt 3.228 Schüler/-innen. Gestiegen ist ebenfalls die Zahl der Gymnasiast/-innen. Im Schuljahr 2011/12 besuchten 2.822 Schüler/-innen diese Schulart und im Schuljahr 2016/17 3.040 Schüler/-innen. Rückläufig waren die Schüler/-innenzahlen bei den Gesamtschulen und den Förderschulen. Die Zahl der Grundschüler/-innen bewegte sich trotz Schwankungen in den Schuljahren 2013/14 und 2015/16 über den gesamten Berichtszeitraum hinweg auf einem ähnlichen Niveau. Die Entwicklungen bei den Schüler/-innenzahlen stehen auch in Zusammenhang mit der Umformung der Schullandschaft in Jena, die durch Schließungen von Regel- und Gesamtschulen und Neueröffnungen bzw. Neuprofilierungen von Gemeinschaftsschulen charakterisiert ist. Die Zielsetzung der Schulart Gemeinschaftsschulen liegt dabei in der längeren gemeinsamen Beschulung einer heterogenen Schüler/-innenschaft.<sup>202</sup> Mit der Schließung der letzten Regelschule im Schuljahr 2011/12 besteht für die Kinder und Jugendlichen an allen weiterführenden Schulen Jenas (mit Ausnahme der Förderschulen) die Möglichkeit, alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse zu erreichen. Da in Jena das Prinzip der freien Schulwahl existiert und die Schularten keine Rückschlüsse auf die angestrebten Abschlüsse zulassen, soll an dieser Stelle keine planungsräumliche Auswertung der Schüler/-innenzahlen nach Schularten vorgenommen werden.

Im Idealfall trägt die Öffnung des Jenaer Schulsystems zu einer Abschwächung des Einflusses der sozialen Herkunft der Schüler/-innen auf den Bildungserfolg bei. Die besondere Bedeutung der Inklusion von Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht und die damit in Zusammenhang stehenden niedrigen Zahlen von Förderschüler/-innen sind hierbei besonders hervorzuheben. Ob und in welchem Umfang die Öffnung des Jenaer Bildungssystems Bildungsungleichheiten abgebaut hat und die Chancen benachteiligter Schüler/-innen auf dem weiteren Bildungsweg und Arbeitsmarkt verbessert werden konnten, bleibt noch zu prüfen.

### 3.1 Klassenwiederholungen

Das Ziel von Klassenwiederholungen besteht darin, dass leistungsschwache Schüler/-innen den Anschluss an den Leistungsstand der Lerngruppe wiedererlangen. Klassenwiederholungen sind jedoch umstritten, da sie starke psychische Belastungen auslösen können und der dauerhafte Leistungsausgleich vielfach ausbleibt.<sup>203</sup> Dabei sind die Bildungsbiografien von Kindern, welche in Armutslagen aufwachsen, häufiger durch Klassenwiederholungen belastet als die von Kindern, die nicht von Armut betroffen sind.<sup>204</sup>

Im Schuljahr 2016/17 wiederholten insgesamt 143 Schüler/-innen in Jena eine Klassenstufe, was 1,4 Prozent aller Schüler/-innen entsprach. Bei der Betrachtung des Zeitraums der Schuljahre 2011/12 bis 2016/17 sind dabei Schwankungen des Anteils an Klassenwiederholungen ersichtlich. Bis zum Schuljahr 2014/15 bewegte sich der Wert um 1,1 Prozent. Im Schuljahr 2015/16 stieg er um 0,3 Prozent auf 1,4 Prozent an. Dabei wiederholten über den gesamten Zeitraum hinweg männliche Schüler häufiger als weibliche Schülerinnen eine Klassenstufe.

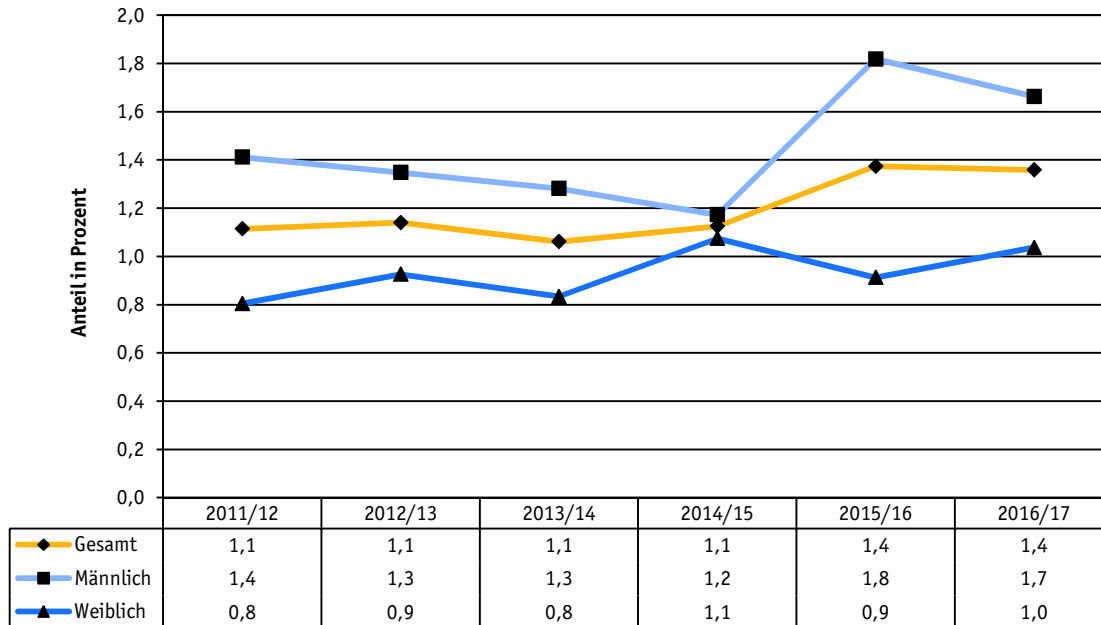
Die Verteilung der Wiederholer/-innen nach Schulart zeigt dabei deutliche Unterschiede. An Gymnasien und Grundschulen lag der Anteil im Schuljahr 2016/17 mit 1,0 und 0,7 Prozent unter dem Jenaer Durchschnitt. Der Anteil der Wiederholer/-innen an Gemeinschaftsschulen entsprach mit 1,3 Prozent in etwa dem Jenaer Durchschnittswert von 1,4 Prozent. Mit 3,2 Prozent war der Anteilswert bei den Gesamtschulen im Schuljahr

<sup>202</sup> Berkemeyer, Nils/ Berkemeyer, Jana/ Bos, Wilfried/ Hillebrand, Annika/ Kopp, Katharina/ Manitus, Veronika (2015): Das Thüringer Bildungssystem im Spiegel zentraler Indikatoren. Münster: Waxmann, S. 126.

<sup>203</sup> Vgl. Berkemeyer, Nils et al. (2015): S. 98.

<sup>204</sup> Vgl. Tophoven, Silke/ Lietzmann, Torsten/ Reiter, Sabrina/ Wenzig, Claudia (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtung von Kinderarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 6.

2016/17 überdurchschnittlich hoch. In Thüringen betrug der Anteil der Klassenwiederholungen im Schuljahr 2016/17 1,7 Prozent.



**Abb. F.4:** Anteil der Klassenwiederholer/-innen nach Geschlecht in Jena, Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17

Quelle: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Statistikstelle, Schuljahresstatistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

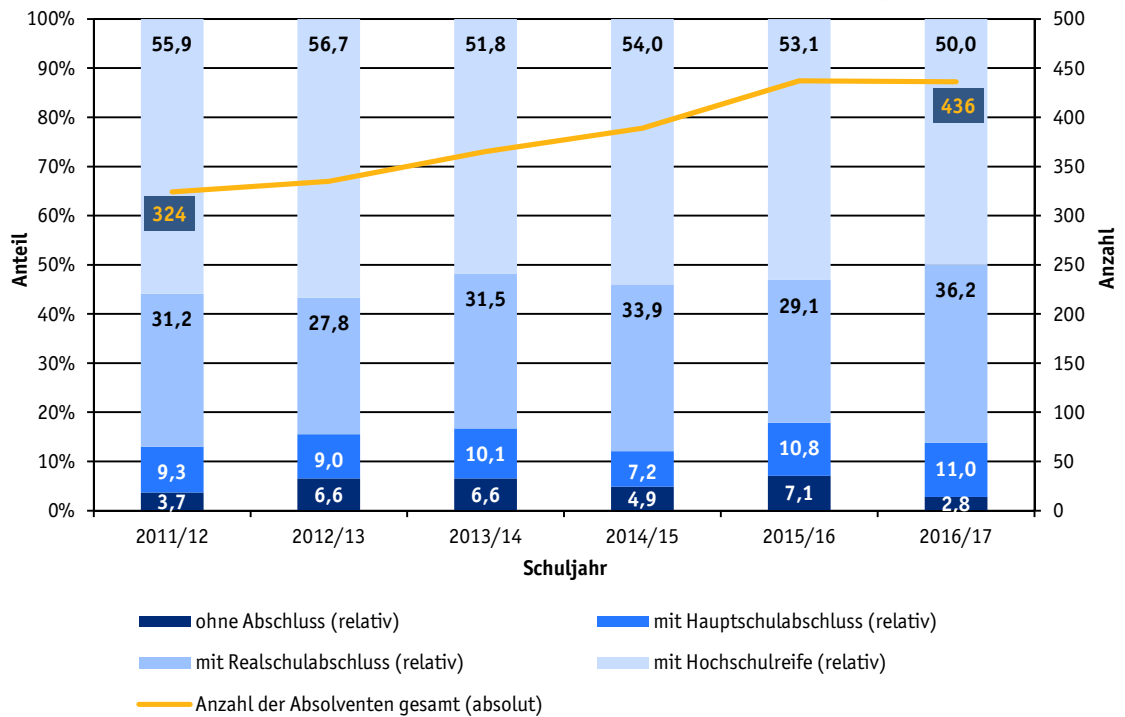
### 3.2 Schulabschlüsse

Schulabschlüsse geben eine formale Auskunft über die individuelle Qualifikation einer Schülerin bzw. eines Schülers. Sie sind eine Grundbedingung für die Aufnahme von Bildungsangeboten der Berufsbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums. Dabei haben Schüler/-innen, die von der allgemeinbildenden Schule ohne Abschluss abgehen, geringere Chancen und erhöhte Schwierigkeiten an weiteren Bildungsangeboten teilzunehmen und in eine Erwerbstätigkeit einzutreten.<sup>205</sup> Wie bereits in **Tab. A.2** aufgezeigt, erhöht ein niedriges Qualifikationsniveau das Armutsrisiko.

**Abb. F.5** und **Abb. F.6** schlüsseln die Absolvent/-innen allgemeinbildender Schulen nach Geschlecht und Abschlussart auf. Im Schuljahr 2016/17 können demnach insgesamt 833 Absolvent/-innen in Jena verzeichnet werden. Davon erreichten 477 Personen die Hochschulreife, 260 Personen einen Realschulabschluss, 70 Personen einen Hauptschulabschluss und 26 Personen verließen die Schule ohne Abschluss.

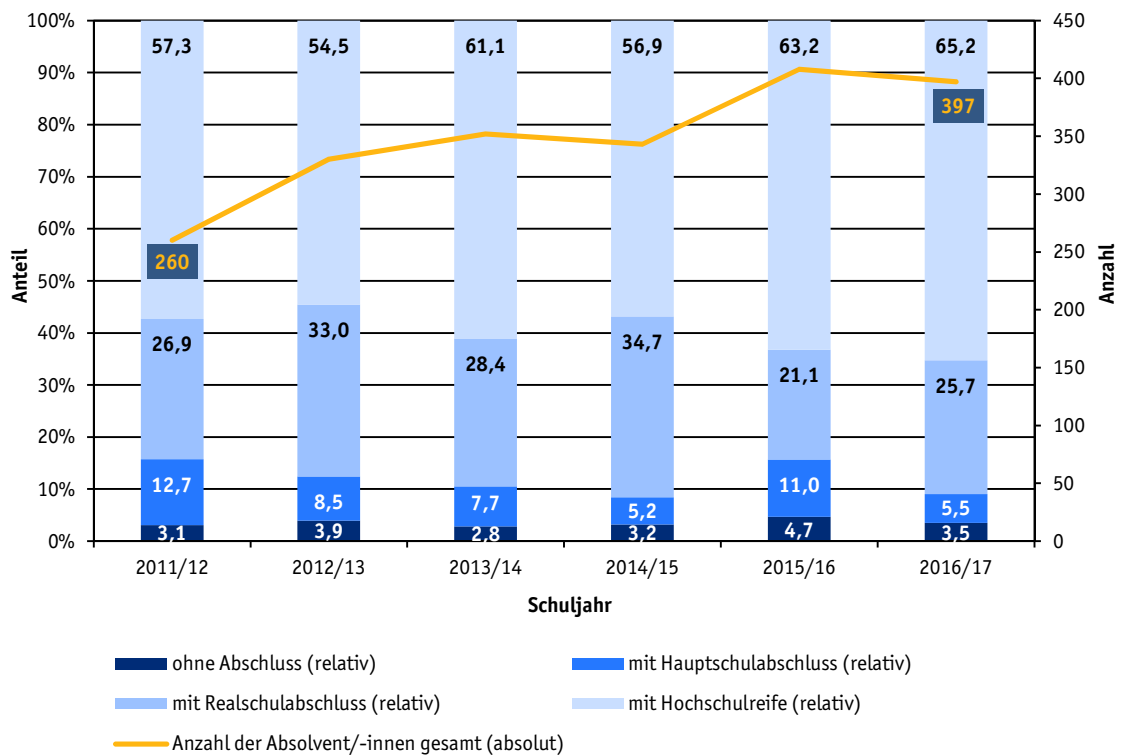
<sup>205</sup> Vgl. Berkemeyer, Nils et al. (2015): S. 101 f.





**Abb. F.5: Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen in Jena (männlich), Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. F.6: Absolventinnen und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen in Jena (weiblich), Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17**

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Bezogen auf die Geschlechterverhältnisse kann festgehalten werden, dass im Schuljahr 2016/17 50,0 Prozent der männlichen Absolventen die Hochschulreife, 36,2 Prozent einen Realschulabschluss, 11,0 Prozent einen Hauptschulabschluss und 2,8 Prozent keinen Abschluss erhielten. Bei den weiblichen Absolventinnen erreichten 65,2 Prozent die Hochschulreife, 25,7 Prozent einen Realschulabschluss, 5,5 Prozent einen Hauptschulabschluss und 3,5 Prozent mussten die Schule ohne Abschluss verlassen. Auffällig ist hierbei der deutliche Geschlechterunterunterschied bei den Abschlussarten. Der Anteil der weiblichen Absolventinnen mit einer Hochschulreife an allen weiblichen Absolventinnen liegt 15,2 Prozent über dem Anteil der männlichen Absolventen mit einem Hochschulabschluss an allen männlichen Absolventen. Demgegenüber ist der Anteil der männlichen Absolventen mit einem Realschulabschluss höher als der Anteil der weiblichen Absolventinnen mit einem Realschulabschluss. Bei den Hauptschulabschlüssen liegt der Anteil der männlichen Absolventen ebenfalls höher. Anteilig mussten etwas mehr weibliche Absolventinnen die Schule ohne Abschluss verlassen als männliche Absolventen. Hierbei sind jedoch die verhältnismäßig geringen absoluten Werte zu beachten. In der Gesamtentwicklung ist festzustellen, dass sich in dem Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 die Geschlechterunterschiede bei den Abschlussarten tendenziell verstärkten.

## 4 Zusammenfassung

Im Hinblick auf die Ursachen sowie die Bekämpfung von Armut spielt Bildung eine wesentliche Rolle. Dies gilt sowohl für die Betrachtung sozialer Ungleichheiten und den daraus resultierenden Bildungsunterschieden als auch für die Zurückführung von Kinderarmut auf Bildungsmängel. Bildungschancen stehen dabei häufig in Zusammenhang mit der sozialen Herkunft, wobei sich die Bildungsungleichheiten insbesondere bei den Bildungsübergängen manifestieren. In diesem Zusammenhang kann Bildung und insbesondere Bildungsförderung einen Ausweg aus Armut darstellen. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass Kinder aus einkommensarmen Familien die Möglichkeit besitzen, in vollem Maße am Bildungssystem zu partizipieren.

Die Möglichkeiten zur Armutsprävention im Bildungsbereich beginnen bereits im Vorschulalter. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist darauf hin, dass eine gute Kinderbetreuung eine der wichtigsten Maßnahmen gegen Armutsgefährdung darstellt. Es kann insgesamt festgehalten werden, dass in Jena mit der gestiegenen Zahl von Kindern im Vorschulalter auch die Zahl der in einer Kindertagesstätte (bzw. Tagespflege) betreuten Kinder zugenommen hat. Im Kitajahr 2015/16 lebten 6.851 Kinder im Alter von 0 bis 6,5 Jahren in der Stadt. Das waren 457 Kinder mehr als noch im Kitajahr 2011/12. Von den 6.851 Kindern im Kitajahr 2015/16 wurden 5.469 Kinder in einer Kindertagesstätte (bzw. Tagespflege) betreut. Im Kitajahr 2011/12 betrug die Anzahl der betreuten Kinder 4.976.

Insgesamt stieg für die Altersgruppe der 0- bis 6,5-Jährigen die Nutzungsquote im Bereich Kita/Tagespflege von 2011/12 zu 2015/16 leicht von 77,8 auf 79,8 Prozent an. Jedoch ist von 2014/15 zu 2015/16 ein leichter Rückgang der Quote von 80,3 auf 79,8 Prozent festzustellen. Zudem zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter der Kinder auch die Nutzungsquoten stiegen. Bei der Altersgruppe der Ein- bis unter Zweijährigen lag im Kitajahr 2015/16 demnach eine Nutzungsquote von 74,9 und bei der Altersgruppe der Zwei bis unter Dreijährigen eine Nutzungsquote von 95,1 Prozent vor. Die Betreuungsquote im Bereich der 0 bis unter 3-Jährigen lag in Jena mit 57,7 Prozent über dem Thüringer Durchschnitt von 52,2 Prozent (Stichtag: 01.03.2016).

Die allgemeinbildende Jenaer Schullandschaft erfuhr in den vergangenen 25 Jahren markante Veränderungen hinsichtlich der Einführung der Gemeinschaftsschule und dem Auslaufen der Regelschule, der Zunahme an Schulen in freier Trägerschaft, der kontinuierlichen Steigerung der Inklusion von Schülern und Schüle-

rinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und der Zunahme von höheren Bildungsabschlüssen. Zudem stieg vor allem in den letzten Jahren die Anzahl der Schüler/-innen mit Migrationshintergrund.<sup>206</sup> Der vorliegende Bericht greift einige zentrale Aspekte im Bereich der allgemeinbildenden Schulen auf und stellt deren Entwicklung im Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 dar. Für eine tiefgreifende Analyse der Jenaer Bildungslandschaft sei auf den Ersten Bildungsbericht der Stadt Jena (2018) verwiesen. In diesem werden weitere Aspekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung umfassend abgebildet.

Die Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen nahm im Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 von 8.887 auf 10.526 zu. Eine weitere Steigerung ist für die nächsten Schuljahre prognostiziert. Damit werden auch weiterhin steigende Schulkapazitäten benötigt.<sup>207</sup> Im Schuljahr 2016/17 besuchten insgesamt 2.621 Schüler/innen eine Grundschule, 3.228 Schüler/-innen eine Gemeinschaftsschule, 3.040 Schüler/-innen ein Gymnasium, 1.587 Schüler/-innen eine Gesamtschule und 50 Schüler/-innen eine Förderschule. Im gesamten betrachteten Zeitraum war dabei vor allem die Zahl von Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen gestiegen. Mit dem Auslaufen der Regelschule und der Neueinführung der Gemeinschaftsschule im Schuljahr 2011/12 nahm die Zahl der Schüler/-innen an dieser Schulform um 2.008 Personen zu.

Im Schuljahr 2016/17 wiederholten insgesamt 143 Schüler/-innen in Jena eine Klassenstufe, was 1,4 Prozent aller Schüler/-innen entsprach. Die Quote stieg dabei von 2011/12 zu 2016/17 leicht um 0,3 Prozentpunkte an. Der Bildungserfolg anhand der Schulabschlüsse zeigt im Zeitraum von 2011/12 bis 2016/17 eine leicht positive Entwicklung auf. Im betrachteten Zeitraum stieg der Anteil der Schüler/-innen mit Allgemeiner Hochschulreife von 56,5 auf 57,3 Prozent an. Ebenfalls leicht gestiegen war der Anteil der Schüler/-innen mit einem Realschulabschluss. Im Schuljahr 2011/12 absolvierten 29,3 und im Schuljahr 2016/17 31,2 Prozent aller Absolvent/-innen diese Abschlussart. Der Anteil der Schüler/-innen mit Hauptschulabschluss ging von 10,8 auf 8,4 Prozent zurück und der Anteil der Schüler/-innen ohne Abschluss sank von 3,4 auf 3,1 Prozent.

Verschiedene Indikatoren verweisen auf persistente Geschlechterunterschiede. So wiederholten über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg mehr männliche Schüler eine Klassenstufe als weibliche Schülerinnen. Im Schuljahr 2016/17 lag die Quote bei den männlichen Schülern bei 1,7 und bei den weiblichen Schüler/-innen bei 1,0 Prozent. Zudem erreichten männliche Schüler seltener die allgemeine Hochschulreife, häufiger einen Realschulabschluss und häufiger einen Hauptschulabschluss als weibliche Schülerinnen. Mit Ausnahme des Schuljahres 2016/17 verließen männliche Schüler zudem häufiger die Schule ohne Abschluss als weibliche Schülerinnen. In Ergänzung hierzu hat der aktuelle Bildungsbericht der Stadt Jena ermittelt, dass Jungen und junge Männer häufiger einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen, häufiger verspätet eingeschult werden und häufiger eine Förderschule besuchen.<sup>208</sup>

Seit dem Schuljahr 2015/16 sind für Schulen in Trägerschaft der Stadt Jena Informationen zu Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund verfügbar. Auch hier sind Unterschiede zwischen den Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund ersichtlich. Schüler/-innen mit Migrationshintergrund wiederholten häufiger eine Klassenstufe (3,8 zu 1,1 Prozent im Schuljahr 2016/17), verließen die Schule häufiger ohne Abschluss (16,2 zu 2,5 Prozent im Schuljahr 2016/17) und seltener mit allgemeiner Hochschulreife (32,4 zu 58,0 Prozent im Schuljahr 2016/17) als Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund. Die Förderquote liegt hingegen bei Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund leicht niedriger. Die In-

<sup>206</sup> Vgl. Stadt Jena (2018): S. 107.

<sup>207</sup> Vgl. ebd.: S. 107.

<sup>208</sup> Vgl. ebd.: S. 109.



Integration von Schülern und Schüler/-innen mit Migrationshintergrund wird weiterhin eine der großen Aufgaben der Zukunft sein.<sup>209</sup>

Insgesamt sei darauf hingewiesen, dass das Geschlecht, der Migrationshintergrund und der sonderpädagogische Förderbedarf die einzigen sozialstrukturellen Merkmale sind, welche in der Schulstatistik ausgewiesen werden. Welche weiteren Merkmale (bspw. sozioökonomischer Status und soziale Herkunft) Einflüsse auf den Bildungserfolg besitzen und wie die Merkmale interagieren, bleibt weithin offen bzw. obliegt sozialwissenschaftlichen Studien.<sup>210</sup>

<sup>209</sup> Vgl. ebd.: S. 109.

<sup>210</sup> Vgl. ebd.: S. 109.



**G Gesundheit**

## 1 Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung stellt fest, dass Armut ein hohes Risiko für die Entwicklung von Kindern darstellt.<sup>211</sup> Da sich in der Lebensphase bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres elementare soziale Fähigkeiten, das Sprach- und Zahlenverständnis sowie das Seh- und Hörvermögen ausbilden, werden bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten zentrale Weichen für ein gelingendes Aufwachsen gestellt. Dabei erhöhen gesundheitliche Störungen im Kindesalter zugleich die Gesundheitsrisiken im Erwachsenenalter und können somit Bildungs-, Ausbildungs- und letztendlich auch Erwerbsbiografien beeinflussen.<sup>212</sup>

Im Bereich der Gesundheitsförderung orientiert sich die Stadt Jena an den Gesundheitszielen des Landes Thüringen. Diese wurden durch das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF) in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. (Agethur) formuliert und umfassen die Bereiche „Gesund aufwachsen“, „Gesund leben und arbeiten“ und „Gesund alt werden“. Ein Unterziel stellt der Themenbereich „Gesundheit rund um die Geburt“ dar, welcher dem Ziel „Gesund aufwachsen“ untergeordnet ist. Dieses Unterziel wurde im Jahr 2017 auf der 27. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) als nationales Gesundheitsziel verabschiedet.<sup>213</sup> Dabei wird angeregt, dass Eltern, die besonders belastet sind (z. B. durch Armut, eigene Erkrankungen oder psychische Belastungen) so früh wie möglich umfassende Hilfen erhalten.<sup>214</sup>

Um den Gesundheitszustand der Kinder in der Stadt Jena abbilden zu können, bieten die Daten der jährlich durchgeführten Kinder- und Jugendärztlichen Untersuchung eine umfassende Grundlage. Da es sich bei der **Schuleingangsuntersuchung (SEU)** um eine gesetzlich vorgeschriebene Vorsorgeuntersuchung handelt, wird nahezu die gesamte Population eines Einschulungsjahrganges erreicht. Es handelt sich also um eine repräsentative Querschnitterhebung, die auf der Grundlage der im gesamten Freistaat Thüringen verbindlichen standardisierten schulärztlichen Untersuchungsmethodik durchgeführt wird.<sup>215</sup> Die SEU ist als fester Bestandteil im Schulaufnahmeverfahren der Grundschulen verankert und wird im Alter von ca. sechs Jahren durchgeführt. Neben der Analyse des Gesundheitszustandes der Gesamtpopulation dient sie vor allem auch der Feststellung der individuellen körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung. Es wird demnach auf individualmedizinischer Ebene geklärt, ob das Kind den Anforderungen des Schulalltags gewachsen ist. Damit leistet die SEU einen wichtigen Beitrag zur Prävention. Kinder mit besonderem Förderbedarf werden identifiziert, sodass die konkreten schulischen Rahmenbedingungen, die ein Kind benötigt um erfolgreich am Schulbesuch teilzunehmen, festgelegt werden können. Diese Maßnahmen erfordern eine enge Zusammenarbeit aller im Gesundheits- und Schulwesen tätigen Akteure.<sup>216</sup>

**Tab. G.1** zeigt die Anzahl der regulär Einzuschulenden (einschließlich der vorzeitig Einzuschulenden) für die Jahrgänge 2012/13 bis 2016/17. Seit dem Schuljahr 2014/15 liefert die im Fachdienst Gesundheit erhobene Statistik zudem Informationen auf planungsräumlicher Ebene. Insgesamt erhöhte sich die Anzahl

<sup>211</sup> Vgl. Groos, Thomas/ Jehles, Nora (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 5.

<sup>212</sup> Vgl. Schubert, Ingrid/ Horch, Kerstin (2004): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Berlin: Robert Koch-Institut, S. 11.

<sup>213</sup> Vgl. Kuhn, Andrea/ Altgeld, Thomas (2017): Nationales Gesundheitsziel. Gesundheit rund um die Geburt. Berlin: Bundesministerium für Gesundheit, S. 7.

<sup>214</sup> Vgl. ebd.: S. 8.

<sup>215</sup> Vgl. Wagner, Maria/ Schüler, Elisabeth (2010): Der Gesundheitsstatus der Erfurter Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung – Vergleichende Betrachtung über zwei Berichtszeiträume. Auswertung der Kinder- und Jugendärztlichen Untersuchung sowie der Kinder- und Jugendzahnärztlichen Untersuchung der Stadt Erfurt. Landeshauptstadt Erfurt Stadtverwaltung: Amt für Soziales und Gesundheit, S. 5.

<sup>216</sup> Vgl. ebd.: S. 5.

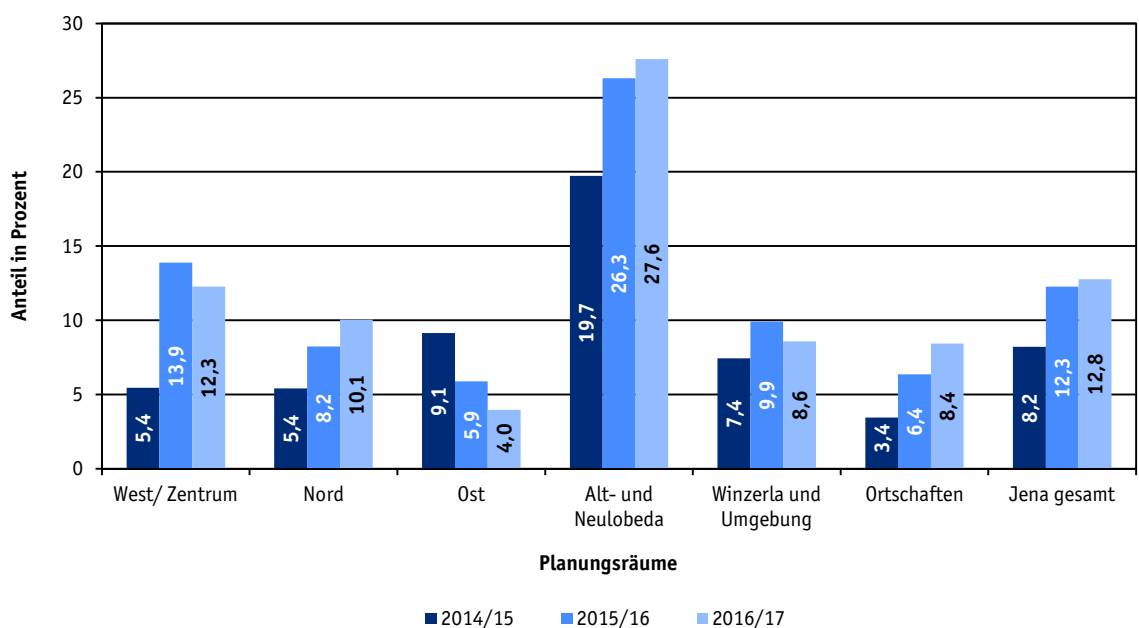
der regulär Einzuschulenden in der Untersuchung in dem Zeitraum von 2012/13 bis zu dem Schuljahr 2015/16 kontinuierlich von 866 auf 1027 Kinder. Für das Schuljahr 2016/17 kann ein leichter Rückgang der regulär Einzuschulenden in der Untersuchung festgestellt werden.

Planungsraum	Schuljahr				
	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
West/Zentrum	-	-	202	209	212
Nord	-	-	148	182	179
Ost	-	-	164	187	151
Alt- und Neulobeda	-	-	152	190	192
Winzerla und Umgebung	-	-	121	111	105
Ortschaften	-	-	87	110	83
außerhalb	-	-	22	29	19
nicht zugeordnet	-	-	41	9	15
<b>Jena gesamt</b>	<b>866</b>	<b>842</b>	<b>937</b>	<b>1027</b>	<b>956</b>

**Tab. G.1: Anzahl der regulären Einzuschulenden in der Schuleingangsuntersuchung, Einschulungsjahrgänge: 2012/13 bis 2016/17**

Quelle: *Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.*

Hinweis: *In den Schuljahren 2014/15 bis 2016/17 war eine geringe Zahl von untersuchten Kindern nicht in Jena wohnhaft bzw. konnte keinem Planungsraum zugeordnet werden.*



**Abb. G.1: Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Schuleingangsuntersuchung nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgänge: 2014/15 bis 2016/17**

Quelle: *Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.*

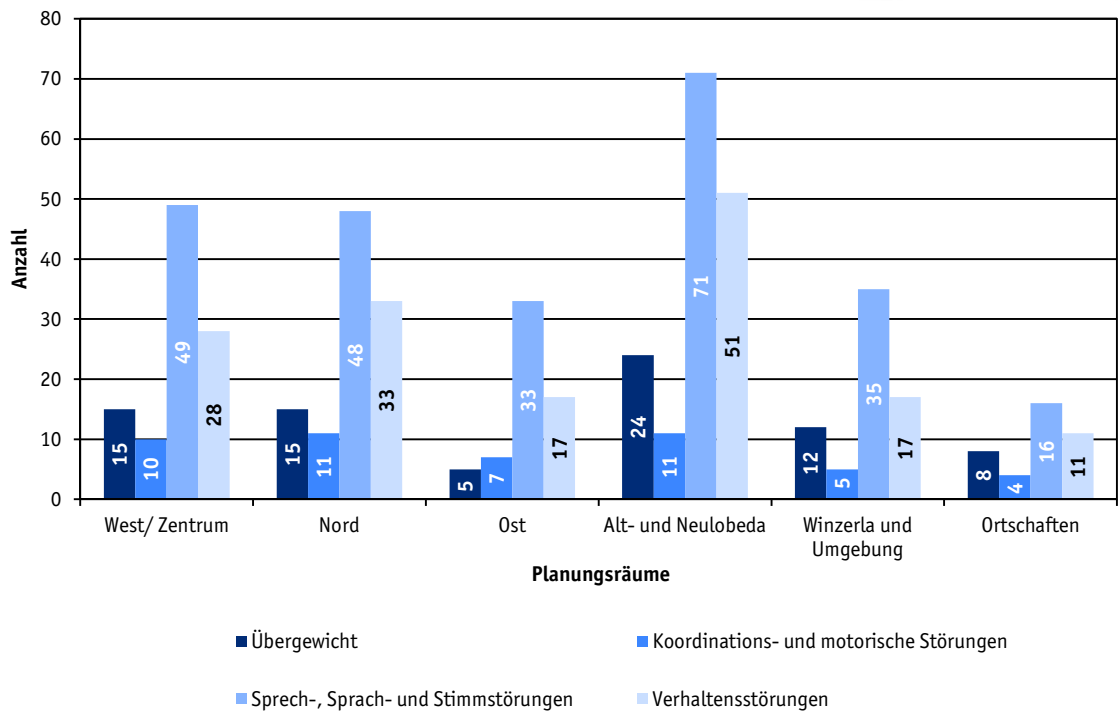
Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Schuleingangsuntersuchung stieg bei den Jahrgängen 2014/15 bis 2016/17 insgesamt an (**Abb. G.1**). Während im Jahrgang 2014/15 in Jena noch 77 Kinder in der Untersuchung einen Migrationshintergrund besaßen, waren es im Jahrgang 2016/17 122 Kinder. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund lag im Jahrgang 2016/17 somit bei etwa 12,8 Prozent. Der höchste Anstieg ist bei den Einzuschulenden mit dem Wohnort Lobeda zu verzeichnen. Besaßen im Jahrgang 2014/15 noch 30 von 152 Untersuchten einen Migrationshintergrund, so waren es im Einschulungsjahrgang 2016/17 53 von 192. Auffällig ist zudem, dass sich in den Planungsräumen West/Zentrum und Winzerla der Anstieg des Migrantenanteils im Schuljahr 2016/17 wieder umkehrte. In absoluten Zahlen fiel dieser Rückgang jedoch weniger deutlich aus. Demnach war die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund von 2015/16 zu 2016/17 in dem Planungsraum West/Zentrum von 29 auf 26 Kinder und in Winzerla und Umgebung von elf auf neun Kinder gesunken. Die geringsten Anteile von Kindern mit Migrationshintergrund waren für den Jahrgang 2016/17 in Jena Ost (sechs Kinder) und den Ortschaften (sieben Kinder) festzustellen. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Planungsraum Ost war dabei über die betrachteten Jahre hinweg stetig gesunken. Der Anstieg des Anteils der Kinder mit Migrationshintergrund in der Schuleingangsuntersuchung steht in einem Zusammenhang mit dem allgemeinen Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Jena.

Bei der Schilderung von Anteilswerten bezüglich der erfassten Merkmale innerhalb der SEU ist zu beachten, dass diese aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen im Verhältnis zu den absoluten Werten relativ hoch ausfallen können. Deswegen werden im Folgenden sowohl die absoluten Werte, als auch die Anteile der Befunde für den jeweiligen Planungsraum dargestellt und miteinander ins Verhältnis gesetzt. Dies gilt insbesondere für die verschiedenen Befundkategorien auf Ebene der einzelnen Stadtgebiete. **Abb. G.2** und **Abb. G.3** geben Auskunft über die Anzahl und die Anteile ausgewählter Befundmerkmale innerhalb der SEU für den Einschulungsjahrgang 2016/17. Die Anteile beziehen sich jeweils auf die Gesamtzahl der Untersuchten im jeweiligen Planungsraum. Die Befunde umfassen die Merkmale „Übergewicht“, „Koordinations- und motorische Störungen“, „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ und „Verhaltensstörungen“.

Für die Bewertung des **Körpergewichtes** wird der Body Mass Index (BMI) verwendet, welcher sich aus dem Quotienten aus Körpergewicht in Kilogramm und der quadrierten Körpergröße in Metern berechnet.<sup>217</sup> Demnach waren im Einschulungsjahrgang 2016/17 etwa 8,5 Prozent der Jenaer Kinder als übergewichtig einzustufen. Es litten also 81 der 956 Einzuschulenden an Übergewicht. Aus den Daten der Schuleingangsuntersuchung geht außerdem hervor, dass von den 81 übergewichtigen Kindern 31 von extremen Übergewicht (Adipositas) betroffen waren. Den höchsten Anteil an übergewichtigen Kindern wies Lobeda auf. Hier waren im Einschulungsjahrgang 2016/17 etwa 12,5 Prozent der untersuchten Kinder übergewichtig, gefolgt von Winzerla und Umgebung (11,4 Prozent). Das entsprach in Lobeda 24 von 192 untersuchten Kindern und in Winzerla und Umgebung 12 von 105 untersuchten Kindern. Die geringste Zahl übergewichtiger Kinder lag in Jena Ost vor. Mit fünf von 151 übergewichtigen Kindern betrug der Anteil hier lediglich 3,3 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt, wurden in dem Planungsraum West/Zentrum 15 Kinder, in Jena Nord ebenfalls 15 Kinder und in den Ortschaften 8 Kinder als übergewichtig eingestuft.

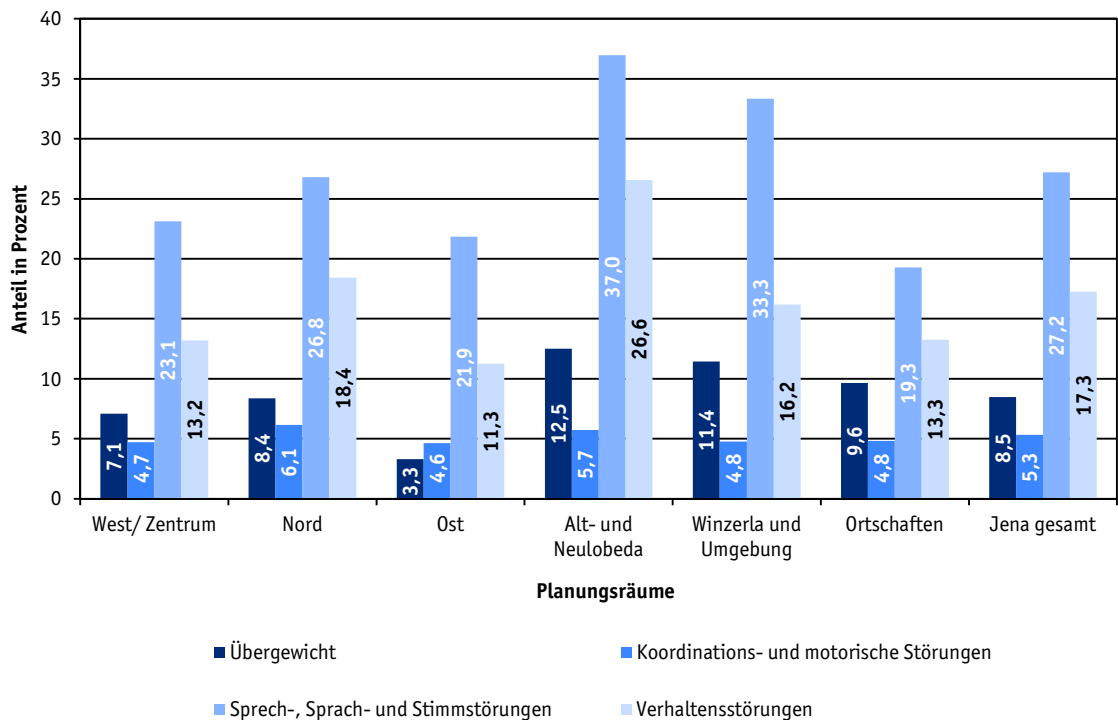
<sup>217</sup> Bis zum 18. Lebensjahr gilt für die SEU in Jena die Perzentilkurve nach Kromeyer-Hauschild, da sich aufgrund des unterschiedlichen Wachstums und immer wiederkehrender Wachstumsschübe die Verhältnisse zwischen Körpergewicht und Körpergröße altersspezifisch verändern. Vgl. hierzu: Wagner, Maria/ Schüler, Elisabeth (2010): S. 8.





**Abb. G.2:** Anzahl der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgang: 2016/17

Quelle: Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.



**Abb. G.3:** Anteil der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgang: 2016/17

Quelle: Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Im Bereich der **„Koordinations- und motorischen Störungen“** wiesen 5,3 Prozent der Einzuschulenden Auffälligkeiten auf. Dementsprechend waren in Jena 51 Kinder von Einschränkungen in diesem Bereich betroffen. Laut Definition umfasst die Diagnose Kinder, die Auffälligkeiten in einem der folgenden Versuche erkennen lassen: Einbeinstand, Einbeinhüpfen, Seiltänzerengang, Diadochokinese (Die Fähigkeit rasch aufeinander folgende Bewegungen wiederholt auszuführen), Finger-Daumen-Oppositionsversuch und visuomotorischer Handgebrauch.<sup>218</sup> Mit 6,1 Prozent wiesen in Jena Nord anteilig die meisten Kinder Störungen in diesem Bereich auf. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen wird jedoch deutlich, dass sich die diagnostizierten Auffälligkeiten in diesem Bereich relativ gleich über die Stadt verteilen. In Jena Nord waren 11 Kinder, im Planungsraum West/Zentrum 10 Kinder, in Jena Ost 7 Kinder und in Lobeda 11 Kinder betroffen. In Winzerla und den Ortschaften traten zusammengenommen bei neun Kindern Störungen auf. Die relativ geringe Zahl an Auffälligkeiten in diesem Bereich ist möglicherweise auf die Einführung neuer Entwicklungstests im Jahr 2003/04 zurückzuführen, welche die Grob-, Fein- und Visuomotorik extra erfassen.<sup>219</sup> Diese neu entwickelten Befundkategorien werden im Folgenden näher betrachtet.

Ein weitaus größerer Anteil an Befunden kann stadtweit im Bereich der **„Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“** ausgemacht werden. Hier liegt ein Befund vor, wenn bei den untersuchten Kindern mindestens ein Symptom aus den folgenden Störungsbildern vorliegt: Redeflussstörungen (wie z. B. Stottern oder Poltern), Störungen der Sprachentwicklung (wie z. B. Dysgramatismus, Störung der Satzbildung oder Stammeln) oder eine Stimmstörung (wie z. B. chronische Heiserkeit oder Näseln).<sup>220</sup> 27,2 Prozent aller Einzuschulenden in der SEU wiesen im Einschulungsjahrgang 2016/17 Auffälligkeiten in diesem Bereich auf, was in absoluten Zahlen 260 Kindern entsprach. Davon stammten mit 71 Kindern die meisten aus Lobeda. Bei rund 37 Prozent aller Untersuchten dieses Planungsraums wurden Auffälligkeiten festgestellt. In Winzerla traf dies mit 35 Kindern auf etwa ein Drittel der Untersuchten des Stadtgebietes zu. In Jena Nord lagen 48 Befunde (26,8 Prozent), in West/Zentrum 49 Befunde (23,1 Prozent) und in Jena Ost 33 Befunde (21,9 Prozent) vor. Für die Kinder aus den Ortschaften wurden 16 Diagnosen gestellt, was 19,3 Prozent entsprach. Insgesamt zeigt sich, dass im Bereich der expressiven Sprache relativ hohe Befundzahlen erreicht wurden und sich diese auch nicht ausschließlich in wenigen Planungsräumen bündelten, sondern im gesamten Stadtgebiet beobachtet werden konnten.

Dies zeigt sich in etwas geringerem Maße auch für den Bereich der **„Verhaltensstörungen“**, wobei hier eine Häufung von Fällen in Lobeda ausgemacht werden kann. Verhaltensstörungen umfassen u. a. Aggressivität, hyperkinetische Störungen sowie Störungen des Sozialverhaltens.<sup>221</sup> Insgesamt wurde bei 165 Kindern (17,3 Prozent) eine Verhaltensstörung diagnostiziert. Davon stammten 51 aus Lobeda, was für 26,6 Prozent aller Untersuchten dieses Planungsraums stand. In Jena Nord waren 33 Kinder (18,5 %) und in Winzerla und Umgebung 17 Kinder (16,2 Prozent) betroffen. Für den Planungsraum West/Zentrum wurde bei 49 Kindern (13,2 Prozent), für Jena Ost bei 17 Kindern (11,3 Prozent) und für die Ortschaften bei 11 Kindern (13,3 Prozent) eine Verhaltensstörung diagnostiziert.

**Abb. G.4** zeigt die Entwicklung der Befundanteile im Langzeittrend. Die Werte im Bereich **„Koordinations- und motorische Störungen“** änderten sich im Zeitraum von 2012/13 bis 2016/17 kaum und behielten damit ihr relativ niedriges Niveau bei. Der Anteil der untersuchten Kinder mit **„Übergewicht“** erfuhr im Zeitverlauf einen leichten Anstieg von 6,4 auf 8,5 Prozent. Der größte Anstieg kann bei den Befunden im Bereich der **„Verhaltensstörungen“** festgestellt werden. Wurde diese Diagnose im Einschulungsjahrgang 2012/13 noch bei 10,2 Prozent der Untersuchten festgestellt, so waren im Jahrgang 2016/17 17,3 Prozent

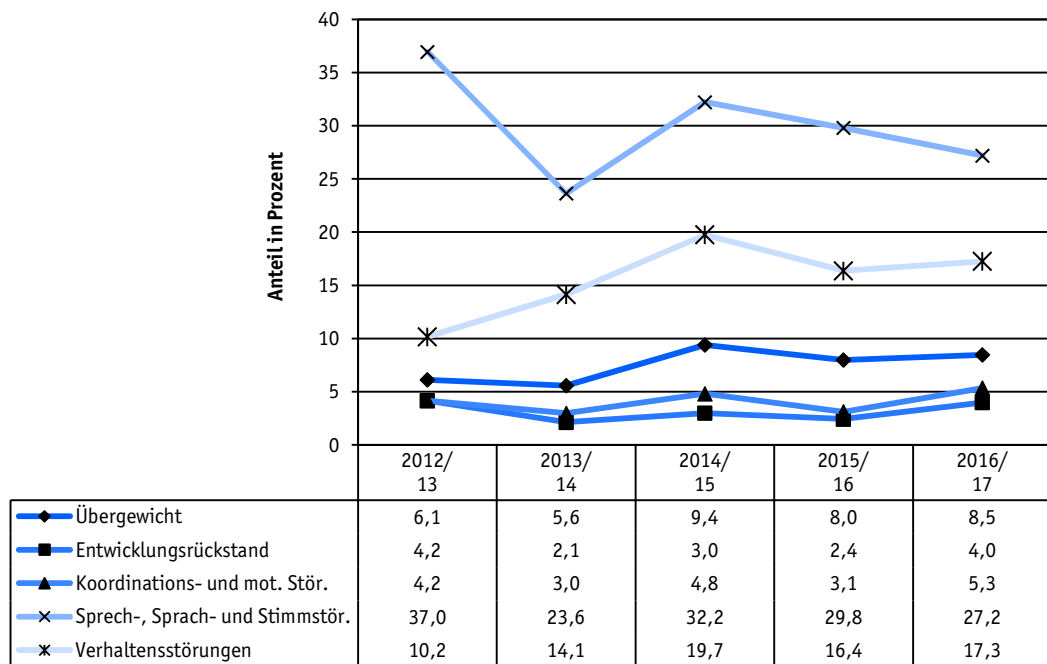
<sup>218</sup> Vgl. ebd.: S. 49.

<sup>219</sup> Vgl. Wagner, Maria/ Schüler, Elisabeth (2010): S. 14.

<sup>220</sup> Vgl. Thüringer Landesverwaltungsamt/ Thüringer Landesamt für Statistik (2006): S. 52.

<sup>221</sup> Vgl. Schubert, Ingrid/ Horch, Kerstin (2004): S. 133.

der Kinder betroffen. Der Anteil der Befunde im Bereich der „**Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen**“ unterlag im betrachteten Zeitraum großen Schwankungen. Nach einem Rückgang von rund 37 Prozent auf 23,6 Prozent von 2012/13 zu 2013/14 stieg der Wert im Folgejahr wieder auf 32,2 Prozent an, um danach wieder kontinuierlich zu sinken. Im letzten betrachteten Untersuchungsjahr waren 27,2 Prozent aller untersuchten Kinder betroffen.



**Abb. G.4:** Anteil der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgänge: 2012/13 bis 2016/17

Quelle: Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

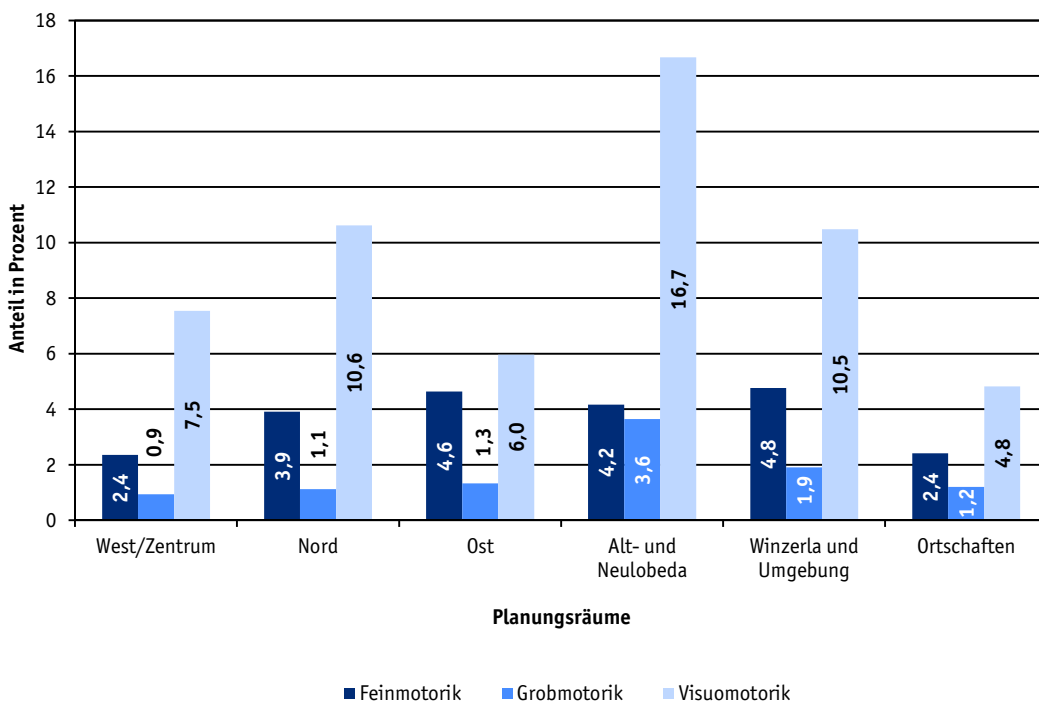
In **Abb. G.5** ist der Anteil der Befunde in den Bereichen „**Feinmotorik**“<sup>222</sup>, „**Grobmotorik**“<sup>223</sup> und „**Visuomotorik**“<sup>224</sup> für das Einschulungsjahr 2016/17 dargestellt. Die Erweiterung der Befundkategorie „Motorik“ in die verschiedenen Teilausprägungen lässt differenzierte Aussagen über die einzelnen Teilaspekte motorischer Störungen zu. Da die Entwicklung motorischer Fähigkeiten eng mit der Entstehung von sozialen Beziehungen sowie der kognitiven und sprachlichen Entwicklung verbunden ist, sollen die einzelnen Ausprägungen motorischer Störungen an dieser Stelle gesondert dargestellt werden. In der oben stehenden Abbildung wird deutlich, dass die – im Untersuchungsjahr 2003/04 neu eingeführte – Unterteilung auch für die SEU in der Stadt Jena eine sinnvolle Erweiterung darstellt, da umfassende Unterschiede in den einzelnen Bereichen deutlich werden. Es kann zunächst festgestellt werden, dass die Befunde im Bereich der

<sup>222</sup> Bei der Prüfung der Feinmotorik/Graphomotorik wird in erster Linie die Handmotorik geprüft. Die Untersuchung soll dokumentieren, ob Entwicklungsverzögerungen der Hand-Augen-Koordination und/oder der Graphomotorik (Stifthaltung) bestehen. Vgl. hierzu: Bruhns-Philipps, Elke/ Hesper-Jungesblut, Katharina/ Jahn, Nicola/ Zühlke, Christel (2013): Kindergesundheit im Einschulungsalter. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2012. Gesundheitsberichterstattung für Niedersachsen. Hannover: Niedersächsisches Landesgesundheitsamt, S. 71.

<sup>223</sup> Bei den Untersuchungen zur Grobmotorik wird die Körperkoordination (z. B. Laufen, Hüpfen, Springen) geprüft. Vgl. ebd.: S. 63.

<sup>224</sup> Der Bereich der Visuomotorik umfasst die Fähigkeiten, das Sehen mit den Bewegungen des Körpers zu koordinieren. Wenn man z. B. nach einem Gegenstand greift, muss die Bewegung der Hände durch das Sehen gesteuert werden. Auch wenn man einen Ball prellt oder ihn auffängt erfolgt eine Koordination von Augen und Motorik (Auge-Hand-Koordination). Vgl. hierzu: Zimmer, Renate (2012): Handbuch Sinneswahrnehmungen. Grundlagen einer ganzheitlichen Bildung und Erziehung. Freiburg: Herder, S. 67 f.

„**Grobmotorik**“ kaum ins Gewicht fielen. Der höchste Anteil der Befunde in diesem Bereich kann mit 3,6 Prozent in Lobeda festgestellt werden, was sieben Kindern entsprach. Die Befunde im Bereich der „**Feinmotorik**“ liefern ein ähnliches Bild. Hier kann mit 4,8 Prozent in Winzerla und Umgebung der größte Anteil identifiziert werden. Sehr viel höher fiel die Befundrate im Bereich der „**Visuomotorik**“ aus. Lobeda besaß mit 16,7 Prozent den höchsten Anteil an Befunden in diesem Bereich. In absoluten Zahlen entsprach dies 32 Kindern. Im Planungsraum West/Zentrum waren 16 Kinder betroffen, was 7,5 Prozent der Untersuchten des Planungsraums entsprach. In Jena Nord erhielten 19 Kinder (10,6 Prozent) und in Winzerla 11 Kinder (10,5 Prozent) einen Befund. Jena Ost und die Ortschaften wiesen hingegen die geringste Anzahl und Rate an Befunden auf. Da der Bereich der „**Visuomotorik**“ in der Kindesentwicklung eine besondere Stellung einnimmt, sollten an dieser Stelle entsprechende Präventionsmaßnahmen in den Blick genommen werden. Dabei belegen Ergebnisse des Nationalen Kinder- und Jugendgesundheitsveys (KIGGS), dass vor allem Kinder und Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus Defizite in der motorischen Entwicklung aufweisen.<sup>225</sup> Aktuelle Untersuchungen des Gesundheitsamtes der Stadt Jena haben außerdem ermittelt, dass bei Kindern mit Migrationshintergrund häufiger Auffälligkeiten im Bereich der „**Visuomotorik**“ auftreten, als bei Kindern mit deutscher Herkunft. Von den 122 Kindern mit ein- oder beidseitigem Migrationshintergrund wiesen 15,6 Prozent einen Befund auf. Bei Kindern mit deutscher Herkunft waren es lediglich 9,8 Prozent.<sup>226</sup>

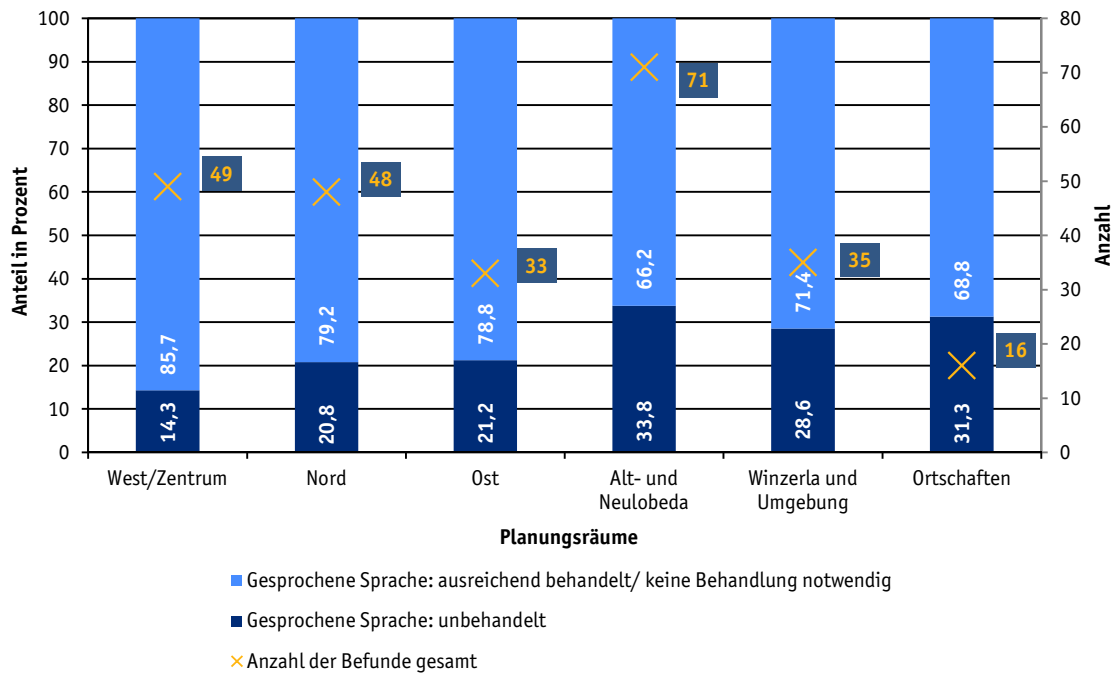


**Abb. G.5: Anteil der Befunde in den Bereichen „Feinmotorik“, „Grobmotorik“ und „Visuomotorik“ nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgang: 2016/17**

Quelle: Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

<sup>225</sup> Vgl. Horch, Kerstin (2008): Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bericht für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. Berlin: Robert-Koch-Institut, S. 20.

<sup>226</sup> Vgl. Statistik des Gesundheitsamtes der Stadt Jena 2017.



**Abb. G.6:** Verteilung des Behandlungsstatus im Bereich „expressive Sprache“ an allen Befunden nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgang 2016/17

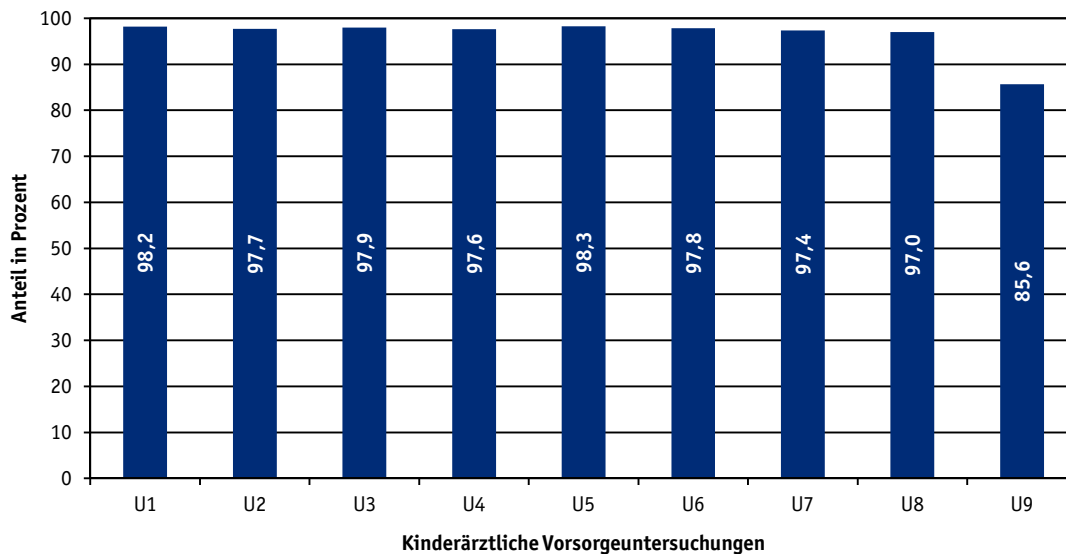
Quelle: *Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.*

Die Ergebnisse der SEU lassen in einigen Bereichen neben den Befundhäufigkeiten auch Aussagen über die Behandlungsbedürftigkeit der jeweiligen Auffälligkeiten zu. **Abb. G.6** zeigt das Verhältnis von ausreichend behandelten bzw. nicht zu behandelnden Befunden zu allen unbehandelten Befunden im Bereich der „expressiven (gesprochenen) Sprache“. Neben der hohen Anzahl von Fällen in Lobeda (71 Kinder mit Befund) zeigt sich, dass knapp über ein Drittel der Fälle (24 Kinder) zum Zeitpunkt der SEU noch nicht behandelt wurden. Zum Vergleich sind im Planungsraum West/Zentrum 14,3 Prozent der Untersuchten mit Befund unbehandelt, was 7 von 49 Kindern entsprach. Der relativ hohe Anteil von Kindern in Lobeda, die gar nicht oder nicht ausreichend diagnostisch und/oder therapeutisch versorgt waren, deutet darauf hin, dass im Bereich der Gesundheitsprävention in diesem Segment Handlungsbedarf besteht.

## 2 Kinderfrüherkennungsuntersuchungen

Die Prävention und frühzeitige Erkennung von Entwicklungsstörungen und Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter ist von großer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund erfüllen die **Kinderfrüherkennungsuntersuchungen U1 bis U9** für das Kindesalter bis zum sechsten Lebensjahr eine wichtige Vorsorgefunktion. Die Früherkennungsuntersuchungen gehören zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen und sind kostenfrei. Die ersten beiden Untersuchungen U1 und U2 werden in der Regel routinemäßig in der Geburtsklinik durchgeführt, die folgenden Untersuchungen (U3 bis U9) überwiegend durch niedergelassene Kinder- und Jugendärzte.<sup>227</sup>

<sup>227</sup> Vgl. Horch, Kerstin (2008): S. 61.



**Abb. G.7:** Anteil der einzuschulenden Kinder, die an den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen haben, Einschulungsjahrgang 2016/17

Quelle: Fachdienst Gesundheit der Stadt Jena, 2017. Eigene Berechnung und Darstellung.

Generell findet das Früherkennungsprogramm eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.<sup>228</sup> **Abb. G.7** zeigt den Anteil der Kinder in der SEU, die an den Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen haben. Betrachtet wurden dabei nur die Kinder, bei denen ein Vorsorgeheft vorgelegt werden konnte. Im Einschulungsjahrgang 2016/17 war dies bei 870 von 956 Kindern der Fall (91 Prozent). Generell bestätigt sich die hohe Akzeptanz der Früherkennung auch in der Stadt Jena. An der Untersuchung U1 bis U8 nahmen jeweils über 97 Prozent der Einzuschulenden teil. Jedoch ließen etwa 14 Prozent der Einzuschulenden die letzte Untersuchung (U9) aus. Um eine lückenlose Früherkennung zu garantieren – vor allem im Hinblick auf die unbehandelten Befunde im Bereich „*expressiven Sprache*“ – sollte eine Erhöhung der Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung U9 angestrebt werden.

### 3 Zusammenfassung

Armut stellt ein hohes Risiko für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen dar. Zudem erhöhen gesundheitliche Störungen im Kindesalter die Gesundheitsrisiken im Erwachsenenalter und können somit Bildungs-, Ausbildungs- und letztendlich auch Erwerbsbiografien negativ beeinflussen. Die jährlich durchgeführte Schuleingangsuntersuchung (SEU) bietet eine repräsentative Datengrundlage, um den Gesundheitszustand der Kinder in der Stadt Jena abbilden zu können. Da es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Vorsorgeuntersuchung handelt, wird nahezu die gesamte Population eines Einschulungsjahrganges erreicht. Neben der Analyse des Gesundheitszustandes dient sie vor allem auch der Feststellung der individuellen körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung. Kinder mit besonderem Förderbedarf werden identifiziert, sodass die konkreten schulischen Rahmenbedingungen, die ein Kind benötigt, um erfolgreich am Schulbesuch teilzunehmen, festgelegt werden können.

<sup>228</sup> Vgl. ebd.: S. 61.

Die Anzahl der regulär Einzuschulenden in der Untersuchung stieg von 2012/13 zu 2016/17 von 866 auf 956 Kinder an. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund betrug im Einschulungsjahrgang 2016/17 12,8 Prozent. Das waren 4,6 Prozent mehr Kinder mit Migrationshintergrund als im Einschulungsjahrgang 2014/15. Somit besaßen im Einschulungsjahrgang 2016/17 insgesamt 122 Kinder einen Migrationshintergrund. Der Planungsraum mit dem größten Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in der Untersuchung war Lobeda. Im Einschulungsjahrgang 2016/17 besaßen hier 27,6 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, was 53 von 192 Kindern entsprach. In West/Zentrum lag der Anteil bei 12,3 Prozent (26 Kinder), in Jena Nord bei 10,1 Prozent (18 Kinder), in Jena Ost bei 4,0 Prozent (6 Kinder), in Winzerla bei 8,6 Prozent (9 Kinder) und in den Ortschaften bei 8,4 Prozent (7 Kinder).

Innerhalb der SEU wurden im Einschulungsjahrgang 2016/17 insgesamt 79 Befunde im Bereich „Übergewicht“, 48 Befunde im Bereich „Koordinations- und motorische Störungen“, 252 Befunde im Bereich „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ und 157 Befunde im Bereich „Verhaltensstörungen“ festgestellt. Somit erhielten 8,5 Prozent der Einzuschulenden den Befund „Übergewicht“, 5,3 Prozent den Befund „Koordinations- und motorische Störungen“, 27,2 Prozent den Befund „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ und 17,3 Prozent den Befund „Verhaltensstörungen“. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass von 2012/13 bis 2016/17 der Anteil der Kinder mit dem Befund „Übergewicht“ von 6,1 auf 8,5 Prozent, der Anteil der Kinder mit dem Befund „Koordinations- und motorische Störungen“ von 4,2 auf 5,3 Prozent und der Anteil der Kinder mit dem Befund „Verhaltensstörungen“ von 10,2 auf 17,3 Prozent gestiegen ist. Rückläufig waren die Anteilswerte im Bereich „Entwicklungsrückstand“ (von 4,2 auf 4,0 Prozent) und im Bereich „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ (von 37,0 auf 27,2 Prozent).

Auf planungsräumlicher Ebene sind sowohl Niveauunterschiede als auch globale Gemeinsamkeiten bei den Befundkategorien erkennbar. So traten in allen sechs Planungsräumen die Befundkategorien „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ sowie „Verhaltensstörungen“ anteilig am häufigsten auf. Die Befunddichte unterschied sich dahingehend, dass im Bereich „Sprech-, Sprach- und Stimmstörungen“ in Lobeda und Winzerla überdurchschnittlich hohe Anteilswerte vorlagen. Im Einschulungsjahrgang 2016/17 kann hier für Lobeda ein Wert von 37,0 und in Winzerla ein Wert von 33,3 Prozent ermittelt werden. Der Jenaer Durchschnitt lag bei 27,2 Prozent. Der niedrigste Wert kann in diesem Bereich für die Ortschaften festgestellt werden (19,3 Prozent). Im Bereich „Verhaltensstörungen“ lag Lobeda mit 26,6 Prozent über dem Jenaer Durchschnitt von 17,3 Prozent. Mit 18,4 Prozent war der Anteilswert in Jena Nord hier ebenfalls leicht überdurchschnittlich. Der niedrigste Wert lag hier mit 11,3 Prozent in Jena Ost vor. Für den Bereich „Übergewicht“ zeigen sich bei den Planungsräumen relativ ähnliche Werte. Hier lagen Lobeda (12,5 Prozent), Winzerla (11,4 Prozent) und die Ortschaften (9,6 Prozent) leicht über dem Jenaer Durchschnitt von 8,5 Prozent. Die geringsten Werte sind mit 3,3 Prozent in Jena Ost festzustellen. Im Bereich „Koordinations- und motorische Störungen“ waren die Werte nahezu ausgeglichen und bewegten sich im Bereich zwischen 4,6 Prozent in Jena Ost und 6,1 Prozent in Jena Nord.

Im Bereich der „expressiven (gesprochenen) Sprache“ lassen sich zudem Aussagen über den Behandlungsstatus ableiten. Die Unterteilung erfolgt hierbei in „ausreichend behandelt/ keine Behandlung notwendig“ und „unbehandelt“. Dabei ist festzustellen, dass im Einschulungsjahrgang 2016/17 in Lobeda nicht nur anteilig und in absoluten Zahlen die meisten Befunde im Bereich „expressive Sprache“ vorlagen, sondern mit 33,8 Prozent auch die meisten Befunde unbehandelt waren. In West/Zentrum betrug der Wert 14,3, in Jena Nord 20,8, in Jena Ost 21,2, in Winzerla 28,6 und in den Ortschaften 31,3 Prozent. Der überdurchschnittliche Anteilswert in den Ortschaften muss dabei in Relation zu der relativ geringen Gesamtzahl an Befunden in diesem Planungsraum betrachtet werden.

Aufgrund der aktuellen Datenlage können die Ergebnisse der SEU nicht in Verbindung mit anderen soziodemographischen Merkmalen ausgewertet werden. Dennoch sind zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Planungsräumen und den einzelnen Befundkategorien festzustellen. Dabei zeigt sich eine Tendenz zu Befundhäufungen in sozial stärker belasteten Planungsräumen. Da der sozio-ökonomische Status in einem



engen Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand und der Prävalenz von Erkrankungen steht und maßgeblich das individuelle Gesundheits- und Krankheitshandeln beeinflusst, sollten zukünftige Präventionskonzepte im Bereich Gesundheit diese Ergebnisse im Blick behalten.<sup>229</sup>

<sup>229</sup> Vgl. Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V.: Gesund aufwachsen. <https://www.lgk-thueringen.de/gesundheitsziele/gesund-aufwachsen/> (Zugegriffen: 23.07.2018).





# **H Prekäre Lebenslagen in Jena – Ergebnisse einer qualitativen Studie**



## 1 Einführung und methodische Anmerkungen

Das Ziel des qualitativen Berichtsteils besteht darin, die Situation der in Jena von Armut betroffenen bzw. armutsgefährdeten Menschen alltagsnah zu beschreiben sowie die individuellen und sozialen Auswirkungen von prekären Lebenslagen darzustellen. Das Thema Armut wird von der Sozialpolitik und Wissenschaft vorrangig in Bezug auf finanzielle Kriterien, Arbeitslosigkeit, Bildungsmöglichkeiten, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe diskutiert.<sup>230</sup> Für die Analyse komplexer sozialer Phänomene auf der Individualebene genügt es jedoch nicht, ausschließlich quantitative Beschreibungen charakteristischer Merkmale von Personen in Armutslagen in den Blick zu nehmen. Um ein Verständnis für die individuellen Auswirkungen von Armut entwickeln zu können, ist es vielmehr notwendig, einen Einblick in die **Lebenswelt und Lebensführung** der Betroffenen zu erhalten.<sup>231</sup>

Der Begriff der **Lebenswelt** ist hierbei als eine Erweiterung des Lebenslagenbegriffes zu verstehen. Umfasst die Lebenslage die materiellen und immateriellen Lebensbedingungen, so umschreibt die Lebenswelt „das (...) subjektive Wirklichkeitskonstrukt eines Menschen, welches dieser unter den Bedingungen seiner Lebenslage bildet“.<sup>232</sup> Die Lebenswelt wird somit einerseits von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorgegeben und ist andererseits Ergebnis biografischen Handelns. Durch sie werden Möglichkeiten für potenzielle Handlungsstrategien im Umgang mit Armut festgelegt. Über das Konzept der Lebenswelt sollen die Selbstverständlichkeiten des Alltags hinterfragt und die gesellschaftlichen Strukturen hinter dem vermeintlich „Normalen“ identifiziert werden.<sup>233</sup> Der Erziehungswissenschaftler und Sozialpädagoge Hans Thiersch weist darauf hin, dass die Lebensweltorientierung zwar die gesellschaftlichen wie auch institutionellen Strukturen kritisiert, dabei aber hinreichende, institutionelle wie auch professionelle (Handlungs-) Muster für die Alltagsverhältnisse der Adressat/-innen Sozialer Arbeit bereitstellt. Die Lebensweltorientierung fragt dabei nach dem subjektiven Eigensinn von Selbstdeutungen und Handlungsmustern im Alltag, nach der Ganzheitlichkeit, in der sich die Menschen befinden, und nach den darin eingelagerten Bewältigungsmustern in der Ambivalenz von Offenheit und Routinen. Diese „methodische“ Orientierung wird mit dem emanzipatorischen Anspruch verknüpft, eine gelingende Lebenswelt zu ermöglichen.<sup>234</sup> Der Begriff der **Lebensführung** thematisiert darüber hinaus die individuellen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten, die in Zusammenhang mit den strukturellen Bedingungen einer Gesellschaft bzw. einer bestimmten sozialen Lage existieren.

Ausgehend von dem erweiterten Lebenslagenkonzept stehen bei der vorliegenden Untersuchung folgende Fragen im Fokus:

- Welche Prozesse führen zu Armut?
- Welche Benachteiligungen erleben die Betroffenen und in welchen Lebensbereichen liegen besondere Einschränkungen vor?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es notwendig, ein Verständnis für die alltäglichen Mechanismen von Armut zu entwickeln. Die **quantitative Sozialforschung** ermöglicht aufgrund hoher Fallzahlen repräsentati-

<sup>230</sup> Vgl. Lehmkuhler, Stephanie/ Leonhäuser, Ingrid-Ute (1998): Armut und Ernährung: Eine qualitative Studie über das Ernährungsverhalten von ausgewählten Familien mit niedrigem Einkommen. In: Spiegel der Forschung 15, Nr. 2. Giessen: Universität Giessen, S. 74.

<sup>231</sup> Vgl. Klärner et al. (2015): S. 28.

<sup>232</sup> Siehe Kraus, Björn (2006): Lebenswelt und Lebensweltorientierung – eine begriffliche Revision als Angebot an eine systemisch-konstruktivistische Sozialarbeitswissenschaft. In: Kontext. Zeitschrift für Systemische Therapie und Familientherapie. Bd. 37, Heft 02/06. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, S. 125.

<sup>233</sup> Vgl. Klärner et al. (2015): S. 28.

<sup>234</sup> Vgl. Füssenhäuser, Cornelia (2006): Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit. In: Dollinger, Bernd/ Raithel, Jürgen (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 128.



ve Aussagen in Bezug auf eine bestimmte Grundgesamtheit.<sup>235</sup> Die Ergebnisse bilden jedoch zumeist nur allgemeine Entwicklungen bestimmter Kennzahlen ab oder ermöglichen die Überprüfung von Zusammenhängen einzelner statistischer Merkmale. Aufgrund der umfangreichen Fallzahlen ist eine Berücksichtigung der individuellen Perspektive der Betroffenen in der Regel nicht möglich. **Qualitative Methoden** sind in der Lage, persönliche Erfahrungen und Perspektiven sowie komplexe Zusammenhänge vieler verschiedener Faktoren abzubilden. Aufgrund des Erhebungs- und Auswertungsaufwandes kann zumeist nur ein kleiner Personenkreis (Untersuchungsgruppe) erfasst werden. Der Einzelfall dient hierbei als Repräsentant für einen größeren Teil der Grundgesamtheit.

Um die Vorteile beider Ansätze nutzen zu können und die genannten Nachteile zu minimieren, schlägt die Forschung eine Kombination (Triangulation) beider Methodenansätze vor. Der Begriff der **Triangulation** beschreibt zunächst die Betrachtung eines Forschungsgegenstandes von mindestens zwei Punkten aus.<sup>236</sup> Bei der **Methoden-Triangulation** werden verschiedene Ansätze kombiniert, um deren Schwächen auszugleichen. Die Triangulation quantitativer und qualitativer Zugänge wird forschungsmethodisch dann empfohlen, wenn ein mehrperspektivischer Blick auf Lebenslagen und Orientierungen eröffnet werden soll. Individuelle Entwicklungsprozesse und Verarbeitungsmuster können hierbei in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Einflussfaktoren erfasst werden.<sup>237</sup>

In der vorliegenden Studie bilden die Ergebnisse des quantitativen Forschungsteils die Grundlage für zentrale Themen in den qualitativen Interviews. Die allgemeine Entwicklung bestimmter statistischer Merkmale wird somit in Bezug auf die individuellen Erfahrungswelten ausgewählter Interviewpartner/-innen vertiefend analysiert. Darüber hinaus ermöglicht die inhaltliche Offenheit der Interviews eine Analyse bisher verborgener Sinnzusammenhänge.

## 2 Erhebung des Interviewmaterials

Die Anforderungen, welche an die Datenerhebung im Bereich der qualitativen Sozialforschung gestellt werden, liegen in der Subjektbezogenheit, der Offenheit der Fragen und Antworten sowie in der Untersuchung alltäglicher Situationen.<sup>238</sup> Die forschungsspezifische Kommunikationssituation ist dabei möglichst weit an die kommunikativen Regeln des alltagsweltlichen Handelns anzunähern. Die qualitative Forschung erfüllt zudem eine Explorationsfunktion, bei der die Kommunikation zwischen Forscher/-in und zu Erforschendem sowie deren Interaktionsbeziehung konstitutiver Bestandteil des Forschungsprozesses sind. Ebenfalls zu berücksichtigen ist der prozesshafte Charakter der qualitativen Forschung, welcher sich an der Reproduktion und Konstruktion sozialer Realitäten orientiert. Die Interpretationsregeln sind nachvollziehbar darzustellen und der gesamte Forschungsprozess muss flexibel auf die Situation und Relation zwischen Forscher und Beforschten reagieren können.<sup>239</sup>

Ein Erhebungsinstrument, welches diesen Anforderungen entspricht, ist das **qualitative, problemzentrierte Leitfadenterview**. Der Leitfaden dient dabei dem Zweck, dass trotz der freien Gesprächsführung möglichst alle relevanten Aspekte des Untersuchungsgegenstandes angesprochen werden. Es handelt sich somit um ein regelgeleitetes, fokussiertes Vorgehen, bei dem das narrative Paradigma qualitativer Forschung

<sup>235</sup> Die Grundgesamtheit steht für die Menge aller möglichen Untersuchungseinheiten, über die im Sinne der Forschungsfrage wissenschaftliche Aussagen getroffen werden sollen. In der vorliegenden Untersuchung umfasst die Grundgesamtheit alle in Jena wohnhaften Personen, die in mindestens einer Lebenslagendimension eine Unterversorgung erkennen lassen und somit von Armut betroffen bzw. einem Armutsrisiko ausgesetzt sind.

<sup>236</sup> Vgl. Krüger, Heinz-Hermann (2006): Forschungsmethoden in der Kindheitsforschung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung. Heft 01/06. Stuttgart: Verlag Barbara Budrich, S. 109.

<sup>237</sup> Vgl. ebd.: S. 111.

<sup>238</sup> Vgl. ebd.: S. 531.

<sup>239</sup> Vgl. Lamnek, Siegfried/ Krell, Claudia (2016): Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag, S. 33 ff.



erhalten bleibt.<sup>240</sup> Durch die Orientierung an bestimmten Themenfeldern bietet sich zudem die Möglichkeit zum Vergleich der Interviewinhalte.

Bei der Auswahl der Interviewpartner/-innen sind, ausgehend von der theoretischen Vorbetrachtung und den Ergebnissen des quantitativen Berichtsteils, folgende Personengruppen mit einem erhöhten Armutsrisiko in den Blick genommen worden:

- Alleinerziehende/ Eltern mit drei oder mehr Kindern
- Langzeitarbeitslose bzw. Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II sowie Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen
- Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen
- Menschen in Verschuldungslagen
- Menschen mit Behinderungen
- Menschen mit Suchterkrankungen

Die Auswahl wurde anhand eines theoretischen Samplings vollzogen, um ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen Lebenslagen berücksichtigen zu können. Hierbei stand nicht die Repräsentativität der einzelnen Gruppen im Fokus, sondern die Repräsentanz der unterschiedlichen Lebenslagen bzw. Lebenswelten.

Der Zugang zu den Interviewpartner/-innen erfolgte zum einen über verschiedene soziale Vereine in Jena („Ein Dach für Alle e. V.“, „Jenaer Tafel e. V.“), zum anderen konnten Interviewpartner/-innen über das Sozialamt sowie über die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle der Stadt vermittelt werden. Zwei Interviewpartner/-innen wurden durch eine direkte persönliche Ansprache akquiriert. Alle Befragten besaßen zum Zeitpunkt des Interviews ihren Hauptwohnsitz in Jena. Die Gesamtzahl der Interviewten umfasste zehn Personen (fünf Frauen und fünf Männer). Die Altersspanne der Befragten lag zwischen 29 und 73 Jahren. Die durchschnittliche Länge der Interviews betrug 72 Minuten. Sie wurden im Zeitraum von März bis August 2017 per Aufnahmegerät aufgezeichnet und nach Abschluss vollständig transkribiert. Die Gesprächspartner/-innen wurden in einem Vorgespräch über die Themenausrichtung der Studie informiert und über den Prozess der Audioaufzeichnung sowie den Verwendungszweck der Interviews aufgeklärt.

Die Erstellung des Leitfadens erfolgte, wie die Auswahl der Interviewpartner/-innen, anhand theoretischer Vorüberlegungen und den Ergebnissen der quantitativen Datenauswertung. Dabei standen individuelle (Armuts-)Erfahrungen sowie spezifische Aspekte der Lebenslage und Lebenswelt der Betroffenen im Fokus.

Der Leitfaden umfasste dabei folgende Themenbereiche:

- Lebenssituation und Alltag
- Freizeit, Familie und soziales Umfeld
- Wohnsituation und Mobilität
- Ökonomische Situation und Erwerbsbiografie
- Persönliche Biografie und Bildungsbiografie
- Gesundheitliche Lage
- Unterstützungsleistungen und Zukunftswünsche

<sup>240</sup> Vgl. Stigler, Hubert/ Felbinger, Günter (2005): Der Interviewleitfaden im qualitativen Interview. In: Reicher, Hannelore (Hrsg.): Praxisbuch empirische Sozialforschung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Innsbruck: Studienverlag, S. 129.

Das Interview wurde mit einer offen formulierten Frage eingeleitet. Diese thematisierte den Verlauf eines typischen Tages bzw. einer typischen Woche. Der befragten Person sollte es hierbei zum einen ermöglicht werden, sich an die Interviewsituation zu gewöhnen. Zum anderen diente die Einstiegsfrage der Herstellung einer persönlichen Gesprächsatmosphäre zwischen dem/der Interviewer/-in und der befragten Person. Im Anschluss an diesen Gesprächseinstieg wurden alle weiteren Themenbereiche systematisch anhand des Leitfadens besprochen.

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Interviews präsentiert. Im Zuge der Auswertung fand eine Kategorienbildung statt, die sich an der Methode der *qualitativen Inhaltsanalyse* orientierte.<sup>241</sup> Die schrittweise Bearbeitung der Interviews erfolgte dabei zunächst anhand einer theoriegeleiteten, *deduktiven* Vorgehensweise zur Strukturierung des Materials. Die ersten Strukturdimensionen wurden hierbei aus den Aussagen bezüglich der Forschungsfragen und den Verläufen der Interviews abgeleitet. Im Zuge einer erneuten Datendurchsicht fand eine *induktive* Ergänzung des Kategoriensystems statt, wobei relevante Bedeutungsaspekte in Form von weiteren Kategorien ergänzt wurden.<sup>242</sup> Die Kategorienbeschreibungen verdeutlichen hierbei die unterschiedlichen Handlungsanforderungen, die an das professionelle System gerichtet werden. Wie alle Kategorien bzw. Typologien, die auf einer beschränkten Anzahl von Fällen beruhen, verbirgt sich auch hier die Gefahr, dass reale Einzelfälle in „Typen-Schubladen“ einsortiert werden, ohne dabei die Spezifik des Einzelfalls zu berücksichtigen. Die Typen- bzw. Kategorienbildung hilft dennoch dabei, einen Eindruck von der gesamten Situation der Familien oder Einzelpersonen zu erhalten und auf das Spektrum an Unterschiedlichkeiten hinzuweisen.<sup>243</sup>

## 3 Ergebnisse

### 3.1 Alltag und Zeitstrategien

Der mögliche Zusammenhang zwischen der Alltagsstrukturierung und der sozialen Lage ist bereits mit dem Beginn soziographischer Untersuchungen erforscht worden und stellt bis heute einen wichtigen Bestandteil qualitativ-empirischer Studien dar.<sup>244</sup> Zu Beginn der Interviews wurde zunächst die Frage nach einem typischen Tages- bzw. Wochenablauf sowie nach regelmäßigen Verpflichtungen gestellt. Die Interviewpartner/-innen sollten zudem von außergewöhnlichen Ereignissen berichten, welche die typische Alltagsstruktur durchbrechen. Im Fokus standen dabei bedeutsame Aspekte der allgemeinen Lebensführung und daraus resultierende Zeitstrategien. Durch die Antworten gelang es, Informationen über das Selbstbild der Befragten zu erhalten. Es erfolgten Beschreibungen der eigenen Rollenzugehörigkeit, wodurch eine Einordnung der Personen in das soziale Netzwerk abgeleitet werden konnte. Die zu Beginn der Gespräche genannten Institutionen und Orte sowie Tagesabläufe und Routinen waren in der Regel auch für den weiteren Verlauf der Interviews bedeutsam. Im Zuge der Alltagsbeschreibungen kamen zudem verschiedene Aspekte sozialer Teilhabe zur Sprache, die in diesem Zusammenhang ebenfalls beleuchtet werden sollen. Bei der Betrachtung der Tagesabläufe lassen sich verschiedene Typen identifizieren, wobei an einigen Stellen durchaus Überschneidungen bezüglich der Alltagsstrukturierung festgestellt werden können.

<sup>241</sup> Vgl. Prüßmann, Christiane/ Stindt, Daniela/ Brunke, Jana/ Klinkhammer, Ursula/ Thyen, Ute (2016): Frühe Hilfen in der Geburtshilfe erkennen und kommunizieren. Eine qualitative Studie über Erfahrungen von Eltern. In: Bundesgesundheitsblatt 59. Heidelberg: Springer-Verlag Berlin, S. 1293.

<sup>242</sup> Vgl. Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, 1(2), Art. 20. S. 7 ff.

<sup>243</sup> Vgl. Hock, Beate/ Holz, Gerda/ Kopplow, Marlies (2014): Kinder in Armutslagen. Grundlagen für armutssensibles Handeln in der Kindertagesbetreuung. München: Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. WIFF Expertisen, Band 38, S. 26.

<sup>244</sup> Zu den Grundlagen soziographischer Forschung vgl. Jahoda, Marie/ Lazarsfeld, Paul F./ Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 83.

Zur weiterführenden Forschung im Bereich „Armut, Alltag und Zeitstrategien“ vgl. Klärner et al. (2015): S. 32. ff.



### a) *Durch Familie strukturierte Tagesabläufe:*

Bei der Auswertung der Interviews hat sich gezeigt, dass die verschiedenen Faktoren der sozialen Lage eine wichtige Grundbedingung für die individuelle Alltagsstruktur darstellen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die sozialen Netzwerke, die familiäre Situation und der berufliche Status sowie die Themen Gesundheit und Mobilität zu nennen. Die verschiedenen Ausprägungen dieser Faktoren bestimmen die persönlichen Alltagsmuster der Interviewpartner/-innen und somit auch die Handlungsoptionen im Umgang mit Armut. Je nach Ausgangssituation können bei den Interviewpartner/-innen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in der alltäglichen Lebensführung festgestellt werden. Bei der Identifikation der individuellen Problemlagen hat sich herausgestellt, dass unterschiedliche Potenziale zur Bewältigung prekärer Lebenslagen vorliegen. Das Erkennen und Unterstützen dieser Potenziale ist ein zentraler Bestandteil bei der Entwicklung von Strategien im Umgang mit Armut.

Die erste Gruppe, die in diesem Zusammenhang identifiziert werden kann, umfasst Personen, die trotz ihrer prekären Lebenslage über eine Reihe strukturgebender Elemente im alltäglichen Leben verfügen. So definieren sich Arbeitssuchende mit Kindern beispielsweise vorwiegend über ihre Rolle als Eltern. Für sie ist im Alltag vor allem das Familienleben sinnstiftend. Frau Schulze<sup>245</sup> ist Mutter von vier Kindern und besitzt keinen festen Arbeitsplatz. Sie trägt gelegentlich Zeitungen aus, um sich zu dem Arbeitslosengeld etwas hinzuverdienen. Auf die Frage nach einem typischen Tagesverlauf wird die Bedeutung der Familie stark hervorgehoben:

*„Ich steh früh um sechs auf, weil ich noch ein schulpflichtiges Kind habe. (...)“<sup>246</sup> Die muss sich ja fertig machen und um sieben praktisch tue ich sie aus dem Haus entlassen. Ja und danach geh ich meine Wege (...) und dann mache ich den Haushalt. (...) Ich bin ja Mutter von vier Kindern.“<sup>247</sup> Frau Schulze, 42 Jahre.*

Statt über den eigenen Tagesablauf zu berichten, rückt die Interviewpartnerin immer wieder die Tagesabläufe der Kinder in den Mittelpunkt des Gesprächs. Es verdeutlicht sich, dass das Familienleben für den Alltag von Frau Schulze strukturgebend ist. Finanzielle Einschränkungen spiegeln sich dementsprechend vor allem im familiären Kontext wider. Bei der Frage nach außergewöhnlichen Ereignissen im alltäglichen Leben werden die Einschränkungen sichtbar:

*„Ja das können wir eben nicht [gemeint ist ein gemeinsamer Urlaub. Anm. des Autors.] geldlich schon alleine, (...) die Kinder finden sich damit ab. Mein Sohn wird 18, der macht sein Ding.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Anhand dieser Aussage zeigt sich, dass besondere Unternehmungen, wie etwa ein gemeinsamer Urlaub, den finanziellen Handlungsspielraum der Familie übersteigen. Im Zuge langjähriger Armutserfahrungen werden diese Einschränkungen jedoch kaum mehr als negativ wahrgenommen, sondern weitestgehend akzeptiert. Stattdessen werden vor allem finanzierbare Alternativen gesucht. So findet bei Frau Schulze der Urlaub überwiegend im eigenen Garten statt. Dieser dient als Rückzugsort, an dem die alltäglichen Probleme vergessen werden können:

*„Na momentan nun gar nicht weil wir mehr Urlaub im Garten machen. (...) Also der Garten der ist für uns der ausschlaggebende Punkt. Da fühlen wir uns auch wohl, weil der Garten liegt unterhalb der*

<sup>245</sup> Die Namen der Interviewpartner/-innen sowie alle in den Interviewauszügen genannten Namen und Orte, die Rückschlüsse auf die interviewte Person zulassen könnten, sind anonymisiert.

<sup>246</sup> Ein oder mehrere ausgelassene Sätze werden durch drei Punkte in Klammern gekennzeichnet.

<sup>247</sup> Die Zitate im Text sind in der Regel wortwörtlich wiedergegeben und wurden sprachlich nur leicht geglättet, um ein besseres Verständnis zu ermöglichen.

*[konkreter Name anonymisiert. Anm. des Autors] und das ist eigentlich eine schöne Gegend.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Innerhalb der Alltagsstrukturierung werden auch Einschränkungen im Bereich der sozialen Teilhabe ersichtlich. Dieser Umstand zeigt sich u. a. bei der Nutzung kultureller Angebote. Diese spielen im alltäglichen Leben von Frau Schulze so gut wie keine Rolle mehr. Sie scheint sich dabei insofern mit ihrer Lebenslage arrangiert zu haben, dass sie kaum mehr Aktivitäten außerhalb des familiären Kontextes wahrnehmen will. Somit kann das Familienleben zwar als wichtiges strukturgebendes Element für den Alltag von Frau Schulze identifiziert werden, jedoch findet darüber hinaus kaum mehr kulturelle Teilhabe statt:

*„Besuchen sie manchmal irgendwelche öffentlichen Veranstaltungen? Gehen Sie mal ins Kino oder ins Theater?“ Interviewer.*

*„Gar nicht.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

*„Und andere Kulturveranstaltungen?“ Interviewer.*

*„Gar nicht.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

*„Man könnte ja meinetwegen zum Beispiel sagen, gut man geht mal heute nicht in den Garten sondern mal ins Kino oder sowas in der Richtung.“ Interviewer.*

*„Nein. Weil ich bin kein Kinogänger und auch so nicht. (...) Der Garten ist da das A und O bei mir. (...) Wir unterhalten uns dann auch öfters mal mit unserer Nachbarin, weil die hat ihren Garten gleich über uns und da tauschen wir uns auch mit dem Obst und Gemüse aus.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Die wenigen sozialen Kontakte, die Frau Schulze außerhalb des familiären Kontextes pflegt, beruhen größtenteils auf gemeinsamen Interessenlagen. Im Falle des Gartens kann festgestellt werden, dass das Selbstwertgefühl von Frau Schulze durch die Würdigung der geleisteten Arbeit im Zuge des Austauschs bestimmter Gartenprodukte gestärkt wird. Diese persönliche Würdigung erfuhr sie nur in wenigen Lebensbereichen. Durch den Austausch verringert sich in diesem Fall die Hemmschwelle zur Aufnahme alltäglicher sozialer Beziehungen.

Die Auswirkungen der ökonomischen Lage auf die Alltagsstrukturierung von Frau Schulze werden bei der Schilderung alltäglicher Besorgungen ersichtlich. So berichtet Frau Schulze darüber, dass sie zum Teil sehr viel Zeit für die Beschaffung bestimmter Produkte aufwenden muss. Dieser Aufwand ist notwendig, da die entsprechenden Angebote einen langen Anfahrtsweg erfordern:

*„Abgesehen vom Garten fahren wir auch manchmal weg mit den Kindern (...) zum Tschechen zum Einkaufen. Ja weil es drüben die Sachen billig gibt für die Kinder und eben die Getränke.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Der Fall von Frau Schulze veranschaulicht, dass für Menschen in prekären Lebenslagen die familiäre Verantwortung ein wichtiges strukturgebendes Element im Alltag darstellt. Jedoch schränkt der Mangel an ökonomischen Ressourcen die alltäglichen Handlungsoptionen ein und sorgt für erschwerte Bedingungen im Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe. Wenn die Lebenswelt der Interviewten durch einen Mangel an sozio-ökonomischen Ressourcen geprägt ist, entwickelt sich somit ein mehrschichtiges und multidimensionales Bündel von alltäglichen Schwierigkeiten. Der Umgang mit dem Alltag erfordert vielfach überdurchschnittliche Kraftanstrengungen und es müssen alle zur Verfügung stehenden Ressourcen aktiviert werden, um diese bewältigen zu können. Auch wenn die Eltern zugunsten ihrer Kinder auf viele Dinge verzichten,



zieht die prekäre Lebenslage der Familie ebenfalls Auswirkungen für die Teilhabechancen der Kinder nach sich.

**b) Durch Berufsarbeit strukturierte Tagesabläufe:**

Strukturierte Tagesabläufe liegen ebenfalls bei Personen vor, deren Alltag durch die Berufsarbeit bestimmt ist. Es handelt sich hierbei vor allem um Interviewpartner/-innen, welche entweder im Niedriglohntsektor arbeiten oder selbstständig berufstätig sind. Bei der Beschreibung des Alltags steht vor allem die Arbeit im Fokus:

*„Na jetzt zurzeit ist halt die Arbeit mein Alltag. Also ich stehe viertel sechs auf und bin um sieben auf Arbeit. Ja und bin abends dann zu Hause zu verschiedenen Zeiten. Heute war’s mal ein bisschen zeitiger, hatten wir um vier Feierabend. Aber sonst war ich nicht vor halb sechs zu Hause. Und dann ist das so ziemlich der Alltag. Dazu kommt, da muss man halt noch diese Sachen machen, was dazu gehört. Essen besorgen, einkaufen gehen. Ja, da ist nicht viel, was da bleibt.“ Herr Becker, 44 Jahre.*

In diesem Fall bestimmt die Berufsarbeit die alltägliche Lebensführung. Für das Familienleben und/oder die individuelle Freizeitgestaltung gibt es kaum zeitliche Ressourcen, da in dem Berufsfeld von Herrn Becker trotz der verhältnismäßig niedrigen Entlohnung eine zeitlich flexible Arbeitsbereitschaft gefordert wird. Bei der Frage nach besonderen Alltagsereignissen werden vor allem die gemeinsamen Momente mit der Familie oder mit Freunden hervorgehoben, auch wenn es sich hierbei nur um kurze Treffen oder Ausflüge handelt.

Dass Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen nur einen geringen Spielraum bezüglich der individuellen Zeitverwaltung besitzen, hat sich im Besonderen auch bei Personen gezeigt, die einer selbstständigen Tätigkeit im Haupterwerb nachgehen:

*„Ich war ja wirklich manchmal nach über zehn Stunden noch arbeiten.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

Im Rahmen der selbstständigen Erwerbstätigkeit scheinen sich die Auswirkungen prekärer Arbeitsverhältnisse zusätzlich zu verstärken. So wird in den Interviews darüber berichtet, dass Episoden niedriger Umsätze durch ein erhöhtes Arbeitspensum ausgeglichen werden müssen. Frau Köhler war alleinige Mitarbeiterin in ihrer Firma und sah es als selbstverständlich an, mindestens zehn Stunden am Tag zu arbeiten, um profitable Einnahmen erzielen zu können. Hilfsangebote wurden aufgrund der fehlenden Zeit und aus Scham gar nicht oder erst zu spät in Anspruch genommen. In einem weiteren Fall musste die Selbstständigkeit aufgegeben werden, da die ständige Mehrarbeit zu schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen führte:

*„Also ich bin momentan selbstständig, hatte aber einen Burnout letztes Jahr und hab mich dann entschieden, jetzt wirklich einen Schnitt zu setzen und dann zu gucken, was ich anders mache und hab mich deswegen entschieden aus der Selbstständigkeit erstmal rauszugehen und bewerbe mich jetzt momentan.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

**c) Durch Einschränkungen strukturierte Tagesabläufe:**

Es existiert zudem eine Gruppe von Interviewpartner/-innen, deren Tagesabläufe durch spezifische Einschränkungen geprägt sind. In einigen Fällen sind die Problemlagen so umfassend, dass sie die Struktur des gesamten Alltags und einen Großteil der Handlungsoptionen bestimmen. Genannt wurden vor allem gesundheitliche Einschränkungen, die eine geregelte Berufsarbeit verhindern. Bei der Frage nach der alltäglichen Lebensführung werden diese Einschränkungen zumeist direkt zu Beginn des Interviews angesprochen, was darauf schließen lässt, dass sie für die Lebensführung der Betroffenen eine große Bedeutung besitzen:





*„Naja. Zurzeit muss ich dann dauernd zu irgendwelchen Ärzten rennen. Das nervt. Da haste ständig irgendwelche anderen Termine, wo ich dann immer sage, dass es halt besser ist, wenn du richtig arbeiten würdest zum Beispiel. Weil da haste halt was Geregeltes und weißt, was du machen musst und hast halt nicht ständig diesen Stress in Anführungszeichen, dass du halt jeden Tag was Neues suchen musst.“ Herr Schmidt, 40 Jahre.*

Die Arbeitsunfähigkeit sorgt in diesem Fall für eine multiple Problemlage. Auf der einen Seite wird darüber berichtet, dass der finanzielle Handlungsspielraum trotz Sozialleistungen sehr gering ist. Auf der anderen Seite schränken die gesundheitlichen Probleme an sich bereits die Handlungsmöglichkeiten ein. Es wurde häufig der Wunsch geäußert, wieder einer geregelten Berufsarbeit nachzugehen, um somit zu einem normalen Tagesablauf zurückkehren zu können. Der Wunsch nach Normalität spiegelt sich ebenfalls bei den Aussagen zum eigenen Freizeitverhalten wider:

*„Es ist echt wie festgetackert. Also früher bist du halt echt, wie gesagt, einfach Freitag weggegangen, Samstag bist du weggegangen, Sonntag hast du dich erholt und Montag warst du wieder auf Arbeit. Ist halt nicht mehr. Du weißt halt noch, dass es früher so gewesen ist und du weißt, wie du dich damals gefühlt hast (...) und ähm jetzt sitzt du halt dann da, das ist schon irgendwie zum Verzweifeln.“ Herr Schmidt, 40 Jahre.*

#### **d) Unstrukturierte Tagesabläufe:**

Bei einer weiteren Gruppe liegen eher wenig strukturierte Tagesabläufe vor. Der Alltag verläuft nach keinem bestimmten Plan und orientiert sich nur an wenigen Konstanten. Es existieren kaum Verpflichtungen, die das alltägliche Leben ordnen. Bei der Frage nach prägenden Ereignissen werden bereits kleinere Tätigkeiten benannt und als wichtige, strukturgebende Elemente dargestellt. Das Antwortverhalten ist zudem häufig durch eine resignierte Stimmungslage gekennzeichnet:

*„Hm. Na irgendwann aufstehen ganz normal. Duschen, rasieren, so den ganzen Mist. Ähm, dann vielleicht Emails gucken oder so, Post gucken, genau. Ja und dann guckst du halt, was noch so zu tun ist, wenn du mal zu Hause bist. Wäsche waschen oder aufräumen. Ja, das war's dann eigentlich schon.“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Die Interviewpartner/-innen stellen nur geringe Erwartungen an die eigene Zukunft und Zeitstrategien werden häufig erst sehr kurzfristig entwickelt. Eine Auseinandersetzung mit alltäglichen Herausforderungen findet in der Regel erst sehr spät oder gar nicht statt. Einige Personen dieser Gruppe berichten zudem darüber, dass es ihnen sehr schwer fällt, den eigenen Tagesablauf selbstständig zu gestalten. Im Zuge der Überforderung im Bereich der allgemeinen Lebensführung werden verschiedene Verdrängungsstrategien entwickelt:

*„Nö. Schlafen gehen. Also wenn du mal einen ganz schlechten Tag hast oder so und dir das alles wieder hoch kommt und dir bewusst wird, schlafen gehen. Hab ich festgestellt. Dann einfach ins Bett (...)“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Häufig verfügen die Personen dieser Gruppe nur über kleine soziale Netzwerke, was auf eine geringe soziale Integration schließen lässt:

*„Ich bleibe lieber alleine. Da weiß ich, was los ist. (...) Mit meiner Schwiegermutter habe ich mich von Anfang an sehr gut verstanden und wir telefonieren einmal im Monat. Und das reicht.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*



Bei Gesprächen mit Interviewpartner/-innen, die von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen sind und multiple Vermittlungshemmnisse aufweisen, kann zum Teil eine Stagnation im individuellen Aktivierungs- und Integrationsprozess festgestellt werden:

*„Wenn ich jetzt arbeiten würde, wüsste ich zum Beispiel, dass ich die Freizeit, die ich jetzt oft genieße, nicht ganz so komfortabel zur Verfügung hätte. Da muss man dann mehr planen. Jetzt kann ich sagen, gut, komm ich Mittwoch, komm ich Donnerstag. So müsste ich es auf´s Wochenende legen. Es ist schon von der Freizeit her sehr komfortabel. Das muss ich zugeben.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Dabei wird in der Forschung darauf verwiesen, dass das berufliche Scheitern und vor allem langfristige Arbeitslosigkeit häufig zu Zweifeln an der Selbstwirksamkeit führen, da übergeordnete Lebensziele nicht erreicht werden können. Die persönlichen Stärken, deren sich die Betroffenen vor dem Eintreten der Krise häufig noch bewusst waren, werden nicht mehr wahrgenommen.<sup>248</sup> Herr Koch erlebte schon längere Zeit keine Selbstwirksamkeitserfahrungen mehr, was zu einer großen Unsicherheit führte und den Wiedereintritt in ein geregeltes Arbeitsverhältnis enorm erschwerte. Dabei ist Herr Koch keineswegs „faul“, sondern es zeigt sich, dass er sich der eigenen Stärken kaum noch bewusst ist und aufgrund dessen Ausweichmechanismen bezüglich einer für ihn sinnvollen Alltagsgestaltung entwickelt hat.

Ältere Interviewpartner/-innen in prekären Lebenslagen berichten häufig darüber, dass sie nur noch selten ihre Wohnung verlassen. Soziale Kontakte finden hauptsächlich über die Besuche der Pflegedienste und anderer Helfer/-innen statt. In den meisten Fällen handelt es sich bei diesen Besuchen um die einzigen strukturgebenden Elemente im Rahmen der alltäglichen Lebensführung.

### 3.2 Soziale Kontakte

Im vorangegangenen Abschnitt ist die Einbindung der Interviewpartner/-innen in verschiedene soziale Netzwerkstrukturen bereits teilweise zur Sprache gekommen. Die skizzierten Verhaltensmuster im Bereich der alltäglichen Lebensführung lassen erahnen, dass sich die Ausformungen der persönlichen Netzwerkstrukturen bei den Interviewten zum Teil erheblich voneinander unterscheiden. Die Spannweite reicht dabei von Personen, die eng in ihren Familien- bzw. Freundeskreis eingebunden sind, bis hin zu Interviewpartner/-innen, die von nur wenigen sozialen Kontakten berichten. Je nach Ausformung der sozialen Netzwerkstrukturen können auch an dieser Stelle verschiedene Gruppen voneinander unterschieden werden.

#### **a) Personen mit einem ausgeprägten sozialen Netzwerk:**

Es kann zunächst eine Gruppe von Personen identifiziert werden, die trotz anhaltender Armutserfahrungen dazu in der Lage ist, auf ein ausgeprägtes soziales Netzwerk zurückzugreifen. Dabei zeigt sich, dass Kontakte zu Personen in nicht prekären Lebenslagen bzw. zu institutionellen Helfer/-innen zur Aufrechterhaltung eines am Erwerbsleben orientierten Normalitätsmusters beitragen sowie die Alltagsstrukturierung und soziale Einbindung unterstützen. Zudem wird deutlich, dass Kontakte zu Personen in ähnlichen Lebenslagen dabei helfen können, ein eigenes Problembewusstsein zu entwickeln. Aus diesem Bewusstsein heraus können dann wiederum verschiedene Strategien zur Problembewältigung entwickelt werden.

Herr Koch muss sich im Zuge seiner gescheiterten Selbstständigkeit mit umfassenden Verschuldungsproblemen auseinandersetzen. Nach der Trennung von seiner Lebensgefährtin geriet er in eine schwere persön-

<sup>248</sup> Vgl. Bednarek-Gilland, Antje (2015): Fragiler Alltag. Studie zur den Fähigkeiten langzeitarbeitsloser Menschen. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut EKD, S. 90 ff.



liche Krise und begann regelmäßig Alkohol zu konsumieren. Er verlagerte daraufhin seinen Lebensmittelpunkt nach Jena und schöpfte vor allem durch neu gewonnene soziale Kontakte Kraft für einen Neuanfang:

*„Es hat sich halt so eine kleine WG gebildet, obwohl wir in einer Einraumwohnung wohnen. Da machen wir grad diese Sachen alle zusammen. (...) Das ist ein neuer Bekannter, den ich in Jena auch erst kennengelernt habe und es macht den Tag ein bisschen kurzweiliger. (...) Ich denke schon, dass wir jetzt gerade auch in dem Verbund zusammen, dass wir versuchen schon das Beste aus der Situation zu machen und wir eben trotzdem beide bereit wären wieder zu arbeiten und auch wieder nach Arbeit suchen.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Über eine Maßnahme des Jobcenters der Stadt Jena nahm Herr Koch Verbindung zu einem Sportverein auf, welchen er seitdem regelmäßig besucht. Die Kontakte zu anderen Vereinsmitgliedern helfen ihm dabei, seine sozialen Phobien zu überwinden und stabile Vertrauensverhältnisse aufzubauen. Durch die Wertschätzung, welche er in Zusammenhang mit seinen sportlichen Leistungen erfährt, fühlt sich Herr Koch in seinem Selbstbewusstsein gestärkt und dazu motiviert, zukünftig mehr Verantwortung zu übernehmen. Es wird deutlich, dass die entsprechenden Maßnahmen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die von multiplen Problemlagen betroffenen Menschen sozial zu integrieren. Dabei werden Kompetenzen zur Gestaltung der eigenen Lebensführung aktiviert, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, wieder in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis einzutreten.

Personen in prekären Lebenslagen, die weiterhin über enge Verwandtschaftsverhältnisse verfügen, können in der Regel auf ein breites Spektrum an informellen Unterstützungsleistungen zurückgreifen. Die Unterstützung durch das familiäre Umfeld erfolgt je nach ökonomischer Lage auf finanzieller Basis und/oder in Form von immateriellen Leistungen (z. B. durch Kinderbetreuung):

*„Meine Mutti fing dann auch an: ‚Du kannst jetzt hier nicht nur, äh, jeden Cent acht Mal umdrehen. Dann komm hier, ich geb dir noch Geld.‘ Dann hat mich meine Mutter eben teilweise noch unterstützt.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

Die sozialen Beziehungen zu Freunden spielen im Umgang mit Armut ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Austausch mit Personen, zu denen ein enges Vertrauensverhältnis besteht, stellt vielfach den ersten Schritt zur Bewältigung der eigenen Problemlage dar:

*„Da musste ich mit Freunden drüber reden. Weil das für mich ja gefühlt existenzbedrohend war. Ich hab ja wirklich gedacht, ich sterbe. Und da fängt man dann an, mit anderen da drüber zu reden“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

### **b) Personen mit einem kleinen sozialen Netzwerk:**

Personen mit einem kleinen sozialen Netzwerk besitzen im Alltag nur wenige Anlaufstellen, die hilfreich bei der Bewältigung von Armutssituationen sein können. Hierbei können verschiedene Ursachen für das Fehlen sozialer Kontakte identifiziert werden. Zu den Auslösern gehören sowohl negative biografische Erfahrungen, Schamgefühle, geringes Vertrauen in andere Menschen bzw. Hilfsangebote als auch gesundheitliche Einschränkungen. Zudem kann festgestellt werden, dass sich die sozialen Beziehungen vielfach erst mit dem Eintreten von Armutslagen verschlechterten. So hat sich gezeigt, dass der Verlust des Arbeitsplatzes vielfach in Verbindung mit dem Gefühl des Verlustes von Anerkennung steht. Dieser Umstand verstärkt die Angst vor gesellschaftlichen Stigmatisierungen. Die gegenwärtigen Lebensumstände werden gegenüber Außenstehenden verschwiegen. In der Folge nehmen die Betroffenen weniger soziale Kontakte wahr:

*„Ich habe einmal diesen Pass beantragt und war in Frankfurt im Museum, weil ich halt kunstinteressiert bin, und die haben mich ganz mitleidig angeguckt. (...) Das ist ja in sehr vielen Bereichen so.“*



*Von daher bin ich da schon gefangen. Immer diese Angst, dass es jemand rausbekommt. Das ist halt so, mittlerweile ist es jetzt nicht mehr so schlimm, also dass ich jetzt sage: ‚Ich such mir Arbeit‘. Das find ich jetzt nicht mehr so schlimm, aber dieses ‚Ich leb von Hartz IV‘ würde ich trotzdem niemandem sagen.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Personen die langfristigen Armutserfahrungen ausgesetzt sind, berichten zudem deutlich weniger über Kontakte zu Bekannten, (ehemaligen) Kolleg/-innen oder Nachbarn. Sie empfangen zudem seltener Gäste als Personen, die erst kurzfristig in eine prekäre Lebenslage geraten sind. An einigen Stellen wird davon erzählt, dass mit dem Eintreten der prekären Lebenslage, auch die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Familie abgenommen haben. Dies tritt zum einen dann ein, wenn die Verwandten nicht in der unmittelbaren Umgebung wohnen und die finanzielle Ausstattung regelmäßige Besuche verhindert:

*„Es ist immer so ein bisschen schwierig gewesen. Weil meine große Schwester, die war jetzt viele Jahre in Berlin. Hat da in der Charité gearbeitet. Und da wollte ich immer mal vorbei fahren, hab ´s aber nie geschafft. Früher oft aufgrund von Arbeit in der Gastronomie. Und dann auch in den letzten Jahren, ich hab gar nicht groß drüber nachgedacht, ob ich wirklich mal hinfahre. (...) Also wie gesagt, es bleibt manchmal schon im Ansatz stecken, dadurch dass man kein Geld hat“ Herr Koch, 38 Jahre.*

In anderen Fällen wurde der Kontakt zu der eigenen Familie bewusst abgebrochen. Hier sind vor allem Schamgefühle und die Angst vor dem Eingestehen des persönlichen Scheiterns entscheidende Faktoren. In diesen Fällen werden auch keine direkten Hilfeleistungen mehr durch die Familie in Anspruch genommen. Die Betroffenen sind mit ihren Problemen somit größtenteils auf sich allein gestellt:

*„Ich hab damals in der Phase beschlossen, den Kontakt abubrechen zu meinen Eltern. Das war schwierig, weil die nicht gewollt hatten, dass ich mich selbstständig mache. (...) Also von der Seite kam da überhaupt keine Unterstützung, auch finanziell nicht.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Zerrüttete Familienverhältnisse können auch schon in frühen Lebensphasen zu multiplen Problemlagen führen und sich somit negativ auf die Ausprägung sozialer Kontakte auswirken. Die daraus entstandenen Problemlagen setzten sich dann häufig bis in das Erwachsenenalter fort:

*„Ich bin das dritte Kind in meiner Familie und so auf gut Deutsch gesagt bin ich das schwarze Schaf in der Familie. Also meine anderen beiden Geschwister werden in 'n Himmel gehoben weil sie ordentliche Jobs haben, was ich ja nicht habe. (...) Die wollen mit mir nichts zu tun haben und ich auch nichts mehr mit meinen Geschwistern (...) und dadurch hab ich im Jugendalter und dann 'nen bisschen auch im Erwachsenenalter nen schlechten Umgang gehabt und bin dann in die Drogenszene abgerutscht“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Für ältere Menschen in prekären Lebenslagen ist das Vorhandensein sozialer Kontakte ebenfalls ein entscheidender Faktor bei der Bewältigung von Armut. Einsamkeit und soziale Isolation im Alter können dabei sowohl ursächlich als auch verstärkend für Armut sein. In einigen Gesprächen hat sich gezeigt, dass der fehlende Austausch mit Angehörigen oder Freunden zu einer Verdrängung bestimmter Problemlagen führen kann. Frau Müller ist 73 Jahre alt und lebt alleine in ihrer Wohnung in Lobeda. Im Zuge einer schweren Erkrankung ist sie im Alter von 35 Jahren berufsunfähig geworden. Danach kümmerte sich ihre Mutter um sie, bis diese 1981 verstarb. Seitdem hat Frau Müller kaum Kontakt zu Freunden oder Verwandten. Vor einigen Jahren begann sie, regelmäßig Produkte im Katalog zu bestellen. Sie verlor jedoch zunehmend den Überblick über die Bestellungen. Die zugehörigen Rechnungen blieben häufig verschlossen und wurden nicht bezahlt. Frau Müller gibt an, dass es ihr lange Zeit unangenehm war, diesbezüglich Hilfe in Anspruch zu nehmen. Erst nach einem längeren Krankenhausaufenthalt erhielt Frau Müller Unterstützung von der Diakonie:

*„Ja, die von der Diakonie. (...) Die helfen mir, wenn ich etwas schreiben muss, so einen Widerspruch oder irgendwas. Das machen wir zusammen.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Bei Frau Müller und den meisten anderen älteren Interviewpartner/-innen verhindern eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten die Kontaktaufnahme zu Personen außerhalb des Wohnhauses. Jedoch entwickelte ein Teil der Befragten soziale Beziehungen innerhalb der Hausgemeinschaft. Interviewpartner/-innen, denen es gelang, soziale Netzwerke mit den Nachbarn/ den Nachbarinnen aufzubauen, konnten bestimmte Problemlagen oftmals besser bewältigen als Personen, die keine Kontakte zu den Personen in der Hausgemeinschaft besaßen. In den meisten Fällen wurde hierbei über Kontakte zu Personen berichtet, die sich ebenfalls in einer prekären Lebenslage befinden. Dabei steht häufig die gegenseitige Hilfe im Fokus. Frau Müller erzählt von dem Kontakt zu einer Familie, die ursprünglich aus Libyen stammt und deren Kinder sie mehrmals die Woche betreut. Aus dem Kontakt zu der Familie ist im Laufe der Zeit eine enge Freundschaft entstanden:

*„Ja, was denken Sie, niedlich ist das! Zuerst hab ich, glaub ich, den Papa getroffen. Das ist eine libyische Familie. So, und da kamen sie nun und die sind ja mittlerweile auch schon groß. Ja und dann auf einmal klingelt's und da standen sie draußen, die Kinder: ‚Dürfen wir rein?‘ Ich sage: ‚Na, kommt rein‘. (...) Jetzt geht die Vorletzte nun auch in die Schule. Da kommt die meist ganz unterschiedlich. Manchmal kommt sie aber auch jeden Tag“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Für die Interviewpartnerin, die aus gesundheitlichen Gründen niemals selber Mutter werden konnte, stellt der Kontakt zu der Familie eine wichtige Komponente sozialer Teilhabe dar. Aufgrund der Migrationsgeschichte der Familie und der damit einhergehenden räumlichen Trennung des Familienverbandes übernimmt Frau Müller nach eigenen Angaben die Rolle der fehlenden Großmutter:

*„Die [eine Tochter. Anm. des Autors] saß da und auf einmal rückt sie an mich ran und ich ahnte schon, was kommt. Und dann schmiegte sie sich immer weiter an und dann guckt sie mich so an: ‚unsere Omi, die ist so weit weg. Kannst du nicht für uns eine Ersatzomi sein?‘. Ich bin da ja unkompliziert.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Neben der Stärkung des sozialen Zugehörigkeitsgefühls, welches durch die Kinderbetreuung erzeugt wird, erhält Frau Müller von der Familie auch in anderen Bereichen Unterstützung. Diese hilft ihr bei der Bewältigung des Alltags:

*„Ja. Und die bringen auch immer mal Essen mit, also die Mutti.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Die Kontakte innerhalb der Hausgemeinschaft sind jedoch nicht ausschließlich positiv besetzt. Frau Müller berichtet von lautstarken Konflikten zwischen einzelnen Bewohnern/-innen. Sie fühlt sich zudem von einigen Anwohner/-innen bedroht:

*„Also, wenn solche komischen Kerle vor der Tür stehen, also Hilfe! Da kriegt man schon mal Angst und wenn's klingelt, auch nachts hier bei uns.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

### 3.3 Ökonomische Situation

Die Bewertung der eigenen finanziellen Lage ermöglicht es, Informationen über das Selbstbild der Interviewpartner/-innen zu erhalten und die Auswirkungen von materiellen Einschränkungen abzubilden. Verschiedene qualitative Studien zum Thema Armut haben festgestellt, dass Menschen in prekären Lebenslagen ihre eigene finanzielle Lage zwar häufig als schlecht einschätzen und angeben, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel vor allem zum Ende des Monats knapp werden. Auf die Frage: „Würden Sie sagen, dass Sie arm sind?“ antworten jedoch nur wenige Personen mit einem klaren „ja“. Vielfach grenzen



sich die Befragten zu vermeintlich „wirklich armen“ Personen(-gruppen) ab. Hierbei werden beispielsweise Menschen benannt, die in Entwicklungsländern leben, wohnungslos sind und/ oder unter Suchterkrankungen leiden. Da der Begriff „Armut“ mit Schwäche, Ohnmacht und/ oder Handlungsunfähigkeit verbunden wird, wird er von den Betroffenen für die Beschreibung der eigenen Lebenssituation häufig abgelehnt.<sup>249</sup>

Anhand des vorliegenden Interviewmaterials können diese Erkenntnisse bei einem Teil der Befragten bestätigt werden. Es hat sich herausgestellt, dass die Bewertung und der Umgang mit der eigenen finanziellen Lage vor allem davon abhängen, wie lange sich die entsprechenden Personen bereits in einer prekären Lebenslage befinden, inwieweit sie sich auf diese Situation eingestellt haben, in welchem sozialen Umfeld sie sich bewegen und auf welche anderweitigen (nicht finanziellen) Ressourcen sie zurückgreifen können.

#### **a) Personen ohne Arbeit und mit langfristigen Armutserfahrungen:**

Personen mit langjährigen Armutserfahrungen schätzen die eigene finanzielle Lage zum Teil sehr unterschiedlich ein. Frau Schulze, die bereits seit vielen Jahren auf Sozialleistungen angewiesen ist und für mehrere Kinder sorgen muss, berichtet zwar von einer ökonomischen Situation, die durch Einschränkungen geprägt ist, jedoch beschreibt sie diese Lage nicht als so prekär, dass große Einschränkungen damit verbunden wären:

*„Naja. Ich würde sagen: mittelmäßig. Also man guckt schon auf die Preise. Also wir holen dann auch viel im Angebot. Das ist ja nicht giftig.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Selbst unerwartete größere Anschaffungen werden nicht als problematisch eingeschätzt, da Frau Schulze gut darüber informiert ist, welche Ansprüche sie geltend machen kann und wo sie Hilfe erhält:

*„Wir müssen uns eine neue Waschmaschine kaufen, weil unsere alte kaputt gegangen ist. Aber die holen wir dann Ende des Monats. Da wollen wir noch mal nachfragen auf dem Hartz IV-Amt oben“ Frau Schulze, 42. Jahre*

Zu dem selbstverständlichen Umgang mit der eigenen Lebenslage trägt auch das soziale Umfeld bei. So stellt Frau Schulze klar, dass sie und ihre Familie im alltäglichen Leben selten Stigmatisierungen erfahren. Sie verweist dabei auf die Situation in der Schule ihrer Kinder:

*„Anfeindungen in der Klasse gibt es nicht. Es gibt viele in der Klasse, die selber Hartz IV beziehen.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Inwiefern die Familie von Frau Schulze aufgrund ihrer finanziellen Lage tatsächlich Ausgrenzungen erlebt, kann nicht abschließend geprüft werden. Auffällig ist jedoch, dass sich Frau Schulze in ihrer Selbstwahrnehmung nicht als arm empfindet, obwohl im Laufe des Gesprächs die Auswirkungen ihrer prekären Lebenslage deutlich erkennbar werden. Dies zeigt sich sowohl in materieller, sozialer und institutioneller als auch gesundheitlicher Hinsicht. Für die Kinder kann nur günstige Kleidung im Discountbereich gekauft werden, bei den Lebensmitteln muss eine strikte Auswahl getroffen werden, der Urlaub kann nur im eigenen Garten stattfinden, kulturelle Angebote werden gar nicht oder nur in Ausnahmefällen genutzt, Suchterfahrungen sowie gesundheitliche Probleme spielen für die Alltagswelt der Familie eine große Rolle und es ist eine intensive institutionelle Unterstützung durch das Jugendamt und das Jobcenter nötig. Trotz der Knappheit an materiellen Ressourcen, welche fast alle Dimensionen des Alltags betrifft, existiert an vielen Stellen

<sup>249</sup> Vgl. Klärner et al. (2015): S. 40.



keine konkrete Problemwahrnehmung. Die Bewertung der eigenen Verschuldungslage verdeutlicht diesen Umstand zusätzlich:

*„Ja Schulden haben wir aber (...) die zahlen wir dann auch manchmal selber ab. Das geht eigentlich. Ich sage mir, wer keine Schulden hat, der ist kein waschechter Deutscher.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Eine weitere Gruppe von Interviewpartner/-innen, bewertet die eigene finanzielle Lage kritischer. Das Gefühl, nur eingeschränkte Möglichkeiten bei der Versorgung mit verschiedenen Gütern zu besitzen, ist dann besonders stark ausgeprägt, wenn die aktuelle Lebenslage durch Brüche im Lebenslauf hervorgerufen wurde. Die gegenwertige Lebenslage wird von diesen Interviewpartner/-innen in Zusammenhang mit einem gesellschaftlichen Abstieg begriffen und nicht als unveränderlich wahrgenommen. Aspekte der sozialen Mobilität spielen bei diesen Personen eine große Rolle:

*„Also so losgehen und was kaufen, wie du es früher vielleicht gemacht hast, zu Real oder zu REWE und dann gucken was dir gefällt und einkaufen, Mirácoli einfach mal wieder kaufen, anstelle von irgendwelchen 65 ct Nudeln, das geht halt nicht. Du musst halt gucken, musst halt rechnen, musst dir einen Zettel schreiben.“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Im Gegensatz zu Frau Schulze begreift sich Herr Fischer als arm und hebt dabei vor allem die materielle Dimension von Armut und deren definitorische Grundlage hervor:

*„Also im Endeffekt vielleicht schon. Also materiell fast definitiv. Da fällt man sowieso unter diese Jahressumme, die arm definiert.“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Im Zuge seiner Antwort präzierte Herr Fischer zudem, was für ihn „arm sein“ bedeutet. Es wird deutlich, dass er die Zuschreibung der Eigenschaft „arm“ als unangenehm empfindet. Zudem grenzt er sich klar von Menschen ab, die es nach seiner Ansicht gewohnt seien, mit wenig Geld auszukommen. Es zeigt sich zudem, dass eine Verdrängung der Problemlagen stattfindet:

*„Bloß wenn du die Frage stellst, dann ist es ja schon wieder gruselig, weil du ja die Antwort weißt. Na, du verhungerst schon nicht aber du willst halt nicht bloß zu Lidl oder Aldi einkaufen gehen. (...) Es gibt vielleicht Leute, die sind froh, wenn sie sich ihre dreißig Packen Zigaretten kaufen in der Woche, dann ihre drei Liter Bier und dann sagen: ‚Okay mir geht´s doch gut‘. Ich meine, ich bin´s auch anders gewohnt. Das ist vielleicht auch noch der Knackpunkt. Weil wenn du´s nie gewohnt bist, dann juckt es dich vielleicht nicht so. Dann sagst du: ‚Jo ist doch alles fein, ich brauch nicht arbeiten, hab meine Kohle‘. Also ein paar Ansprüche hat man dann ja doch noch und (...) je mehr man halt darüber nachdenkt oder das vergleicht, umso schlimmer wird´s ja dann im Endeffekt. Aber dann wird das ganze Grauen dir noch mal vor deinem Auge sichtbar. Also dann lieber verdrängen, ich verdräng das dann lieber.“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Bei den Gesprächen mit anderen Interviewpartner/-innen verdeutlicht sich zudem, dass der Mangel an Geld zu einem ständigen Zwang zur Kompromissfindung führt: Kaufe ich mir günstiges Essen, um mir bessere Kleidung leisten zu können? Verzichte ich auf Urlaub, um mir hochwertigere Lebensmittel kaufen zu können? Investiere ich weniger Geld in meine Wohnungseinrichtung, um mit Freunden etwas unternehmen zu können? Wie investiere ich mein Geld, dass ich genug zum Leben habe aber mir nicht jeder sofort ansieht, dass ich „Hartz IV“ bekomme? Diese Fragen prägen den Alltag vieler Interviewpartner/-innen. Welchen Stellwert dieser ständige Zwang zur Kompromissfindung im Leben der Betroffenen einnimmt illustriert der folgende Gesprächsauszug:

*„Also einmal ist man natürlich grundsätzlich gehemmt überhaupt etwas zu machen, was Geld kostet. Das schließ ich ja eh meistens aus. Dazu gehört natürlich schon mal grundsätzlich irgendwie weiter*

weg zu fahren. Schon nach Kahla oder wenn ich jetzt zum Beispiel mal sagen würde, ich möchte zu meinen Eltern, da bezahl ich ja schon an die zwanzig Euro für 's Fahren. Das haben wir nicht. Also da ist die Situation verfahren und ein bisschen leidlich. (...) Ja und man gewöhnt sich ja dann auch irgendwann daran eben viele Sachen auch gar nicht erst mitzumachen. Kino ist ein weiteres Beispiel. Weil zehn Euro, da gucke ich mir lieber was im Fernsehen an. (...) Also nicht, dass das jetzt nach außen wirkt. Also ich weiß, dass wenn ich jetzt in der Stadt unterwegs bin, dass ich einigermaßen gute Klamotten anhaben will. Ich kaufe auch ab und zu was. Ich versuch mit dem Geld klarzukommen, so dass ich nicht verlumpt rumrennen muss. (...) Ich versuch das offen zu gestalten. Ich geh zum Beispiel auch nicht in Gaststätten, weil ich dafür halt kein Geld habe. Ich hol mir, wenn dann mal eine Bockwurst. Also das fällt so ein bisschen flach, sag ich mal. Also ich versuch dann trotzdem teilzunehmen und hab halt schon Freude daran, an diesem relativ offenen Leben. Wenn das im Sommer dann losgeht im Paradies oder so.“ Herr Koch, 38 Jahre.

Der Wunsch und das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Teilhabe konkurrieren häufig mit den Anforderungen an eine ausgewogene Ernährung und einem förderlichen Gesundheitsverhalten. Da es sich bei Lebensmitteln um Produkte handelt, deren Konsum nach außen hin zunächst weitaus weniger offensichtlich ist als z. B. das Tragen günstiger Kleidung und die Folgen ungesunder Ernährung in der Regel erst sehr viel später sichtbar werden, wird an dieser Stelle oft zuerst gespart.

Im Fall von Herrn Koch wird zudem ein Umstand deutlich, der in vielen Interviews eine Rolle gespielt hat: die kostengünstige Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum. Es hat sich gezeigt, dass die Möglichkeit zur Nutzung dieser Flächen gesellschaftliche Teilhabe unterstützt und von den Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen auch umfangreich genutzt wird – jedoch nur dann, wenn Einschränkungen in der Mobilität (sowohl aus gesundheitlichen als auch aus finanziellen Gründen) den Zugang zu diesen Flächen nicht verhindern.

### **b) Personen in Altersarmut:**

Bei älteren Menschen mit langfristigen Armutserfahrungen werden die Auswirkungen materieller Mängel besonders deutlich. Zum einen liegen Einschränkungen in dem Bereich der Lebensmittelversorgung vor. Zum anderen stehen Grundbedürfnisse wie die ausreichende Beheizung der Wohnung und die Versorgung mit Wasser im Fokus von Einsparungsabwägungen:

*„Ich dürfte diesem Monat mir eigentlich gar nichts holen. (...) Hauptsache ich hab Brot und Öl, da kann ich mir das braten. (...) Ja, das ist für mich dann ein wunderbares Essen. (...) Ich spare mit dem Wasser. Ich spar mit allem.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

*„Da drin hab ich die Heizung aus, (...) um zu sparen.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Herr Kramer berichtet ebenfalls darüber, dass er sich aufgrund seiner schlechten finanziellen Lage vor allem bei den Ausgaben für Lebensmittel einschränken muss. Dabei würde er sich auch gerne einmal wieder etwas Besonderes leisten können. Während des Gesprächs wurde deutlich, dass das gute Essen dabei stellvertretend für die Zeit steht, als Herr Kramer noch unter weniger prekären Umständen mit seiner mittlerweile verstorbenen Partnerin zusammen lebte:

*„Wie würden Sie denn Ihre eigene finanzielle Lage beschreiben?“ Interviewer.*

*„Da muss ich sagen saumäßig. Ganz offen saumäßig. Ich kann im Großen und Ganzen gar nicht mehr viel essen mit den 300 Euro. (...) Ich kaufe das Billigste was es gibt, was sie billiger machen oder gesenkt haben, sonst würde ich ja gar nicht auskommen damit. Ich*





kann mir doch nichts Teures leisten. Mal einen schönen Braten. Hätte ich gerne genommen aber das ist mir zu teuer.“ Herr Kramer, 65 Jahre.

Die älteren Interviewpartner/-innen mit langfristigen Armutserfahrungen sind mit der Organisation der finanziellen Ausgaben vielfach überfordert. In der Folge sind Verschuldungslagen entstanden, zu deren Bewältigung teilweise erst sehr spät Hilfe in Anspruch genommen wurde:

*„Da rutscht man auch ganz schnell rein [Gemeint sind Schulden. Anm. des Autors]. Obst ist teuer. Es ist alles teuer jetzt. Ich dürfte diesen Monat mir eigentlich gar nichts holen. Naja, ich muss zuzahlen. 80 Euro für die Schuhe, hier Diabetikerschuhe. Das passt alles nicht in so eine Rente rein. Das ist es ja. Es ist dauernd irgendwas jetzt gewesen, sonst wäre ich vielleicht auch nicht reingerutscht.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Im Fall von Frau Müller sind die Gründe für die Überschuldung zum einen auf vermeidbare Ausgaben zurückzuführen, die vor allem in Form von Katalogbestellungen stattfanden. Zum anderen fielen auch umfangreiche Ausgaben im Gesundheitsbereich an, die Frau Müller zunehmend finanziell überfordern.

Die späte Wahrnehmung von Hilfsangeboten kann dabei zum einen auf eine mangelnde Bekanntheit der Angebote zurückgeführt werden:

*„Hier ist eine Tafel? Das weiß ich auch nicht. Ne. Da muss ich morgen mal nachfragen.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Zum anderen wird deutlich, dass die Betroffenen vielfach niemandem zur Last fallen wollen, obwohl sie einen Anspruch auf bestimmte Leistungen hätten. Zudem wird mehrfach die Befürchtung geäußert, dass die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten mit einem Verlust der persönlichen Autonomie einhergehen könnte:

*„Na ich will ja alleine leben, noch so lange wie ich kann. Da will ich keine Vorschriften haben. Das mag ich nicht so. Bin ich nicht gewöhnt.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Was die Einschätzung der eigenen finanziellen Situation anbelangt, bezeichnet sich Herr Kramer nicht nur selbst als arm, sondern er spricht auch davon, dass er nach seiner Wahrnehmung in einem „Armenviertel“ lebt. Er schätzt sein eigenes Wohngebiet dabei als einen Ort ein, der segregiert vom restlichen Stadtgebiet existiert und in dem sich an der grundsätzlichen Situation der dort lebenden Menschen perspektivisch nichts ändern wird:

*„Das ist das, was ich hier gerade sehe. Die sind auch nicht reicher wie ich. Das ist ein Armenviertel ist das. Und das wird sich hier auch nicht ändern.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Die negative Bewertung der eigenen finanziellen Lage setzt sich auch bei anderen älteren Interviewpartner/-innen fort. So bezeichnet Frau Bach ihre finanzielle Situation als „bescheiden“ und verweist dabei auf die Abwägungen, die sie jeden Tag treffen muss:

*„Ich muss mir ganz genau überlegen, was ich brauche und was ich nicht brauche. Wenn ich was sehe und es gefällt mir, kann ich nicht. (...) Ich kann mir nichts leisten.“ Frau Bach, 68 Jahre.*

Frau Bach, die einen Großteil ihres Lebens in armen Verhältnissen lebte, spricht im Zuge der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage sehr offen über Hilfsangebote, auf die sie zurückgreift. So berichtet sie darüber, dass sie regelmäßig Lebensmittel von der Tafel erhält und ihre Kleidung aus einer Kleidersammlung stammt. Die Leistungen verschaffen ihr einen begrenzten finanziellen Spielraum, mit dem sie jedoch stark haushalten muss:



*„Ich muss mir immer überlegen, ob ich mir eine Schachtel Zigaretten kaufe oder ob ich das Geld noch aufhebe und noch vier Tage länger hinkomme.“ Frau Bach, 68 Jahre.*

Frau Bach bezeichnet sich selbst als arm und grenzt sich dabei von Personen ab, die ihrer Meinung nach nur behaupten arm zu sein, obwohl sie nach ihrer Ansicht über ausreichend Geld verfügen. Sie setzt dabei ihre eigene finanzielle Situation in Bezug zu der finanziellen Ausstattung anderer Personengruppen, auch wenn sich die individuellen Lebensumstände hierbei u. U. stark unterscheiden können. Das Antwortverhalten deutet auf einen hohen Grad an Frustration hin:

*„Würden Sie sich eigentlich selber als arm bezeichnen?“ Interviewer.*

*„Ja. Wenn ich dann im Fernsehen höre: ‚Ich hab 1800 Euro im Monat mit drei Personen, wie soll man denn da leben?‘ Da könnte ich denjenigen rausziehen und auf die Fresse hauen. (...) Das ist eigentlich das Einzige, was mich immer schon geärgert hat und noch ärgert. Die Ungerechtigkeit, die es gibt.“ Frau Bach, 68 Jahre.*

Wenn mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden, dann hätten die älteren Interviewpartner/-innen zudem kaum Interesse daran, diese in Sachgüter zu investieren. Vielmehr wird der Wunsch geäußert, wieder mobiler sein zu können. Dies trifft sowohl auf die innerstädtische Mobilität als auch auf weiter entfernte Ziele zu:

*„Seitdem ich hier wohne war ich noch nicht in der Innenstadt gewesen. (...) Ich weiß ja noch nicht mal, ich weiß, dass sie die Fahrpreise erhöht haben. Über zwei Euro, wie mir gesagt wurde. So, da sind schon vier Euro wieder weg. Das ist mir zu teuer.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

*„Naja, ich würde gerne mal Urlaub machen, aber das kann ich nicht. Schaff ich finanziell gar nicht. Das wäre schön. Mal Abstand von allem“ Frau Müller, 73 Jahre.*

### **c) Personen in Erwerbsarmut:**

Eine weitere Gruppe von Interviewpartner/-innen verfügt trotz Erwerbsarbeit nicht über ausreichend finanzielle Mittel, um das alltägliche Leben problemlos gestalten zu können. Ein Teil dieser Interviewpartner/-innen ist auf Ergänzungsleistungen durch das Jobcenter angewiesen. Ein anderer Teil setzt sich hohen Arbeitsbelastungen aus, um die finanzielle Absicherung des Haushalts gewährleisten zu können.

Zwei Interviewpartnerinnen berichten dabei von prekären Arbeitsbedingungen, die durch die Aufnahme einer beruflichen Selbstständigkeit (ohne Mitarbeiter/-innen) entstanden sind. Bundesweite Studien belegen, dass Solo-Selbstständige insgesamt wesentlich häufiger in unteren Einkommensklassen vorzufinden sind als Selbstständige mit Mitarbeiter/-innen.<sup>250</sup> Allgemein gilt ein selbstständiges Unternehmertum dabei dann als prekär, „wenn sich die unternehmerisch Tätigen objektiv an der Armutsgrenze und/ oder sich subjektiv in einer als heikel empfundenen sozialen Lebenslage befinden und ihre Lebensführung entsprechend ausrichten (müssen), d.h., wenn das Einkommens-, Schutz- und Inklusionsniveau auf längere Sicht unter den gesellschaftlichen Standard zu sinken droht bzw. sinkt und/ oder die unternehmerisch Tätigen darauf

<sup>250</sup> Vgl. Obermeier, Tim/ Schultheis, Kathrin (2014): Selbstständigkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Arbeitsmarktpolitik. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/187821/selbststaendigkeit?p=all> (Zugriff: 07.06.18).



hoffen müssen, unternehmerisch erfolgreich zu sein, und doch permanent befürchten, (noch) weiter sozial abzustiegen.“<sup>251</sup>

Im Zuge der inhaltlichen Analyse der vorliegenden Interviews wird deutlich, dass diese Problemlagen auch bei den Interviewpartnerinnen aus Jena vorzufinden sind. Die unternehmerischen Tätigkeiten sind dabei geprägt durch ein niedriges Einkommen, das kaum dazu ausreicht, die Schwelle des soziokulturellen Existenzminimums zu überschreiten. Zudem wird über eine überproportional hohe Arbeitsbelastung berichtet, wobei die üblichen acht Arbeitsstunden pro Tag häufig überschritten werden. Es werden Ängste darüber geäußert, dass die Einnahmen nicht ausreichen, um das Ein-Personen-Unternehmen erhalten zu können. Anfallende Probleme und unerwartete Ereignisse müssen zudem eigenständig erkannt und bewältigt werden, was eine zusätzliche Belastung darstellt. Selbst im Krankheitsfall wird die Arbeit fortgesetzt, da es sich die Unternehmerinnen nicht leisten können, ihre berufliche Tätigkeit vorübergehend einzustellen. Diese Umstände sind der Grund dafür, dass sich die gesundheitliche Lage der Interviewpartnerinnen zunehmend verschlechterte. Die sozialen Kontakte zu Freunden und Bekannten sind stark eingeschränkt und das Familienleben ist ebenfalls von den langen Arbeitszeiten beeinträchtigt. Den Betroffenen kostet es dabei große Überwindung, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen:

*„Naja, weil man sich schämt. Ja, das sag ich ganz offen und ehrlich, weil man sich wirklich schämt. Weil´s einem peinlich ist, dass man selbstständig ist, einen Haufen Kunden hat, eigentlich so der Laden brummt. Man weiß ja gar nicht mehr, wo hinten und vorne ist, weil man nur am Arbeiten ist.“  
Frau Köhler, 29 Jahre.*

Obwohl Frau Köhler bereits frühzeitig erkannte, dass sie unter prekären Arbeitsbedingungen tätig ist, nahm sie lange Zeit keine externen Hilfsangebote in Anspruch. Zum einen war es ihr unangenehm, sich diesbezüglich an Dritte zu wenden. Zum anderen war sie der festen Überzeugung, dass sie die finanziellen Schwierigkeiten durch ein erhöhtes Arbeitspensum kompensieren kann. Da im Rahmen der Selbstständigkeit das Ziel verfolgt wurde, nicht mehr als Angestellte im Niedriglohnsektor arbeiten zu müssen, war ein mögliches Scheitern stark mit der Sorge vor einem erneuten beruflichen und somit auch sozialen Abstieg verbunden. Ein weiterer Faktor bei der Nichtinanspruchnahme von Hilfen ist zudem das fehlende Wissen über die vorhandenen Angebote. So erhielt Frau Köhler erst durch eine Kundin den Hinweis, dass sie möglicherweise Anspruch auf Wohngeld besitzt. Nach dem Kontakt zur Wohngeldstelle wandte sich Frau Köhler zudem an das Jobcenter der Stadt Jena, welches nach einer Prüfung der finanziellen Situation feststellte, dass ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen vorliegt:

*„Ja und da war ich bei der Wohngeldstelle und da hieß es, da bekommst du definitiv nichts. Wenn du dann was bekommst, dann kann wohl mein Freund was beantragen. Wusste ich als Normalsterblicher, der sowas nie in Anspruch nehmen musste, nicht. Und dann war ich bei jenararbeit oben und dann hab ich aber noch gearbeitet. Und die haben dann aufgestockt.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

Frau Köhler beabsichtigte zunächst, nach der Elternzeit in ihrem Beruf weiterzuarbeiten, musste ihre Selbstständigkeit letztendlich jedoch aufgeben:

*„Ich hab alles abgemeldet. Ich hab mir dann damals gesagt bevor ich mir jetzt jemanden anstelle und den Batzen Miete weiterhin zahle, lass ich´s lieber ganz.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

<sup>251</sup> Siehe Bäcker, Gerhard/ Naegele, Gerhard/ Bispinck, Reinhard/ Hofemann, Klaus/ Neubauer, Jennifer (2010): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 449.



Bei der allgemeinen Beschreibung ihrer ökonomischen Lage und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten weist Frau Köhler zudem darauf hin, dass sie sich als Frau strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt sieht:

*„Gerade als Frau ist man völlig angeschmiert, wenn man selbstständig ist und nicht unbedingt immer so mega viel verdient hat. Das geht ja beim Elterngeld weiter. Man kriegt ja halt einen Witz an Elterngeld. Das ist schon hart!“ Frau Köhler, 29.*

Die Darstellungen Frau Köhlers, welche selber in der Dienstleistungsbranche tätig war, bestätigen dabei bundesweite Trends. Zum einen ist die Solo-Selbstständigkeit bei Frauen aktuell noch deutlich häufiger vorzufinden als bei Männern. Dies ist vor allem auf eine hohe Verbreitung solo-selbstständiger Beschäftigungsformen im Dienstleistungsgewerbe zurückzuführen. Dieses wird hauptsächlich durch weibliche Beschäftigte dominiert. Die durchschnittlichen Einkommen sind in diesem Sektor jedoch relativ gering. Durch die Gründung eines selbstständigen Gewerbes kann das Einkommen zwar steigen, jedoch sind hiermit auch erhöhte Kosten und Risiken verbunden. Anders als abhängig Beschäftigte sind Selbstständige zumeist nicht in den Zweigen der Sozialversicherung versichert. Zudem müssen sie sich privat krankenversichern und selbstständig für das Alter vorsorgen. Wenn das Einkommen dann zu gering ist, um Rücklagen bilden zu können, entsteht eine prekäre Selbstständigkeit, bei der häufig Ergänzungsleistungen in Anspruch genommen werden müssen. Unter den 1,31 Millionen erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger/-innen im Jahr 2013 befanden sich insgesamt 127.000 Selbstständige (2,9 Prozent), wobei jüngere selbstständige und Frauen überdurchschnittlich häufig betroffen waren.<sup>252</sup>

Trotz der Rückschläge, welche Frau Köhler im Zuge ihrer Selbstständigkeit in finanzieller Hinsicht erfuhr, begreift sie sich nicht als arm. Sie verweist darauf, dass sie alles Nötige zum Leben besitzt und sich auch nicht gesellschaftlich ausgeschlossen fühlt. Zudem wird deutlich, dass das Thema Familie für sie von großer Bedeutung ist:

*„Nö. Ich habe eine Wohnung. Ich habe eine Familie. Schon allein deswegen bin ich nicht arm. Nö. Würde ich mich nicht bezeichnen. (...) Ich habe Essen, ich habe Trinken. Ich bin nicht arm. Nach meiner Meinung bin ich das nicht.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

Es zeigt sich, dass das stabile familiäre Umfeld von Frau Köhler zur positiven Bewertung der eigenen Lebenslage beiträgt. Sie erfuhr während ihrer Selbstständigkeit viel Unterstützung durch ihre Eltern und ihren Lebensgefährten. Da dieser über den gesamten Zeitraum ihrer Selbstständigkeit berufstätig war, konnten die finanziellen Engpässe bezüglich des allgemeinen Haushaltseinkommens zum Teil ausgeglichen werden. Das Thema Selbstständigkeit spielt für Frau Köhler dennoch keine Rolle mehr. In Zukunft möchte sie wieder in ein Angestelltenverhältnis eintreten, um ebenfalls auf ein gesichertes Einkommen zurückgreifen zu können. Im Rahmen der Kindererziehung betont sie ebenfalls die Wichtigkeit geregelter Arbeitszeiten. Des Weiteren sieht sie in ihrer Rolle als Mutter neue (vor allem auch finanzielle) Herausforderungen auf sich zukommen, die sie im Rahmen des selbstständigen Beschäftigungsverhältnisses nur schwer hätte bewältigen können:

*„KiTa-Plätze kriegt man ja auch nicht. Ich kenn jetzt eine, die muss bis nach Lobeda fahren. Also dass man da nicht wenigstens mal stadtmäßig einen Platz bekommt, das ist schon heftig. (...) Die Mittelschicht ist ja immer angeschmiert. Das sagen ja alle. Meine Cousine ist Lehrerin und ihr Freund ist Krankenpfleger und die sagen auch, dass sie so viele Kitagebühren bezahlen, dass es der Wahnsinn ist.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

<sup>252</sup> Vgl. Obermeier et. al. (2014).



Ein weiteres Beispiel für eine prekäre Selbstständigkeit zeigt sich bei dem Interview mit Frau Richter. Nach ihrem Studium arbeitete sie selbstständig in der Kreativbranche, bis die berufliche Belastung zu groß wurde:

*„Ich bin momentan noch selbstständig aber ich hatte einen Burnout letztes Jahr und hab mich dann entschieden jetzt wirklich einen Schnitt zu setzen und dann zu gucken, was ich anders mache und hab mich deswegen entschieden aus der Selbstständigkeit erstmal rauszugehen und bewerbe mich jetzt momentan.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Als Grund für die Burnout-Erkrankung identifizierte Frau Richter zum einen den finanziellen Druck, der im Rahmen der prekären Selbstständigkeit fast immer präsent war. Hierbei können Parallelen zu der Situation von Frau Köhler festgestellt werden, die ebenfalls von einer ständigen finanziellen Belastung berichtete. Ein Aspekt, der bei Frau Richter jedoch sehr viel deutlicher zu Tage trat, war der „institutionelle Erwartungsdruck“ seitens des Jobcenters. Die ständige Anspannung resultierte dabei aus der Befürchtung, den eigenen Beruf aufgrund zu geringer Einnahmen aufgeben zu müssen und durch den Verlust der beruflichen Selbstständigkeit einen sozialen Abstieg zu erleben:

*„Ich denke, dass ich schon mehrfach dran vorbei geschlittert bin. Also es gab Phasen, wo ´s mir richtig gut ging, wo ich auch relativ viel Geld verdient habe. Dann aber auch diese Phasen, wo ich so gut wie gar nichts verdient habe beziehungsweise immer so der Druck kam vom Amt. Also ich kann jetzt gar nicht sagen, dass mir jemand gesagt hat, dass ich nur noch begrenzt Zeit habe und dann ist Schluss. Aber dieses Gefühl, dass man nicht genug macht, dass man nicht fleißig genug ist, dass man sich nicht genug anstrengt. Dieser Druck, der die ganze Zeit da war und die Angst davor, was eigentlich danach dann passiert, also dass ich dann in irgendwelche Maßnahmen gesteckt werde und (...) dass alles, was ich kann und was ich gut mache absolut nichts Wert ist und ich, jetzt mal ganz krass gesagt, was für mich eine ziemlich schlimme Vorstellung ist, irgendwo am Fließband stehe. Davor hatte ich so eine Angst, dass ich mehrfach meine Tiefpunkte hatte. Und letztes Jahr gab ´s einen privaten Schicksalsschlag (...). Das hat mich einfach total aus der Bahn geworfen und ab da ging es nicht mehr.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Trotz des unregelmäßigen Einkommens und dem damit einhergehenden Anspruch auf Transferleistungen versuchte Frau Richter den Kontakt zum Jobcenter zu meiden. Nach eigener Aussage lebte sie während dieser Zeit von einem Einkommen, das unterhalb der Armutsgrenze lag:

*„Und es ist halt total schwierig diese Voraussagen zu treffen, wenn man eben keine Stammkunden hatte. Dann gibt ´s immer irgendwelche Berechnungsgrundlagen, ich wollt ja mit denen [Gemeint ist das Jobcenter. Anm. des Autors] so gut wie nichts zu tun haben. Das heißt, dass ich mich auch nicht immer gemeldet habe, wenn ich jetzt wirklich kein Geld hatte oder wenig Geld. Ich glaub ich habe fast ein Jahr unter der Armutsgrenze gelebt. Also, wo ich wirklich so wenig Geld hatte.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Die Nicht-Inanspruchnahme von Transferleistungen gilt als eine der Hauptursachen für verdeckte Armut.<sup>253</sup> Hierbei können verschiedene Ursachen für den Verzicht staatlicher Unterstützungen identifiziert werden. Auf die negativen Wahrnehmungen und Erfahrungen hinsichtlich der Beratung wurde bereits verwiesen. Zusätzlich berichtete Frau Richter von Stigmatisierungsängsten:

<sup>253</sup> Vgl. Becker, Irene (2015): Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundsicherungsniveau. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S.6.



*„Ich hätte mich da als Verlierer gefühlt, als hätt ich es nicht in der Hand. Und wenn ich das zulasse, geht 's noch viel tiefer runter und dann komm ich da überhaupt nicht mehr raus.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Außerdem verhinderten zum Teil auch Kosten-Nutzen-Kalküle den Leistungsanspruch. Der Prozess der Antragsstellung wurde in diesem Zusammenhang als sehr aufwendig beschrieben und der Erlös demgegenüber als zu gering eingeschätzt:

*„Man schreibt ja einen Antrag und dann bekommt man für ein halbes Jahr die Bewilligung. Da muss man halt die Prognose abgeben und dann bekommt man was. Und wenn man zu viel bekommen hat, zahlt man das zurück. Und wenn man zu wenig bekommen hat, bekommt man von denen eine Rückzahlung. (...) Das ist schon super. (...) Aber ich finde, dass man als Selbstständiger zu wenig Geld hat im Vergleich zu jemandem, der auf Arbeitssuche ist. Ich hab halt andere Ausgaben.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

#### **d) Personen in Verschuldungslagen**

Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und damit einhergehende Niedrigeinkünfte gehören zu den Hauptursachen für Überschuldung. Überschuldungslagen können wiederum den Verlust des Arbeitsplatzes beschleunigen und den Eintritt in Arbeit verhindern.<sup>254</sup> Im Zuge der Interviews hat sich gezeigt, dass Schulden maßgeblich die ökonomische Ausstattung der Betroffenen beeinflussen und somit auch Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe, sozialen Beziehungen, gesundheitliche Lage sowie Wohnsituation besitzen. Dabei wurde deutlich, dass Schulden nicht von einem Tag auf den anderen entstehen, sondern es sich vielmehr um einen Prozess von der Verschuldung hin zur Überschuldung handelt, der sowohl durch externe Faktoren als auch eigene Entscheidungen bestimmt wird. Im Verlauf treten dabei häufig multiple Problemlagen auf, welche die Lebensführung der Betroffenen maßgeblich beeinflussen. Der Weg aus der Überschuldung wird zudem als ein langwieriger Vorgang beschrieben, der mit verschiedenen Herausforderungen verbunden ist. Zudem liegen in der Regel Forderungen mehrerer Gläubiger vor, was die Entschuldung zusätzlich erschwert. Im Folgenden wird am Beispiel von Herrn Koch dargestellt, wie Verschuldungslagen entstehen können und welche Auswirkungen diese auf das Leben der Betroffenen nach sich ziehen.

Nachdem Herr Koch mehrfach seinen Arbeitsplatz wechseln musste, erhielt er von einem entfernten Verwandten ein Jobangebot. Dieser wollte einen Gastronomiebetrieb eröffnen und suchte hierfür noch Angestellte im Servicebereich. Herr Koch wurde in diesem Zusammenhang gefragt, ob er sich an der Aufnahme eines Kredites zur Gründung des Betriebes beteiligen würde. Er war mit seinen ehemaligen Arbeitsverhältnissen eher unzufrieden und wollte deswegen einen Neustart wagen. Da er von dem Erfolg des neuen Betriebes überzeugt war, entschied er sich – trotz mangelnden Vorwissens im Bereich der Unternehmensfinanzierung – auf das Angebot einzugehen:

*„Der Chef war sogar über ein paar Ecken noch mit mir verwandt und der hat mir das dann angeboten. Er war Koch und ihm ist der Geschäftspartner abgesprungen und wir sollten den Service machen zu zweit. Und ganz kurz davor kam er halt noch mit dieser Absprache wegen dem Kredit.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

<sup>254</sup> Vgl. Koordinierungsstelle Schuldnerberatung in Schleswig-Holstein (2018): Schulden und Armut/ prekäre Beschäftigung. Armut und Überschuldung durch prekäre Beschäftigung. <http://www.schuldnerberatung-sh.de/themen/schulden-und-armutprekaere-beschaeftigung.html> (Zugriffen: 20. Juni 2018).



Zu Beginn konnte die Gaststätte noch gute Umsätze erzielen, doch nach etwa einem Jahr traten verstärkt Probleme auf. Da Herr Koch trotz seiner Kreditbeteiligung nur als einfacher Angestellter beschäftigt war, besaß er keinerlei Einfluss auf die Geschäftsführung:

*„Ich hab das als Angestellter gemacht und das hätte ich nicht tun dürfen. Dadurch war ich ihm gegenüber einfach nicht gleichberechtigt. Und der konnte mich dann, obwohl ich mit auf diesem Vertrag stand, nach ungefähr anderthalb Jahren hat der mich gekündigt.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Letztendlich wurde Herr Koch entlassen und der Betrieb musste kurze Zeit später schließen. Er hatte somit nicht nur seinen Arbeitsplatz verloren, sondern besaß durch den Kredit auch hohe Schulden bei mehreren Gläubigern:

*„Ja, der hat das in Sand gesetzt, es ist geschlossen worden. Der hatte aber zu dem Zeitpunkt auch schon Mietschulden und halt Schulden bei dem Kreditgeber, Schulden bei Lieferanten, Schulden ohne Ende und die hatte ich dann auch“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Herr Koch verlor in der Folge zunehmend den Überblick über seine finanzielle Lage. In diesem Zusammenhang nahm er auch weitere Schulden auf. Er übernahm u. a. die Schulden seiner damaligen Lebensgefährtin. Zusätzliche Schulden entstanden dabei auch unbewusst in Form von Dispokrediten:

*„Der andere Teil setzt sich daraus zusammen, dass ich meine Ex-Freundin entlastet habe wegen unserem Auto. Ich habe dann sozusagen eine Kreditübernahme gemacht und hab die gemeinsamen Schulden übernommen. (...) Wenn ich ´s ganz ehrlich sagen soll, war ´s wirklich ihre Schuld. Die hat zu dem Auto noch eine Kreditkarte gekriegt und das war so ein Finanzierungsvertrag mit einem extra Konto und einer Kreditkarte und die hat die Karte nochmal richtig belastet. Wie gesagt, ich hab dann 10.000 übernommen auf mich, dass sie da raus kommt, weil ich das halt nicht wollte. Und der Rest sind Sachen, die entstanden sind durch Zahlungsunfähigkeit und nochmal ein großer Posten ist eine ehemalige Wohnung von mir, wo ich ausziehen musste. Das war ganz verstrickt. (...) Also die größten Posten sind eigentlich Sachen, wo ich entweder dumm war oder schon selbst Schuld hatte. Muss man schon so sagen.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Die Lebenslage von Herrn Koch wurde zunehmend prekärer. Die hohe Verschuldungslage belastete dabei auch seine sozialen Beziehungen. Nach dem Rauswurf aus der gemeinsamen Wohnung begann Herr Koch regelmäßig Alkohol zu trinken und war sogar kurzzeitig obdachlos:

*„Was mich auch so ein bisschen reingeritten hat: Nach dem Jobverlust kam das endgültige Ende der Beziehung und obwohl die Absprache anders war, auch der relativ flotte Rauswurf aus der gemeinsamen Wohnung und dadurch saß ich sogar kurzzeitig auf der Straße, in einem Auto, was ich dann aber abgegeben hatte.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Nach diesem persönlichen Tiefpunkt fasste Herr Koch den Entschluss, seine persönliche Situation grundlegend zu ändern:

*„Letztes Jahr. Da habe ich gesagt, ich muss jetzt auf jeden Fall mal was ändern, weil ich gemerkt habe, dass ich mich schon ein bisschen sehr an die Situation gewöhnt habe. Dass ich auch nicht mehr ganz so energisch dabei bin, mich zu bewerben und dass ich vor allem auch schon gesundheitlich ein bisschen Probleme hatte mit dem Alkohol. Ich hatte dann zu viel Zeit. Ich bin dann mal zum Arzt gegangen und hab eben einen kompletten Cut gemacht und ich denke, das war auch so der Moment, seitdem ich auch wieder ein bisschen mehr überlege, wo ´s mal hingehen soll.“ Herr Koch, 38 Jahre.*



Den Kontakt zu Hilfsangeboten suchte Herr Koch jedoch erst sehr spät. Bei der Schuldnerberatung meldete er sich beispielsweise erst, als ihm bereits rechtliche Konsequenzen im Zuge einer Gerichtsverhandlung drohten. Es wird deutlich, dass es ihm schwer fällt, sich mit bestimmten Problemlagen auseinanderzusetzen. Dies ist auch auf den hohen Umfang der Schuldenlast und der Angst davor zurückzuführen, diese niemals zurückzahlen zu können. Erst durch den individuellen Beratungsprozess erkannte Herr Koch, dass realistische Möglichkeiten zur Entschuldung existieren. Die Beratung half ihm dabei, einen Überblick über die eigene finanzielle Lage zu gewinnen und mit dieser verantwortungsvoll umzugehen. Daraus schöpfte er wiederum das Vertrauen, seine Suchtproblematik aktiv zu bekämpfen und Maßnahmen zur Aufnahme eines neuen Jobs zu ergreifen.

### 3.4 Wohnraum und Mobilität

Wie bereits im vorangegangenen Berichtsteil festgestellt, ist die Unterversorgung mit qualitativ akzeptablem Wohnraum eine Erscheinungsform von Armut und stellt häufig eine Einschränkung des alltäglichen Lebens sowie der gesellschaftlichen Teilhabe dar.<sup>255</sup> Innerhalb der Interviews wurden verschiedene Punkte angesprochen, welche die Wohnzufriedenheit sowohl positiv als auch negativ beeinflussen können. Als bestimmende Faktoren wurden vor allem die Größe der Wohnung, das soziale Gefüge im Wohngebäude bzw. Wohnumfeld, die Attraktivität der Wohnumgebung sowie die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten benannt.

Es hat sich gezeigt, dass die Einschätzung der eigenen Wohnsituation ebenfalls davon abhängt, ob die Interviewpartner/-innen bereits längere Zeit in der aktuellen Wohnung leben oder erst vor Kurzem hinzugezogen sind. Wenn Freunde und Bekannte aus dem direkten sozialen Umfeld in einer vergleichbaren Wohnsituation bzw. in einem ähnlichen Wohngebäude im selben Stadtteil leben, dann kann festgestellt werden, dass die Wohnzufriedenheit höher liegt als wenn dies nicht der Fall ist. Die Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten und Ärztehäusern ist vor allem für ältere Interviewpartner/-innen ausschlaggebend für die Wohnzufriedenheit.

Zudem kann festgestellt werden, dass zum Teil große Vorurteile gegenüber bestimmten Wohngebieten in Jena existieren. Dies betrifft vor allem die Plattenbaugebiete in den Stadtteilen Winzerla und Lobeda. Vorbehalte wurden vor allem von Personen geäußert, die noch nie in den entsprechenden Stadtgebieten wohnhaft waren und/oder keine Kontakte zu Personen besitzen, die dort leben. Personen mit kurzfristigen Armutserfahrungen, Personen, die erst kürzlich von außerhalb Jenas zugezogen sind und Personen, die sich in Erwerbsarmut befinden, lehnen einen Umzug in eines der entsprechenden Wohngebiete am deutlichsten ab. Hierbei werden verschiedene Gründe benannt. Zum einen werden die Gebiete als wenig attraktiv beschrieben. Zum anderen existiert die Angst vor Stigmatisierungen, die man erfahren könnte, wenn man in den entsprechenden Stadtgebieten wohnt. Demgegenüber existiert eine Gruppe von Menschen, welche diese Stadtgebiete nicht als negativ bewertet. Dazu gehören vor allem Personen, die schon seit längerer Zeit in dem entsprechenden Viertel leben und/oder ausgeprägte soziale Kontakte zu Personen innerhalb der entsprechenden Stadtteile besitzen. Ein Teil der in den Stadtgebieten wohnhaften Personen berichtet zudem darüber, dass sie ihr eigenes Wohngebiet nur noch selten verlassen. Hier lassen sich Tendenzen sozialer Segregation erkennen, die unter Umständen zur Vorurteilsbildung der Stadtgebiete beitragen.

In Zusammenhang mit der Beschreibung der eigenen Wohnsituation wurde vielfach auch das Thema Mobilität angesprochen. Dabei kann festgehalten werden, dass für die Mehrzahl der Interviewpartner/-innen kurze Wege ein wichtiges Qualitätsmerkmal für das eigene Wohnumfeld darstellen. Personen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Lage in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, heben die Bedeutung der Erreichbarkeit

<sup>255</sup> Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): S. 1.





von Einkaufsmöglichkeiten und Ärzten besonders hervor. Vielfach wurde angegeben, dass die Ticketpreise des öffentlichen Personennahverkehrs die Nutzung von Bus und Bahn verhindern. Ein Teil der Interviewpartner/-innen ist auf ein eigenes Auto angewiesen, wobei die laufenden Kosten eine spürbare zusätzliche Belastung der ökonomischen Situation darstellen.

Da die Mehrzahl der Interviewpartner/-innen sowohl positive als auch negative Aspekte bezüglich der eigenen Wohnsituation benannte, erfolgt die Kategorienbildung in diesem Abschnitt anhand der verschiedenen Faktoren, welche die Wohnsituation beeinflussen. Dabei ist anzumerken, dass Personen, die in ähnlichen Wohnverhältnissen leben, ihre Wohnsituation zum Teil sehr unterschiedlich bewerten.

#### **a) Negative Einflussfaktoren:**

Für die Beurteilung der eigenen Wohnsituation spielt das Wohnumfeld eine zentrale Rolle. Herr Koch lebt in einer Wohnung, die er zwar als klein beschreibt, mit deren Größe er jedoch insgesamt zufrieden ist. Dennoch bewertet er seine aktuelle Wohnsituation als überwiegend negativ, was er vor allem auf verschiedene Erfahrungen mit der Hausgemeinschaft zurückführt:

*„Also ich brauche ehrlich gesagt nicht viel Platz. Ich bräuchte jetzt auch nicht unbedingt eine viel größere Wohnung und das Beste an meiner Wohnung ist die Aussicht. Ich hab halt einen kompletten Blick über Jena. Ansonsten kann ich da drüber nicht viel Gutes sagen. (...) ist es ein wirklich schwieriges Umfeld. (...) Die schreien rum von Balkon zu Balkon über den ganzen Hof. (...) Da ist regelmäßig die Polizei da und räumt da irgendwelche Buden auf von denen, weil die sich auch angehen. Die schlagen sich auch da drinnen und du hörst das in der Nachbarwohnung.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Die Ursache für das konzentrierte Auftreten dieser als problematisch wahrgenommenen Haushalte führt Herr Koch auf die günstigen Mieten im Wohngebäude zurück. Er ist der Überzeugung, dass in Jena große Mietpreisunterschiede existieren, die zu einer gesellschaftlichen Spaltung in der Stadt führen. Herr Koch, der bereits mehrfach den Wohnort wechseln musste, fühlt sich dabei in eine prekäre Wohnlage „abgeschoben“:

*„Dann hast du in dem Gebäude, weil’s halt günstige Wohnungen sind, viele sozial schwierige Fälle, die auch gerne abgeschoben werden.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Insgesamt grenzt sich Herr Koch stark von seinem derzeitigen Wohnumfeld ab. Er fühlt sich diesem nicht zugehörig und möchte so schnell wie möglich wieder umziehen. Hierbei werden die Vorurteile deutlich, die er gegenüber bestimmten Wohngebieten besitzt. Einen Umzug von seinem derzeitigen Wohnstandort nach Lobeda und Winzerla lehnt er in diesem Zusammenhang kategorisch ab. Für ihn besitzen diese Wohngebiete einen schlechten Ruf und liegen zu weit außerhalb der Kernstadt.

*„Ich würde auch niemals nach Lobeda ziehen oder nach Winzerla. Also da würde ich eher aus Jena wegziehen. Das ist auch für mich nicht Jena.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Einige Interviewpartner/-innen stellen eine kontinuierliche Verschlechterung des eigenen Wohnumfeldes fest. Auch hier werden die Mieten als der entscheidende Faktor angeführt:

*„Also langsam wird es immer gruseliger. Früher wohnten eigentlich nur so Professoren und Doktoren und sowas alles hier. Also war das schon ein bisschen ein gehobenes Wohnumfeld und jetzt ziehen halt alle aus. Und wahrscheinlich weil die Mieten bisschen günstiger sind, kommen halt lauter Leute, die nicht so ordentlich sind“ Herr Fischer, 42 Jahre alt.*



Während alleinlebende Menschen mit dem zur Verfügung stehenden Wohnraum größtenteils zufrieden sind, berichten vor allem Interviewpartner/-innen mit Kindern über zu wenig Platz in der eigenen Wohnung. Häufig fehlt es an ausreichenden Rückzugsmöglichkeiten. In einigen Fällen besitzen die Kinder kein eigenes Zimmer und schlafen mit den Eltern in einem Raum. Eine größere Wohnung übersteigt dabei entweder die finanziellen Möglichkeiten oder liegt in einem Wohngebiet, in das die Interviewpartner/-innen nicht umziehen möchten. Frau Köhler stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die staatlich gewährten Unterstützungsleistungen nur für eine Wohnung in Lobeda oder Winzerla ausreichen würden:

*„Wir haben eine schöne Drei-Raum-Wohnung, aber uns fehlt ein viertes Zimmer. Also unser Sohn schläft noch bei uns im Zimmer. Gerade ist die Schlafsituation sowieso so ein bisschen schlecht. (...) Uns fehlt wirklich das vierte Zimmer! Wir wecken uns alle gegenseitig. Also die Schlafsituation, überhaupt die Wohnsituation, es wird schon eng. (...) Wir haben dann auch nur so ein kleines Schlauchbad, so typischen Altbauwohnungen. (...) Und Vier-Raum-Wohnungen in Jena-Ost sind weder großartig da, noch kann man sich die leisten. Da geht´s wieder weiter. Wir müssten wirklich, gerade in unserer jetzigen Situation, müssten wir nach Lobeda oder Winzerla ziehen und das wollen wir partout nicht. Also nie im Leben. Dann lieber bleib ich in einer kleineren Wohnung und hab´s enger, wie als wenn ich eine größere habe in einem Viertel, wo ich überhaupt nicht sein möchte. (...) jenarbeit hat mir dann beim letzten Bescheid gleich mal so eine Auflistung geschickt, welche Wohnungsgröße wir haben dürfen, wann das übernommen wird. Und da haben wir dann auch gesagt, das ist ja eigentlich echt ein Witz! (...) Also wenn man nicht in Lobeda oder Winzerla wohnt, dann kann man den Preis in Jena nicht machen.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

Interviewpartner/-innen mit langjähriger Armutserfahrung berichten von teils prekären Wohnverhältnissen. Trotz der als katastrophal beschriebenen hygienischen Zustände fiel es den entsprechenden Personen häufig schwer, eine neue Wohnung zu finden. Frau Schulze berichtet in diesem Zusammenhang von den Bedingungen, in denen sie vor ihrem Umzug lebte:

*„Das war echt kein Wohnen. Ich hatte Mäuse in der Wohnung und bei schönem Wetter war die Wohnung voller Ameisen [die Beschreibung bezieht sich nicht auf Jena, sondern auf eine Wohnung, in der Frau Schulze lebte, bevor sie nach Jena zog. Anm. des Autors.]. Und dann wurde auch festgestellt, dass das Wasser verseucht war. Wir wussten von nichts.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Älteren Interviewpartnern/ Interviewpartnerinnen fällt die Gewöhnung an eine neue Wohnumgebung besonders schwer. Herr Kramer erzählt davon, dass er nach dem Tod seiner Lebensgefährtin umziehen musste und er sich in seinem neuen Wohnumfeld nur schwer zurechtfindet. Er fühlt sich unsicher und verlässt deswegen nur ungern das Haus:

*„Ja ich musste notgedrungen umziehen, weil meine Lebensgefährtin gestorben ist. (...) Und die Gegend hier ist mir ein bisschen unsicher. Und dann unternehme ich abends nichts mehr.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Frau Müller, die ebenfalls im hohen Alter umziehen musste, berichtet über zu wenig Stellfläche im Vergleich zu ihrer alten Wohnung:

*„Wir haben ja hier kaum eine Stellfläche (...) man war es anders gewöhnt aber ich mach das Beste daraus.“ Frau Müller, 73 Jahre.*

Beide Interviewpersonen äußern trotzdem nur wenig Kritik an ihrer gegenwärtigen Wohnsituation. Während der Gespräche wurde deutlich, dass sie eine hohe Akzeptanz gegenüber den verschiedenen negativen Aspekten aufbringen. Viele der Probleme werden dabei als unveränderbar akzeptiert:



*„Im Großen und Ganzen für mich alleine geht es. (...) Ich kann es nicht ändern und bin froh dass ich mich jetzt hier eingerichtet habe. Nochmal umziehen dazu hab ich keine Lust in meinem Alter.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

In Zusammenhang mit der eigenen Wohnlage wurden zudem verschiedene Aspekte zum Thema Mobilität angesprochen. Da sich Herr Koch weder ein Auto noch eine Monatskarte bzw. einen Fahrschein für den Nahverkehr leisten kann, nutzt er hauptsächlich das Fahrrad oder läuft zu Fuß. Das fehlende Auto nimmt er dabei als große Mobilitätseinschränkung wahr:

*„Ein Auto kannst du da überhaupt nicht mehr leisten. Also, das kannst du vergessen. Man kann sich aber auch nicht ständig eine Monatskarte kaufen. Ich nutze das Fahrrad viel und wenn ich das Fahrrad jetzt im Winter nicht nehmen kann, dann überleg ich mir, ob ich überhaupt mit dem Bus fahre. Weil in einer halben Stunde bin ich auch in die Stadt gelaufen. Dafür dann zwei Euro!? Das ist ganz schön viel. (...) Also ich finde, wenn man kein Auto hat, dann ist man in unserer Gesellschaft wahrscheinlich grundsätzlich benachteiligt. Und auch hier in Jena, wo alles relativ nah beieinander ist, ist man echt benachteiligt. Jeder andere kann sich ins Auto setzen, kann schnell mal eine Matratze kaufen oder einen Schrank holen. Jetzt muss ich das wochenlang planen.“ Herr Koch, 38 Jahre.*

Herr Fischer weist zudem darauf hin, dass es aufgrund der finanziellen Lage schwierig ist, Ausflüge in andere Städte zu unternehmen:

*„Also Essen und so kriegst du alles noch auf die Reihe aber wie gesagt einfach mal irgendwo hinfahren zu wollen oder selbst nach Weimar einfach mal zu fahren oder jemanden in Erfurt zu besuchen ist schwierig. Das bedarf ja dann schon längerer Planung um zu gucken in welchem Monat hast du mal ein bisschen mehr Geld übrig“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Personen mit eingeschränkter Mobilität, die in Wohngebieten leben, die in großer räumlicher Distanz zum Stadtzentrum liegen, berichteten zudem weitaus seltener von Besuchen der Innenstadt als Interviewpartner/-innen, die Mobilitätseinschränkungen aufweisen und in zentrumsnahen Stadtgebieten wohnen. Dies trifft sowohl auf Personen zu, die aus gesundheitlichen Gründen weniger mobil sind als auch auf Personen, die sich aus finanziellen Gründen keinen Fahrschein leisten können bzw. kein Auto besitzen.

#### **b) Positive Einflussfaktoren:**

Positiv hervorgehoben werden die allgemein kurzen Wege im direkten Wohnumfeld. Besonders jüngere Befragte weisen darauf hin, dass viele Orte in Jena zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden können. Personen, die in Winzerla oder Lobeda wohnhaft sind, berichten über eine gute Erreichbarkeit von Supermärkten, Ärztehäusern und Apotheken in der direkten Wohnumgebung:

*„Wir haben Kaufland hier und zwei Apotheken“ Frau Müller, 73 Jahre.*

*„Was ich gut finde, dass ich es nicht so weit habe zu Kaufland oder zu Netto oder zur Sparkasse. Das ist für mich alles schön kurz. Und zum Arzt ist es auch nicht weit. Mehr brauche ich nicht.“ Herr Kramer, 65 Jahre.*

Frau Müller stellt zudem fest, dass sich die Attraktivität des direkten Wohnumfeldes im Vergleich zu früher verbessert hat:

*„Es hat sich gebessert. Also die geben sich große Mühe muss man sagen. Unten ist jetzt alles gemacht. Da standen ja nur Autos früher und das sah furchtbar aus“ Frau Müller, 73 Jahre.*



Jüngere Interviewpartner/-innen betonen, dass das Wohnen in einer Wohngemeinschaft in Jena einen guten Weg darstellt, um trotz eingeschränkter finanzieller Ressourcen in einer als attraktiv empfundenen Wohnumgebung leben zu können:

*„Also ich wohne in einer WG, in einer Dreier-WG. Wir haben dadurch eine relativ günstige Miete.(...) Ich bezahle dann so 200 Euro und das ist in Ordnung für das Amt. (...) Ich bin mitten in der Stadt. Also das kann man eigentlich fast nicht besser haben.“ Frau Richter, 37 Jahre.*

Es hat sich jedoch gezeigt, dass diese Möglichkeit nur von einem geringen Teil der Interviewpartner/-innen genutzt wird. In der Regel handelt es sich hierbei vor allem um Personen mit einem hohen Bildungsabschluss, die trotz ihrer prekären Lebenslage über viele soziale Kontakte im studentischen Milieu verfügen.

### 3.5 Gesundheit

Eine Studie des Robert-Koch-Instituts, welche den Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage untersucht, verweist darauf, dass Armut mit einem schlechteren allgemeinen Gesundheitszustand und gesundheitsriskantem Verhalten einhergeht, das Risiko für bestimmte Erkrankungen erhöht und die Lebenserwartung verringert.<sup>256</sup> Bei der Erklärung des Zusammenhangs von Armut und Gesundheit wird in den meisten Fällen zunächst davon ausgegangen, dass sich Armutserfahrungen negativ auf die Gesundheit auswirken. Es existieren jedoch auch Ansätze, bei denen lang andauernde Erkrankungen als mögliche Ursache für Arbeitslosigkeit und Armut analysiert werden.<sup>257</sup>

Auch wenn die vorliegenden Interviews nur einen kleinen Teil der Jenaer Bevölkerung abbilden, so kann doch bemerkenswerterweise festgestellt werden, dass sämtliche Interviewpartner/-innen über gesundheitliche Probleme berichten. Diese üben zum Teil einen großen Einfluss auf die allgemeine Lebenslage der Betroffenen aus. Dabei können verschiedene Gruppen voneinander unterschieden werden. Zum einen berichtet ein Teil der Interviewten von langwierigen gesundheitlichen Problemen, welche die Arbeitsfähigkeit und somit auch die berufliche Laufbahn negativ beeinflussen. Bei einer weiteren Gruppe sind wiederum die prekären Lebensumstände der Auslöser für gesundheitliche Probleme. Zudem äußern sich einige Interviewpartner/-innen zu ihren Suchterfahrungen, die ebenfalls entweder Auslöser oder Ergebnis prekärer Lebensumstände sein können.

#### **a) Gesundheitliche Probleme als Auslöser prekärer Lebenslagen:**

Eine Gruppe von Interviewpartner/-innen erzählt von langwierigen gesundheitlichen Problemen, die zum Teil bereits im frühen Kindesalter auftraten. Die Erkrankungen wirkten sich dabei vielfach auf den gesamten Lebenslauf aus. Insbesondere der Übergang von der Schule in eine Ausbildung/ einen Beruf war für diese Gruppe mit Schwierigkeiten verbunden. Das Beispiel von Frau Schulze verdeutlicht dabei, welchen Einfluss multiple gesundheitliche Probleme auf die gesamte Lebenslage eines Menschen besitzen können. Es werden zudem Wechselwirkungen zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage ersichtlich.

Frau Schulze erkrankte bereits in jungen Jahren an Epilepsie. Von ihrer Familie erhielt sie zu dieser Zeit nur wenig Unterstützung beim Umgang mit der Krankheit. In der Schule fiel es ihr nach eigener Aussage sehr schwer dem Unterricht zu folgen. Nach dem Abschluss der achten Klasse begann sie eine berufliche Ausbil-

<sup>256</sup> Vgl. Lampert, Thomas/ Kross, Lars Eric (2010): Armut und Gesundheit. In: Robert Koch-Institut (Hrsg): GBE kompakt 5/2010. Berlin, S. 6.

<sup>257</sup> Vgl. ebd.: S. 7 f.

derung in einem großen Lebensmittelbetrieb, welche sie jedoch aus gesundheitlichen Gründen abbrechen musste:

*„Also erst kam die Epilepsie und dann (...) seit 1990 hab ich dann die chronische Polyarthrit. (...) Ich hatte da bereits mit der Lehre angefangen aber musste sie dann aufgeben aus gesundheitlichen Gründen“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Aufgrund ihrer langjährigen Krankheitsgeschichte musste sie sich einer großen Zahl von Behandlungen unterziehen. Da diese aus ihrer Sicht nicht den erhofften Erfolg erzielten, stand sie den Therapien zunehmend skeptisch gegenüber. Ab einem gewissen Zeitpunkt verweigerte sie weitere Behandlungen und nahm auch die notwendigen Medikamente nicht mehr ein:

*„Ja, ich und Tabletten nehmen, das ist nicht mein Fall. Ich hab im Jugendalter genug nehmen müssen. Ich hab im Jugendalter genug Spritzen bekommen. Auch von 1990 dann an also irgendwo hat's mir dann gereicht. Aber mittlerweile nehme ich sie wieder.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Da ihre Rheumaerkrankung nie vollständig behandelt wurde, besteht nach Aussage von Frau Schulze keine Möglichkeit mehr zur vollständigen Genesung. Sie wird demnach den Rest ihres Lebens mit den Folgen der Krankheit und den damit einhergehenden Einschränkungen leben müssen:

*„Weil das Rheuma ist zu weit fortgeschritten. (...) Das muss im Anfangsstadium sein [für eine Behandlung. Anm. des Autors] aber ich bin ja voll mittendrin (...) Also da hilft gar nichts mehr.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Zudem redet Frau Schulze relativ offen über ihren kurzzeitigen Drogenkonsum. Sie erzählt davon, dass ihr nach dem gesundheitsbedingten Abbruch der Ausbildung die Struktur in ihrem Leben verloren ging. Durch Bekannte gelangte sie dann in Kontakt mit verschiedenen Betäubungsmitteln:

*„Ich hab ja alles genommen, ich hab Gras genommen, ich hab Shit genommen, ich hab Crystal genommen und bei Crystal wissen wir ja, was das verursacht. Ich hab Koka genommen aber ich bin Gott sei Dank clean jetzt.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Nachdem sie ihre Wohnung verlor und das Jugendamt eine Prüfung wegen des Verdachts auf Kindeswohlgefährdung einleitete, wurde ihr klar, dass sie ihr Leben ändern muss. Sie absolvierte einen Entzug und baute sich eine neue Existenz in Jena auf. Es gelang ihr jedoch nicht, wieder in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis einzutreten.

Es muss zudem festgestellt werden, dass die Kinder von Frau Schulze ebenfalls bereits umfassende gesundheitliche Probleme besitzen:

*„Meine Tochter hat ein Loch in der Herzscheidewand gehabt und meine andere Tochter hat auch ein Loch in der Herzscheidewand. (...) die Dreizehnjährige hat auch eine Störung bekommen. Die ist jetzt auch Epileptikerin und da haben wir auch Arzttermine wahrzunehmen wegen ihrer Epilepsie.“ Frau Schulze, 42 Jahre.*

Ob die Erkrankungen der Kinder in einem direkten Zusammenhang mit der sozialen Lage der Familie stehen, kann hierbei nicht abschließend geklärt werden. Das gehäufte Auftreten der gesundheitlichen Probleme kann jedoch als Hinweis darauf gesehen werden. Der Lebensverlauf von Frau Schulze verdeutlicht hierbei die Wichtigkeit von frühzeitigen Maßnahmen zur Gesundheitsprävention bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien.



Die Ausführungen von Herrn Fischer veranschaulichen den Einfluss chronischer Erkrankungen auf die allgemeine Lebenslage und die berufliche Situation. Im Gegensatz zu Frau Schulze traten die gesundheitlichen Probleme bei Herrn Fischer jedoch erst in einer relativ späten Lebensphase auf. Er erreichte kurz nach der Wende über den zweiten Bildungsweg die Fachhochschulreife, absolvierte ein Studium im Bereich Betriebswirtschaft und arbeitete danach als Filialassistent im Einzelhandel. Nach einigen Jahren musste die Firma jedoch Insolvenz anmelden und Herr Fischer verlor seinen Arbeitsplatz. Zur gleichen Zeit traten im Zuge eines Bandscheibenvorfalles die ersten gesundheitlichen Probleme auf. Diese waren so schwerwiegend, dass es für Herrn Fischer nach eigener Aussage nicht möglich war, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die medizinischen Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsminderung wurden von ärztlicher Seite jedoch erst einige Jahre später festgestellt. Herr Fischer war somit zunächst auf den Bezug von Arbeitslosengeld angewiesen:

*„Und 2010 war halt dann der richtige Job weg mit dem guten Geld. Dann gab’s halt ALG I. Das ging ja eigentlich auch noch so einigermaßen und dann kam der zweite Schock, wo du auf ALG II runter bist und dann kam ja gleich dieses Hartz IV Zeug dazu. Das war dann der zweite Abstieg sozusagen. (...) Das war ja totaler Horror, wo du dann echt alles offen legen musstest, vom Mietvertrag über Kontoauszüge.“ Herr Fischer, 42 Jahre.*

Den Arbeitsplatzverlust und die anschließende Abhängigkeit von Sozialleistungen nahm Herr Fischer als schweren sozialen Abstieg wahr. Das Auftreten gesundheitlicher Einschränkungen verstärkte die Auswirkungen der prekären Lebenslage dabei zusätzlich. So war es ihm nicht mehr möglich, in seinem Fachbereich zu arbeiten. Durch den langwierigen Prozess der Anerkennung seiner Erwerbsunfähigkeit geriet er in einen Zustand andauernder Resignation. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes verlor er einen Großteil seiner sozialen Kontakte und aufgrund der eingeschränkten Mobilität zog er sich immer weiter aus dem sozialen Leben zurück.

Die älteren Interviewpartner/-innen (ab 65 Jahre) weisen aufgrund langanhaltender gesundheitlicher Probleme in jüngeren Lebensjahren unterbrochene Erwerbsbiografien auf. Da die Rente nicht zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht, sind sie auf Grundsicherungsleistungen angewiesen. Die gesundheitlichen Probleme verstärkten sich im Alter dabei zunehmend. Da die sozialen Teilhabemöglichkeiten schon frühzeitig eingeschränkt waren und auch nur wenige Bekanntschaften bzw. Freundschaften über die Berufsarbeit aufgebaut werden konnten, verfügen die Interviewpartner/-innen nur über wenige soziale Kontakte. Frau Müller berichtet zudem darüber, dass es ihr aufgrund ihrer gesundheitlichen Lage nie möglich gewesen war, eine eigene Familie zu gründen. Zur Bewältigung ihrer gesundheitlichen Probleme besitzt sie somit keinen familiären Rückhalt.

Es wird deutlich, dass vor allem die älteren Interviewpartner/-innen bei dem Umgang mit ihren gesundheitlichen Problemen und den damit einhergehenden prekären Lebensbedingungen fast vollständig auf institutionelle Hilfe angewiesen sind. Bei den Gesprächen bestätigte sich, dass langanhaltende gesundheitliche Probleme im Erwerbsalter das Risiko für Altersarmut erhöhen.

### **c) Prekäre Lebenslagen als Auslöser gesundheitlicher Probleme:**

Bei einer weiteren Gruppe von Interviewpartner/-innen können prekäre Arbeitsbedingungen als Ursache für das Auftreten gesundheitlicher Probleme identifiziert werden. Bei unseren Befragten betrifft dies zum einen Personen, die im Zuge ihrer beruflichen Tätigkeit, trotz hoher Arbeitsbelastung, nur über ein geringes Einkommen verfügen und aufgrund dessen einem ständigen psychischen Druck ausgesetzt sind:

*„Also ich bin momentan selbstständig, hatte aber einen Burnout letztes Jahr.“ Frau Richter, 37 Jahre.*



Die Erzählungen von Frau Köhler veranschaulichen dabei, wie prekäre Arbeitsbedingungen das allgemeine Gesundheitsverhalten beeinflussen können. So berichtet sie darüber, dass sie erst bei starken gesundheitlichen Problemen einen Arzt aufsuchte. Sie ging krank zur Arbeit, da sie keine Angestellten besaß, welche den Ausfall hätten kompensieren können. Selbst in der späten Phase ihrer Schwangerschaft setzte sie die selbstständige Erwerbsarbeit fort. Erst als mögliche Komplikationen auftraten, verringerte sie ihre Arbeitszeiten:

*„Ja, und wenn ich krank war, war ich krank! Da bin ich auch total verschnupft und mit Angina (...) auf Arbeit. Wenn ich mir den Arm gebrochen hätte, ich hätte gar nicht gewusst, was ich machen soll. Ich war auch relativ lange in der Schwangerschaft noch arbeiten bis es dann gar nicht mehr ging. Ich hab dann irgendwann nicht mehr hinter meine Liege gepasst. Ich konnte nicht mehr lange sitzen. Und dann ist das bei mir auch nicht wie bei einem Angestellten. Beschäftigungsverbot gab's bei mir nicht. (...) Es hieß dann ja auch bei mir in der Schwangerschaft, dass es vielleicht einen Verdacht auf einen Herzfehler bei dem Kind gibt.“ Frau Köhler, 29 Jahre.*

## 4 Zusammenfassung

In Ergänzung zu dem quantitativen Berichtsteil verdeutlicht die Auswertung der qualitativen Interviews, dass sowohl die Ursachen für als auch die Erscheinungsformen sowie Folgen von Armut sehr vielfältig sind. So kann festgestellt werden, dass Armut nur selten durch einzelne Faktoren ausgelöst wird und prekäre Lebenslagen in komplexen Zusammenhängen zwischen verschiedenen Einfluss- und Wirkungsfaktoren bestehen. Als entscheidende Faktoren werden u. a. Entlassungen, Betriebsschließungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unsichere selbstständige Tätigkeiten, Verschuldungslagen, gesundheitliche Einschränkungen sowie Suchterfahrungen und private Schicksalsschläge benannt. Häufig besitzt der Weg in die Armut einen prozesshaften Charakter. Dabei treten zunächst einzelne Einschränkungen auf, die sich dann zu einer multiplen Problemlage weiterentwickeln.

Im Zuge der Gespräche wurde deutlich, dass der Mangel an finanziellen Ressourcen dazu führt, dass ständig Abwägungen bezüglich der allgemeinen Ausgaben getroffen werden müssen. So berichtet ein Gesprächspartner darüber, dass er sich gelegentlich beim Kauf von Lebensmitteln einschränkt, um sich auch einmal hochwertige Kleidung leisten zu können. In einem anderen Fall arrangierte sich eine Familie mit beengten Wohnverhältnissen, um nicht in einen Stadtteil umziehen zu müssen, der als weniger attraktiv erachtet wird. Der ständige Zwang zur Entscheidungsfindung wird von den meisten Interviewpartner/-innen als große Belastung wahrgenommen. Ein Aspekt, der bei allen Interviews zur Sprache kam, war das Vorhandensein gesundheitlicher Probleme. Diese treten sowohl in physischer als auch psychischer Hinsicht auf. Dabei können die gesundheitlichen Einschränkungen sowohl die Ursache für Armut bilden als auch eine Folge von Armut sein. Die Interviews zeigen zudem sehr deutlich, dass Armut in vielen Fällen mit einem Verlust sozialer Teilhabe einhergeht. Vor allem der Verlust des Arbeitsplatzes führt zu einem Rückgang sozialer Kontakte. Die soziale Isolation zu überwinden stellt dabei für die meisten Interviewpartner/-innen eine große Herausforderung dar. Die eingeschränkten finanziellen Ressourcen verhindern zudem vielfach die Nutzung kultureller Angebote, wodurch sich die Ausgrenzung weiter verstärkt. Das Thema Mobilität spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine tragende Rolle. So gab ein Großteil der Interviewpartner/-innen an, sich kein Ticket für den ÖPNV leisten zu können.

Die Erzählungen der Interviewpartner/-innen bringen zum Ausdruck, dass die Lebensverläufe armer bzw. armutsgefährdeter Personen keinem festgelegten Schema folgen, sondern aufgrund biografischer Ereignisse stark variieren können. Dabei kann festgehalten werden, dass negative Einflussfaktoren vor allem dann eine große Wirkung entfalten, wenn sie an bestimmten Übergängen bzw. Schnittstellen im Lebenslauf auftreten. Dies gilt insbesondere für Bildungsübergänge bzw. Übergänge in Ausbildung und Beruf. Dabei hat



sich gezeigt, dass auch gut qualifizierte Menschen aufgrund von Brüchen im Lebenslauf in Armutslagen geraten können.

Die Forschung weist darauf hin, dass sich in Deutschland vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich die soziale Exklusion über Generationen hinweg fortsetzt. Dabei wird häufig von einer „sozialen Vererbung“ des sozioökonomischen Status gesprochen.<sup>258</sup> Diese Weitergabe des sozioökonomischen Status an die nächste Generation kann zwar auch anhand der vorliegenden Interviews identifiziert werden, jedoch hat sich gezeigt, dass frühzeitige institutionelle Hilfen (z. B. durch eine Sozialpädagogische Familienhilfe) einen Beitrag dazu leisten können, den Kreislauf familiärer Armut zu durchbrechen.

Die institutionellen Unterstützungsleistungen werden von den Interviewpartner/-innen zum Teil sehr unterschiedlich bewertet. Einige Personen sehen in den Maßnahmen ein strukturgebendes Element für den Alltag und nehmen sie als Chance für eine erneute Integration in den Arbeitsmarkt wahr. Andere Gesprächspartner/-innen empfinden die Maßnahmen eher als Zwang und wenig passend für die eigenen Bedürfnisse. Auch wenn bei einigen Interviews eine starke Resignation bezüglich der gegenwärtigen Lebenslage zum Ausdruck kommt, so verfallen doch nur wenige Interviewpartner/-innen in absolute Passivität. Trotz negativer Selbstwirksamkeitserfahrungen kam vielfach der Wille zum Ausdruck, die momentane Lebenssituation unter allen Umständen verbessern zu wollen, auch wenn die Erfahrungen der Befragten gezeigt haben, dass es sich hierbei unter Umständen um einen langwierigen Prozess handeln kann, der einer gezielten und passgenauen Unterstützung bedarf.

<sup>258</sup> Vgl. Schütte, Johannes D. (2013): Armut wird „sozial vererbt“. Status Quo und Reformbedarf der Inklusionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 5.



# Anhang

**Abkürzungsverzeichnis**

**Abbildungsverzeichnis**

**Tabellenverzeichnis**

**Literaturverzeichnis**

## Abkürzungsverzeichnis

AslybLG	Asylbewerberleistungsgesetz
BAföG	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BG	Bedarfsgemeinschaft
ELB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
ESF	Europäischer Sozialfonds
GFMK	Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder
GG	Grundgesetz
HZE	Hilfen zur Erziehung
InsO	Insolvenzordnung
KdU	Kosten der Unterkunft und Heizung
NEF	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB II	Zweites Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende)
SGB III	Drittes Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
SGB VIII	Achtes Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe)
SGB XII	Zwölftes Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe)
TLS	Thüringer Landesamt für Statistik
THILIK	Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kom- munen
ThürFlüVertVO	Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung
ThürKitaG	Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz
ThürKJHAG	Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz
ThürWoFG	Thüringer Wohnraumförderungsgesetz
TMASGFF	Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
umA	unbegleitete minderjährige Ausländer

## Abbildungsverzeichnis

Abb. A.1:	Armutdefinitionen	16
Abb. A.2:	Basiskarte nach Planungsräumen, Jahr: 2017	25
Abb. B.1:	Bevölkerungsentwicklung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.	28
Abb. B.2:	Entwicklung der männlichen und weiblichen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.	29
Abb. B.3:	Bevölkerungsentwicklung in Jena nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag: jeweils 31.12.	30
Abb. B.4:	Geburten und Sterbefälle in Jena, Saldo der Geburten minus Sterbefälle, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	30
Abb. B.5:	Saldo der Geburten und Sterbefälle nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	31
Abb. B.6:	Außenwanderung von und nach Jena, Saldo Außenwanderung (Anzahl der Zuzüge nach Jena minus Anzahl der Fortzüge aus Jena), Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	32
Abb. B.7:	Saldo Außenwanderung nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	32
Abb. B.8:	Saldo Binnenwanderung nach Planungsräumen, Jahre: 2013 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	33
Abb. B.9:	Jugend- und Altenquotient nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	34
Abb. B.10:	Verteilung ausgewählter Altersgruppen in Jena, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	34
Abb. B.11:	Bevölkerungspyramide für die Stadt Jena für das Jahr 2016 und Prognose für das Jahr 2030, Stichtag: 31.12.2016	35
Abb. B.12:	Bevölkerungsdichte kreisfreier Städte in Thüringen im Vergleich, Jahr: 2015, Stichtag: 31.12.	36
Abb. B.13:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	37
Abb. B.14:	Entwicklung der männlichen und weiblichen ausländischen Bevölkerung in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	38
Abb. B.15:	Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Altersgruppen in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	39
Abb. B.16:	Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	41
Abb. B.17:	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	42
Abb. B.18:	Anzahl der Haushalte in Jena nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	45

Abb. B.19:	Anteil der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	46
Abb. B.20:	Anteil der Haushalte von Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern nach Planungsräumen, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	46
Abb. B.21:	Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Frauen an allen Haushalten von Alleinerziehenden, Jahre: 2011 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	47
Abb. B.22:	Verteilung der alleinerziehenden Frauen nach Anzahl der Kinder nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	48
Abb. B.23:	Anzahl der von Alleinerziehenden betreuten Kinder im zeitlichen Verlauf nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	49
Abb. B.24:	Verteilung der Einpersonenhaushalte in Jena nach Altersgruppen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	50
Abb. B.25:	Entwicklung der Einpersonenhaushalte mit Personen im Alter ab 60 Jahren nach Planungsräumen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	51
Abb. C.1:	Anzahl der arbeitslosen Personen mit Leistungsbezug (SGB II und SGB III) in Jena, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	57
Abb. C.2:	Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter des jeweiligen Planungsraums, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	60
Abb. C.3:	Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren an allen Personen der Altersgruppe des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	61
Abb. C.4:	Anteil der arbeitslosen Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren an allen Personen der Altersgruppe des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	62
Abb. C.5:	Anteil der arbeitslosen ausländischen Personen an allen ausländischen Personen des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	62
Abb. C.6:	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen des Planungsraums, Jahre: 2012 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	64
Abb. C.7:	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter des Planungsraums, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	65
Abb. C.8:	Anteil der Arbeitslosen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter nach statistischen Bezirken in Prozent, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	66
Abb. C.9:	SGB II-Quote an unter 65-Jährigen Einwohnern und Einwohnerinnen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	68
Abb. C.10:	Struktur der Leistungsbezieher/-innen nach dem SGB II (schematische Darstellung)	69
Abb. C.11:	Verteilung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) in Jena, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	70

Abb. C.12:	Entwicklung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	70
Abb. C.13:	Verteilung der erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II) nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	71
Abb. C.14:	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach verschiedenen Altersgruppen, Jahre: 2011 bis 2017, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	72
Abb. C.15:	Anteil der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (NEF) nach dem SGB II im Alter von unter 15 Jahren an allen Personen der Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2017, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte.	73
Abb. C.16:	Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (SGB II), Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	74
Abb. C.17:	Verteilung der arbeitslosen und nicht arbeitslosen Leistungsberechtigten (SGB II) nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	75
Abb. C.18:	Nicht arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Art der Beschäftigung in Jena, Jahr: 2016, Stichtag: Jahresdurchschnittswerte	76
Abb. C.19:	Alleinerziehenden ELB in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	81
Abb. C.20:	Alleinerziehende ELB nach Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	81
Abb. C.21:	Kinder unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	84
Abb. C.22:	Anzahl der Leistungsempfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII), Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	85
Abb. C.23:	Leistungsempfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII) je 1.000 Einwohner/-innen der entsprechenden Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	86
Abb. C.24:	Anzahl der Leistungsempfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII), Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	87
Abb. C.25:	Leistungsempfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) je 1.000 Einwohner/-innen der entsprechenden Altersgruppe, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	87
Abb. C.26:	Haushalte mit Wohngeld, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	89

Abb. C.27:	Personen mit einem Antrag auf einen Tafelpass nach Herkunftsland, Zeitraum: Januar 2015 bis Mai 2017	91
Abb. C.28:	Der Prozess von der Verschuldung in die Überschuldung (schematische Darstellung)	94
Abb. C.29:	Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Geschlecht, Jahre: 2011 bis 2016, Jahresstatistik	98
Abb. C.30:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Altersgruppen, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	98
Abb. C.31:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Familienstand, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	99
Abb. C.32:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Anzahl der Gläubiger, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	100
Abb. C.33:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Höhe der Gesamtverschuldung in 1.000 Euro, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	101
Abb. C.34:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Anzahl der Kinder, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	101
Abb. C.35:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Grund der Verschuldung, Jahre 2014 und 2016, Jahresstatistik	103
Abb. C.36:	Verteilung der Beratungsfälle in der Schuldnerberatung nach Einkommensart, Jahre: 2014 bis 2016, Jahresstatistik	103
Abb. C.37:	Verteilung der langfristigen Beratungen in der Schuldnerberatung nach Wohnort, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	104
Abb. D.1:	Entwicklung belegungsgebundener Wohnungen in Jena mit Prognose, Jahre 2011 bis 2017 mit Prognose bis 2033, Stichtag jeweils: 31.12.	112
Abb. D.2:	Verteilung der Bestandsmieten bei abgeschlossenen Mietverträgen vor 2016 und Neuverträgen	114
Abb. E.1:	Anteil der Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) an allen Personen im Alter von 0 bis unter 21 Jahren im jeweiligen Planungsraum, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	122
Abb. E.2:	Anzahl der Fälle im Bereich Hilfen zur Erziehung (SGB VIII), Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	122
Abb. E.3:	Organisationsstruktur Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit 2017/18 in Jena (schematische Darstellung)	123
Abb. F.1:	In Kita/Tagespflege betreute Kinder in Jena im Vergleich zu allen Kindern der Altersklasse 0 bis 6,5 Jahre, Kitajahre: 2011/12 bis 2015/16, Stichtag jeweils: Durchschnittswerte des Kitajahres	131
Abb. F.2:	Nutzungsquote im Bereich Kita/Tagespflege für ausgewählte Altersgruppen, Kitajahre: 2011/12 bis 2015/16, Stichtag jeweils: Durchschnittswerte des Kitajahres	132

Abb. F.3:	Kapazität und Bedarf an Betreuungsplätzen im Bereich Kita/Tagespflege für die Altersgruppe 0 bis 6,5 Jahre, Jahr: 2017, Stichtag: 31.12.	133
Abb. F.4:	Anteil der Klassenwiederholer/-innen nach Geschlecht in Jena, Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17	136
Abb. F.5:	Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen in Jena (männlich), Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17	137
Abb. F.6:	Absolventinnen und Abgängerinnen aus allgemeinbildenden Schulen in Jena (weiblich), Schuljahre: 2011/12 bis 2016/17	137
Abb. G.1:	Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Schuleingangsuntersuchung nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgänge: 2014/15 bis 2016/17	143
Abb. G.2:	Anzahl der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgang: 2016/17	145
Abb. G.3:	Anteil der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgang: 2016/17	145
Abb. G.4:	Anteil der Befunde in der Schuleingangsuntersuchung nach ausgewählten Merkmalen, Einschulungsjahrgänge: 2012/13 bis 2016/17	147
Abb. G.5:	Anteil der Befunde in den Bereichen „Feinmotorik“, „Grobmotorik“ und „Visuomotorik“ nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgang: 2016/17	148
Abb. G.6:	Verteilung des Behandlungsstatus im Bereich „expressive Sprache“ an allen Befunden nach Planungsräumen, Einschulungsjahrgang 2016/17	149
Abb. G.7:	Anteil der einzuschulenden Kinder, die an den kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen haben, Einschulungsjahrgang 2016/17	150

## Tabellenverzeichnis

Tab. A.1:	Armutgefährdungsschwellen in Thüringen und Deutschland in Euro nach Haushaltstyp	18
Tab. A.2:	Armutgefährdungsquoten in Thüringen nach soziodemographischen Merkmalen in Prozent – gemessen am Landesmedian	19
Tab. A.3:	Dimensionen von Armut	22
Tab. B.1:	Anzahl der Ausländer/-innen in Jena nach ihrem Aufenthaltstitel, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	40
Tab. C.1:	Anzahl und Verteilung der arbeitslosen Personen in Jena nach verschiedenen Merkmalen, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	58
Tab. C.2:	Arbeitslosenquoten in Jena und Thüringen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen nach verschiedenen Merkmalen in Prozent, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	59
Tab. C.3:	Erwerbstätige Leistungsberechtigte mit Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	77
Tab. C.4:	Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Jena nach Bildungsabschluss, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	78
Tab. C.5:	Arbeitsuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Jena nach Ausbildungsabschluss, Jahre 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: Jahresdurchschnittswerte	79
Tab. C.6:	Anzahl und Anteil der Bedarfsgemeinschaften in Jena nach verschiedenen Merkmalen und Planungsräumen, Jahr: 2016, Stichtag: 31.12.	83
Tab. C.7:	Anzahl der Hilfeempfänger bei der Jenaer Tafel e. V., Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	90
Tab. C.8:	Anzahl der Personen auf einem Wartelistenplatz bei der Jenaer Tafel e. V., Jahre: 2015 und 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	91
Tab. C.9:	Schuldner/-innenquote der Thüringer Kreise und kreisfreien Städte, Jahre: 2011 bis 2017, Auszug aus dem SchuldnerAtlas Deutschland 2017	95
Tab. C.10:	Beratungsfälle und Beratungsgespräche in der Schuldnerberatung, Jahre: 2011 bis 2016, Jahresstatistik	97
Tab. D.1:	Entwicklung des Wohnungsbestandes in Jena, Jahre: 2011 bis 2016, Stichtag jeweils: 31.12.	111
Tab. F.1:	Anzahl der Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen nach Schulart in Jena, Schuljahre 2011/12 bis 2016/17	134



Tab. G.1: Anzahl der regulären Einzuschulenden in der  
Schuleingangsuntersuchung, Einschulungsjahrgänge: 2012/13 bis  
2016/17

143

## Literaturverzeichnis

- Bednarek-Gilland, Antje (2015): Fragiler Alltag. Studie zu den Fähigkeiten langzeitarbeitsloser Menschen. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut EKD.
- Berkemeyer, Nils/ Berkemeyer, Jana/ Bos, Wilfried/ Hillebrand, Annika/ Kopp, Katharina/ Manitus, Veronika (2015): Das Thüringer Bildungssystem im Spiegel zentraler Indikatoren. Münster: Waxmann.
- Böhnke, Petra (2002): Armut und soziale Ausgrenzung im europäischen Kontext. Politische Ziele, Konzepte und vergleichende empirische Analysen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 29-30/2002).
- Braun, Reiner/ Thomschke, Lorenz (2017): Altersarmut – Heute und in der Zukunft. Berlin: Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH.
- Breckner, Ingrid (1995): Wohnungsarmut als Aspekt der Lebenslage. Empirische Befunde und Schlussfolgerungen für die Konzeptualisierung von Armut als Lebenslage. In: Bieback, Karl-Jürgen/ Milz, Helga (Hrsg.): Neue Armut. New York/ Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 260-283.
- Bundesagentur für Arbeit (2013): Kennzahlensteckbrief Zugangsrate nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte. [https://statistik.arbeitsagentur.de/nn\\_4236/Statischer-Content/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Zugangsrate-nicht-erwerbsfaehige-Leistungsberechtigte.html](https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statischer-Content/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Zugangsrate-nicht-erwerbsfaehige-Leistungsberechtigte.html) (Zugegriffen: 20. November 2017).
- Bundesagentur für Arbeit (2017): Bedarfsgemeinschaften. <https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/BuergerinnenUndBueger/Arbeitslosigkeit/Grundsicherung/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI495385> (Zugegriffen: 02. Dezember 2017).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 a). Arbeitslosengeld. <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitslosengeld/arbeitslosengeld.html> (Zugegriffen: 26. Oktober 2017).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 b): Sozialhilfe. <http://www.bmas.de/DE/Themen/SozialeSicherheit/Sozialhilfe/sozialhilfeart.html;jsessionid=A134C DFA0B19764E18D0AD2DFEEA7B6A>. (Zugegriffen: 04. Dezember 2017).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017 c): Überschuldung. <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/ueberschuldung/ueberschuldung.html> (Zugegriffen: 14.05.2018).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Mit guter Kinderbetreuung gegen Kinderarmut. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/mit-guter-kinderbetreuung-gegen-kinderarmut/117064> (Zugegriffen: 29. Juni 2017).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Bevölkerung mit Migrationshintergrund I. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>. (Zugegriffen: 01. Juni 2017).
- Brettschneider, Antonio/ Klammer, Ute (2016): Lebenswege in die Altersarmut. Biografische Analysen und sozialpolitische Perspektiven. Sozialpolitische Schriften (Band 94). Berlin: Duncker und Humblot.

- Bruhns-Philipps, Elke/ Hespe-Jungesblut, Katharina/ Jahn, Nicola/ Zühlke, Christel (2013): Kindergesundheit im Einschulungsalter. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2012. Gesundheitsberichterstattung für Niedersachsen. Hannover: Niedersächsisches Landesgesundheitsamt.
- Creditreform (2017): SchuldnerAtlas Deutschland.  
<https://www.creditreform.de/aktuelles/wirtschaftsforschung/schuldneratlas-deutschland.html> (Zugegriffen: 14.05.2018).
- Cremer, Georg (2016): Armut in Deutschland. München: Verlag C.H.Beck.
- Destatis - Statistisches Bundesamt (2017): Erwerbstätigenquote.  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/Begriffe/Erwerbstaetigenquoten.html> (Zugegriffen: 06. Juli 2017).
- Deutscher Bundestag (2017): Lebenslagen in Deutschland – Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht. BT Drs. 18/11980.
- Dietz, Martin/ Müller, Gerrit/ Trappmann, Mark (2009): Bedarfsgemeinschaften im SGB II. Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. In: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analysen und Kommentare aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bielefeld: Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit.
- Fischer, Jörg/ Merten, Roland/ Römer, Robert (2009): Bildungsförderung und Armutsprävention in Jena. Studie zur politischen Steuerung von pädagogischen Bedarfen auf kommunaler Ebene. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Fischer, Jörg (2010): Lokale Bildungslandschaft. Stadtteilspezifische Strategie für den Aufbau einer vernetzten Bildungskoooperation in Jena. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Fischer, Jörg (2011): Wege aus der Kinderarmut. Orientierungsrahmen für Armutsprävention und Bildungsförderung auf lokaler Ebene. Studie im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Fischer, Jörg/ Huth, Christoph/ Römer Robert (2013): Qualitätsgerechte Entwicklung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen. Ergebnisbericht zur Studie. Erfurt: Fachhochschule Erfurt.
- Füssenhäuser, Cornelia (2006): Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit. In: Dollinger, Bernd/ Raithel, Jürgen (Hrsg.): Aktivierende Sozialpädagogik. Ein kritisches Glossar. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 127-144.
- Gaedicke, Tamara (2010): Von der Verschuldung in die Überschuldung. Situation und mögliche Bewältigungsstrategien für private Haushalte in Deutschland. In: Schütt, Henrik (Hrsg.): Deutsches Institut für Bankwirtschaft. Schriftenreihe. Band 4 (06/2010). Berlin: Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.
- Gerull, Susanne (2014): Armut und Benachteiligung im Lebensbereich Wohnen. Zweiter Fachtag Armutsbekämpfung. Karlsruhe: ASH Berlin.
- Groh-Samberg, Olaf/ Voges, Wolfgang (2012): Armut und soziale Ausgrenzung. In: Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 58-79.
- Groos, Thomas/ Jehles, Nora (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Hamburger, Franz/ Kuhlemann, Astrid/ Walbrühl, Ulrich (2004): Wirksamkeit von Schuldnerberatung. Expertise erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern. Überschuldung privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (19/2004).
- Hanf, Thomas et al. (2009): Überschuldung privater Haushalte in Friedrichshain/Kreuzberg. Berlin: Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin – Brandenburg e. V.
- Hock, Beate/ Holz, Gerda/ Kopplow, Marlies (2014): Kinder in Armutslagen. Grundlagen für armutssensibles Handeln in der Kindertagesbetreuung. München: Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. WIFF Expertisen, Band 38.
- Holz, Gerda (2008): Kinderarmut – Eine komplexe Herausforderung für staatliches Handeln. In: WSI Mitteilungen 3/2008, S. 145-150.
- Holz, Gerda (2010): Frühe Armutserfahrungen und ihre Folgen – Kinderarmut im Vorschulalter. In: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung soziale Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften., S. 88-109.
- Holz, Gerda (2011): Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie „Kinderarmut“. Frankfurt am Main: ISS Gemeinnütziger e. V.
- Horch, Kerstin (2008): Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Bericht für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen. Berlin: Robert-Koch-Institut.
- Hradil, Stefan (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jahoda, Marie/ Lazarsfeld, Paul F./ Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Kampshoff, Marita (2010): Armutsprävention im Bildungsbereich – Ansatzpunkte für Chancengleichheit. In: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung soziale Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 218-236.
- Klärner, Andreas/ Knabe, André/ Land, Rainer/ Berger, Peter A. (2015): Gesichter der Armut in der Stadt und im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns – Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojekts. In: Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aspekte der Armut in Mecklenburg-Vorpommern. Forschungsbericht im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: AWO, S. 25-90.
- Korcak, Dieter (2001): Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Stuttgart: Kohlhammer.
- Krack-Roberg, Elle/ Rübenach, Stefan/ Sommer, Bettina/ Weinmann, Julia (2016): Familie, Lebensformen und Kinder. Auszug aus dem Datenreport 2016. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Kraus, Björn (2006): Lebenswelt und Lebensweltorientierung – eine begriffliche Revision als Angebot an eine systemisch-konstruktivistische Sozialarbeitswissenschaft. In:

- Kontext. Zeitschrift für Systemische Therapie und Familientherapie. Bd. 37, Heft 02/06. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht, S. 116-129.
- Kronauer, Martin (2000): Armut, Ausgrenzung, Unterklasse. In: Häussermann, Hartmut (Hrsg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-27.
- Krüger, Heinz-Hermann (2006): Forschungsmethoden in der Kindheitsforschung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung. Heft 01/06. Stuttgart: Verlag Barbara Budrich, S. 91-115.
- Kuhn, Andrea/ Altgeld, Thomas (2017): Nationales Gesundheitsziel. Gesundheit rund um die Geburt. Berlin: Bundesministerium für Gesundheit.
- Lakemann, Ulrich (2009): Sozialbericht für die Stadt Jena. Jena: Fachhochschule Jena.
- Lampert, Thomas/ Kross, Lars Eric (2010): Armut und Gesundheit. In: Robert Koch-Institut (Hrsg.): GBE kompakt 5/2010. Berlin.
- Lamnek, Siegfried/ Krell, Claudia (2016): Qualitative Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V.: Gesund aufwachsen. <https://www.lgk-thueringen.de/gesundheitsziele/gesund-aufwachsen/> (Zugegriffen: 23.07.2018).
- Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2017): Bestandsanalyse zur Armutsgefährdung im Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Überblick anhand von Handlungsfeldern und Lebenslagen und Ausblick auf die Strategieentwicklung zur Armutsprävention.
- Laubstein, Claudia/ Holz, Gerda/ Sedding, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Lehmkuhler, Stephanie/ Leonhäuser, Ingrid-Ute (1998): Armut und Ernährung: Eine qualitative Studie über das Ernährungsverhalten von ausgewählten Familien mit niedrigem Einkommen. In: Spiegel der Forschung 15, Nr. 2. Giessen: Universität Giessen, S. 74-82.
- Leisinger, Lutz/ Buhr, Petra (2012): Dynamik von Armut. In: Huster, Ernst-Ulrich/ Boeckh, Jürgen/ Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 148-163.
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. (2010): Qualitätsstandards in der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in Thüringen. Freistaat Thüringen: Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.
- Lindner, Werner (2008): Neue Netze der Verantwortung für Bildung und Lebensbewältigung. Konzeption für das integrative Zusammenwirken von Erzieherischen Hilfen, Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendarbeit und Schule in Jena-Lobeda und Jena-Winzerla. Jena: Fachhochschule Jena.
- Mayring, Philipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research, 1(2), Art. 20.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Bildung und Armut. Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 2/08. Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse. Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Neske, Mathias (2017): Volljährige Asylantragssteller in Deutschland im Jahr 2016. Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): BAMF-Kurzanalyse. Ausgabe 2/2017 der Kurzanalyse des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S. 1-13.
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2017): Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen. Statistikteil Bericht 2017. Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.
- Organisationsberatungsinstitut Thüringen (2017): Jenaer Kinder- und Jugendstudie 2017.
- Oschmiansky, Frank/ Obermeier, Tim (2014): Minijobs/ geringfügige Beschäftigung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Arbeitsmarktpolitik. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55335/minijobs-geringfuegige-beschaeftigung?p=all> (Zugegriffen: 02.12.2017).
- Pimminger Irene (2016): Armut und Armutsrisiken von Frauen und Männern. Ein Update. Berlin: Agentur für Querschnittsziele im ESF, S. 13.
- Prüßmann, Christiane/ Stindt, Daniela/ Brunke, Jana/ Klinkhammer, Ursula/ Thyen, Ute (2016): Frühe Hilfen in der Geburtshilfe erkennen und kommunizieren. Eine qualitative Studie über Erfahrungen von Eltern. In: Bundesgesundheitsblatt 59. Heidelberg: Springer-Verlag Berlin, S. 1292-1299.
- Reiter, Gerhard (1991): Kritische Lebensereignisse und Verschuldungskarrieren von Verbrauchern. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneider, Ulrich/ Stilling, Gwendolyn/ Woltering, Christian (2017): Zur regionalen Entwicklung der Armut – Ergebnisse nach dem Mikrozensus 2015. In: Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.): Menschenwürde ist Menschenrecht. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017. Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, S. 5-22.
- Schubert, Ingrid/ Horch, Kerstin (2004): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Schütte, Johannes D. (2013): Armut wird „sozial vererbt“. Status Quo und Reformbedarf der Inklusionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sozialreferat der Landeshauptstadt München (2012): Münchner Armutsbericht 2011.
- Stadt Leipzig (2009): Leipziger Lebenslagenreport 2009.
- Stadt Jena (2012): Beschluss des Stadtrates Nr. 12/1522-BV vom 14.03.2012. Leitbild „Jena – familienfreundliche Stadt“. In: Amtsblatt der Stadt Jena 23:96.
- Stadt Jena (2015 a): Gutachten über die Wirksamkeit der Wohnungsmarktinstrumente.
- Stadt Jena (2015 b): Beschluss des Jenaer Stadtrates Nr. 15/0370-BV vom 21.10.2015. Wohnen in Jena 2030. In: Amtsblatt der Stadt Jena 26:374.
- Stadt Jena (2016 a): Wohnbauflächenbericht der Stadt Jena 2016. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena.

- Stadt Jena (2016 b): Wohnstadt Jena. Monitoring zum Jenaer Wohnungsmarkt. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena.
- Stadt Jena (2016 c): Wohnungsmarkt und Flüchtlinge. Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte im Auftrag der Stadt Jena.
- Stadt Jena (2016 d): Beschluss des Jenaer Stadtrates Nr. 16/0775-BV vom 23.03.2016. Einleitungsbeschluss für den Bebauungsplan B-Wj 18 "Nördlich der Karl-Liebkecht-Straße" und Einleitung einer Teiländerung des Flächennutzungsplans. In: Amtsblatt der Stadt Jena 26:110-111.
- Stadt Jena (2017 a): Konzept zur Ermittlung der Bedarfe für Unterkunft.
- Stadt Jena (2017 b): Perspektiven für Jena. Trends und Fakten zum Wohnungsmarkt.
- Stadt Jena (2018): Allgemeinbildende Schulen und Freizeitlernen junger Menschen in Jena. Erster Bildungsbericht der Stadt Jena 2018. Jena: Dezernat für Familie, Bildung und Soziales.
- Stadtverwaltung Jena (2011): Kinder- und Jugendförderplan 2012-2015.
- Stadtverwaltung Jena (2016): Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Jena. Integrationskonzept.
- Stadtverwaltung Jena (2017): Kinder- und Jugendförderplan 2017-2018.
- Stadtverwaltung Jena: Statistische Bezirke und ihre Zuordnung zu Gemarkungen und Ortsteilen: <http://statistik.jena.de/statistik/strasse/kleinraum.htm>. (Zugegriffen: 15 November 2017).
- Stadtverwaltung Jena. Dezernat für Familie Bildung und Soziales. Jugendhilfeplanung (2017): Kindertagesstättenbedarfsplan 2017/18.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 a): Arbeitslosigkeit. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Nav.html>. (Zugegriffen: 26. Oktober 2017).
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 b): Statistik erklärt. Arbeitsmarkt und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2017 c): Arbeitsmarkt und Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.
- Stigler, Hubert/ Felbinger, Günter (2005): Der Interviewleitfaden im qualitativen Interview. In: Reicher, Hannelore (Hrsg.): Praxisbuch empirische Sozialforschung in den Erziehungs- und Bildungswissenschaften. Innsbruck: Studienverlag, S. 129-134.
- Tafel Deutschland e. V. (2017): Die Tafeln: Lebensmittel Retten. Menschen helfen. <https://www.tafel.de/>. (Zugegriffen: 03. August 2017).
- Thüringer Landesamt für Statistik (2012): Thüringen 2020. Bevölkerungsvorausberechnung und Anschlussrechnung. Erfurt: Thüringer Landesamt für Statistik.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2017): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner nach Kreisen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/definitionen.asp?tabID=kz002022>. (Zugegriffen: 05. Februar 2017).
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2014 a): ESF Thüringen. Förderperiode 2014-2020. [www.esf-thueringen.de/esf\\_2014](http://www.esf-thueringen.de/esf_2014). (Zugegriffen: 15. Juli 2017).
- Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2014 b): Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des Europäischen Sozial-

fonds und des Freistaats Thüringen zur Förderung der Kompetenz lokaler Akteure in der Armutsprävention – Förderrichtlinie gemäß Prioritätsachse B, Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung, des Programms Europäischer Sozialfonds 2014 bis 2020 im Freistaat Thüringen (Armutspräventionsrichtlinie). Letzte Änderung: 28 Juli 2015.

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA. [https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl\\_liste.php?auswahltbl&thema=1&auspid=](https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/tbl_liste.php?auswahltbl&thema=1&auspid=). (Zugegriffen: 24. August 2017).

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (2014): Operationelles Programm für den Einsatz des Europäischen Sozialfonds im Freistaat Thüringen in den Jahren von 2014 bis 2020. Genehmigt durch die Europäische Kommission mit Beschluss Nr. C(2014)7214 vom 3. Oktober 2014.

Tophoven, Silke/ Lietzmann, Torsten/ Reiter, Sabrina/ Wenzig, Claudia (2017): Armutsmuster in Kindheit und Jugend. Längsschnittbetrachtung von Kinderarmut. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 6.

Verband der Vereine Creditreform e.V. (2015): SchuldnerAtlas Deutschland 2015.

Wabnitz, Reinhard Joachim (2011): Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Kinder- und Jugendschutz. In: Münder, Johannes/ Wiesner, Reinhard/ Meysen, Thomas (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch. 2. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 200-211.

Wagner, Maria/ Schüler, Elisabeth (2010): Der Gesundheitsstatus der Erfurter Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung – Vergleichende Betrachtung über zwei Berichtszeiträume. Auswertung der Kinder- und Jugendärztlichen Untersuchung sowie der Kinder- und Jugendzahnärztlichen Untersuchung der Stadt Erfurt. Landeshauptstadt Erfurt Stadtverwaltung: Amt für Soziales und Gesundheit.

Zimmer, Renate (2012): Handbuch Sinneswahrnehmungen. Grundlagen einer ganzheitlichen Bildung und Erziehung. Freiburg: Herder.



# Impressum

## Herausgeberin

Stadt Jena  
Dezernat für Familie, Bildung und Soziales  
Büro des Bürgermeisters und Dezenten  
Lutherplatz 3  
07743 Jena

[www.jena.de/armutspraevention](http://www.jena.de/armutspraevention)

## Redaktion

Daniel Meier (Stadt Jena)

## Autor

Daniel Meier (Stadt Jena)

## Wir danken für die Unterstützung und Zusammenarbeit

Allen beteiligten Bereichen der Stadtverwaltung Jena; allen beteiligten Interviewpartnern und Interviewpartnerinnen; Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern; Demokratischer Jugendring e. V.; Ein Dach für Alle e. V.; Ernst-Abbe-Hochschule Jena; Fachdienst Haushalt, Controlling & Organisationsentwicklung: Team Controlling und Statistik; Fachhochschule Erfurt; Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH; Institut für kommunale Planung und Entwicklung Erfurt; Jenaer Tafel e. V.; jenarbeit; Orbit e. V.; Programmbeirat „Armutsprävention, Bildungsförderung, Integration“; Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie; Timourou Wohn- und Stadtraumkonzepte

## Layout Umschlag und Layoutvorlage / Druck / Auflage

LöweDesign Jena / Buchdruckerei Emil & Dr. Edgar Richter / 1. Auflage 2018

## Redaktionsschluss

August 2018

Nachdruck, Vervielfältigung – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Herausgeberin und mit Quellenangabe. Alle Angaben ohne Gewähr.

**Gefördert durch den Freistaat Thüringen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds**

[www.jena.de/armutspraevention](http://www.jena.de/armutspraevention)